Donnerstag, 21. November 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 271 - 47. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Staatsbürgerschaft: Vor der *Anerkennung* einer eigenen „DDR"-Staatsbürgerschaft warnte der amerikanische Gesandte in Berlin, John Kornblum. Ein derartiger Schritt würde den „vorläufigen Charakter der Lage in Mitteleuropa und Deutschland durcheinanderbringen" und für die West-Berliner die „totale Verwirrung" in der Staatsbürgerschaftsfrage zur Folge haben. (S. 4)

Europa: Ein gutes Stück nähergekommen sind sich die EG-Regierungen bei ihren Verhandlungen über eine Reform der Römischen Verträge. Skepsis ist allerdings angebracht, ob der erzielte Konsens für die Verabschiedung eines Reformpakets auf dem EG-Gipfel ausreicht. (S. 11)

Abtreibung: Die CSU will weiterhin Druck auf die CDU und *die* Bundesregierung ausüben, die verfassungsrechtliche Problematik *der Abtreibung auf* Krankenschein vom Bundesverfassungsgericht klären zu lassen. (S. 10)

Medien: Der französische Ministerrat hat die Einführung eines privaten Fernsehkanals beschlossen. Vom 20. Februar an können acht Millionen Haushalte fünf TV-Programme empfangen. (S. 6)

Afghanistan: Sowjetische und afghanische Truppen haben bei ihrem jüngsten Versuch, vor Einbruch des Winters das strategisch wichtige Pandschir-Tal einzunehmen, nach in Neu-Delhi vorliegenden *Berichten mindestens 370* Mann verloren. Ein sowjetischer Luftwaffen-General soll von Widerstandskämpfern gefangengenommen worden sein.

Proteste: Nach zweitägigen Krawallen und Demonstrationen in Athen, bei denen es einen Toten und 100 Verletzte gab, herrscht in der griechischen Hauptstadt wieder Ruhe. Mehr als 500 linksgerichtete Studenten, die das Polytechnikum besetzt hielten, haben den Campus verlassen. Die Hochschulen des Landes bleiben geschlossen. (S. 5)

Abkommen: Iran erlaubt der Sowjetunion nach einem Bericht der Londoner Fachzeitschrift „Jane's Defence Weekly", amerikanische Kriegsausrüstung zu untersuchen, die noch vor dem Sturz des Schahs geliefert worden war.

Menschenrechte: Die UNO-Vollversammlung will sich Ende des Monats erstmals mit der Menschenrechtslage in Iran befassen. In einem Bericht der UNO-Menschenrechtskommission heißt es, allein zwischen März 1984 und *Mai 1985 seien in Iran mindestens* 200 Menschen an den Folgen ihrer Inhaftierung gestorben.

Nahost: Die israelische Regierung ist davon überzeugt, daß der israelisch-syrische Luftkampf vom Dienstag von Syrien „mit Blick auf das Gipfeltreffen in Genf provoziert" worden ist. Bei dem Zwischenfall im libanesisch-syrischen Grenzraum waren zwei syrische Jagdbomber von den Israelis abgeschossen worden. (S. 10)

Dänemark: Bei den Kommunal- und Regionalwahlen konnten die *linken Parteien einen klaren* Erfolg verbuchen. Sie erhielten 52,2 Prozent der Stimmen, verglichen mit 42,9 *Prozent* für die fünf Parteien des Regierungslagers. (S. 5)

WIRTSCHAFT

Konjunktur: *Das* reale Bruttosozialprodukt wird bis Jahresende um 2,2 Prozent zugenommen haben, schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. (S. 11)

Siemens: Eine Erhöhung der Dividende auf 12 von 10 DM je 50-DM-Aktie will der Aufsichtsrat für 1984/85 vorschlagen. (S. 13)

Werften: Die Hamburger Tochter der Howaldtswerke-Deutsche Werft, die HDW-Hamburg Werft und Maschinenbau, soll an die Großwerft Blohm & Voss verkauft werden. Die Übernahme soll vorbehaltlich der *Zustimmung* der Aufsichtsräte Anfang 1986 erfolgen. Im Gespräch ist ein Preis von 54 Millionen DM. (S. 11)

Europa: Der Finanzausschuß des britischen Unterhauses hat sich gegen eine baldige Vollmitgliedschaft *des Landes* im *Europäischen* Währungssystem (EWS) ausgesprochen. Sie brächte derzeit immer noch mehr Nach- als Vorteile. (S. 12)

USA: Die Kapazitätsauslastung ist im Oktober zum fünften Mal in den vergangenen sechs Monaten gesunken. Im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und bei den Versorgungsgesellschaften fiel sie auf 80,2 Prozent. (S. 11)

Börse: Massive Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten an den Aktienmärkten am Dienstag für kräftige Kursgewinne. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 248,26 (243,36). BHF-Rentenindex 104,271 (104,142). BHF-Performance Index 108,007 (107,844). Dollarmittelkurs 2,6078 (2,6229) Mark. Goldpreis pro Feinunze 324,35 (324,10) Dollar.

KULTUR

„Museumsinsel": Nach heftiger öffentlicher Kritik an den fünf Museumsneubauten am Berliner Tiergarten hat der Stiftungsrat Preußischer Kulturbesitz mutige Konsequenzen gezogen. Die Planungen für die neue „Museumsinsel" werden radikal überarbeitet oder sogar ganz gekippt. (S. 23)

Oper: Am Ende des Abends gaben die Baseler alle schweizerische Zurückhaltung auf. Mit tobendem Beifall feierten sie einen neuen Star am Opernhimmel – die 19jährige Eva Lind, die als Donizettis „Lucia" ihre erste Opernpremiere hatte. 1986 ist sie in Salzburg und Wien zu hören. (S. 23)

SPORT

Fußball: Der SV Sandhausen bleibt der einzige Amateurverein im deutschen Pokalwettbewerb. Nach einem 3:2-Sieg über Blau-Weiß Berlin spielt er im Viertelfinale gegen Borussia Dortmund.

Handball: Enttäuschende Leistungen boten die deutschen Nationalspieler beim Supercup-Turnier in Dortmund. Sie unterlagen in ihrem ersten Spiel gegen Dänemark mit 22:23. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Diebstahl: Von den Tätern, die *aus dem Tresor einer Hamburger* Geldtransportfirma 5,9 Millionen Mark stahlen, fehlte bis gestern jede *Spur. Der Tresor war offen*bar mit einem Originalschlüssel geöffnet worden. (S. 24)

Wein: Eine Flasche Steinberger Riesling Trockenbeerenauslese Cabinet aus dem Jahre 1983 ist in Trier für 22 000 Mark, dem bisher weltweit höchsten Preis für Weißwein, ersteigert worden. Den Zu*schlag erhielt ein Weinkommissio*när, der offensichtlich im Auftrag eines US-Interessenten auftrat.

Wetter: Meist bewölkt, etwas Niederschlag. Um null Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

US-Präsident Ronald Reagan in Genf: Vieles trennt uns, aber die Welt atmet auf



Nach außen locker, in der Sache hart: Reagan und Gorbatschow FOTO: REUTER

Im Dialog mit Gorbatschow blieb der amerikanische Präsident treibende Kraft

FRITZ WIRTH, Genf

Der Genfer Gipfel ist auf unerwartete Weise zum großen Dialog der beiden wichtigsten Staatsmänner dieser Welt geworden. Von den ersten sechs Verhandlungsstunden dieses Treffens verbrachten Präsident Reagan und Parteichef Gorbatschow mehr als drei Stunden zu Gesprächen unter vier Augen. Die Sachverhandlungen der beiden Delegationen wurden dadurch auf ein Minimum reduziert, das keinerlei entscheidende Durchbrüche *in den entscheidenden und kon*troversen Themen ihrer Tagesordnung, vor allem in Abrüstungsfragen, mehr zuließ. Sie waren allerdings auch schon vor Beginn des Gipfels nicht mehr erwartet worden.

Der amerikanische Präsident war offensichtlich die treibende Kraft bei dem Bemühen, diesen Gipfel von einer möglichen Konfrontation in Sachfragen zu einem perönlichen Be*gegnungstreffen mit Gorbatschow* umzufunktionieren. Er dehnte bereits am Dienstag das erste Tête-à-tête der beiden Männer von *den geplanten 15* bis 30 Minuten auf über eine Stunde aus. Am Nachmittag des gleichen Tages unterbrach er nach einer Stunde die Abrüstungsverhandlungen und *lud Gorbatschow zu einem* Privatgespräch unter vier Augen in einem Gartenhaus am Genfer See ein. Die Begegnung war nicht so spontan, wie es das Weiße Haus suggerierte, denn es brannte dort bereits für sie ein einladendes Kaminfeuer.

Präsident Reagan eröffnete den zweiten *Tag* der Gespräche, die dieses Mal in der sowjetischen UN-Mission stattfanden, gleich mit der Bitte um ein weiteres Privatgespräch, das *wiederum eine Stunde* dauerte. Da beide Seiten gleich zu Beginn der Gespräche eine absolute Nachrichtensperre über den Gipfel verhängten (US-Pressesprecher Speakes: „Wer etwas weiß, sagt nichts – wer etwas sagt, weiß nichts"), ist über den Inhalt dieser vertraulichen Dialoge, bei denen Dolmetscher anwesend waren, nichts bekannt.

SEITE 3:
Der Gipfel

„Wir hatten eine lebhafte Diskussion über alles", sagte Gorbatschow nach einem dieser vertraulichen Gespräche. „*Sie* war offen, geschäftsmäßig und verantwortungsbewußt. Allein die Tatsache, daß dieses Treffen stattgefunden hat, ist wichtig."

Präsident Reagan versah diese Gespräche mit dem Kommentar: „Es gibt vieles, das uns trennt. Doch die Welt kann erleichtert aufatmen, daß *wir hier sind und miteinander spre*chen. Die Differenzen zwischen uns sind ernst, doch unsere Entschlossenheit, eine Verständigung zu erreichen, ist es ebenfalls."

Pressesprecher Speakes zog nach diesen Privatdialogen die Bilanz: „Die Tatsache, daß sie nun für drei Stunden vertraulich miteinander geredet haben, zeigt, daß sie gut miteinander zurechtkommen und einen Faden *der Kommunikation* gefunden haben."

Präsident Reagan hat, wie verlautet, Gorbatschow zum nächsten Gipfel nach Washington eingeladen. Eine formelle Antwort der Sowjets lag bis Mittwoch abend noch nicht vor.

Unentschieden war auch noch, in welcher Form am Donnerstag morgen eine Bilanz des Gipfels gezogen werden soll. Ein gemeinsames Kommuniqué wird nicht erwartet. Aus sowjetischen Eurovisionsbuchungen für Donnerstag morgen um 10 Uhr schließt man in Genf, daß Gorbatschow diesen Gipfel mit einem öffentlichen Auftritt beenden will. Ob es in Form einer Erklärung oder einer Pressekonferenz geschehen soll, ist Sache von Spekulationen. Die amerikanischen Pläne sind noch unbekannt.

Gerüchte, nach denen der Gipfel *bis weit in den Donnerstag auf Ko*sten der für Brüssel am Donnerstag geplanten Informationsgespräche Reagans mit den NATO-Alliierten verlängert werden sollten, wurden von Pressesprecher Speakes dementiert: „Der Präsident wird, wie geplant, Donnerstag mittag nach Brüssel fliegen." Noch am gleichen Abend wird Reagan darüber hinaus in Washington in einer Rede vor dem Kongreß *die amerikanische* Öffentlichkeit über seine Genfer Gespräche informieren.

DER KOMMENTAR

Der Gipfel der Hoffnung

FRITZ WIRTH

Der Gipfel des Schweigens ist zu einem Gipfel der Hoffnung geworden. Genf wird nicht als das Treffen großer Themen und großer Lösungen in die Geschichte eingehen, sondern als ein Gipfel der beiden Männer, die ihn mit ihren Persönlichkeiten prägten. Ronald Reagan und Michail Gorbatschow sprachen an den ersten beiden Tagen länger unter vier Augen miteinander als die beiden Delegationen am Verhandlungstisch.

Das deutet an: Dieses Treffen ist bisher sehr nach dem Wunsch des amerikanischen Präsidenten verlaufen. Er ist nicht ein Mann des steifen Verhandlungs-Dialogs mit verbrauchten Vokabeln. Er ist ein Meister der informellen Kontakte. Er kam nicht nach Genf, um Weltprobleme zu lösen, sondern um ein persönliches Verhältnis *zu Gorbatschow zu entwickeln,* Mißtrauen auszuräumen und eine Basis zu schaffen, von der aus sich in *Zukunft* leichter und unverkrampfter über Weltprobleme verhandeln läßt.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß Reagan damit Erfolg hatte. Er bestimmte offensichtlich Ton und Stil dieses Gipfels. Er wollte und konnte in Genf *ganz Ronald Reagan sein.* Die zu erwartenden handfesten Ergebnisse mögen karg sein. Ein paar bilaterale Abkommen vielleicht, wahrscheinlich ein neuer Gipfel in einem Jahr und voraussichtlich ein neuer Start in den festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Wichtiger jedoch sind die unsichtbaren und undokumentierten Er*gebnisse dieses Gipfels: die* beiden mächtigsten Männer der Welt verstehen einander besser. Das Verhältnis zwischen Moskau und Washington ist um einen Hauch berechenbarer geworden. Das ist ein Grund zum Aufatmen.

Ihre Entscheidung, *von* der ersten Minute an die Türen hinter sich zu schließen und 3500 *Journalisten von diesem Gipfel* für zwei Tage auszusperren, zeigt an, daß beide Seiten in Genf ernsthaft Erfolg und Fortschritt suchten. Megaphon-Diplomatie, wie sie die Vorgipfel-Landschaft beherrschte, ist ein Widerspruch in sich.

E*s hat in der Vergangenheit* genug Gipfel der großen Worte gegeben, die sich nur zu schnell als hohl erwiesen. Entscheidend ist, daß die beiden wichtigsten Männer der Welt sich nicht nur besser verstehen, sondern sich auch wieder beim Wort nehmen können. Genf scheint ein erster Schritt in diese Richtung gewesen zu sein.

„Nur Bonn kompetent bei Tempolimit"

Zimmermann bestreitet Vorschlägen aus dem Saarland jeglichen Nutzen für die Umwelt

DW. Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann hat den Vorstoß des Saarlandes, ein Tempolimit auf den Autobahnen notfalls im Alleingang einzuführen, scharf kritisiert. In einem Interview mit der WELT machte er deutlich, daß dies eine Kompetenzüberschreitung darstellen würde. Mit Zimmermann sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Minister, das SPD-regierte Saarland überlegt, Tempo 100 auf den Autobahnen des Landes zu verordnen. Wäre eine solche *Entscheidung rechtlich zulässig?*

Zimmermann: Tempolimit auf Autobahnen fällt in die Kompetenz des *Bundesverkehrsministers. Die Län*der haben lediglich die Möglichkeit aus Gründen der Verkehrssicherheit oder der *Lärmminderung auf kurzen* Teilstrecken Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuführen. Das ist die Rechtslage, und die Bundesregierung wird nicht zulassen, daß die Straßenverkehrsordnung unterlaufen wird. Im übrigen sind die schrillen Töne der SPD-Regierung aus dem Saarland bisher eine Einzelstimme. Die SPD-Spitze wie Brandt, Vogel und Rau wissen genau, daß das Ergebnis des Großversuchs zu eindeutig ist, als daß man daran rütteln kann. Sie überlassen die Alibi-Proteste daher der *dritten Garnitur.*

Die Vorschläge des Herrn Leinen sind für die Umwelt von gleicher Qualität wie etwa sein Vorschlag, Autorallyes im Saarland zu verbieten. Sie sind in der Wirkung gleich Null. Im übrigen war die SPD von Anfang an bemüht, ihr Versagen in 13 Jahren Regierungspolitik dadurch zu kaschieren, daß sie die Einführung des umweltfreundlichen Autos verhindern *wollte. Sie hat* bei der *Einfüh*rung der steuerlichen Anreize zuerst gesagt, diese Anreize seien nicht ausreichend. Als sie dann kamen, wurde gesagt, sie seien viel zu hoch. Und jetzt beharrt die SPD auf einem Tempolimit, wohlwissend, daß eine drastische Schadstoffreduzierung eben nur durch das Katalysatorauto kommen kann. Dies muß der Bürger endlich erkennen. Die Bundesregierung hat mit ihrem umweltpolitischen Konzept einer technischen Lösung den besseren Weg beschritten als alle dirigistischen Versuche der SPD. Die SPD hat von Anfang an versucht, unser Konzept kaputtzumachen, aber es ist ihr nicht gelungen.

SEITEN 2 UND 10:
Weitere Beiträge

WELT: Umweltschützer werfen dem TÜV vor, er habe die Ergebnisse des Großversuchs „manipuliert". Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Zimmermann: Selten wurde ein Test so gründlich und methodisch durchgeführt wie der über ein Jahr dauernde Großversuch des TÜV. Die Ergebnisse sind über jeden Zweifel erhaben und werden von ernsthaften Wissenschaftlern auch nicht bestritten. Wir alle waren von den tatsächlich erreichten Werten überrascht, selbst die Automobilindustrie, die sie doppelt *so hoch geschätzt hatte.* Wer allerdings das Tempolimit zu seinem ideologischen Weltbild erkoren hat, der wird ebenso wenig zu bekehren sein wie ein Baghwan-Jünger.

WELT: Inwieweit hat die Politik Einfluß auf die Gestaltung und die Auswertung dieses Großversuchs *genommen?*

Zimmermann: Als wir vor einem Jahr die erste große Tempolimit-Debatte in der Bundesrepublik Deutschland hatten, operierte man mit Schätzungen über mögliche Schadstoffreduzierungen, die bis um das Zehnfache auseinanderklafften. Ich habe damals gesagt, daß eine solch weitreichende Entscheidung wie ein Tempolimit nur auf der Grundlage solider Werte getroffen werden kann und daher den Großversuch vorgeschlagen. Der TÜV war bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Die Bundesregierung hat *zwei* Vorgaben gestellt: 1. eine Frist von einem Jahr und 2. konkrete Zahlen darüber, welche Schadstoff*mengen* bei welchen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen realitisch verändert werden können. *In diesem Rahmen hat der TÜV* selbständig gearbeitet und das Endergebnis diese Woche präsentiert.

WELT: Die Bundesregierung setzt auf ihr Katalysator-Konzept. Wie sehen hier die aktuellen Verkaufsergebnisse aus, welches Ziel ist bis Ende 1986 zu erreichen?

Zimmermann: Heute ist jedes vierte Neufahrzeug umweltfreundlich; 1986 wird jedes zweite Auto in die Kategorie „schadstoffarm" oder „bedingt schadstoffarm" fallen. Bereits im *kommenden* Jahr wird die Reduzierung von Stickoxiden in den Autoabgasen viermal so hoch sein wie ein theoretisches *Tempolimit auf* Autobahnen. Nachdem 1986 das von der Bundesregierung proklamierte Stichjahr für das umweltfreundliche Auto ist, sind wir auf dem richtigen Weg. Im Jahr 1986 werden wir bleifrei durch Europa fahren können, vom Nordkap bis nach Sizilien und von *Moskau* bis an die Costa Brava.

Erleichterungen und mehr Klarheit ins Steuerdickicht

Experten von CDU und FDP legen Änderungen vor

PETER JENTSCH, Bonn

Vorruhestandsleistungen sollen von 1986 an generell nicht mehr steuerpflichtig sein. *Die Wirtschaft* wird außerdem in gewichtigen Fällen mit verbindlicher Auskunft der Finanzämter rechnen können, um steuerliche Fragen wie die Geltung von Sonderabschreibungen vor Investitionsentscheidungen besser abklären zu können. Darauf verständigten sich die Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Steuerpolitiker der FDP-Fraktion.

Nach Darstellung von Reinhold Kreile (CSU) und Hans H. Gattermann (FDP) berücksichtigt die jetzt überarbeitete Regierungsvorlage des Steuerbereinigungsgesetzes 1986 „sowohl die Interessen von Bürgern und Wirtschaft, wie auch die Bedürfnisse der Finanzverwaltung". Eine ganze Reihe weiterer finanzieller und verwaltungsmäßiger Erleichertungen wurden in den Gesetzentwurf aufge*nommen, der noch dieses Jahr Bun*destag und Bundesrat passieren soll.

Die Frist für den Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich, die bisher am 30. September für den Ausgleich des jeweiligen Vorjahres ausläuft, soll auf zwei Jahre verlängert und so mit der Erklärungsfrist für die Veranlagung zur Einkommensteuer harmonisiert werden. Der Abzugsbetrag für Betriebe, die Auszubildende beschäftigen und deshalb *Finanzhilfen erhalten,* soll bis 1990 verlängert werden.

Der Gesetzentwurf sieht weiter vor, „beschränkt Steuerpflichtige", in der Regel Künstler und Berufssportler, mit ihren Einkünften im Inland zur Besteuerung heranzuziehen, und zwar unabhängig davon, an wen die Vergütung gezahlt wurde. Die Steuerexperten berufen sich dabei auf Fälle, in denen Honorare nicht direkt an Sportler, sondern an Kapitalgesellschaften mit Sitz in Steuer-Oasen gezahlt wurden. Auf Sportler wie Boris Becker, die ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, wird diese Regelung keine Anwendung finden.

Um den Landwirten zu helfen, ist eine *Reihe* befristeter Steuererleichterungen geplant. Ihr Erlös aus dem Verkauf des Betriebes blieben bis zu *90 000 Mark* (bisher *60 000*) steuerfrei. Sonderabschreibungen für Modernisierungsinvestitionen würden um sechs Jahre bis 1992 verlängert.

Weiter ist vorgesehen, zur Förderung der zeitgenössischen Kunst, Werke lebender Künstler von der Vermögensteuerpflicht zu befreien. Die für Kleinbetriebe wichtigen Grenzen für die Buchführungspflicht sollen von heute 360 000 Mark Um*satz auf eine halbe Million und von* 100 000 Mark Betriebsvermögen auf 125 000 Mark angehoben werden. Die Stahlinvestitionszulage wird auch für Anzahlungen auf Herstellungskosten gewährt, die noch vor Ablauf dieses Jahres geleistet werden. Damit sollen den Unternehmen Nachteile erspart bleiben, die sich aus Verzögerungen bei der Genehmigung von Hilfen durch die EG-Kommission ergeben.

Bei fehlerhaften Steuerbescheiden soll die Möglichkeit einer „schlichten Änderung" eingeführt werden. Konkret: Es genügt ein Anruf beim Finanzamt, um auf einen Fehler der Behörde hinzuweisen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Was nicht sein darf

Von Heinz Horrmann

Die Bundesregierung hat aus dem Streit um Tempo 100 ein seriöses Sachthema gemacht. Gegen unbewiesene Meinungen hat sie wissenschaftliche Fakten gesetzt. Der neutrale TÜV legte nach dem aufwendigsten Tempo-Großversuch aller Zeiten Werte auf den Tisch, die eine generelle Geschwindigkeitsreglementierung eindeutig sinnlos erscheinen lassen. Ein Tempolimit auf den wenigen Autobahn-Teilstücken, wo heute noch freie Fahrt möglich ist, würde, gemessen am Gesamtumfang der Schadstoffe, die Luft kaum entlasten.

Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, geben die Gegner des Automobils keine Ruhe. Dabei machen sie allerdings jedem klar, daß es ihnen nie um den deutschen Wald gegangen ist, sondern um Glaubensfragen. Nicht nur durch ihren Ton („Taschenspielertricks", „Schindluder"), sondern auch durch ihre Argumentation: Die TÜV-Werte sind nämlich auch für sie so eindeutig, daß plötzlich die Schadstoffe nicht mehr als Argumente im Gespräch sind.

Volker Hauff zieht längst Abgelegtes aus der Schublade: die Unfallzahlen. Nach Benzinsparen, den schon einmal angeführten Verkehrstoten, der Beruhigung des Verkehrsflusses und dem Waldsterben nun also der fünfte Wechsel. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor geniert sich nicht, dazu die Unfallzahlen seines Parteifreundes Antwerpes heranzuziehen, des Regierungspräsidenten von Köln, die dieser manipuliert hatte, indem er bestimmte Unfallkategorien einfach herausließ.

Aus dem Saarland kommt die sechste Begründung für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf den sichersten Schnellstraßen der Welt: Josef Leinen, der uns so viele lärmende Demonstrationen beschert hat, entdeckte den Lärmschutz. Worum es den Eiferern wirklich geht, sagen sie nicht: Nicht nur um das Auto, das nun einmal in bestimmten Kreisen als Instrument individueller Freiheit verhaßt ist, sondern darüber hinaus um das Reglementieren an sich. Bundesinnenminister Zimmermann hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er feststellte, daß diese Politiker, die das Tempolimit zu einem ideologischen Weltbild erkoren haben, ebensowenig zu bekehren seien wie Bhagwan-Jünger. Nur: wofür macht man dann Tests?

Was ihn hindern könnte

Von Enno v. Loewenstern

Wie macht man das: „Versöhnung zwischen Völkern" – indem man die Beziehung zu den Menschen selbst sucht, oder indem man ihre Unterdrücker stützt? Willy Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis mit einer Begründung, deren Einleitungssatz lautete: „Als Führer der Bundesrepublik Deutschland und im Namen des deutschen Volkes hat Willy Brandt seine Hand zur Versöhnung zwischen Völkern ausgestreckt, die lange Zeit Feinde waren."

Das Dokument zählt zur Erläuterung freilich nur Verträge auf, die Brandt mit Regierungen schloß (u. a. die „Nichtangriffsverträge mit Polen und der Sowjetunion"). Wie steht er zu den Menschen unter diesen Regierungen?

Auch in Polen gibt es einen Friedensnobelpreisträger. Der ist freilich kein Regierungschef, er aber kann wohl mit Recht als „Führer des polnischen Volkes" bezeichnet werden. Nun hat Lech Walesa seinen deutschen Preisträgerkollegen eingeladen, bei dessen Polenreise vom 7. bis 9. Dezember einen Kranz am Denkmal auf der Westerplatte und am Denkmal für die Opfer der Arbeiterunruhen in Danzig niederzulegen. Das Denkmal auf der Westerplatte erinnert an 1939, als Deutsche und Polen Feinde waren. Das Denkmal in Danzig erinnert an die Arbeiterunruhen 1970; da traten den Polen andere Feinde gegenüber.

Wo britische und französische Ost-Reisende – auch solche in Regierungsämtern – stets für Dissidenten zu sprechen sind, lehnte Brandt ab. Ein Aufenthalt in Danzig sei in seinem Programm nicht vorgesehen, ließ der Vielbeschäftigte wissen. Als das veröffentlicht wurde und Erstaunen auslöste, ergänzte er: Falls Walesa nach Warschau reiste, „was könnte mich daran hindern, ihn zu sehen?"

So häuft man Taktlosigkeiten auf Kränkungen. Walesa wird nicht zu Brandt nach Warschau kommen. Er legte und legt keinen Wert darauf, Brandt um des Treffens willen zu treffen; was hätte Brandt ihm schon zu sagen? Walesa wollte ein Zeichen der Sozialistischen Internationale für die unterdrückten Arbeiter. Aber der deutsche Gast hat dafür keine Zeit.

Am Netz vorbei

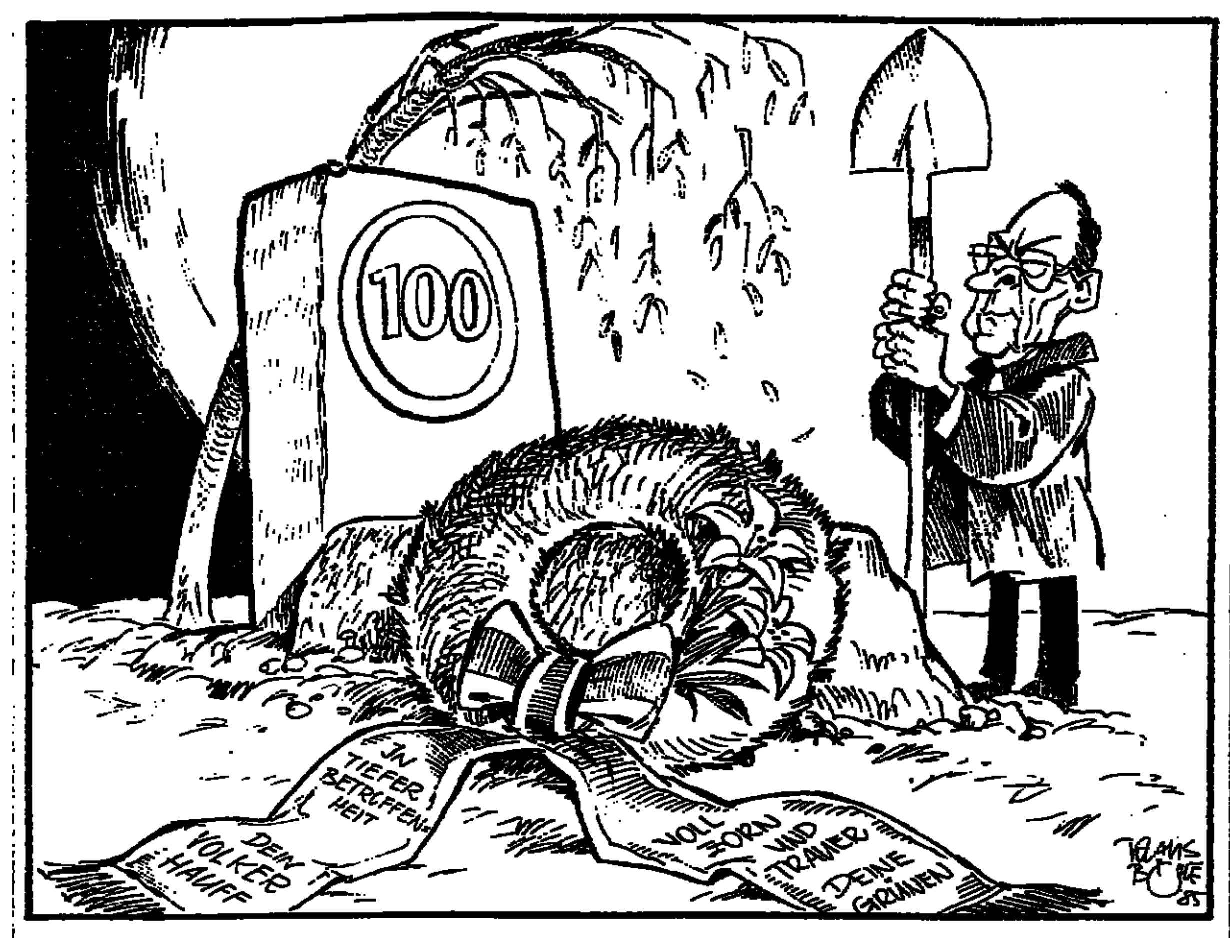
Von Peter Gillies

Ein „Wirtschaftsbetrieb", der aus einem Gesicht (Schauspieler), einer Feder (Schriftsteller) oder einer Vorhand (B. Becker) besteht, vermag problemlos von einem Hoch- in ein Niedrigsteuerland zu wechseln. Nicht nur Monaco erfreut sich einschlägiger Zuwanderung. Sie ist nicht verboten. Neidvoll jedoch blickt die Masse derjenigen, die an ihr Land und seine saftigen Steuern gefesselt sind, auf diese Mobilität. Da lohnt es politisch schon, die neidischen Blicke zu bündeln und angelegentlich Leitfiguren zu demontieren.

Ob es sich für Boris Becker alles in allem lohnt, steuerlich in Monaco zu siedeln, müssen seine Steuerberater befinden. Mit dem Steuerbereinigungsgesetz 1986 wird immerhin sichergestellt, daß Berufssportler ihre im Inland erzielten Einkommen auf jeden Fall versteuern müssen. Kaum jemand neidet einem Spitzenstar die hohen Einkommen, vielleicht aber die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die sich aus der Freizügigkeit ergeben.

Aber nicht nur der Neid ist ein Urtrieb des Menschen, auch die Neigung zur Steuervermeidung ist ähnlich tief verwurzelt. Daß von den rund 90 Milliarden Mark an Zinseinkünften nur ein Teil versteuert wird und daß die unverändert blühende Schattenwirtschaft mutmaßlich hundert oder mehr Milliarden Mark im Jahr steuerfrei abwickelt, sind zwei Zeichen für höchste Steuerverdrossenheit. Sie führt – anders als bei Boris – sogar in die Illegalität. Hier liegt das Monaco des kleinen Mannes.

Lenken wir also den Zorn auf die wahrhaft Schuldigen: Es ist jene Politik, die die Steuern und Abgaben auf so einsame Höhen trieb, die selbst mittlere Verdiener mit einer unerträglichen Progression schröpft, die die Unternehmer dazu verführt, sich mehr mit dem Steuerdschungel als mit ihrer Produktion zu befassen. Vollends verquer läuft die Debatte, wenn die gleichen Politiker, die diese Lage schufen, jetzt deren Folgen beklagen und dann auch noch das einzige Gegenmittel – Steuersenkungen – ablehnen. Es gilt also, ein, zwei, viele Monacos auf deutschem Boden zu schaffen. Dann entfielen die Fluchtgründe.



Erster Klasse KLAUS BÖHLE

Melken ohne Puschkin

Von Joachim Neander

Von Karl Kraus stammt ein böser Satz über die Menschenrechte: Früher hätten einige wenige sie besessen, aber dann sei die Gleichheit dahergekommen und habe sie ihnen abgesprochen; und nun besitze sie keiner mehr. Das würde also bedeuten: Gleichheit fördert niemanden und bessert nichts. Gleichheit erniedrigt.

Ein solcher Satz muß natürlich Proteste auslösen. Klingt er doch wie eine Beleidigung derer, die für die Menschenrechte kämpfen und kämpften, die sich – auch im Namen der Gleichheit – um Recht für die Rechtlosen, um gleichen Lohn für gleiche Leistung, um das Existenzminimum für die Ärmsten bemühen.

Und doch wird man diesem Satz Beachtung schenken müssen. Ein ziemlich schockierendes Beispiel aus der Wirklichkeit soll das belegen. Mindestens eine Landeskirche innerhalb der EKD gewährt ihren Bediensteten, also auch den Pfarrern und ihren Familien, im Falle eines sogenannten legalen Schwangerschaftsabbruchs eine finanzielle Beihilfe.

Ob und in welcher Zahl tatsächlich evangelische Pfarrer von dieser gespenstischen Regelung Gebrauch machen und sich die der Bibel und dem Grundgesetz strikt zuwiderlaufende Tötung ungeborenen Lebens auch noch von der Kirche finanzieren lassen, ist nicht bekannt. Ein solcher Vorwurf soll hier auch nicht erhoben werden. Interessant ist lediglich die Begründung. Die Regelung gilt, weil die Pfarrer nicht schlechter gestellt sein sollen als die Beamten.

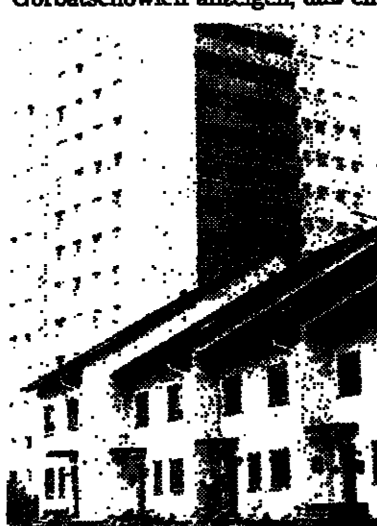
Die Beamten des Bundes und der Länder (nur Baden-Württemberg macht in Fällen der sozialen Indikation eine rühmliche Ausnahme, Bayern *will sich anschließen*) wiederum kommen in den Genuß solcher Beihilfen, weil sie nicht schlechter gestellt sein sollen als die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen.

Diese – so spinnt sich der Gleichheitsfaden weiter – haben einen Anspruch auf die Sachleistung der Abtreibung, weil sie nicht schlechter gestellt sein sollen als die reichen Leute, die angeblich alles aus der eigenen Tasche zahlen. Aber auch die tun es vielfach gar nicht. Entweder sie haben sich längst auf die eine oder andere Weise in den Empfängerkreis staatlicher Wohltaten eingereiht, oder sie lassen sich die Auslagen – was offiziell eigentlich gar nicht geht – von ihrer privaten Krankenversicherung erstatten.

Da schließt sich der fatale Gleichstellungskreis. Unter dem Motto der Gleichheit versammelt sich die Gesellschaft beim ethischen Minimum. Um das lateinische Sprichwort umzudrehen: Was man dem Ochsen durchgehen ließ, will nun auch Gott Jupiter, zum Nulltarif natürlich.

Es fällt nicht schwer, weitere Beispiele zu finden. Daß selbst Multimillionäre nur in wenigen Ausnahmefällen auf das staatliche Kindergeld verzichten, läßt sich vermutlich auch damit erklären, daß hier in einem gewissen Ingrimm vesucht wird, Steuerbelastungen zu kompensieren. Wenn schon gleich, dann überall.

Auch in der Bildungspolitik lassen sich Egalisierungstendenz und Abwärtsbewegung mühelos miteinander in Verbindung bringen. Man versuchte, die Chancen der Schwachen zu verbessern, und schwächte damit die Leistungsbereitschaft der Starken. Noch 1968 prophezeite der Unterrichtsminister einer der Sowjetrepubliken einer andächtig lauschenden Delegation aus der Bundesrepublik pathetisch, in spätestens zehn Jahren werde auch die letzte Sowjetbäuerin die Hochschulreife haben und beim Melken Puschkin rezitieren können. Es ist nicht ohne Ironie, wenn die neuesten Berichte aus Gorbatschowien anzeigen, daß ein großer Teil der Bevölkerung offenbar weder zum Melken noch zur Puschkinlektüre besondere Lust hat. Auch in Mittel- und Westeuropa haben die Politiker längst begriffen, daß man für mehr Chancengleichheit im Bildungswesen bei ungewissem Ertrag einen sehr hohen Preis zahlen muß.



Wo Gleichheit erbittert: Hochhaus-Komplex FOTO: MANFRED VOLLMER

Aber ist Gleichheit, wie sie an diesen Beispielen erscheint, überhaupt jene Gleichheit, die die früheren Demokraten meinten? Sie glaubten, der Mensch, der unter den Bedingungen der Freiheit lebt, werde früher oder später freiwillig und aus natürlicher Überzeugung als Gleicher unter Gleichen auftreten. Nicht nur in der philosophischen und politischen Theorie, auch in der gesellschaftlichen Praxis hat sich das Bild kurzerhand auf den Kopf gestellt.

Erst unter den Bedingungen der Gleichheit, sagen uns die Gleichsteller und Gleichmacher, könne unter den Menschen Freiheit herrschen. Schon die erste Annahme hat es in der Realität ziemlich schwer. Die zweite ist von ihr regelrecht ad absurdum geführt worden.

Daß die von außen – sei es durch Staatseingriff oder durch gesellschaftliche Norm – verordnete Egalität gerade auch in den westlich-demokratischen Ordnungen desintegrierend wirkt, also das menschliche Zusammenleben erschwert oder gar zerstört, haben Soziologen schon vor vielen Jahren bemerkt. Sie sind aus der Mode gekommen. Viele soziale Konflikte, die man aus alter Gewohnheit den Bedingungen der Ungleichheit zuschreibt, könnten sehr wohl auch aus jener erzwungenen Egalität entstanden sein, *die das direkte Gegenteil* von Solidarität ist. Man denke an die Spannungen und Streitigkeiten in Hochhäusern, tristen Neubausiedlungen oder auch Anstalten. Auch sinnlose Raserei im Straßenverkehr oder andere Formen allgemeiner Gesetzfeindlichkeit lassen sich als Ausbruch aus dem großen Gleichstellungssystem erklären.

Ist Gleichheit Erniedrigung? Viele empfinden es offenbar so. Das Schicksal der westlichen Demokratien hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie Staat und Gesellschaft auf diese Empfindungen reagieren.

IM GESPRÄCH Horst Gobrecht

Unternehmen Hamburg

Von Herbert Schütte

Die 114 000 Mitarbeiter der Hamburger Verwaltung erhielten letzte Woche Post von einem Senatsmitglied, das sie sonst nur von der Salär-Auszahlung kennen: Finanzsenator Horst Gobrecht erinnerte die Staatsdiener daran, daß sie bei dem „Unternehmen Hamburg" beschäftigt sind. Und weil es diesem Unternehmen schlecht geht, sollten die „Firmen"-Angehörigen mit den ihnen anvertrauten Steuergeldern besonders sparsam und wirtschaftlich umgehen. Zudem wurden die Bediensteten darauf hingewiesen, daß es in der Hansestadt zwar 90 000 Arbeitslose gebe, doch kein Mitarbeiter der Verwaltung der Gefahr einer Entlassung ausgesetzt sei.

Der Mann, der die Heerschar der unkündbaren Beamten, Angestellten und Arbeiter so deutlich mit dem Ernst der Lage konfrontierte, ist erst seit eineinhalb Jahren in dem Amt, das nach dem plötzlichen Rücktritt von Jörg König gleichsam Hals über Kopf neu besetzt werden mußte. Doch für Bürgermeister Klaus von Dohnanyi war der Rückgriff auf den bewährten Steuerfachmann der SPD-Bundestagsfraktion eine glückliche Wahl. Der 49jährige ehemalige Steuerrat, der sich später als Steuerberater selbständig machte, kennt das Metier sozusagen von beiden Seiten.

In Bonn wurde er in seiner ersten Legislaturperiode sofort stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß, 1979 rückte er zum Obmann auf. Seinem Bekenntnis, „ich bin mit Herz und Seele in Bonn", durfte man absolut Glauben schenken. Doch die Parteiräson, die in Hamburg für den undankbaren Posten eines Verwalters leerer Kassen einen energischen und fähigen Politiker forderte, ließ Gobrecht Abschied vom Bundestag nehmen.

Der Hobbykoch mit Spezialkenntnissen der südlichen Küche – Gobrecht ist darüber hinaus Kenner und Liebhaber italienischer Kunst und Geschichte – wirkt konziliant, doch er hat sich auch als außerordentlich zäh herausgestellt. Das mußten seine innerparteilichen Gegner schon wiederholt mit Unmut feststellen. Denn sein ehemaliger Wahlkreis Hamburg-Altona ist stramm links orientiert. Dennoch gelang es Gobrecht, der zur Parteimitte gehört, bei der Kandidatenaufstellung vor drei Bundestagswahlen seine linken Mitbewerber aus dem Feld zu schlagen. Dabei verströmt der zierliche, gut gekleidete Genosse so gar nichts von sozialdemokratischem Stallgeruch. Dafür überzeugte Gobrecht beim „Klinkenputzen" von Distrikt zu Distrikt seine Altonaer Parteifreunde. Er wurde jedesmal mit Zwei-Drittel-Mehrheit nominiert.

Auf dem harten Weg des Klinkenputzens zur Konsolidierung der Hamburger Staatsfinanzen weiß er sowohl den Ersten Bürgermeister als auch den Fraktionsvorsitzenden Henning Voscherau hinter sich. Doch trotz dieses Schulterschusses kommt Horst Gobrecht sich manchmal vor wie der Held seines Lieblingsbuches. Es ist Cervantes' „Don Quixote".



Don Quixote und die Wind-Mühlen: Gobrecht FOTO DPA

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Zum Genfer Gipfel heißt es hier:

Die Genfer, und mit ihnen auch die Waadtländer, sind – ohne es gleich geradeheraus zu sagen – doch stolz darauf, daß sich der „Weltgipfel" in ihrem Bereich abspielt ... Gleichzeitig aber wird der Aufwand oft als überdimensioniert empfunden. Der eine oder andere Bürger weist auf die der Eidgenossenschaft entstehenden Kosten von schätzungsweise 3 Millionen Franken hin und meint, dann müsse jeder Schweizer einen halben Franken auf den Tisch legen, was für eine Veranstaltung von zwei Tagen doch eine saftige Gebühr sei.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zum SPD-Wirtschaftsprogramm meint sie:

Späte Einsicht ist allemal besser als dauernde Verstocktheit ... Immerhin hat sich zumindest die Parteiführung beim Absegnen des ersten Entwurfs eines künftigen Wirtschaftsprogramms der Einsicht nicht verschlossen, „daß in Betrieben mit moderner Technik die Arbeitsplätze sicherer sind als in veralteten Unternehmen". Diese Worte beinhalten natürlich zugleich das Eingeständnis, daß die SPD jahrelang auf einem falschen Wege war.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie bemerkt zu Lafontaines Rückzieher:

Fast eine Woche hat Oskar Lafontaine gebraucht, um den Rückzug von seiner Position in der Frage einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft anzutreten... Jetzt will er nur eine Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft gemeint haben, jetzt sind auch die Experten schuld, die sich nicht einig sind – alles nur Nebel, der den schweren Lapsus des neuen Regierungschefs verdecken soll. In Wirklichkeit stand der vorher so selbstsichere Saarländer plötzlich fast allein auf weiter politischer Flur. Offenkundig gab SPD-Fraktionschef Vogel den letzten Anstoß für die schmerzliche Kehrtwende, indem er konsequent auf der einen deutschen Staatsbürgerschaft bestand.

Kölnische Rundschau

Sie kommentiert die Ausgabensperre des Düsseldorfer Finanzministers Posser:

Damit gesteht Posser ein, daß der Handlungsspielraum des Landes mit zwei Prozent des gesamten, 57,4 Milliarden Mark umfassenden Haushalts für 1986 so gut wie nicht gegeben ist. Daß die Landesregierung angesichts dieser mehr als angespannten Haushaltslage noch der Berufung einer Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauenfragen, die nach CDU-Berechnungen über eine Million Mark kosten wird, zustimmt, ist mehr als befremdlich.

Lübecker Nachrichten

Sie sind pessimistisch zum Stichwort Tempolimit:

Wer wollte im Ernst annehmen, mit der Kabinettsentscheidung gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen sei dieses Reizthema nun erledigt? Der Streit dürfte vielmehr erst richtig anfangen ... Schließlich gilt die einleuchtende Empfehlung des Bundeskabinetts, durch Umsteigen auf ein Auto mit moderner Technik einen Beitrag für die saubere Umwelt zu leisten, auch und gerade für die Umweltschützer.

Krankheitskosten: Soll man handeln oder abwarten?

Der Medizinbetrieb ist bald reif zum Mittragen einer Reform / Von Albert Müller

Wo bleibt die Reform der Krankenversicherung? Wann wird der Kostenflut im Medizinbetrieb Einhalt geboten? Norbert Blüm ist anzumerken, daß es ihm schwerfällt, sich zu bremsen. Statt mit Konzertierter Aktion wie in dieser Woche und mit einer Sachverständigenkommission wie geplant könnte er mit einem Gesetzentwurf in die Arena treten.

Aber das Thema hat Zündstoff und bringt keinen Dank. Auch schreckt das Scheitern des Vorgängers auf seinem Stuhl, der zweimal vorspreschte, ehe er unterlag.

Theodor Blank, der erste Verteidigungsminister, hatte auch als Sozialpolitiker einen Hang zum Unbequemen. Im Februar 1960 erklärte er vor der Presse in Bonn: „Wer es ernst meint mit der Hilfe für die kranken Menschen unseres Volkes und mit dem Ansehen des Arztberufes, kann nicht länger zusehen, daß jährlich mehr als sieben Milliarden Mark für die gesetzliche Krankenversicherung aufgewendet werden, daß jeder Versicherte fast einen Monat im Jahr für sie arbeiten muß und trotzdem kranke Menschen nicht ausreichend vor Notlagen geschützt sind, während die Überfüllung der Wartezimmer den Arzt an der vollen Entfaltung seines Wirkens behindert. Diesen Verhältnissen will die Bundesregierung ein Ende setzen. Sie glaubt, daß die Öffentlichkeit dafür volles Verständnis haben wird."

Vom Verständnis der Öffentlichkeit einmal abgesehen – auch im Bundestag gab es, fünf Tage später, donnernden Applaus für die Einbringungsrede. Ablehnung durch die SPD-Opposition war einkalkuliert. Aber dann wurde selbst auf der Regierungsseite, mit absoluter CDU/CSU-Mehrheit, die Haltung desto unsicherer, je dichter die Wahl 1961 heranrückte.

Nach einem Jahr sich überstürzender Änderungsanträge innerhalb und aufgeregter Widerstandsbezeigungen außerhalb des Parlaments kam der Beschluß, die Regierungspläne zunächst nicht weiterzuverfolgen. Blank: „Die Reform ist nicht an der Konzeptionslosigkeit der Regierung, nicht an den Argumenten der Gegner, sondern am Druck der Interessenten gescheitert."

Nach der Wahl stand der Minister mit einem neuen Entwurf, verpackt ins „Sozialpaket", auf der Matte. Hin und her wogte der Kampf durch die ganze Legislaturperiode, bis Blank wieder resümieren mußte: „Wir stehen wieder vor einem Scherbenhaufen." Die neue Regierung bestellte sich eine Sozialenquête.

Der erste Mißerfolg kam unter Kanzler Adenauer zustande, der zweite unter Kanzler Erhard. Daran kann man die Macht derer ablesen, die sich, aus welchen Gründen auch immer, auf der Gegenseite der Reform befanden. Ob sie zu Recht siegten, geht daraus nicht hervor. Die strategische Lage aber hat sich seither doch verändert.

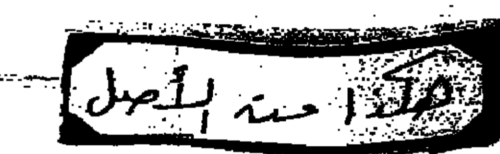
In den Heil- und Hilfsberufen wächst die Kopfzahl unablässig. Entsprechend expandieren die Verwaltungen, auch die der Krankenkassen. Gewaltig hat die Gesundheitsindustrie zugelegt. Sie wird es weiter tun. Die ganze Branche profitiert von der Nicht-Reform. Der Jahresumsatz allein des sozialversicherungsrechtlich gesteuerten Medizinbetriebs hat sich seit Blank von 8 auf 108 Milliarden im Jahr erhöht. Ob man nun in diese Dynamik eingreifen muß, sollte oder darf, wird noch unterschiedlich beurteilt. So kann der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe, Chef der (die Pharmaindustrie umgreifenden) IG Chemie, noch nicht genauso denken wie der christdemokratische Gewerkschaftler Blüm.

Nicht nur, was die Aufgabe angeht, auch nach Temperament, Intelligenz und Energie steht Blüm zwar in der Nachfolge Blanks. Aber mit Recht hütet er sich vor Ungestüm und achtet auf Hilfstruppen. Die Zeit arbeitet für ihn.

Denn der Medizinbetrieb wird, wenn man ihm nicht Gelegenheit gibt, im Protest zusammenzustehen, an seinen Widersprüchen auflaufen. Bei anhaltend zunehmendem Gesundheitspersonal verlängern sich an den Engpässen der Medizin die Wartezeiten auf Jahre. Nicht die großen Errungenschaften, sondern die kleinen Reparaturarbeiten zehren das Geld auf. Die „Schlacht um den Patienten", wie es in der Fachpresse heißt, ist in vollem Gange. Ärzteschwemme lautet das Zentralthema für die Standesvertreter. Bei allen „Leistungserbringern", ein schreckliches Wort, herrscht Angst um die Besitzstände, ein Indiz, das nach Biedenkopf sozialpolitische Fehlentwicklungen anzeigt.

Normalerweise sollte doch wohl nicht auf mehr, sondern auf weniger Krankheit geetzt werden. Auch auf mehr statt auf weniger Vernunft im menschlichen und gesellschaftlichen Verhalten, soweit es für die Gesundheit relevant ist.

Niemand wird es so weit kommen lassen wollen, daß der Beitragssatz der Krankenversicherung per Gesetz festgelegt wird. Die Folgen wären katastrophal. Handeln aus Notwehr steht dem Parlament auch nicht an. Doch wahrscheinlich dauert es nicht mehr lange, bis der Medizinbetrieb „reif" ist, die Reform mitzutragen.



Wie ein Drama ohne Textbuch verläuft in Genf das erste amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen seit sechs Jahren

Ein Presse-Heer lauscht dem Schweigen am See

Von FRITZ WIRTH

Ronald Reagan griff mit der linken Hand den Unterarm Michail Gorbatschows, so wie man es tut, wenn man einen Menschen trifft, dem man mehr sagen möchte als „Guten Tag", und schüttelte ihm die Hand. Sieben Sekunden dauerte das. Es war ein historischer Augenblick. Und historische Augenblicke werden in dieser Welt mit Stoppuhren gemessen. Sie sind so kurz und so selten geworden.

Es war zugleich der große Gipfel-Wendepunkt. Denn kaum waren die beiden Männer zusammen, da wurde bereits die erste Gipfel-Entscheidung bekannt. Man hatte beschlossen, einen eisernen Nachrichtenvorhang zwischen dem Verhandlungstisch und den 3500 zuschauenden Journalisten niedergehen zu lassen. Die Sowjets wollten es so, denn die Amerikaner hatten eigentlich vorgehabt, Außenminister Shultz zum Gipfel-Kurier zu machen und ihn täglich um 17.00 Uhr bei den Journalisten vorsprechen zu lassen.

So wurde innerhalb von wenigen Minuten aus einem Gipfel der großen Propaganda-Fanfaren, zu dem er seit mindestens drei Monaten vor allem von den Sowjets gemacht worden war, ein Gipfel des Schweigens. Und zu seinen Füßen 3500 Journalisten mit 3500 Mutmaßungen über ein großes Ereignis. Verurteilt zur Besichtigung flüchtiger Gesten und rätselvoller Mienen. Ein Drama ohne Textbuch. Von der „Wasserblume" – der Verhandlungsvilla „Fleur d'Eau" – nichts Neues. 3500 Journalisten, seit Wochen von beiden Seiten mit Nachrichten, Spekulationen und Briefings überfüttert, beginnen hungrig, das Belanglose ernst zu nehmen und registrieren Händedrücken mit der Stoppuhr. Sie wollten zu einem Gipfel aufschauen und blicken nun in ein großes schwarzes Nachrichtenloch.

Nirgendwo schlug diese Nachricht von der Nachrichtensperre kräftiger ein als im Genfer „Hilton" gleich am See. Denn das „Hilton" sollte eigentlich für eine Woche der große Gipfel-Nachrichtenumschlagplatz sein. Das Hotel ist von zwei großen amerikanischen Fernsehanstalten beschlagnahmt worden. Im dritten Stock haust die NBC, ein Stück höher sitzt die Konkurrenz ABC.

Für beide ist es die bisher größte Nachrichtenoperation außerhalb Amerikas. Keiner von ihnen sagt, was sie investiert haben, doch keiner dementiert, daß es weit mehr als eine Million Dollar sind. Ein Kenner schätzt, daß die „Operation Gipfel" allen amerikanischen Fernsehstationen zusammen mindestens sieben Millionen Dollar kostet. Sieben Millionen Dollar und ein großes Nachrichten-Nichts.

Auf den Korridoren des dritten Stocks hat NBC fünf Kilometer Kabel verlegt. Die Betten wurden aus den Zimmern entfernt, in den Badezimmern türmen sich Matratzen. Garry Campbell, technischer Direktor bei NBC, beschreibt den Aufwand: „Wir haben 150 Leute nach Genf eingeflogen und 20 Tonnen Ausrüstung. Das Hotel wurde schon im Juli gemietet. Reporter und Kameraleute haben 28 Mercedes zur Verfügung, um überall dabei zu sein."

Sein Befund: Gipfel sind schlechte Fernseh-Ereignisse. Zu viele Worte, zu wenig Aktion. Und mit dem Nachrichten-Blackout leben wir noch mehr von Bildern als vorher. Gut, daß es Nancy Reagan und die Gorbatschowa gibt.

Und den unvermeidlichen Reverend Jesse Jackson. Der Mann, der vor anderthalb Jahren amerikanischer Präsident werden wollte, erscheint mit schlafwandlerischer Sicherheit überall dort, wo Schlagzeilen gemacht werden. Niemand weiß besser als er, wie man eine politische Schau stiehlt. Michail Gorbatschow ließ sich nur zu bereitwillig in dieses Spiel des vehementen Reagan-Gegners einspannen und gewährte ihm eine 45minütige Audienz. In der Umgebung Reagans registrierte man es mit Befremden und fragte sich, ob der Kreml-Herr damit nicht die allgemeine Wohlverhaltensregel durchbrochen habe, auf die sich beide Seiten in Genf hier offenbar geeinigt haben. Andererseits wollte man Jackson nicht die Genugtuung geben, Mittelpunkt eines Gipfel-Eklats zu werden.

Jackson erschien dann auch gleich bei der NBC im „Hilton", um sich dort für den USA-Hausgebrauch ins Bild setzen zu lassen. Tom Brokaw, der Mann, der für NBC am Abend zwischen sieben und halb acht die Nachrichten verliest und dafür mit einem Jahressalär von über einer Million Dollar entlohnt wird, interviewte ihn ausgiebig, denn Jesse Jackson war plötzlich der einzige aussagefähige Zeuge in der Stadt, der trotz Nachrichtensperre Verbales von Michail Gorbatschow verbreiten konnte. Brokaw über die Fähigkeit dieses Mannes, immer rechtzeitig auf der Fußmatte der großen Weltpolitik zu stehen: „Wissen Sie, dieser Mann ist eine Hitze-suchende Rakete."

NBC-Chefkommentator John Chancellor, einst Chef der „Stimme Amerikas", mag nicht in das allgemeine Wehklagen über die plötzlich hereingebrochene Gipfelruhe miteinfallen. „Ich schreibe gerade an einem Kommentar", sagt er, „der diese Nachrichtensperre begrüßt. Ich habe immer dafür plädiert, daß solche Gipfeltreffen auf einem Ozeandampfer auf hoher See stattfinden sollten. Nirgendwo ein Journalist, nirgendwo eine Fernsehkamera."

Daher schaut er auch mit deutlicher Selbstkritik auf die große Gipfel-Materialschlacht des amerikanischen Fernsehens hier in Genf. Vollblut-Journalist, der er ist, stellt und beantwortet er alle Interviewfragen gleich selbst. „Ob ich glaube, daß das, was wir hier tun, ineffizient ist? Die Antwort ist ja." „Ob ich glaube, daß dieser Aufwand hier verschwenderisch ist? Ja." „Ob ich glaube, daß es einen Ausweg gibt? Nein. Wir sind Gefangene des Wettbewerbs. Und Wettbewerb bedeutet im amerikanischen Fernsehen vor allem Verschwendung."

Gordon Manning, Vizepräsident für Spezialprogramme, der dieses ganze Unternehmen hier leitet, hat andere Sorgen. Er ist Kontaktmann der NBC zur Sowjetunion, fand die sowjetischen Funktionäre in Moskau bei seinen Gipfel-Vorbereitungen überaus kooperativ und hatte schon im September eine Reihe maßgeblicher Sowjets unter Vertrag genommen, die er allesamt hier in Genf vor die Kamera bringen wollte. Das alles ist nun ein Opfer des großen Gipfelschweigens geworden.

Inzwischen ist unter den beiden professionellen Sprechern, Speakes und Samjatin, deren Berufsbezeichnung und Auftrag in diesem großen Genfer Schweigen schon eine Provokation an sich ist, ein Wettbewerb entbrannt, wer denn am beredsamsten zu schweigen vermag. Die Mehrheit der 3500 Journalisten gibt dabei dem Genossen Samjatin die Palme, weil er geschickter zwischen den Zeilen schweigt.

Kunststück: Er hat als Parteisprecher seit Jahren das Schweigen von der Pieke an gelernt.


„Die Welt wird freier atmen, weil wir hier zusammen sind": Ronald Reagan und Michail Gorbatschow in der Genfer Sowjet-Mission FOTO: EPA

Entspannung am Kaminfeuer

Von BERNT CONRAD

Das historische Ereignis vollzog sich am Dienstag morgen um 10.01 Uhr. Der Himmel war diesig, ein eisiger Wind fegte über den Genfer See. Lautlos stoppte die schwarze Sil-Limousine mit riesigem roten Stander vor dem hochherrschaftlichen „Maison de Saussure". Michail Gorbatschow stieg aus, sah Ronald Reagan mit breitem Lächeln die Freitreppe herunterkommen und setzte gleichfalls eine heitere Miene auf. Sie wirkte etwas angespannt, innere Nervosität verratend. Um so fester fiel der Händedruck aus, mit dem sich Präsident und Generalsekretär auf der sechsten Treppenstufe zum erstenmal begrüßten.

Der 74jährige Amerikaner war trotz der bitteren Kälte ohne Mantel ins Freie getreten. Der 20 Jahre jüngere Russe, wie bei der Ankunft in Genf im grauen Übergangsmantel mit Hut, zeigte sich über Reagans Leichtsinn sichtlich erstaunt. Ein Dolmetscher im Hintergrund übersetzte den auflockernden Small talk. Als die beiden Gipfelpartner dann angeregt plaudernd die Treppe emporstiegen und im Haus verschwanden, hatte das politische Eis schon zu schmelzen begonnen.

In einem kleinen Raum durften Reporter, die einen der begehrten Pool-Ausweise ergattert hatten, noch einen Blick auf die so unterschiedlichen Partner werfen. Beide lächelten, wie stets bei ihren folgenden öffentlichen Auftritten. Ein Journalist rief Gorbatschow zu: „Andrej Gromyko hat einmal gesagt, sie hätten ein nettes Lächeln, aber eiserne Zähne. Das sollte wohl bedeuten: Sie seien hart. Was sagen Sie dazu?"

Der Parteisekretär antwortete mit listigem Augenzwinkern: „Das ist noch nicht bestätigt worden. Bis jetzt benutze ich noch meine eigenen Zähne. Aber was die Substanz Ihrer Frage angeht, so haben der Präsident und ich guten Grund zu der Annahme, daß wir gute Gespräche haben werden." Das war eine positive Prognose, und ihr Wahrheitsgehalt stieg, als Reagan und Gorbatschow ihr einleitendes Tête-à-tête am knisternden Kaminfeuer keineswegs nach den vorgesehenen 15 Minuten beendeten, sondern – bei einigen Beratern sichtlich Unruhe auslösend – auf mehr als eine Stunde ausdehnten.

So hatte es Reagan erhofft: Der große Kommunikator wollte die ideologische Distanz überwinden und Gorbatschow entspannen. Seine Rechnung ging auf. Zwar nicht überschäumend, aber offenkundig zufrieden und wesentlich gelockerter als zu Beginn, registrierte der Russe in der sich anschließenden Plenarsitzung: „Unser Gespräch war sehr geschäftsmäßig." Sowjetsprecher Leonid Samjatin ergänzte: „Die Atmosphäre war gut." Reagans Sprecher Larry Speakes stimmte zu.

Dann fiel der Vorhang – beide Seiten verkündeten eine strikte Nachrichtensperre. Nach draußen abgeschirmt, gingen Reagans Auflockerungsübungen weiter. Ursprünglich hatten die Sowjets der Idee „Private Gespräche" zwischen Präsident und Generalsekretär durchaus skeptisch gegenübergestanden. Vielleicht befürchtete man im Kreml, Reagans Charme könnte den neuen Mann an der Spitze des Politbüros „aufweichen". Doch der selbstsichere Gorbatschow teilte solche Zweifel nicht. Sichtlich angetan von seiner ersten Kaminrunde mit dem kontaktfreudigen Kalifornier, ließ er eine positive Bewertung verbreiten. Und als ihn Reagan während der Nachmittagssitzung zu einem Spaziergang durch den herbstlichen Park zum Seeufer aufforderte, sagte der Russe nicht nein.

Ganz beiläufig kam dem Präsidenten dann am Swimmingpool der Einfall, Gorbatschow zu einem weiteren Plausch unter vier Augen in eine nahegelegene Strandhütte zu bitten. „Zufällig" brannte auch dort ein gemütliches Kaminfeuer. So konnten die nun schon gar nicht mehr distanziert wirkenden weltpolitischen Gegenspieler noch einmal allein, nur von Dolmetschern assistiert, 49 Minuten lang „von Mensch zu Mensch" verhandeln. Was dabei herausgekommen ist, blieb zunächst verborgen. Aber Larry Speakes kommentierte abends im „Interconti": „Der Ton war gut, der Meinungsaustausch war gut, die Gelegenheit, miteinander die wichtigsten Probleme zu erörtern, wurde in einer Weise genutzt, die der Generalsekretär als geschäftsmäßig bezeichnet hat. Das ist eine richtige Beschreibung."

Vermutlich war das eine bewußte Untertreibung. Fest steht, daß Gorbatschow keineswegs – wie kürzlich in Moskau bei seiner teilweise heftigen Begegnung mit dem amerikanischen Außenminister George Shultz – seinem Gesprächspartner ins Wort fiel und abrupte Zwischenbemerkungen machte. Das hätte nicht zu der am See demonstrierten Jovialität gepaßt. Und als sich die Ehepaare Gorbatschow und Reagan abends beim Dinner in der sowjetischen Residenz trafen, gingen sie schon fast so vertraut miteinander um wie alte Bekannte.

Dazu trugen die Ehefrauen wesentlich bei. Sie hatten sich am Nachmittag im amerikanischen Quartier zum Tee getroffen. Die beiden Damen – elegant gekleidet, Nancy Reagan mit einer dunkelblau karierten Jacke über einem schwarzen Rock, Raissa Gorbatschowa in einem schwarzen Kostüm mit weißer Bluse – kamen derart ins Schwätzen, daß sie noch zusammensaßen, als Ehemann Ronald von den Gipfel-Gesprächen kam. Doch er benutzte den Hintereingang, um den Plausch nicht zu stören.

Vor Journalisten zeigten sich die „First Lady" und die „Genossin Raissa" dann durchaus politisch. „Wir haben über unsere Ehemänner gesprochen und über ihre Treffen. Wir hoffen beide dasselbe, daß ein besseres gegenseitiges Verständnis dabei herauskommen wird", versicherte Nancy Reagan. Lächelnd fügte sie hinzu: „Frau Gorbatschowa ist eine sehr nette Dame."

Natürlich spiegelte das auch die Stimmung der Ehemänner wider – und es wirkte wiederum in die offiziellen Gespräche hinein. Als sich Reagan und Gorbatschow gestern morgen in der sowjetischen Mission von neuem die Hände schüttelten, wirkte das bereits wie freundlich geübte Routine. Der baumlange Präsident und der gedrungene, energische Parteichef plauderten geradezu animiert miteinander. Die unpersönliche Atmosphäre des hermetisch abgeschirmten Geländes mit Sowjetsoldaten und KGB-Agenten im Hintergrund störte Reagan überhaupt nicht. Was er am Vortag vermieden hatte, tat er jetzt gleich zweimal: Er wiederholte im Treppenhaus und später im Plenarsaal vernehmlich lachend für die Photographen den amerikanisch-sowjetischen Händedruck. Und was noch wichtiger war: Als der Amerikaner fragte, ob man sich nicht zuerst wieder „privat" unterhalten sollte, sagte Gorbatschow spontan ja. Es folgte eine weitere Stunde unter vier Augen. Nun war das Eis – soweit es die beiden Männer an der Spitze betraf – tatsächlich geschmolzen. Unter beifälligem Lächeln Reagans informierte der Sowjetführer die Reporter: „Unsere Diskussion war offen, geschäftsmäßig und verantwortungsbewußt." Reagan ergänzte: „Unsere Differenzen sind ernst. Aber ebenso ernst ist unsere Verpflichtung, das gegenseitige Verständnis zu verbessern. Die Welt wird freier atmen, weil wir hier zusammen sind."

Da sprach viel Diplomatie mit, Rücksicht auf andere Meinungen im eigenen Lager und die Besorgnis, in der positiven Bewertung vielleicht weiter zu gehen, als die sachlichen Ergebnisse dies erlaubten. US-Sprecher Larry Speakes aber verriet unumwunden: „Die beiden kommen gut miteinander aus, sie fühlen sich im Gespräch miteinander wohl."

Gorbatschow – als Gastgeber dieser Sitzung um Harmonie bemüht – ging sogar noch weiter, indem er zufrieden feststellte, das Gipfeltreffen mit Reagan sei in sich selbst schon ein sehr wichtiges Ereignis. Die Zuhörer glaubten ihren Ohren nicht zu trauen. Denn genau dies war die amerikanische Position, der die Sowjets lange widersprochen hatten. Moskau wollte konkrete Verhandlungsergebnisse, speziell im Abrüstungsbereich, es wollte das SDI-Programm aus dem Weltall verbannen. Und nun war auf einmal der Gipfel selbst, das persönliche Kennenlernen der Staatsmänner schon ein Gewinn?

Ronald Reagan hatte richtig kalkuliert: Seine persönliche Überzeugungskraft – im intimen Gespräch wirkungsvoller als in protokollarisch begrenztem Rahmen – hatte Gorbatschow zumindest davon überzeugt, daß es sich lohnt, mit dem amerikanischen Präsidenten zu reden.


Gerüstet für ein Nachrichten-Nichts: Das internationale Pressezentrum in Genf FOTO: POLY-PRESS

Der Mann aus dem Kreml steht unter Erfolgsdruck

Von CARL G. STRÖHM

Sind das noch die gleichen Russen wie zu Breschnews oder gar Chruschtschows Zeiten? Nur die KGB-Leute in ihren Lederjacken und blauen Einheitsmänteln, die vor der sowjetischen Mission in Genf vorwitzige Journalisten verscheuchen, sehen immer noch so aus, als seien sie einem anti-sowjetischen Propagandafilm made in Hollywood entsprungen.

Das Rußland Gorbatschows erinnert in Genf an einen Panzerkreuzer, der seine Kanonen mit bunten Lampions behängt und behauptet, er sei ein Musikdampfer. Parteichef Michail Gorbatschow versucht durch lockeres Auftreten und freundliche Worte zu werben – so wenn er neben Reagan stehend plötzlich Worte gebraucht, die sonst gar nicht in den sowjetischen Sprachgebrauch passen: Man müsse die Probleme „vorsichtig" betrachten, man verhandele „verantwortungsvoll" und habe die Interessen nicht nur der Amerikaner und Sowjets, sondern auch der „übrigen Welt" im Auge.

Allerdings – die Sowjetunion wäre nicht, was sie nun einmal ist, käme nicht auch hier die Kehrseite der Medaille bald zum Vorschein. Es war offenbar ein Rückgriff auf die auch bei Gorbatschow tief verwurzelte leninistische Ideologie, als der sowjetische Parteichef mitten während des Gipfels den schärfsten innenpolitischen Gegner Reagans in den USA, Jesse Jackson zu einem ausführlichen Gespräch empfing. Mit dieser politisch nutzlosen Geste – denn Jackson kann die Sowjets schwerlich vor ihrer Furcht vor SDI befreien – zeigte Gorbatschow, daß ihn entweder innenpolitische Gegenspieler zwingen, den „starken Mann" gegenüber den Amerikanern zu spielen oder daß er selber ein verzerrtes Bild von den Kräfteverhältnissen in der westlichen Welt hat. Der Empfang für Jackson entspringt der leninistischen „Spaltungstaktik".

Dabei können sich die Sowjets heute einen totalen Bruch mit Amerika – und das heißt: mit Reagan – weniger denn je zuvor leisten. Gorbatschow vermag gewiß ganz anders aufzutreten als die Gerontokraten, die vor ihm im Kreml regierten. Wer aber die Gesichtszüge des neuen Mannes studiert, erkennt hinter dem Lächeln Unbehagen und Unsicherheit. Dieser Mann weiß, daß sein Imperium dringend eine Atempause benötigt, damit Wirtschaft und Gesellschaft in Ordnung kommen. Er weiß, daß ihm die Amerikaner und der Westen techologisch davongelaufen sind. Für ihn geht es jetzt nur darum, sich so teuer wie möglich in ein Arrangement mit den USA einzukaufen.

Niemand hat deutlicher als Gorbatschows Ehefrau Raissa ausgesprochen, daß der sowjetische Generalsekretär unter Erfolgszwang steht. Vor Studenten der Genfer Universität erklärte sie zum Gipfeltreffen: „Wir brauchen einen Erfolg. Wir können es schaffen." Es scheint nicht ausgeschlossen, daß Gorbatschow aus diesem Erfolgszwang heraus davon absieht, von Reagan den totalen Verzicht auf SDI jetzt und hier zu verlangen. Manches spricht dafür, daß innerhalb der Sowjetführung über die einzuschlagende Taktik gegenüber den Amerikanern keine Einigkeit besteht.

Die sowjetische Propagandamaschine aber läuft trotz aller „konstruktiven" Gipfel-Erklärungen des Generalsekretärs auf vollen Touren. Die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija" lieferte am Sonntag eine seltsame Ouvertüre zu den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gesprächen mit der Frage: „Wozu beteiligen sich überhaupt die USA an internationalen Verträgen, wenn sie bereit sind, diese in jedem Augenblick zu brechen?"

Die Sowjetunion, von Reagan einst als „Reich des Bösen" tituliert, ist viel eher ein „Reich der Widersprüche". Das zeigt sich sogar beim Auftreten der offiziellen sowjetischen Sprecher vor der internationalen Presse in Genf. Die Sowjets bemühen sich, den westlichen Kommunikationsstil zu kopieren – aber dann stolpern sie immer wieder über ihre ideologischen Fallstricke. Da ist der unermüdliche Leonid Samjatin, der als Mann der Breschnew-Ära bereits politisch totgesagt wurde, jetzt aber wieder voll in Fahrt ist. Als die Mikrofone im Genfer Konferenzzentrum versagen, kann er nicht umhin, triumphierend zu bemerken: Da sehe man, so etwas könne auch im Westen passieren. Das Technologie-Trauma scheint in der russischen Seele zu stecken.

Noch weniger Glück hatte der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Wladimir Lomeiko. Der alte Hase aus Gromykos Stall geriet völlig durcheinander, als eine lautstark auftretende russische Dissidentin ihm Fragen nach dem Schicksal sowjetischer Regimekritiker und Juden stellte. „Entweder Sie oder ich", schnaubte Lomeiko – und verließ nach einem heftigen Tumult den Konferenzsaal. Seine Pressekonferenz war damit geplatzt.

Die Ironie des Schicksals will es, daß die Sowjets diese streitbare Frau erst vor drei Wochen überhaupt hatten ausreisen lassen. Jetzt war sie in Genf als Journalistin einer holländischen Zeitung erschienen und fiel mit Zwischenrufen über ihre früheren sowjetischen Landsleute her. „Welche Zwischenrufe hätte der im Genfer Exil lebende Lenin gemacht, wenn seinerzeit der russische Zar sich zu einem Gipfel hier eingefunden hätte?" Diese hintergründige Frage blieb unbeantwortet.

Klar aber ist, daß die Menschenrechtsproblematik nun Gorbatschow auf den Kopf zu fallen droht. Mehrere jüdische Demonstranten betraten das Genfer Büro der sowjetischen Fluglinie Aeroflot und verlangten Flugscheine nach Moskau. Sie wollten dort gegen jüdische Dissidenten und Häftlinge ausgetauscht werden. Das Ergebnis: Die Genfer Polizei mußte die Demonstranten verhaften – und das Genfer Aeroflot-Büro wurde bis zum Ende des Gipfels geschlossen.


Der Damen-Gipfel: Raissa Gorbatschowa, Nancy Reagan FOTO: EPA

Der Kandidat Koschnick stößt auf Sympathie

„Überfallartiges Verfahren" verärgert SPD in Leverkusen

PETER STAGEN, Leverkusen

Das Murren gegen den Kandidaten war verhalten. Der Unmut richtete sich mehr gegen das Verfahren als gegen den prominenten Polit-Import aus dem Norden. Am Dienstagabend ging es beim SPD-Ortsverein Steinbüchel-Lützenkirchen in Leverkusen um die Kandidatur des ehemaligen Bremer Oberbürgermeisters Hans Koschnick im Bundestagswahlkreis 68 in Leverkusen-Rheinberg II.

„In Kumpanei mit Bonn und dem Bezirksvorstand wird uns der Koschnick aufs Auge gedrückt", hieß es und „das ist ein überfallartiges Verfahren". „Es ist eine Schande, wie die Sache bisher gelaufen ist", murrten die rund 40 Genossen, die in der Aula der Hauptschule vor Ort zusammengekommen waren.

Ihre Bewertung von Hans Koschnick als möglichem Kandidaten war dagegen zumeist freundlich. „Damit würden wir einen guten Fang machen", „Hut ab vor der Courage, noch einmal ganz von vorn anzufangen", und „auf so ein Kaliber wie Koschnick können wir nicht verzichten", war zu hören.

Der frühere Regierungschef der Hansestadt Bremen will auf Bundesebene politisch neu anfangen. Geplant ist, daß er als Außenminister-Kandidat an der Seite von SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau in den Wahlkampf zieht. Um in der Mannschaft Rau möglichst wirksam mittun zu können, ist räumliche Nähe und Angebundenheit gut, dachten die Genossen und machten sich auf die Suche nach einem Bundestagswahlkreis für den prominenten Aussteiger.

Der Wahlkreis Leverkusen, Leichlingen, Burscheid bot sich da als geradezu ideal an. Der dortige Bundestagsabgeordnete Bruno Wiefel will nach 20jähriger Mandatszeit nicht noch einmal antreten. Der Platz wird also frei und gilt zudem als sicher für die SPD.

Unbemerkt vom örtlichen Parteivolk hatte Koschnick bereits während des NRW-Landtagswahlkampfes im Frühjahr erste Kontakte mit der Parteiführung vor Ort geknüpft. Als er jetzt vom Vorstand des Leverkusener Unterbezirks offiziell vorgeschlagen wurde, gab es bei den unwissenden Ortsverbänden einen empörten Aufschrei. Hinter den Kulissen und nicht ahnend, was die Führung plante, hatte sich die Parteibasis schon heftig mit der Nachfolgefrage von Wiefel beschäftigt. Die sechs Ortsvereine bäumten sich jetzt gegen den Importvorschlag auf und erklärten, sie hätten genug eigene gute Leute und brauchten niemanden von außen. Immerhin hatten sich der Parteivorsitzende Hans-Gerd Bast, der Fraktionschef im Rat, Johannes Singer, und der Ex-Fraktionsvorsitzende Hans Klose Chancen ausgerechnet.

Der Unterbezirksausschuß – auch kleiner Parteitag genannt – empfahl dem Parteivorstand mit großer Mehrheit, „keinen Kandidaten aufzustellen, der seinen Wohnsitz zur Zeit nicht innerhalb des Wahlkreises 68 hat". Ungerührt von dieser Ablehnung bekräftigte der UB-Vorstand nur eine halbe Stunde später seine Befürwortung der Kandidatur des Hanseaten.

Inzwischen hat Bast zu Gunsten von Koschnick verzichtet. Klose und Singer „stehen" noch. Allerdings hat Fraktionschef Singer signalisiert: „Wenn sich drei Ortsvereine für den Bremer aussprechen, fange ich an zu rechnen."

Die Parteioberen halten sich bei diesem Kandidatenhickhack bedeckt. Zwar wußte Hans-Gerd Bast zu berichten, daß sowohl das Bonner Präsidium als auch Johannes Rau bei ihm telefonisch vorstellig geworden seien, um kundzutun, daß „man keinerlei Druck" ausüben wolle, aber doch „sehr interessiert" daran sei, Hans Koschnick in Leverkusen unterzubringen.

Hans Koschnick hat unterdessen bekräftigt, daß er in Leverkusen kandidieren will und hofft, die Parteifreunde von sich als Kandidaten zu überzeugen. Er erwarte keinen Empfang „mit Hosianna" und sei auch nicht „der Idealkandidat schlechthin", wie er bei seiner Vorstellung am letzten Samstag in Leverkusen bescheiden beteuerte. Doch er werde alles tun, um Zweifel an der Richtigkeit seiner Kandidatur auszuräumen. „Wenn ich ein Mandat annehme, will ich den Wahlkreis auch entsprechend betreuen", versicherte Koschnick und fügte hinzu, „es sei völlig klar, daß er seinen Wohnsitz nach Leverkusen verlegen würde".

Eine (mit großer Wahrscheinlichkeit positive) Entscheidung über Koschnicks Kandidatur trifft der Unterbezirks-Parteitag am 17. Dezember.

Mahnende Worte an die Adresse der Deutschen

Kornblum: „DDR"-Staatsbürgerschaft nicht anerkennen

H. R. KARUTZ, Berlin

Einer der besten Kenner der Ost-West-Szene und der Deutschland-Politik, Amerikas höchster politischer Beamter in Berlin, hat jetzt die Deutschen davor gewarnt, etwa eine eigene „DDR"-Staatsbürgerschaft anzuerkennen: „Ich bin nicht dafür", sagte er. Ein derartiger Schritt würde den „vorläufigen Charakter der Lage in Mitteleuropa und Deutschland durcheinanderbringen". Für die West-Berliner würde ein derartiger Schritt außerdem die „totale Verwirrung" in der Staatsbürgerschaftsfrage zur Folge haben.

John C. Kornblum, dessen Vorfahren aus Ostpreußen stammen, äußerte sich in einer CDU-Diskussion auf entsprechende Fragen aus dem Publikum. Der frühere Berlin- und Deutschland-Experte im State Department sagte über die Folgen einer derartigen offiziellen Anerkennung wörtlich: „Dies wäre gleichbedeutend mit einer Haltung der Bundesrepublik, daß es ihr egal sei, ob ihre Landsleute drüben die Selbstbestimmung bekommen oder nicht und ob man die Lage in der DDR als permanent und legal akzeptieren will." Beides sollte man „nicht tun", erklärte Kornblum. Diese bedeutsame Frage dürfe man auch nicht allein aus der Sicht der Deutschen betrachten. Eine derartige Entscheidung Bonns hätte negative Auswirkungen auf ganz Mittel- und Osteuropa, *weil damit* der „vorläufige Charakter" der Nachkriegs-Ordnung in diesem Gebiet aufgegeben und die Teilung Europas anerkannt würde. Amerika habe jedoch am Kriegsende nicht nur Verpflichtungen für Deutschland, sondern für Mittel- und Osteuropa insgesamt übernommen.

Zugeständnisse der SED

In diesem Zusammenhang machte Kornblum – nach Botschafter Richard Burt der zweitwichtigste US-Repräsentant in Berlin – auch bemerkenswerte Aussagen zum Verhältnis USA–„DDR". Wörtlich stellte er dabei fest: „Wir haben die DDR nicht anerkannt. Dies würde bedeuten, sie als völlig souveränen Staat mit eigener Staatsbürgerschaft zu sehen." Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Einrichtung einer Botschaft „bei der DDR" seien dreijährige, intensive Verhandlungen vorausgegangen. „Es ist ein Schritt, der sich insgesamt gelohnt hat", stellte Kornblum fest. Man habe auch deshalb so gehandelt, um Moskau nicht allein das Feld in Ost-Berlin zu überlassen.

„Jetzt weht, für jeden sichtbar, das Sternenbanner ganz nahe Unter den Linden, nicht weit von der Sowjet-Botschaft." Die „DDR" habe eine Reihe von Zugeständnissen machen müssen, bevor Washington die Botschaft in Ost-Berlin „und nicht in Potsdam oder Dresden" ansiedelte. So habe Außenminister Oskar Fischer im schriftlichen UN-Aufnahmeantrag der „DDR" auf die Weitergültigkeit aller Rechte und Verpflichtungen der Siegermächte für ganz Berlin hingewiesen.

Rechte und Pflichten

Außerdem existiere „das wohl unbekannte Berlin-Dokument", die sogenannte „Vier-Mächte-Deklaration" vom 12. November 1972. Darin habe auch die UdSSR zugestanden, daß die Absprachen und Arrangements der Sieger auch durch die vorgesehene Aufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht angetastet würden. Außerdem habe es eine Reihe „weiterer Zusicherungen" Ost-Berlins gegeben, bevor es zum Botschafter-Austausch gekommen sei, stellte Kornblum fest. Die Tatsache dieser offenbar geheimen Absprachen war der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt.

Der Gesandte, der zugleich stellvertretender Stadtkommandant des US-Sektors ist, verwies in einem anderen Zusammenhang nachdrücklich darauf, daß der gewachsene Berlin-Status „für ganz Berlin gilt und nicht etwa nur für West-Berlin". Er räumte ein, daß dies von westlicher Seite möglicherweise „nicht oft genug" mit wünschenswerter Klarheit öffentlich festgestellt werde. Von einer mangelnden Sichtbarkeit der USA in Ost-Berlin könne keineswegs die Rede sein: „Wir sind dort sehr präsent."

Zur Anwesenheit der Alliierten in West-Berlin bemerkte Kornblum: „Indem wir hier mit Rechten und Pflichten anwesend sind, verteidigen wir nicht nur die Stadt, sondern symbolisieren jeden Tag, daß hier ein demokratisches System besteht, und daß wir die Menschen im anderen Teil der Stadt nicht vergessen haben."

SFB beschließt Burgfrieden bis zum Frühjahr

hrk. Berlin

Mit einem Friedensappell an die bisher zerstrittenen Gruppen im Sender Freies Berlin bremste der Rundfunkrat jetzt die SFB-Talfahrt: Bis zum Frühjahr wurde ein dann kritisch zu prüfender Burgfrieden zwischen Intendant Lothar Loewe und seinen Mitarbeitern geschlossen. Beide Seiten sollen zu „vertrauensvoller Zusammenarbeit zurückfinden". Zugeständnisse und Teil-Rückzüge von Loewe und der Gegenfront der Redakteure ermöglichten den Kompromiß. „Wir bewegen uns noch auf sehr dünnem Eis", kommentierte Klaus Landowsky (CDU) diesen Neuanfang für alle.

Bis zur Ratssitzung am 18. November stand die Zukunft des Senders auf „Spitz und Knopf": Denn statt des Lösungsversuchs hätte es ebenso zum Abwahl-Antrag der Gegner des Loewe-Stils in diesem Kontrollgremium kommen können, weil sich der Unmut über den eigenwilligen Intendanten unabhängig von der politischen Couleur im Rundfunkrat angestaut hatte. Was der Rat, die Berliner und auch die „DDR"-Konsumenten des SFB in Zukunft erwarten, faßte Journalisten-Sprecher Kurt Orb zusammen: Konzentration auf das Programm und weder „absolute Fürstenherrschaft" Loewes noch eine „Gegen-Intendanz" der Redakteursvertretung. Nach fünfstündiger Debatte kam schließlich auf der Basis eines *Papiers zweier „grauer" Rundfunkräte* die Einigung zustande:

- Man ließ die Untersuchung einzelner Vorwürfe auf sich beruhen, weil eine restlose Aufklärung ohnedies nicht möglich gewesen wäre. (Von einer „persönlichen Bereicherung" Loewes sei ohnedies nicht die Rede gewesen.)
- Die Zusammenarbeit aller SFB-Angehörigen müsse „dringend und umgehend" verbessert werden. Loewe müsse die „Leitungsstrukturen beachten", das Personal wiederum wieder „unverzüglich" mit ihm zusammenarbeiten.

Zum Streitpunkt, der auch die knappe Loewe-Mehrheit im Rat erhellt, geriet nur die Frage, ob und wann zwei neue, den Intendanten flankierende Direktoren bestellt werden sollen: Mit 17:12 bei einer Enthaltung sprach sich der Rat in geheimer Abstimmung dafür aus, damit nicht bis zum Frühjahr zu warten.

Kiesl: Kronawitter soll Schattenboxen aufgeben

„Baulandaffäre vergiftet Atmosphäre im Münchner Rathaus"

PETER SCHMALZ, München

Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter ist ein Politiker, der Worte wie Fairneß und Toleranz gerne und häufig gebraucht. In seiner Antrittsrede im vergangenen Jahr versprach der SPD-Politiker, eine solidarische Stadtgemeinschaft zu bauen, „die Menschen zusammenführt und nicht trennt". Doch Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei ihm bedenklich auseinander: Nie zuvor hat ein Oberbürgermeister die Atmosphäre im Rathaus der bayerischen Landeshauptstadt derart belastet und seine Verwaltung in ähnlichem Maße dem öffentlichen Gespött preisgegeben, wie dies Kronawitter nach nur 18 Monaten Amtszeit gelungen ist.

„Aus Sorge um die Stadt und den Stadtfrieden" sieht sich Kronawitters Amtsvorgänger, der CSU-Fraktionsvorsitzende Erich Kiesl gezwungen, den Oberbürgermeister zu bitten, sein „Schattenboxen" endlich aufzugeben und das „vergiftete politische Klima" zu bereinigen und in eine sachliche Diskussion überzuführen.

Kronawitter hatte im Wahlkampf Kiesl vorgeworfen, dieser habe seinem „Spezl", dem Bauunternehmer Schörghuber ein Grundstück unter Wert „zugeschanzt" und ihm damit ein „20-Millionen-Geschenk" gemacht (WELT vom 12. 11.). Mit seiner Wortwahl schlug er dabei gezielt einen klassenkämpferischen Ton an, um den Eindruck zu erwecken, mit diesem Geschäft habe Kiesl auf Kosten der Armen einem Reichen Millionen zugeschoben. In der SPD ist man sicher, mit diesem „Wahlschlager" die Kommunalwahl entscheidend beeinflußt zu haben.

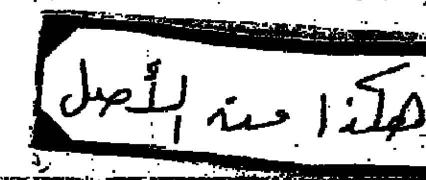
Heute will Kronawitter sich allerdings auch nicht mehr daran erinnern, Kiesl „moralisch verwerfliches" Verhalten vorgeworfen zu haben, wird aber durch eigene Redemanuskripte überführt. Jetzt, nachdem die Attacke gegen den CSU-Konkurrenten in sich zusammengebrochen ist, fährt Kiesl schweres Geschütz gegen den SPD-Gegner auf: Kronawitter habe, so Kiesl in einer öffentlichen Ratssitzung, das Amt des Oberbürgermeisters mit „Verleumdungen und einer handfesten politischen Lüge" bekommen.

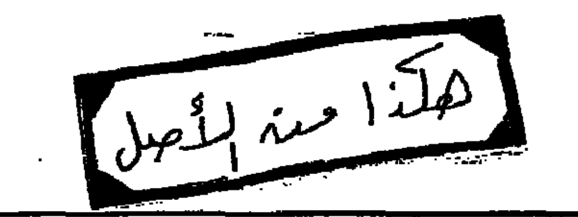
In persönlichen Gesprächen äußern Rathaus-Bedienstete Empörung und Mißfallen: Sie können nicht verstehen, weshalb Kronawitter das Thema auch nach blamablen Pannen nicht beenden will, sondern nach drei Wertgutachten nun ein viertes ankündigt. „Damit", so der CSU-Stadtrat Adi Wiedemann, „wirft der Oberbürgermeister erhebliche Summen Steuergelder zum Fenster hinaus.

Der Quadratmeterpreis von 230 Mark war in der Tat sehr niedrig. Aber Kronawitter verschweigt oder leugnet die Fakten, die zu diesem Billigkauf führten: Am Ende seiner ersten Amtszeit hatte Kronawitter einen auch durch Baustoppbeschlüsse der SPD ruinierten Wohnungsbau und eine neue Wohnungsnot hinterlassen. Nachfolger Kiesl suchte dringend Bauträger, die in der Lage und bereit waren, schnell viele Wohnungen zu bauen. Zudem lag das betreffende Grundstück neben einem Areal, das bereits im Besitz Schörghubers war und auf dem im Rahmen eines Wohnraumbeschaffungsprogramms gebaut werden sollte.

Darüber hinaus waren die Verkaufsverhandlungen durch Schadensersatzansprüche belastet. Kronawitter bestreitet heute zwar auch deren Existenz, doch bei den Rathausakten liegt der Beschluß einer nichtöffentlichen Ratssitzung aus dem Jahr 1975, den Kronawitter als damaliger Oberbürgermeister eigenhändig *unterschrieben hatte. Dann* ist ausdrücklich von „Entschädigungsansprüchen in der Größenordnung von 20 Mio. DM" und von einem „nicht völlig auszuschließenden" Prozeßrisiko der Stadt die Rede. Auch in dem notariellen Vertrag vom Oktober 1981 verzichtet der Verkäufer unter Ziffer XI ausdrücklich „auf die nachfolgend genannten Ansprüche".

Die Methode, im Wahlkampf mit unbeweisbaren Vorwürfen klassenkämpferische Emotionen zu schüren, sind für Kronawitter nicht neu. Vor fünfzehn Jahren hatte sich der damals noch weithin unbekannte SPD-Landtagsabgeordnete Kronawitter nach dem gleichen Strickmuster mit dem Bankier von Finck angelegt. Die Publicity war enorm und Kronawitter wurde 1972 erstmals Oberbürgermeister. Vor Gericht aber ging er baden und bekam 12 000 Mark Prozeßkosten aufgebürdet, die von der SPD aus der Parteikasse bezahlt wurden.





Golfrat sucht Zusammenarbeit mit der EG

MICHAEL G. MÖHNLE, Muscat

Könige, Kronprinzen, Staats- und Ministerpräsidenten, Minister und Botschafter aus über 60 Nationen erwiesen in diesen Tagen nicht nur dem 45jährigen Sultan Kabus anläßlich des 15. Nationalfeiertages seines Sultanats die Ehre, sondern entwickelten untereinander eine emsige Gesprächstätigkeit. Das Sultanat führt zur Zeit den Vorsitz im GCC (Gulf Cooperation Council), zu dem neben Oman, Saudi-Arabien, Kuwait die Arabischen Emirate, Qatar und Bahrein gehören. Hauptgesprächsthemen waren die Lage am Golf, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Oman und der Sowjetunion und eine künftige enge Kooperation zwischen dem GCC und der Europäischen Gemeinschaft.

Die sechs Staaten am Golf sind durch den seit fünf Jahren andauernden Krieg zwischen Iran und Irak gezwungen, enger als bisher miteinander zu kooperieren. War es früher eher so, daß jeder eifersüchtig darüber wachte, daß der andere keine vorteilhafte Position einnehmen konnte, so denken sie jetzt über gemeinsame Aktionen nach. In diesem Sinn wurde jüngst beschlossen, die gemeinsame Haltung zu Iran neu zu überdenken. Bisher haben die Golfstaaten eher Irak finanziell und militärisch unterstützt. Nun ist man auch zu einem Dialog mit Iran bereit.

Diese neue Aktivität resultiert auch aus den vielen Zwischenfällen im Golf selbst. Sowohl Irak als auch Iran haben in den letzten Monaten Dutzende von Schiffen aufgebracht, die Waren in eines der beiden Länder brachten. Die Freizügigkeit der internationalen Schiffahrt im Golf ist in Gefahr. Oman, das über die Halbinsel Musandam die Straße von Hormuz kontrolliert, kann mit seinen Schnellbooten nur „Verkehrspolizist" spielen und wird sich hüten, aktiv in die gegenseitige Blockade von Handelsschiffen einzugreifen. Das würde eine Eskalation der gegenwärtigen Situation heraufbeschwören.

Oman, bis vor 15 Jahren noch in der absoluten außenpolitischen Isolation, hat sich in den letzten Jahren diplomatisch erstaunlich hervorgetan. Nur Großbritannien und Indien hatten Mitte der sechziger Jahre eine Botschaft in Muscat. Heute wehen in der Hauptstadt die Fahnen von über dreißig Nationen. Erst kürzlich hat das Sultanat diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen. Sultan Kabus ist sich über die Sowjetunion und ihre expansive Politik vollkommen im klaren. Deren Präsenz in Afghanistan und die aktive Rolle, die die UdSSR auf seiten der jemenitischen Rebellen im Dhofar-Krieg von 1965 bis 1975 spielte, sind ihm heute noch eine große Warnung. Aber er sieht Oman als blockfreies Land und will, zumindest nach außen, eine ausgewogene Politik betreiben. Demnächst will er auch diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik Jemen aufnehmen.

Das Gespräch, das Bundesaußenminister Genscher in Muscat mit Sultan Kabus führte, war eine erste Kontaktaufnahme mit dem Präsidenten des GCC. Die Golfkooperation will – nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft – politisch und wirtschaftlich und so weit wie möglich auch militärisch zusammenarbeiten. Jetzt sprechen die sechs Golfstaaten offen darüber, daß sie mit der EG eine vertraglich gesicherte Wirtschaftskooperation anstreben.

Nach den Krawallen steht Papandreou vor hausgemachter Regierungskrise

Vorerst wieder Ruhe in Athen / EG-Sonderkredit als Rettung vor dem Staatsbankrott

E. ANTONAROS, Athen

Nach zweitägigen Ausschreitungen und Krawallen, die einen Toten und knapp 100 Verletzte forderten, ist wieder Ruhe in Athen eingekehrt. Aber Ministerpräsident Andreas Papandreou ist jetzt mit einer Regierungskrise konfrontiert: Kostas Laliotis, einer der engsten Mitarbeiter des Premiers und Regierungssprecher seit einigen Monaten, will die Regierung verlassen. Mit ihm werden in den nächsten Tagen aller Voraussicht nach auch der Intendant, der Programmdirektor und der Nachrichtenchef des griechischen Staatsfernsehens ERT-1 gehen, die die Regierung Papandreou erst vor kurzem auf diese Posten berufen hatte.

Laliotis, der als einer der Anführer des linken Parteiflügels gilt, und die drei Fernsehbosse fühlen sich von Papandreou im Stich gelassen. Letzte Woche hatten sie sich beharrlich geweigert, Arbeitsminister Giannopoulos den Wortlaut der Fernsehberichte über die Streikwelle der letzten Tage zur Verfügung zu stellen. Giannopoulos hatte sich öffentlich und bei Papandreou über die seiner Meinung nach „zu einseitige, regierungsfeindliche Berichterstattung" beschwert. Laliotis hatte daraufhin die Fernsehspitze in Schutz genommen und in zahlreichen Unterredungen von Papandreou vergeblich erwartet, daß sich der Ministerpräsident auf seine Seite schlagen würde. Nun will er die Konsequenzen ziehen.

Der Streit zwischen dem Regierungssprecher und dem Arbeitsminister spiegelt die Gegensätze innerhalb der Regierungspartei wider. Angesichts der breiten öffentlichen Unzufriedenheit wegen der unpopulären Sparbeschlüsse glaubten viele Minister, daß die kritischen Stimmen der Opposition in den Massenmedien möglichst unter den Tisch fallen müßten. Dagegen wehrten sich Laliotis und seine Fernsehdirektoren. Laliotis ließ ferner in einer Erklärung erkennen, daß er auch die Haltung seiner Regierung hinsichtlich der Ausschreitungen der letzten Tage nicht ganz teile. Er, der einer der Protagonisten des Studentenaufstandes im Athener Polytechnikum im November 1973 gegen die Obristen war, verurteilte aufs schärfste die Besetzung dieser Hochschule Anfang dieser Woche durch „sogenannte Linksextremisten". Indirekt plädierte er für ein härteres Durchgreifen gegen diese Gruppen, obwohl er früher im Verdacht gestanden hat, ihnen ideologisch nahegestanden zu haben.

Zu einer gewaltsamen Räumung der Technischen Hochschule kam es allerdings nicht: Ihre Besetzer, die einen selbstgebastelten Radiosender in Betrieb genommen und verschiedene Forderungen an die Regierung Papandreou gerichtet hatten, zogen nach mehrstündigen Verhandlungen mit dem Universitätssenat am Dienstag abend friedlich ab, veranstalteten einen Protestmarsch in der Stadt und lösten sich dann auf.

In den 36 Stunden vorher war Athen zu einem Schlachtfeld geworden: *Gewalttätige Gruppen von* Linksradikalen, Chaoten und Punks zogen randalierend durch die Innenstadt, schlugen Fensterfronten ein, plünderten Geschäfte und Banken, setzte Dutzende von Fahrzeugen in Brand. 37 Demonstranten, die vorübergehend die chemische Fakultät besetzt hatten, wurden festgenommen und dem Staatsanwalt vorgeführt. Sonst blieb die Polizei, den Weisungen von oben folgend, diskret im Hintergrund. Die Angehörigen der Sicherheitskräfte sind verunsichert, seit Panpandreou die drei ranghöchsten Polizeigeneräle im Zusammenhang mit der Erschießung eines 15jährigen Demonstranten in der Nacht zum Montag mit einem vorwurfsvollen Unterton suspendierte.

Viele Griechen sind fest davon überzeugt, daß der Ausbruch der Gewaltwelle Papandreou gut ins Konzept paßt. Denn durch die Ereignisse der letzten Tage hat sich das Interesse der Öffentlichkeit von der äußerst unpopulären Sparpolitik der Regierung auf die Krawalle verlagert. Diese Entwicklung nutzte der Regierungschef geschickt aus: Der EG-Sonderkredit an Griechenland in Höhe von knapp 1,5 Mrd. Dollar und damit verbundene Auflagen der Gemeinschaft an Athen blieben in den Massenmedien so gut wie unerwähnt. Nur wenige Griechen haben daher erfahren, daß Andreas Papandreou, der seine „unabhängige Politik in allen Bereichen" auf Schritt und Tritt predigt, nun doch auf die Wünsche seiner EG-Partner hört, um sein Land vor *dem Bankrott zu retten.*

Erhöhte Gefahr für Irans Ölexport

Die irakische Luftwaffe setzt neue Waffensysteme ein / Teheran sucht nach Auswegen

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Bagdad ist es offensichtlich gelungen, einen vielleicht entscheidenden Schlag gegen die Haupteinnahmequelle des Kriegsgegners Iran zu führen. Mit Hilfe modernster französischer Raketen ist die Verladeinsel Kharg im Norden des persischen Golfs so stark beschädigt worden, daß sie weitgehend für längere Zeit funktionsunfähig ist. Von den zehn Anlegestellen für größere Tanker sind selbst nach intensiven Reparaturarbeiten nur noch drei benutzbar.

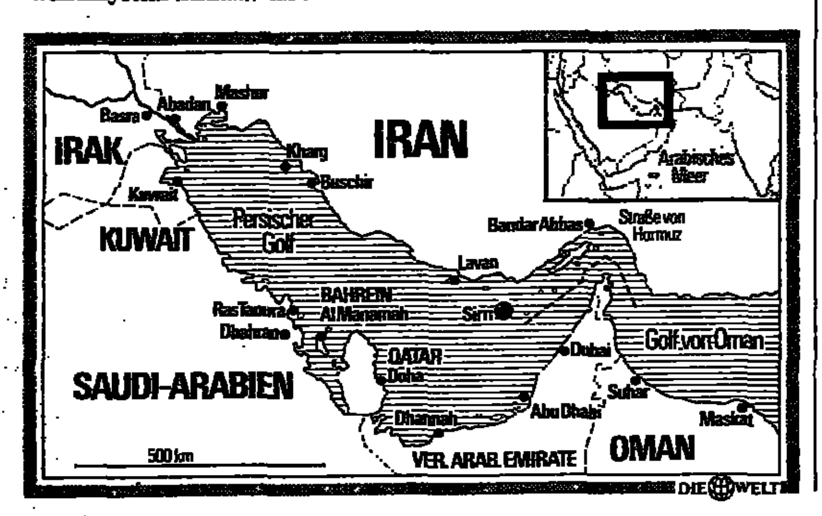
Wegen des erhöhten Risikos bleiben die meisten Tanker außerhalb der Reichweite irakischer Kampfflugzeuge im Süden des Golfs. Dort hat Teheran auf der Insel Sirri Depots eingerichtet, aus denen die Tanker beladen werden. Ein Pendelverkehr zwischen Kharg und Sirri soll die Versorgung sichern. Für diesen Pendelverkehr kommen jetzt allerdings *nur* Tanker von einer Größe bis zu 100 000 BRT in Frage, da nur sie noch in Kharg anlegen können. Auch eine schwimmende Verladeinsel bei Buschir kann nur Tanker dieser Größe versorgen. Immerhin ist Buschir wegen der starken Konzentration von Luftabwehrverbänden leichter zu verteidigen.

Teheran plant, eine Pipeline von Abadan über Kharg und Buschir bis nach Lavan zu legen und auf dieser Insel einen Verladehafen von der Größenordnung Khargs zu bauen. Die Verwirklichung dieses Projekts würde nach Ansicht des ehemaligen Leiters der „Nationalen Iranischen Ölgesellschaft", Abbas Gholi Bachtiar, wenigstens zwei Jahre dauern. Gholi Bachtiar, ein Neffe des iranischen Oppositionsführers Shapur Bachtiar, war bis zur Revolution der Mullahs Direktor der Ölgesellschaft. Er lebt heute in Paris, verfügt aber immer noch über ausgezeichnete Kontakte zur iranischen Ölindustrie. Nach seinen Informationen exportiert Iran derzeit etwa eine Million Barrel pro Tag. Das Öl gehe vorwiegend in osteuropäische Länder, nach Nordkorea, Pakistan und Indien. Im Gegenzug erhalte Teheran jedoch mehr Waren als Devisen.

Bei den französischen Raketen, die die irakische Luftwaffe seit Mitte August einsetzt, handelt es sich um äußerst treffgenaue und lasergesteuerte Waffensysteme, deren Wirksamkeit noch größer ist als die der Exocet-Raketen. Sie heißen AS-30. Gleichzeitig benutzt die Luftwaffe ein weiteres Waffensystem (Armat), das in der Lage ist, die Radarsysteme der feindlichen Luftabwehr auszuschalten. Die Kombination dieser Systeme verschafft der irakischen Luftwaffe eine deutliche Überlegenheit gegenüber der iranischen Abwehr. Sie ermöglichte die zielgenauen Angriffe auf Kharg und zwingt die Iraner dazu, in den Süden des Golfs auszuweichen.

ms. Bonn

Iran hat im Haushaltsjahr 1985 insgesamt 4 Milliarden US-Dollar für Waffenkäufe eingesetzt, die im Krieg mit Irak für Iran von besonderer Bedeutung sind. Die Hauptlieferanten sind nach vorliegenden Informationen Italien, Griechenland, die Schweiz, China und Japan. Auch Israel sei an diesen Geschäften beteiligt, hieß es von kompetenter Seite. Oft handele es sich bei den Lieferanten um dieselben Staaten, die auch Irak mit Waffen bedienten.



Frankreichs KP gibt sich auffallend bescheiden

Große Verbitterung / Angst vor der Zehn-Prozent-Marke

A. GRAF KAGENECK, Paris

Als letzte der vier großen politischen Familien Frankreichs hat die Kommunistische Partei ihre Kandidatenlisten für die Parlamentswahlen des kommenden März vorgelegt. Sie ließ sich Zeit damit, denn bei ihr gab es kein Gerangel um die besten Listenplätze wie bei den Sozialisten, die sich mit Randgruppen herumschlagen müssen, oder bei der Opposition, wo Chirac und Giscard sich in nur 40 von 95 Departements über gemeinsame Listen als Ausdruck der Geschlossenheit einigen konnten. In der immer noch straff am kurzen Zügel geführten KPF dagegen wird befohlen, wer die Partei vor den Wählern zu vertreten hat. Ein Aufmucken gegen Entscheidungen der Zentrale irgendwo in einem der 27 000 Parteizentren gibt es nicht.

Die Zusammensetzung der 2200 kommunistischen Kandidaten zeigt ein wenig verändertes soziologisches Spektrum der Partei. Mit 25 Prozent nehmen die „Arbeiter" immer noch den größten Platz ein, gefolgt von den Lehrern (23 Prozent), den Freiberuflern (15 Prozent), den Ingenieuren und Technikern (13 Prozent) und schließlich den Bauern (sieben Prozent).

Die Kommunisten öffnen sich am weitesten den Frauen. 600 ihrer Kandidaten vertreten das schwache Geschlecht, und in 15 Departements halten Frauen sogar den Listenplatz eins. „Bei uns hat es kein Heulen und *Zähneknirschen gegeben wie bei den* Sozialisten", witzelte Giselle Moreau, Politbüromitglied und Spitzenkandidatin in Paris. In der Tat marschierten die vier weiblichen Minister des Kabinetts Fabius auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei in Toulouse im Oktober gestikulierend auf die Parteitagstribüne und protestierten gegen die mangelhafte Repräsentanz der Frauen auf den Kandidatenlisten – vom Johlen und Pfeifen der Parteisoldaten übertönt. Bei Gaullisten und Giscardisten rührt sich der Protest nicht so heftig. Aber auch hier haben „Frauenrechtlerinnen" nicht viel mehr Chancen als bei den Sozialisten.

Stolz auf die Rolle der kommunistischen Frauen

André Lajoinie, Chef der kommunistischen Kammerfraktion, weist nicht ohne Stolz darauf hin, daß seine Partei schon Frauen als Kandidatinnen vorschlug, als diese noch gar nicht wählbar waren. Ferner, daß sie später im Parlament das „Protokoll entstaubt" und „alte Zöpfe abgeschnitten" hätten, wie etwa das Tragen von Hosenröcken im ehrwürdigen Senat. „Kommunistische Frauen sind keine Feministinnen", rühmt sich Giselle Moreau, „sie verteidigen die Interessen beider Geschlechter gleichwohl."

Die Wahlerwartungen der KPF sind auffallend bescheiden. „Wir wären zufrieden, wenn wir etwas mehr machen würden als beim letzten Mal", sagte ZK-Sekretär Paul Laurent am Tage nach einer ZK-Sitzung, die sich mit den Wahlkampfparolen beschäftigt hatte. Als Bezugspunkt nennt er die Europawahlen von 1984, bei denen die Kommunisten elf Prozent Stimmen erreichten. Umfragen geben ihnen heute gar nur noch neun Prozent. Das ist ein schwindelerregender Absturz von den 28 Prozent, welche die „Partei des Widerstandes" in den ersten Nachkriegsjahren ernten konnte. Und selbst von den gut 20 Prozent, die die KPF noch bis in die Mitte der siebziger Jahre gehalten hat.

Mit Verbitterung stellen die Kommunisten heute fest, daß die 13 Jahre der Linksunion mit den Sozialisten ihnen unvergleichlich viel mehr geschadet als genutzt haben. Die Dynamik, die zweifellos von der kurzlebigen Wiedervereinigung der beiden linken Familien ausging, kam eher den Sozialisten als den Kommunisten zugute. Und als die Euphorie der ersten gemeinsamen Regierungsjahre sich 1983 nach dem scharfen Korrekturkurs verflogen hatte, machten die Wähler ausgerechnet die Partei für die notwendige Austerity-Politik verantwortlich, die sich immer als die Vorkämpferin der Interessen der Arbeiterklasse empfahl. So ist es verständlich, daß die Kommunisten *Frankreichs heute mit Grauen auf* diese Jahre zurückblicken und sich um so erbitterter gegen ihre Verbündeten von einst kehren. Die Wahlkampfparolen des Zentralkomitees geben beredt davon Zeugnis, wie unheilbar der Bruch der Linken in Frankreich ist.

„Kommt, ihr Enttäuschten des Sozialismus"

Die Sozialisten werden darin als die wahren reißenden Wölfe dargestellt. Jedenfalls seien sie gefährlicher für die Arbeiterklasse als die Rechte, denn sie kämen im Schafsgewand daher. Sie bereiteten die Klassenkollaboration mit den Gaullisten vor; ihr Programm nehme bereits die „Cohabitation mit Chirac nach dem März 1986" voraus. Sie stünden hinter den gehässigen Verunglimpfungen, welche die in ihrer Hand befindlichen Massenmedien täglich über die KPF ausschütteten. Die Ziele ihres Wahlprogramms verschwänden in immer dichterem Nebel. Die überlieferten Werte der Linken seien darin nur noch schemenhaft enthalten. „Das sozialistische Wahlprogramm ist ein linkes Plakat, welches eine rechte Praxis verdecken soll", gipfelte die Philippika Paul Laurents vor der erstaunten Presse.

Natürlich weiß das Politbüro, daß die Macht für die Kommunisten nicht über die Urnen erobert werden kann. Aber die KPF will wieder das Element werden, an dem keine Linksformation vorbei kann. Sie macht den Sozialisten den Anspruch streitig, die Heimat aller in Frankreich zu sein, die mit dem Kapitalismus brechen wollen. Die „Massenbewegung gegen Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit ist eine kommunistische und wird es bleiben". Auch wenn, wie Lajoinie sagt, die Entwicklung in „historischen Aufs und Abs" verläuft.

So muß die Wahlparole also lauten: Kommt alle, die ihr euch enttäuscht vom Sozialismus abgewandt habt, die ihr 1981 sozialistisch gewählt und die *ihr euch seitdem der Stimme enthal*ten habt, kommt alle wieder zu uns. Mit dieser Richtschnur versehen werden jetzt 2200 kommunistische Kandidaten, gestützt von 600 000 Parteisoldaten, in den Wahlkampf ziehen.

Sieg der Linken beunruhigt die Regierung Schlüter

DW. Kopenhagen

Der klare Erfolg der linken Parteien bei den dänischen Kommunal- und Regionalwahlen hat zu Unruhe innerhalb der bürgerlichen Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Poul Schlüter geführt. Er kommentierte gestern den Wahlausgang, bei dem der Linksblock auf 52,2 Prozent gegenüber 42,9 Prozent für die fünf Parteien des Regierungslagers kam, als „nützlichen Warnschuß, der auch eine rote Mehrheit auf Landesebene in den Bereich des Möglichen gerückt" habe.

Während die Sozialdemokraten ihr Ergebnis aus den letzten Kommunalwahlen 1981 mit 35,7 Prozent wiederholten, konnte die weiter links angesiedelte Sozialistische Volkspartei 4,7 Prozent hinzugewinnen und kam auf *11,4 Prozent. Der Parteivorsitzende* Gert Petersen forderte die Sozialdemokraten auf, sich als Reaktion auf den Wahlausgang einer Links-Koalition zur Ablösung der Regierung Schlüter zu öffnen. Erstmals überhaupt vertreten sind die Grünen auf parlamentarischer Ebene in Dänemark mit 2,8 Prozent der Stimmen.

Im Regierungslager konnten lediglich die Konservative Partei von Ministerpräsident Schlüter Stimmengewinne (2,8 Prozent) verbuchen und ist nun mit 19,8 Prozent die zweitstärkste Partei in den Regionalparlamenten.

Die rechtsorientierte Fortschrittspartei des Steuerrebellen Mogens Glistrup verlor 4,8 von sieben Prozent und ist nun mit 2,2 Prozent nur noch in wenigen Gemeinde- und Bezirksvertretungen repräsentiert. Der erstmals nach Verbüßung einer Haftstrafe wieder für ein politisches Amt kandidierende Glistrup fiel in seinem Wahlbezirk selbst durch.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Privat-Fernsehen in Frankreich im nächsten Jahr

A. GRAF KAGENECK DW. Paris

Der französische Ministerrat hat die Einführung eines ersten privaten Fernsehkanals in Frankreich ab 20. Februar 1986 beschlossen. Träger des stark umstrittenen neuen Programms ist eine französisch-italienische Holding unter der Stabführung der beiden Franzosen Jerôme Seydoux und Christophe Riboud (Anteilseigner an die multinationen Schlumberger Gruppe) hinter denen aber die finanzielle Macht und Erfahrung des italienischen TV-Unternehmers Silvio Berlusconi steht. Ein entsprechender Vertrag war am Vorabend zwischen Berlusconi und dem französischen Minister für die Massenkommunikation Fillioud unterzeichnet worden.

Diesem Beschluß war eine Entschließung der Nationalversammlung vorausgegangen, die die Installationen von Sende- oder Relais-Stationen des Fernsehens auf hohen Gebäuden der Stadt Paris gestattet. Diese in großer Hast durchgezogene Gesetzeserweiterung hat eine entschieden politische Dimension, da sie auf die Benutzung des Eiffelturms für die Ausstrahlung des privaten Fernsehens zielt, der bisher der Stadt Paris mit ihrem neogaullistischen Bürgermeister Jacques Chirac, einem der drei Führer der bürgerlichen Opposition, unterstellt war.

Aber nicht nur die bürgerliche Opposition, auch die Kommunistische Partei, ein Teil der Sozialisten sowie die gesamte Filmindustrie laufen Sturm gegen das „Spaghetti-Fernsehen", welches wenige Monate vor den Wahlen und aufgrund einer persönlichen Freundschaft zwischen Präsident Mitterrand und Berlusconi zustande gekommen ist.

Kein Treffen von Brandt mit Walesa

AFP, Warschau

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und der polnische Arbeiterführer Lech Walesa werden während des Besuchs von Brandt in Warschau Anfang Dezember nicht zusammentreffen. Der Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" lehnte ein entsprechendes Ersuchen des SPD-Chefs mit der Begründung ab, daß Brandt seinerseits nicht zu einem Treffen mit ihm nach Danzig kommen wollte.

Ausgang der Synode ist selbst für Rom ungewiß

Gegensätze in der Kirche über Folgen des letzten Konzils

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Am Sonntag beginnt im Vatikan die außerordentliche Weltbischofssynode, auf der eine Bilanz der zwanzigjährigen Entwicklung in der katholischen Kirche seit dem Ende des II. Vatikanischen Konzils gezogen werden soll. Im Blick auf die oft leidenschaftlich geführten Diskussionen in ihrem Vorfeld gilt sie weithin als die wahrscheinlich schwierigste seit der Konstituierung dieses Gremiums durch Papst Paul VI.

Als Johannes Paul II. die Synode am 25. Januar dieses Jahres einberief, stellte er ihr unter anderem die folgenden Aufgaben: Neubelebung der konziliaren Atmosphäre, Austausch von Erfahrungen und Berichten über die Anwendung des Konzils auf lokaler und weltweiter Ebene, Forderung einer stärkeren Durchdringung des Lebens der Katholiken mit dem Geist und den Buchstaben des Konzils – „auch im Lichte neuer Erfordernisse". Die Ankündigung hatte sofort eine lebhafte öffentliche Debatte ausgelöst, die – wie der Sekretär der Synode, Erzbischof Jean Schotte, vor einigen Tagen vor der Presse sagte – „gelegentlich auch in Form von polemischen Meinungsäußerungen" geführt wurde. Gegenüber standen sich dabei diejenigen, die meinen, das Konzil sei „progressistisch" entstellt worden und die Kirche habe sich in übertriebener Weise der Welt geöffnet, und diejenigen, die behaupten, Geist und Beschlüsse des II. Vatikanums seien bisher nur unvollständig in kirchliche Wirklichkeit umgesetzt worden.

Starkes Aufsehen erregte im Laufe der vorsynodalen Diskussionen ein Interview des *Präfekten der Glaubenskongregation*, Kardinal Ratzinger, mit der Forderung, „nach all den Übertreibungen einer wahllosen Öffnung zur Welt, nach den zu positiven Interpretationen einer agnostischen und atheistischen Welt" ein „neues Gleichgewicht der Orientierungen und der Werte innerhalb des katholischen Ganzen" zu suchen. Der deutsche Kurienkardinal gebrauchte in diesem Sinne den Begriff „Restauration", was den als „fortschrittlich" bekannten ehemaligen Wiener Erzbischof, Kardinal König, dieser Tage zu der Warnung bewog, nicht den Eindruck einer „Sehnsucht nach der Vergangenheit" aufkommen zu lassen. Die Synode müsse ihre Arbeit an der Zukunft orientieren.

Schotte dämpfte auf seiner Pressekonferenz die in der katholischen Welt offenbar weitverbreitete Erwartung, daß diese Synode alle Probleme lösen könne, die sich der katholi*schen Kirche heute stellen.* „Diese Synode ist kein Minikonzil", präzisierte er. „Sie kann jetzt, in zwei Wochen, nicht alle Probleme lösen, die sich in den vergangenen zwanzig Jahren manfestiert haben." Ihr Ausgang sei selbst für die Veranstalter im Vatikan völlig ungewiß.

Auf der Synode werden 165 „Väter" Stimmrecht haben: die 14 Patriarchen und Metropoliten der unierten Ostkirchen, die 102 Repräsentanten der Bischofskonferenz aus aller Welt, die 24 Chefs der Kurienbehörden, drei Vertreter der religiösen Orden, 21 vom Papst ausgewählte Teilnehmer und der Sekretär der Synode. An den Arbeiten werden außerdem 15 Sonderbeobachter, zehn Beobachter *nichtkatholischer* Kirchen und 12 Theologen teilnehmen.

Zur Vorbereitung der Synode waren vom Sekretariat Fragebogen an die verschiedenen Bischofskonferenzen verschickt worden. Die vier darin enthaltenen Fragen betrafen die positiven und die negativen Entwicklungen seit dem Konzil, den Grad der Verwirklichung der Konzilsbeschlüsse und die Auswirkungen auf die lokalen Kirchen. Nur einige der befragten Bischofskonferenzen haben ihre Antworten bisher veröffentlicht (u.a. Großbritannien, USA, Kanada, Niederlande, Frankreich). In diesen bekanntgewordenen Antworten werden die Auswirkungen des Konzils als positiv dargestellt. Es wird für eine wei*tergehende Verwirklichung der konziliaren* Beschlüsse plädiert und dabei auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Laien und den Frauen mehr Raum in der Kirche zu geben, den ökumenischen Dialog weiter zu entwickeln und den Dienst der Kirche am Menschen noch glaubwürdiger zu machen.

Im Gegensatz zu den bisherigen sieben Weltbischofssynoden, die alle schon drei Jahre vor ihrem Beginn einberufen worden waren und dann einen Monat dauerten, stand für diese Synode, deren Dauer auf nur zwei Wochen angesetzt ist, eine Vorbereitungszeit von lediglich zehn Monaten zur Verfügung.

Fünf Berichte über die Expansion der Sowjets

Das Thema „Regionale Konflikte" beim Gipfel in Genf

CARL GUSTAF STRÖHM, Genf

Zur gleichen Zeit, da Generalsekretär Gorbatschow auf dem Genfer Flughafen eintraf, präsentierten Vertreter jener Nationen, die unter dem Stichwort „regionale Konflikte" auf der Tagesordnung des Gipfels stehen *dürfen, ihre Klagen und Forderungen* vor der internationalen Presse. Je ein Sprecher des Widerstandes von Afghanistan, Angola, Kambodscha und Nicaragua sowie ein Vertreter der „kämpfenden Solidarität" in Polen, forderten Selbstbestimmung, freie Wahlen und Rückzug der ausländischen Truppen für ihre Länder.

Der afghanische Sprecher, Hamidullah Sherdill, erklärte, in seinem Lande gebe es nach sechs Jahren Krieg und sowjetischer Intervention über eine Million Tote unter der Zivilbevölkerung zu beklagen. Zehntausende von Afghanen seien in die Sowjetunion deportiert worden. Mit fünf Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen mußten, habe Afghanistan „*die größte Zahl* politischer Flüchtlinge in der Geschichte der Menschheit zu verzeichnen". Unter Gorbatschow, der im Westen als „Charmeur" auftrete, werde Afghanistan hingerichtet. Seit seinem Machtantritt verfolge die Sowjetunion in Afghanistan eine „Politik der verbrannten Erde": Dörfer und Felder würden systematisch verbrannt und dem Erdboden gleichgemacht. Mit der gewaltsamen Räumung der Dörfer solle der afghanische Widerstand ausgetrocknet werden.

„Verbrannte Erde"

Ein Sprecher der „Unita" aus Angola, Vahekeni, berichtete, daß bei *der großen Offensive des kommunistischen* Regimes im Juli erstmals neben Kubanern, „DDR"-Volksarmisten und Angehörigen der „Swapo" auch sowjetische Offiziere beobachtet wurden, welche die Landoperationen gegen die „Unita"-Streitkräfte geleitet hätten. Erstmals hätten die Kommunisten auch Napalm und Giftgas eingesetzt. Als Ziele der „Unita", die heute über 50 000 Soldaten verfüge und ein Drittel des Territoriums von Angola kontrolliere, bezeichnete Vahekeni: 1. Den Rückzug aller ausländischen Truppen; 2. Die „nationale Versöhnung" zwischen den Bürgerkriegsparteien; 3. Die Schaffung einer „Regierung der nationalen Einheit"; 4. Freie, demokratische Wahlen und 5. Aufbau einer demokratischen Struktur.

Für Kambodscha berichtete Tep Darong als Sprecher der „Nationalen Front für die Befreiung des Volkes der Khmer", auch in seinem Lande *setzte die Okkupationsmacht – in diesem* Fall die Armee Vietnams – *die* Taktik der „verbrannten Erde" ein. Er beschuldigte das Regime in Hanoi, chemische Waffen sowie Giftgas gegen den kambodschanischen Widerstand anzuwenden. Tep Darong sagte, die sowjetischen Waffentransporte nach Kambodscha hätten in jüngster Zeit besorgniserregende Ausmaße angenommen.

„Klassisch totalitär"

Als „klassisches totalitäres System" charakterisierte der Sprecher der Opposition von Nicaragua, Jorge Alaniz, das Regime der Sandinisten. Während es unter der Diktatur Somozas nur einen einzigen politischen Gefangenen gegeben habe – einen Mann, der inzwischen zum Botschafter Nicaraguas in Moskau ernannt wurde – gebe es unter der Regierung der Sandinisten 5000 politische Häftlinge. Unter der Somoza-Diktatur habe Nicaragua 10 000 Soldaten unter Waffen gehabt, von denen nur 2000 als Elitetruppe voll einsatzfähig waren. Unter den Sandinisten stünden in Nicaragua dagegen jetzt 60 000 Mann mit 250 modernen Kampfpanzern unter Waffen. Nicaragua habe damit die stärkste Armee Zentralamerikas. Alaniz sprach von einem „enormen Unterschied" zwischen den beiden Regimen in Nicaragua und erinnerte an das Schicksal der *Misquito-Indianer*, die von *den Sandinisten* als „bourgeois" klassifiziert wurden. Etwa 70 Indianerdörfer seien durch das Regime verbrannt worden. Zum blockfreien Status Nicaraguas meinte Alaniz, es seien immer noch etwa 6000 Kubaner als militärische Berater im Lande tätig.

Ein polnischer Sprecher verlas einen Brief des in Breslau im Untergrund lebenden Vorsitzenden der „kämpfenden Solidarität". Kornel Morawiecki forderte hier den amerikanischen Präsidenten auf, „die Frage der Unabhängigkeit Polens unter anderen osteuropäischen Nationen" zum Gegenstand seiner Gespräche mit Gorbatschow zu machen.

Hanoi rüstet wieder zur Offensive in Kambodscha

Vietnam will diplomatische Rückschläge wettmachen

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Wie jedes Jahr seit dem Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha im Dezember 1978 hat die Sowjetunion die Streitkräfte Hanois zu ihrer üblicherweise im November beginnenden Trockenzeitoffensive gegen den kambodschanischen Widerstand gerüstet. Beobachter registrierten die Ankunft zahlreicher Panzer und schwerer Artillerie, Munition und Truppenverstärkungen im kambodschanisch-thailändischen Grenzgebiet.

Solche „Bruderhilfe" reflektiert, was der stellvertretende sowjetische Außenminister, Mikhail Kapitsa, unlängst einer Besuchergruppe thailändischer Offiziere sagte: Thailand solle sich an die Präsenz der Vietnamesen in Kambodscha gewöhnen. Zugleich heißt das, Thailand soll sich an die Präsenz der Sowjets an seiner Ostgrenze gewöhnen. Moskau lobt die Integrierung von Kambodscha und Laos mit Vietnam zu einer „Bastion *des Sozialismus*" in Südostasien und insistiert – im Gleichklang mit Hanoi – auf der „Unwiderrufbarkeit" der kambodschanischen Situation.

Beobachter in Bangkok werteten es als Signal, daß Ende September drei sowjetische Kriegsschiffe erstmals in den ehemaligen kambodschanischen Flottenstützpunkt Ream einliefen. Dagegen beharrt die thailändische Regierung unter Premierminister Prem Tinsulanond auf ihrer Politik, der vietnamesischen Annexion von Kambodscha entgegenzutreten. Thailand wertete es als ermutigendes Zeichen, daß sich die diesjährige UNO-Vollversammlung mit mehr Stimmen denn je hinter den Abzug der Vietnamesen aus Kambodscha *und für die Durchführung freier Wahlen* stellte. 114 Länder stimmten für diese Kambodscha-Resolution der Asean, vier Länder mehr als 1984.

Militärische Kreise in Bangkok meinen, daß Hanoi versuchen wird, diesen diplomatischen Rückschlag mit um so intensiveren Operationen an der thai-kambodschanischen Grenze zu kompensieren. Insbesondere befürchten sie eine Attacke auf das 120 000 kambodschanische Zivilisten beherbergende Massenlager „Site two", das zwei Kilometer von der Grenze entfernt auf thailändischem Boden liegt. Sicherheitsvorkehrungen zur Evakuierung der Khmers sind im Gang. Seit Anfang November stehen die thailändischen Grenztruppen unter voller Alarmbereitschaft. „Site two" ist eine der traurigen Folgen der Trockenzeitoffensive des vergangenen Jahres, in deren Verlauf es den Vietnamesen gelang, sämtliche zivile und militärische Lager der kambodschanischen Widerstandsgruppen auszuheben. 250 000 kambodschanische Zivilisten leben seitdem auf thailändischem Boden. Die Guerrillas verzogen sich ins Landesinnere, während die Truppen Hanois sich zusammen mit Soldaten des Phnom-Penh-Regimes in strategisch wichtigen Positionen verschanzten.

Jetzt scheint Hanoi seine Grenzbefestigungen weiter auszubauen. Nach eigenen Angaben hat Phnom Penh dazu in den letzten Monaten „mehrere zehntausend" Menschen an die Grenze entsandt. Sie müssen Zwangsarbeit zum Bau von Straßen, Lagern, Zäunen und militärische Aufgaben verrichten. Auch werden sie als Grenzwehr angesiedelt. Sie dürfen nicht mehr zurück. Ihre Häuser werden von Vietnamesen besetzt, die ebenfalls zu „zehntausend pro Monat" nach Kambodscha ziehen. Die Zahl der bisher angesiedelten Vietnamesen wird auf 700 000 geschätzt, was mehr als zehn Prozent des kambodschanischen Volkes entspricht. Augenzeugen berichten, daß viele der neuen Siedler Soldaten seien. Sie kämen mit ihren Familien.

Sprecher der Koalitionsregierung des kambodschanischen Widerstandes behaupten, daß die Zahl ihrer Gefolgschaft laufend steige. Insgesamt verfügten sie heute über eine Guerrillastreitmacht von über 80 000 Mann. Während die Kampfkraft der Soldaten von Son Sann wie die von *Prinz Sihanouk immer noch recht* kläglich ist, sind es die etwa 60 000 Kämpfer der ehemals Roten Khmer, die den Vietnamesen den Sieg verwehren. Sie selbst behaupten, die Situation auf den Schlachtfeld habe sich zu ihren Gunsten gewendet. So hätten sie den Kampf bis in die Nachbarschaft Phnon Penhs ausgedehnt. Dafür spricht, daß die Sicherheitsvorkehrungen n Phnom Penh in den letzten Monaten erheblich verschärft worden sind. Die Residenzen von Präsident Heng Samrin, Premier- und Außenminister Hun Sen sowie wichtige Regierungs-, Militär- und Parteigebäude stehen unter striktem Schutz vietnamesischer Truppen.

Nach einem arbeitsreichen und erfolgreichen Leben, erfüllt von Liebe und Fürsorge für die Seinen, nehmen wir Abschied von

Otto Kreibaum sen.

Fabrikant

* 24. Januar 1902 † 18. November 1985

Emmchen Kreibaum geb. Klages

Ingrid und Siegfried Jähn
mit Christian, Thomas und Markus

Lore und Hans-Erich Thoering
mit Gabriele, Sabine und Susanne

Brigitte Schultz und Andre

Otto und Ulrike Kreibaum
mit Mona und Vera

Lauenstein, im November 1985

Trauerfeier am 23. November um 11 Uhr im Okal-Werk Niedersachsen, Lauenstein.

Von Kondolenzbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Auf Wunsch des Verstorbenen erfolgt die Beisetzung im engsten Familienkreis.

Wir nehmen Abschied vom Gründer der Okal-Gruppe, unserem hochverehrten Seniorchef Herrn

Otto Kreibaum

* 24. Januar 1902 † 18. November 1985

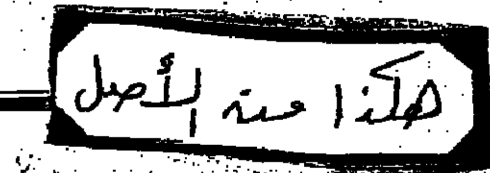
Träger des Bundesverdienstkreuzes
und des Niedersächsischen Verdienstordens,
Ehrenringträger der Stadt Wahlstedt.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Geschäftsleitungen, Betriebsräte
und Belegschaften der
Okal-Werke

Lauenstein – Thüste – Berlin – Wahlstedt – Büdingen –
Titisee-Neustadt – Elsendorf

November 1985



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die wesentlichen Fragen

„Die Nebenfinanzierung": WELT vom 12. November

„Die Vorstellung, daß die Bundesrepublik – mit einem Etat von mehr als zweihundert Milliarden Mark – nach den Verbrechen der Terroristen *Mitte* der *siebziger* Jahre finanziell nicht in der Lage gewesen wäre, den Bundesnachrichtendienst für Abwehroperationen im Ausland auszustatten, verbietet sich", meint Herr Schell. Doch ein Gedanke, der einem nun einmal gekommen ist, kann sich nicht mehr verbieten, und er läßt sich auch von anderen nicht mehr verbieten.

Haben wir denn so schnell vergessen, wie alle Sicherheitsorgane des demokratischen Staates – vor allem der BND – in der *Zeit* der *sozial-liberalen Koalition* verteufelt worden sind? Die logischen Folgen konnten nicht ausbleiben: die Bundesrepublik wurde zum Tummelplatz internationaler Terroristen.

Das notwendige Kleingeld, um den BND schnell wieder hochzupäppeln, *einen BND, den eine rot*-blauäugige Regierung in knapp zehn Jahren so weit demontiert hatte, daß er weniger leistungsfähig war, als eine Privatdetektei, war aber vielleicht tatsächlich nicht da. Sinnlose Forschungsobjekte linker Soziologen und Pädagogen, sachfremde und daher wirkungslose Beschäftigungsprogramme und vieles andere mehr hatten doch zu viel Geld verschlungen. Da griff man erleichtert zu, als die deutsche Wirtschaft 400 000 Mark (für die Wirtschaft übrigens ein Pappenstiel) auswarf, damit der arme BND ein gutes Detektivbüro bezahlen konnte. Das *ist der wahre Skandal!*

Das war sicher auch nicht Rechtens. Was ist aber schon Rechtens in einem Staat, wo keiner mehr so recht weiß, was Recht heißt?

Psychologisch betrachtet: Wie fühlt sich der Normalbürger, der kleine Mann der Straße, in einem Staat, der nicht einmal seine prominentesten Mitglieder zu schützen vermag? *Ihm sitzt die* Angst im *Nacken*. Und die Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber; sie ist unberechenbar und daher gefährlich.

Und moralisch: Gewiß, der Staat *ist* verpflichtet, seine Bürger zu schützen. Wenn er aber dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann oder will? Ist dann der Bürger verpflichtet, sich still und brav abschlachten *zu* lassen?

Das sind die wesentlichen Fragen, die sich aus dieser Affäre ergeben.

Gabor Kocsis, Gladenbach

Ein brauchbares Adjektiv

„Leserbrief: Weißer Schimmel"; WELT vom 15. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein „schwarzer *Rappe*" als Analog zum Brief meines geschätzten Kollegen Reinhard Hauschild hätte gestimmt – der „weiße Schimmel" hingegen tut das nicht. Nämlich: Es gibt Rotschimmel, Apfelschimmel, Fliegenschimmel, Blauschimmel und eben auch weiße Schimmel.

Aber was sollte man allen Ernstes gegen „klammheimlich" haben? Man kann doch nicht jede Vokabel ächten, die im Zusammenhang mit irgendwelchen Haderlumpen (!) oder deren Schurkereien auftaucht! Da bliebe – so fürchte ich – bei genauem Hinschauen nicht gar so viel an Sprachsubstanz übrig ...

Ich halte „klammheimlich" durchaus für ein brauchbares Adjektiv. Wenn ich *davon ausgehe, daß* „Klamm" für „tiefe, schlecht einzusehende Schlucht" steht, dann fühlt sich also einer, der klammheimlich etwas tut; den Augen jedwedes neugierigen oder zufälligen Beobachters zweckdienlich entzogen (Heiliger Bimbam!).

Als Schriftstellerin bin ich selbst leidenschaftliche Verfechterin kultivierter Sprache (wozu durchaus auch Dialekte, Idiome oder Synonyme gehören) und richtig angewandter Grammatik – aber für das arme Wörtchen „klammheimlich" würde ich mit Konrad Adenauers Worten plädieren: „Meine sehr verehrten Damen und Herren – sinn'se doch nich'eso pingelich!"

Mit freundlichem Gruß
Hanne Schleich, Arnsberg 1

Logik der Tierschützer

„Wissenschaft – Von Gesetzen bedroht": WELT vom 9. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie berichten über die große Sorge *führender* Wissenschaftsorganisationen, sie seien „von Gesetzen bedroht".

Alle im Bundestag eingebrachten Gesetzesentwürfe zur Änderung des Tierschutzgesetzes lassen die Grundlagenforschung unberührt. So verlangt auch der von unserer Initiative eingebrachte und sehr beachtete Ergänzungsvorschlag zum Regierungs*entwurf nur, den Tieren auch im* Bereich der Grundlagenforschung keine schweren Leiden zuzufügen. Eine Forderung, die in den Ethischen Richtlinien der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaft und der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft ausdrücklich auch von Naturwissenschaftlern anerkannt wurde.

*Wie notwendig eine effektive Lei*densbegrenzung und eine Güterabwägung vor jedem Tierversuch wäre, bestätigen Aussagen von Sprechern der Experimentatoren, nach denen 30 *Prozent der Experimente an jährlich* etwa sieben Millionen Tieren mit schweren und schwersten Belastungen für die Tiere verbunden sind. Daher haben auch deutsche Wissenschaftler im kleineren Kreise zugegeben, daß sie in der Schuld der Tiere stehen und gegenüber der Öffent*lichkeit eine „Bringschuld" zu* erfüllen haben. Sie sollten Wert darauf legen, künftig ohne tierquälerische Fortschritte in die Unmenschlichkeit tätig zu werden.

Daß dies der Wunsch der großen Mehrheit unseres Volkes ist, läßt eine von kirchlicher Seite aus ganz anderem Anlaß eingeholte und daher unverdächtige Allensbach-Umfrage erkennen, wonach sich 77 Prozent der Bevölkerung, an zweiter Stelle nach der Kindesmißhandlung, empören, wenn *Leute* wehrlose *Tiere quälen* (vgl. Christ und Welt/Rheinischer Merkur vom 24. 2. 1984).

Auch die Entmachtung des Tierschutzgesetzes durch über 60 Prozent genehmigungsfreie Tierversuche, die auf „Sicherheitstests" anderer Gesetze gestützt werden, ließe sich heute schon leicht durch die von uns vorgeschlagene Änderung des Paragraphen *8 Abs. 6 Tierschutzgesetz* vermeiden. Statt glaubhaft für eine solche Gesetzesverbesserung einzutreten, beklagt man die „bedrohte Forschung". Aber sie ist in Wahrheit sich selbst der größte Feind, wenn sie der rechtsstaatlichen Offenlegung und Verantwortung entfliehen will.

Nun muß der Gesetzgeber zeigen, ob er die wachsende Verantwortung für die unserer Obhut anvertrauten Tiere als ein Zeichen unserer Kultur in konkreten Bestimmungen zum Maßstab erheben will.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Eisenhart von Loeper,
Aktion Verantwortung für das Tier,
Initiativgruppe Tierschutzgesetz, Nagold

Altes Ritual

Am *11. November 1918* wurde zwischen Frankreich und Deutschland der Waffenstillstand von Compiègne unterzeichnet. Für Frankreich war ein Krieg zu Ende, der es ausgeblutet *hatte. Seitdem hat Frankreich die* „eigenartige Angewohnheit, den Frieden mit Militäraufmärschen zu feiern" (Le Figaro). Warum erinnert die Nation noch an den Sieg von 1918, heute, *wo* der „Erbfeind" der treue Freund und Verbündete geworden ist?

Etwa wegen der „anciens combattants", der Kriegsveteranen, eine vier Millionen starke politische Lobby? Sie haben sogar noch einen Ministerposten, etwas, was das sozialistisch regierte Frankreich mit Südafrika und Portugal gemein hat (Libération). Oder will man vielmehr die Wichtigkeit des Ersten Weltkrieges in Erinnerung rufen? Er hat mit den Klauseln von Versailles den Revanche-Gedanken in Deutschland hervorgerufen.

Deutschland *ist nicht* mehr der Erbfeind Frankreichs. Man muß aus der Geschichte lernen. Es wäre an der Zeit, die Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages *von 1963 zu feiern.* Der schulfreie Tag soll den Franzosen nicht genommen werden ...

Inge Hartmann, Bonn 1

„Friedensliebe"

Sehr geehrte Damen und Herren,

die sowjetische Geste, nämlich das einseitige Atomtesteinfrieren, erinnert mich an einen anderen Vorfall, als die Sowjets mit Trompeten und Posaunen eine einseitige Aktion ankündigten, um ihre Friedensliebe zu zeigen. Damals ging es um den Truppenabzug aus Mitteldeutschland.

Auch damals hat hier so mancher Mann sich auf die Brust geklopft und gedrängt, der Westen möge dies nachmachen. Wie wir uns erinnern, ging *die Abzugsfahrt* damals direkt nach Afghanistan. Das war Jahresende 1979.

Mit freundlichem Gruß
H. T. Randal, Hamburg 73

Wort des Tages

„Was die Politik nicht vermag, muß die Liebe vollbringen."

Paul Claudel, französischer Autor (1868–1955)

Personalien

GEBURTSTAG

Eine Berlinerin von besonderem Zuschnitt feierte in dieser Woche ihren 65. Geburtstag. **Ellen Hiller** richtete vor 20 Jahren gemeinsam mit ihrem Mann ein „Pflegenest" für Kinder und Jugendliche ein, die für kürzere oder längere Zeit betreut werden. Inzwischen fanden 180 junge Menschen in der Wohnung der Hillers in Berlin im Bezirk Spandau ein Zuhause. Zur Zeit leben fünf Jugendliche bei den Hillers.

AUSZEICHNUNGEN

Der diesjährige Lovis-Corinth-Preis wird am Samstag in der Ostdeutschen Galerie Regensburg überreicht. Den Hauptpreis erhält der Maler **Fred Thieler**. Thieler, 1916 in Königsberg geboren, lebt und arbeitet seit 1959, seit seiner Berufung als Professor an die Hochschule für Bildende Künste, in Berlin. Die Ehrengabe des Lovis-Corinth-Preises geht an **Norbert Ernst Dolezich**.

*

Der vom Land Niedersachsen gestiftete „Kulturpreis Schlesien", der mit 10 000 Mark dotiert ist, ist in diesem Jahr an den 1926 in Liegnitz geborenen Maler Professor **Hanns Jatzlau** gegangen. Den Sonderpreis *in Höhe von 5000 Mark erhielt der* Schriftsteller Dr. **Reinhard Baumgart**, geboren 1929 in Breslau-Lissa. Mit jeweils 5000 Mark dotierte Förderpreise gingen an den Maler und Bildhauer **Horst Kuhnert** und an den Komponisten **Christian Ridil**. Mit dem „Kulturpreis Schlesien" des Landes Niedersachsen werden seit 1977 jährlich hervorragende Werke auf dem Gebiet der Literatur, der bildenden Kunst und der Musik ausgezeichnet. Verliehen wird er an Künstler, die Schlesier sind oder deren auszuzeichnendes Werk wesentliche Bezüge zu Schlesien aufweist.

*

Dem österreichischen Schriftsteller **Peter Marginter** wurde für seine *schöpferischen Leistungen* auf dem Gebiet der phantastischen Literatur von der Inklings-Gesellschaft für Literatur und Ästhetik e. V. in Aachen, die Inklings-Medaille zuerkannt. Die Auszeichnung wird dem Autor am 16. Dezember im Wilhelms Palais in Stuttgart überreicht werden. Die Laudatio hält Professor **Wilhelm Prinz Solms-Hohensolms** von der Universität Marburg. Die Inklings-Gesellschaft mit rund 400 Mitgliedern fördert die wissenschaftliche Erschließung und die Vertreibung phantastischer Literatur, namentlich der Werke von Tolkien, C. S. Lewis, Charles Williams und George Macdonald.

*

Beim 5. Nordrhein-Westfälischen Autorentreffen haben in Düsseldorf sieben junge Literaten des Landes Preise erhalten. In der Sparte Lyrik sind der 1957 geborene Bochumer **Gerhard Bolaender** mit dem ersten Preis, **Gunther Lagarde** aus Düsseldorf mit dem zweiten Preis ausgezeichnet worden. Bei *den Prosaisten* erhielt der 1948 in Ratibor geborene, heute in Essen lebende **Leszek Anton Libera** für seinen Erzähltext „In eigenwilliger Mischung aus Komik und Tragik" den *ersten Preis*. Den zweiten Platz in dieser Sparte teilten sich **Walter Wehner** aus Velbert und **Karl Norbert Schener** aus Düsseldorf. In der erstmals eingerichteten Kategorie „Dramatische Szene" belegte der 22jährige Kölner **Florian Felix Weyh** für eine Theaterparodie *als „witziges und intellektuelles* Übungsstück für eine Schauspielerin" den ersten, **Hans-Peter Karr** aus Essen den zweiten Platz im NRW-Literatentreffen. Die ersten Preise sind mit je 2000, die zweiten Plätze mit jeweils 1000 Mark dotiert.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Manfred Göthert** wurde auf den Lehrstuhl für Pharmakologie und Toxikologie an die Medizinische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität berufen und zum Direktor des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie ernannt. Professor Göthert, 1939 in Braunschweig geboren, studierte von 1959 bis 1965 Human*medizin in Hamburg*, Freiburg, Innsbruck, Wien und Göttingen. Von 1967 bis 1978 war er wissenschaftlicher Assistent und später Dozent am *Pharmakologischen Institut* der Universität Hamburg. Seine Habilitation erfolgte 1971. Seine Hauptforschungsgebiete sind pharmakologische Beeinflussungen des vegetati*ven Nervensystems; zentralnervöse* und periphere Katecholamin- und Serontoninrezeptoren.

EHRUNGEN

Die erste Medaille für Naturwissenschaftliche Publizistik der Deutschen Physikalischen *Gesellschaft* (DPG) ist an Professor Dr. **Hans Queisser** aus Stuttgart für sein in diesem Jahr erschienenes Buch „Kristallene Krisen" verliehen worden. In der Verleihungsurkunde, die der Präsident der DPG, Professor **Joachim Treusch**, überreichte, heißt es zu Queissers Buch, *daß es „in seiner* Mischung aus fachlicher Kompetenz und erzählerischer Brillianz einen hervorragenden Beitrag zur Information der Öffentlichkeit über eine wesentliche technische Errungenschaft unseres Jahrhunderts, die Mikroelektronik, darstellt."

*

In Anerkennung ihrer Verdienste um das vertrauensvolle Zusammenwirken von Krebsbetroffenen und Ärzten und in Anerkennung ihres *langjährigen. selbstlosen* persönlichen Einsatzes für die von ihr vor zehn Jahren gegründete „Frauenselbsthilfe nach Krebs e. V." hat der Hartmann-Bund **Ursula Schmidt** die Hartmann-Thieding-Medaille verliehen.

Im Alter von 63 Jahren verstarb **Paul Botta**, politischer Chefkommentator des WDR-Hörfunks und lange Jahre Chefredakteur und Leiter der Hauptabteilung Politik/Hörfunk. Paul Botta, geboren in Hamburg Wilhelmsburg, hatte Philosophie, Theologie, Geschichte und Publizistik in Mün*ster studiert*. Seit Ende *1948* war er journalistisch tätig. Zuerst bei der „Frankfurter Neuen Presse" und an der katholischen Wochenzeitung „Michael" in Düsseldorf. Im Früh*jahr 1951 trat er in die Schriftleitung* der internationalen Zweimonatsschrift „Dokumente" ein, übernahm 1958 deren Chefredaktion und zeichnet bis bis zu seinem Tod als ihr Mitherausgeber. Von Mai 1959 bis Mai 1962 leitete er das außenpolitische Ressort des „Rheinischen Merkur" in Köln. Seit Juni 1962 gehörte Botta als Kommentator und erster Redakteur der Hauptabteilung Politik des Westdeutschen Rundfunks an. Am 1. Januar 1964 wurde er Chefredakteur und Leiter der Hauptabteilung Politik des WDR-Hörfunks. Dieses Amt legte er im Sommer 1978 aus gesundheitlichen Gründen nieder und arbeitete seitdem als politischer Chefkommentator des WDR.

Das Thema Massentierhaltung erhitzt viele Gemüter. Was aber versteht man eigentlich darunter, wie weit verbreitet ist die Massentierhaltung bei uns – und ist sie per se tierquälerisch? Fehlen vielleicht in vielen Fällen nur die technischen Voraussetzungen, um eine tierfreundliche Haltung arbeitssparend durchzuführen? Der Bonner Agrarwissenschaftler Professor Heiner Sommer, der seit langem engagiert zu diesem Thema Stellung bezieht, versucht Antworten auf diese Fragen zu geben. Mit diesem Artikel knüpft er an seinen Bericht über den Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und landwirtschaftlicher Überproduktion an (DIE WELT vom 10. 9. 1985).

„Zuchtfabriken" schaden den Menschen und den Tieren

Von HEINER SOMMER

Einige Experten räumen zwar inzwischen ein, daß manche Tierhalter in Konflikt mit dem Tierschutzgesetz geraten, sehen jedoch generell in der intensiven Form der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung keinen Verstoß gegen das Gesetz. Engagierte Tierschützer meinen hingegen, daß in der intensiven Haltung den Tieren nicht die artgemäße Grundbedürfnisse gewährt werden. Vor allem sei dies in der Massentierhaltung der Fall. Dort würden die landwirtschaftlichen Nutztiere in einer Art und Weise ausgebeutet und vorzeitig „ab-genutzt", wie man dies als Kulturnation nicht länger hinnehmen könne.

In Südafrika und in Nordamerika werden in sogenannten „Feed-lots" 10 000 bis 20 000 Bullen an langen Futterstraßen gemästet. Einzelne Farmen dort halten 1000 bis 3000 Milchkühe, in anderen werden ein oder zwei Millionen Masthähnchen, Puten oder Legehennen gezüchtet, oder es werden in langen mit Futtersilos bestückten Hallen viele tausend Schweine auf einer Farm gemästet. Solche, für die meisten von uns unvorstellbaren Massenansammlungen von Tieren gibt es in der Bundesrepublik nur vereinzelt in der Hühnerhaltung. Über steuerliche Regelungen und Umweltauflagen wird versucht, diese „Nutztierfabriken" gar nicht erst entstehen zu lassen. Allerdings nicht um der Tiere willen, sondern um den bäuerlichen Familienbetrieb vor der Konkurrenz großer gewerblicher Tierhaltung zu schützen. Gegenwärtig werden nur 3 Prozent aller Mastschweine der Bundesrepublik in Beständen mit mehr als 1000 Tieren gehalten. Selten finden wir Bauern, die mehr als 100 Kühe melken und im Durchschnitt fallen gar nur 15 Kühe auf einen Betrieb.

Trend zur Massenhaltung

Zweifellos geht aber der Trend zu größeren Beständen. Je mehr Tiere von einer Arbeitskraft betreut werden, um so billiger wird das Produkt für den Markt. Bei den gefallenen Verdienstspannen der letzten Jahre entscheiden wenige Pfennige pro Liter Milch, pro Kilogramm Fleisch oder pro Ei über Wohl und Weh des Bauern. Am deutlichsten wurde dies in der Hühnerhaltung sichtbar. Dort *hat sich sehr schnell die arbeits- und* platzsparende Käfighaltung bei rasch wachsenden Bestandsgrößen durchgesetzt. Die „Legefabrik" löst die traditionelle Hühnerhaltung auf dem Bauernhof ab. Deshalb ertönt hier der Kampfruf gegen eine „tierquälerische Massentierhaltung" auch am lautesten. Etwa vier Millionen Hühner hocken in den Käfigen und legen jeden Tag ihr Ei. Insgesamt haben aber nur 2 Prozent der Hühnerhalter mehr als 30 000 Hennen. Sie besitzen damit aber immerhin schon 49 Prozent aller Legehühner.

Vom Prinzip her muß Massentierhaltung keinesfalls Tierquälerei sein, denn Leiden und Schmerzen haben ihre Ursache weniger in der Anzahl der Tiere pro Betrieb, als vielmehr in der Art und Größe des Raumes, in dem sie untergebracht sind. Es ist eine Frage des „Haltungssystems" und der „Intensivierungsstufe". Ein System kann vom Tier her gesehen ungeeignet sein. Es ist aber auch möglich, daß ein tierfreundliches System vom Halter nicht richtig benutzt wird und hierdurch Schäden am Tier entstehen.

Welche Intensivierungsstufen werden bei uns zur Zeit diskutiert? Ein Käfighuhn in „intensiver Haltung" muß sich mit der viel zitierten Fläche eines DIN A4 Bogens bescheiden. Einem 550 kg schweren Mastbullen werden 2 qm harter Spaltenboden ohne Stroh zugebilligt und einem Mastschwein von 80 bis 100 kg noch 1 qm. Sicher, die Tiere können auch mit geringerem Platzangebot leben, und viele Menschen vegetieren nicht minder zusammengepfercht. Der Mensch kann aber jederzeit, wenn ihm danach zumute ist, seine „Individualdistanz" vergrößern, indem er den Raum verläßt.

Der natürliche Bewegungsdrang ist in der intensiven Haltung vielfach auf Aufstehen – Fressen – Niederlegen reduziert. Schlimm wird es, wenn die Ställe auch noch schlecht gebaut und mit der Zeit schadhaft geworden sind, wie es leider oft der Fall ist. Die Tiere verletzen sich in engen Buchten an scharfen Kanten. Sie leiden unter feuchter, stickiger Luft. Der Zwang zu einem engen Kontakt sowie die oft radikale Einschränkung des natürlichen Verlangens nach Bewegung und dem Aufbau sozialer Strukturen unterdrücken angeborene Instinkte und können schwere „seelische" Schäden hervorrufen. Oft genug entstehen dann Aggressionen und Depressionen, die zudem Schrittmacher für nachfolgende physische Erkrankungen sind.

Nicht die „Masse" ist also das Problem, sondern einmal die Intensitätsstufe, d. h. wieviel Tiere pro qm und Person gehalten werden, zum zweiten wie gut oder schlecht der Stall den spezifischen Bedürfnissen des Tieres angepaßt ist, und letztlich, ob der Bauer mit der ihm abverlangten Arbeit überhaupt zurecht kommt. Im allgemeinen sind unsere modernen, intensiven Haltungsverfahren in erster Linie arbeitssparend. Fast immer aber sind sie – so hat es sich erwiesen – weit risikoreicher für die Gesundheit der Tiere als die meisten altmodischen, extensiven Haltungsformen.

Ein ganz besonderes Problem ist dabei der Spaltenboden, der sich nur für kapitalkräftige, größere Betriebe rentiert. Der Stallboden besteht hier aus Spalten oder Rosten, durch die der Kot in die darunter liegende Güllegrube fällt. Das Einstreuen von Stroh und das Entmisten entfallen hierdurch. Diese Stallform, welche gleichzeitig auch noch das Halten von vielen Tieren auf sehr wenig Platz erlaubt, stellt besonders in der Mastbullen- sowie in der Schweinehaltung ein ständiges Ärgernis für die Tierschützer dar. Ist die Qualität des Spaltenbodens mangelhaft oder die Spaltenbreiten zu eng oder zu weit, führt dies zu schmerzhaften Verletzungen. Daß dies allzu häufig der Fall ist, beweisen Untersuchungen, bei denen festgestellt wurde, daß 60 bis 80 Prozent der auf Spaltenböden gehaltenen Schweine „mittelgradige" Klauenschäden aufweisen. 10 bis 20 Prozent „hochgradige", die äußerst schmerzhaft sind.



„Moderne" Tierhaltung: Eingeengt, angekettet und auf löchrigem Boden FOTO: DARCHINGER

> Es gibt keinen Zweifel darüber, daß ein großer Teil unserer Rinder und Schweine gegenwärtig ohne jeden vernünftigen Grund Schmerzen erleidet

Aber auch viele andere Erkrankungen lassen sich auf Mängel in der Haltung zurückführen. Wenn zu der „Intensität" auch noch die „Masse" kommt, dann ist die Gefahr einer Anhäufung von Risikofaktoren bedeutend größer und führt unter Umständen zu einer hohen Rate von Erkrankungen und Totalausfällen. Da solche krankhaften Erscheinungen eng mit der Haltung der Tiere verknüpft sind, können Medikamente nur vorübergehend Linderung schaffen.

Die Landwirtschaftsministerien und nachgeordnete Behörden haben auf Anraten einiger Wissenschaftler den Bau solcher modernen, risikoreichen und teuren Haltungssysteme durch günstige Kredite gefördert, obwohl man hätte wissen müssen, daß gerade diese Ställe im Sinne des Tier- und des Umweltschutzes fragwürdig sind. Wo der Landwirt nur wenige Kühe oder Schweine besitzt, den Tieren Stroh aufschüttet und auch mehr Platz gönnt, sind die Risiken für Krankheiten der Tiere geringer. Vergrößert der Landwirt seinen Tierbestand, so hat er nicht mehr die Zeit, die Ställe auszumisten. Stattdessen werden die Tiere auf Rosten und Lochblechen gehalten.

Das Stroh ist in den „modernen" größeren Betrieben in Mißkredit geraten. Dabei ist es für das Wohlbefinden der Schweine nahezu unersetzlich. Sie können darin wühlen, es zerbeißen und fressen. Enge und Monotonie erwecken dagegen Aggressionen und kannibalische Regungen, so daß sich die Tiere gegenseitig die Schwänze abfressen, sowie Ohren und Füße annagen. Solche Leiden wären leicht vermeidbar. Im Grunde fehlt es an entsprechenden technischen Voraussetzungen, die tierfreundliche Haltung arbeitssparend durchzuführen.

Im Tierschutzgesetz heißt es, „niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen". Die Statistiken zeigen aber, daß bei 25 Prozent der „besten" Schweinehalter zwei Prozent der Tiere vor dem Ende der Mast ausfallen, bei den 25 Prozent „schlechtesten" hingegen die doppelte Menge. Hier, so sollte man annehmen, müßte doch geprüft werden, ob denn die deutlich höhere Ausfallrate, der sicher Leiden und Schmerzen vorausgegangen sind, nötig oder unnötig war. Oder wenn festgestellt wird, daß Schweine, die „modern" und strohlos gemästet werden, zu 30 Prozent schmerzhafte Verletzungen an Beinen und Klauen aufweisen, jene in Ställen mit Stroheinstreu aber nur zu 10 Prozent, so sollte man doch wohl nachfragen, ob dies wirklich notwendig ist, und welcher Grund dafür vorliegt?

Doch in all diesen Dingen wird die Forderung des Tierschutzgesetzes geflissentlich übergangen. Hier muß endlich etwas getan werden, und zwar nicht nur, um von unseren Tieren Leiden und Schmerzen abzuwehren, sondern letztlich auch zum Nutzen der Bauern selbst. Ihnen ist nämlich nur selten bewußt, welche finanziellen Schäden langfristig durch eine unsachgemäße Haltung der Tiere entstehen. Die „produktionstechnisch" bedingten Schäden werden in der Schweine- und Rinderhaltung der Bundesrepublik auf immerhin vier bis fünf Milliarden DM geschätzt.

Beschämende Situation

Es gibt überhaupt keinen Zweifel darüber, daß ein großer Teil unserer Rinder und Schweine gegenwärtig ohne jeden vernünftigen Grund *Schmerzen erleidet und zwar vor allem* in den arbeitssparenden, intensiven Haltungsverfahren. Daß dies unbedingt geändert werden muß, darüber darf es keine Diskussion geben. Diese Situation ist umso beschämender, als die hohen Investitionskosten für intensive Tierhaltung trotz der volkswirtschaftlich unsinnigen Überproduktion verhindern, daß die Erzeugung vermindert wird.

Die Politiker sehen die Lösung dieses schwierigen Problems in einem besseren Gesetz. Man sollte dabei aber nicht vergessen, daß in der Landwirtschaft viele Konflikte einschließlich der Überproduktion erst gar nicht aufgetreten wären, hätte man das alte Gesetz nachdrücklich angewendet. Während jedoch die Interessengruppen streiten, leiden die Tiere weiter. Und so ist es eigentlich unverständlich, warum die Landwirte selbst nicht schon längst um ihrer Tiere und ihres eigenen Ansehens willen übergeordnete Institutionen eingerichtet haben, welche alle Tierhaltungen streng überprüfen. Jeder zufällig aufgedeckte Skandal trifft letztlich doch den ganzen Berufsstand. Zumindest in der Rinder- und Schweinehaltung widerläuft das ethische Verlangen auch keinesfalls den wirtschaftlichen Bedürfnissen. Viele Mißstände in den Tierhaltungen, die infolge von Erkrankungen und Ausfällen dem Bauern teuer zu stehen kommen, könnten durch eine regelmäßige Überprüfung und Beratung verhindert werden.

So ist schließlich nur zu hoffen, daß das Tierschutzgesetz nicht nur eine der Situation angepaßte neue Formulierung bekommt, sondern auch bessere Wege seiner Durchführung gefunden werden, zum Schutze des Tieres und zum Nutzen der Landwirte.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Keine Aids-Gefahr

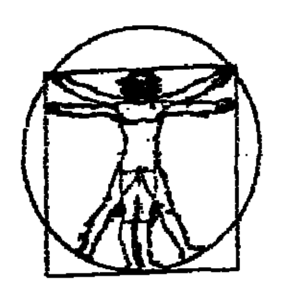
Wiesbaden (dpa) – Bei augenärztlichen Untersuchungen besteht nach Einschätzung von Experten keine Gefahr einer Ansteckung mit der Immunkrankheit Aids. Selbst wenn sich ein mit dem Aids-Erreger infizierter Patient seinen Augeninnendruck messen oder Kontaktlinsen anpassen läßt, könne das Virus nicht übertragen werden, teilte jetzt der Berufsverband der Augenärzte Deutschlands mit.

Weltraummedikament

Washington (DW.) – Das Geheimnis um das Medikament, das ein US-Unternehmen bei mehreren Flügen mit Raumfähren in der Schwerelosigkeit hergestellt hat, ist offenbar gelüftet. Es handele sich um ein Präparat zur Förderung der Produktion roter Blutkörperchen, berichtet das Fachblatt „Aviation Week and Space Technology" jetzt. Das Medikament (Erythropoietin) könne das Leben vieler Menschen verlängern, deren Organismus die Fähigkeit verloren hat, Erythrozyten zu produzieren.

„Jugend forscht"

Hamburg (dpa) – Der Anmeldeschluß für die 21. Wettbewerbsrunde „Jugend forscht" ist bis zum 31. Dezember 1985 verlängert worden. Wie die Stiftung mitteilte, können die schriftlichen Arbeiten jetzt bis Mitte Januar abgegeben werden.



Teilnahmebedingungen sind erhältlich bei: „Jugend forscht", Notkestr. 31, 2 Hamburg 52 (Tel. 040/894075).

Stadt auf dem Seegrund

Berlin (AP) – *Auf dem Grund des* Balchaschsees in der kasachischen Steppe ist von Hubschrauberpiloten eine Stadt entdeckt worden Stadtmauern, Wachtürme und andere Bauten seien auf einer Sandbank auszumachen. Die Stadt *könnte den Karawanen auf der Sei*denstraße als Station gedient haben. Im Frühjahr sollen die Ausgrabungsarbeiten beginnen.

Infarkt mit Vorwarnung

Neue Erkenntnisse für die Behandlung von Herzpatienten

Von JOCHEN AUMILLER

Ein Herzinfarkt ist oft Endpunkt einer jahrzehntelangen Vorgeschichte, von der der Betroffene nichts spürt. Wie der New Yorker Pathologe V. Fuster auf dem amerikanische Kardiologenkongreß erläuterte, verläuft die Arteriosklerose an den *Herzgefäßen in fünf Stadien.* Am Anfang steht eine polsterartige Verdikkung der Gefäßinnenwand. Dieses Stadium I ist praktisch bei jedermann ab dem 30. Lebensjahr nachweisbar. Das Polster lagert bei etwa jedem Vierten Fette und Kalzium ein, wird immer dicker und drosselt schließlich den Blutfluß (Stadium II). Typisch für das dritte Stadium ist die Anlagerung von Blutplättchen (Thrombozyten), Ansatz für einen Thrombus, der das Gefäß weiter einengt. In diesen Thrombus sprießt dann Bindegewebe ein (Stadium IV). Für den Blutfluß bleibt schließlich nur noch ein Nadelöhr übrig, die Energieversorgung des Herzmuskels reicht nicht mehr aus, es kommt im letzten Stadium zum Zelltod.

Erst in den letzten Jahren hat man gefunden, daß viele Patienten bereits eine Mangelversorgung einzelner Herzmuskelareale aufweisen, ohne an den typischen Schmerzsymptomen, der Angina pectoris, zu leiden. Die Lehrmeinung war bislang, daß Sauerstoffmangel im Herzmuskel das Schmerzsignal auslöst. Das stimmt vermutlich auch heute noch bei vielen Patienten, bei einem großen Prozentsatz aber nicht. Man spricht dann vom stummen Herzinfarkt. P. Cohn (New York) meint, daß mindestens vier Prozent der völlig beschwerdefreien Männer über 40 Jahren eine solche stumme Myokardischämie aufweisen. Mit dem Langzeit-Elektrokardiogramm (EKG) lassen sie sich nachweisen. Inzwischen weiß man auch, daß Patienten mit solchen Ischämien keineswegs besser dran sind als Koronarpatienten mit *Angina-pectoris-Beschwerden. Ihre Pro*gnose scheint sogar schlechter zu sein als die jener Patienten, die ihre Herzkrankheit „spüren".

Es ist noch völlig unbekannt, weshalb bei vielen Patienten die Ischämie Schmerzen auslöst, bei anderen wiederum nicht. Auch die therapeutischen Konsequenzen dieser Befunde gilt es noch abzuklären. Das Ziel freilich ist klar: Es muß sichergestellt werden, daß der Herzmuskel ausreichend durchblutet wird. Bei vielen Patienten läßt sich dies nur erreichen, indem die Engstellen der Gefäße beseitigt werden.

Dazu stehen heute im Prinzip drei Verfahren zur Verfügung: die medikamentöse Auflösung des Thrombus, die Aufdehnung der Verengung mit *Hilfe der Ballondilatation und die so*genannten Bypass-Operationen, bei denen die Gefäßengstellen durch das Einnähen einer Prothese überbrückt werden. Thrombolyse und Ballondilatation werden immer häufiger kombiniert eingesetzt. Noch vor kurzem *glaubte* man, daß damit viele Bypass-Operationen vermieden werden könnten. Die Realität in den USA sieht freilich anders aus. Dort wurden 1984 202 000 Bypass-Operationen durchgeführt, 1980 waren es nur etwa 100 000. Hinzu kommen noch zwischen 70 bis 100 000 Ballondilatationen. Die Konsequenz ist ein beachtlicher Kostenschub für die Gesundheitsversorgung. Immer häufiger taucht deshalb in den USA die Frage auf, ob nicht des Guten zuviel gemacht wird. Immerhin entsprechen diese Maßnahmen zur Gefäßwiederherstellung einer Quote von 1000 Eingriffen pro eine Million Einwohner. In der Bundesrepublik werden heute etwa 200 solche Eingriffe pro eine Million Einwohner durchgeführt, also lediglich ein Fünftel.

هكذا من الأصل

NACHRICHTEN

Schwere Gegner

Düsseldorf (sid) – Schwere Gegner erhielten die deutschen Volleyballmeister bei der Auslosung der zweiten Runde des Europapokals. Die Männer des Hamburger SV treffen auf Titelverteidiger Santal Parma (Italien), die Frauen des FC Augsburg auf Dynamo Ost-Berlin.

Lorbeerblatt für Becker

Bonn (dpa) – Wimbledonsieger Boris Becker wird mit dem Silbernen Lorbeerblatt, der höchsten Auszeichnung des deutschen Sports, geehrt. Innenminister Friedrich Zimmermann überreicht sie dem Tennisstar am 12. Dezember.

Erfolg für China

Tokio (dpa) – Chinas Frauen gewannen den Volleyball-Weltcup in Tokio mit einem 3:0 über Japan vor Kuba und der UdSSR.

Lauda zu Brabham?

München (dpa) – Der gerade zurückgetretene Formel-1-Rennfahrer Niki Lauda verhandelt mit dem Team von Brabham/BMW. Das bestätigte ein BMW-Firmensprecher.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Hongkong, 1. Runde: Keretic (Deutschland) – Lapidus (USA) 7:6, 6:2. – **Damenturnier** in Sydney, 2.Runde: Kohde (Deutschland) – Smylie (Australien) 6:2, 6:3. – **Internationales Turnier** in Wien, 1.Runde: Westphal (Deutschland) – Segarceanu (Rumänien) 4:6, 6:4, 6:3.

SCHACH

Mannschafts-WM in Luzern, 3. Runde: England – Deutschland 4:1.

FUSSBALL

Jugend-Turnier in Monaco: Deutschland – Italien 2:1 (0:1), England – Frankreich 2:0 (0:0).

HANDBALL

Supercup, Gruppe A: „DDR" – Schweden 21:19. – Gruppe B: Deutschland – Dänemark 22:23, Rumänien – Jugoslawien 23:23.

HOCKEY

7. Champions Trophy in Perth/-Australien, 4. Spieltag: Deutschland – Indien 5:5, Pakistan – Holland 4:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 203 253,90, 2: 31 944,70, 3: 7432,50, 4: 129,30, 5: 9,80. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 32 056,30, 2: 518,00, 3: 37,70. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 243 520,25, 2: 180 017,30, 3: 11 415,00, 4: 135,20, 5: 8,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1188,00, 2: 259,20. – Rennen B: Klasse 1: 619,80, 2: 51,40. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 28 503,40. (Ohne Gewähr).

HANDBALL / Enttäuschung beim Supercup

Schobel verunsicherte die eigenen Spieler

ULLA HOLTHOFF, Dortmund

Eine große Chance ist vertan. Obwohl die Voraussetzungen günstig waren wie nie zuvor. Der deutsche Handball, repräsentiert durch die Nationalmannschaft des Deutschen Handball-Bundes (DHB), hat eine große Gelegenheit verschenkt, seine Popularität zu erhöhen und sich als ernsthafter Konkurrent zum Fußball zu etablieren.

Angesichts der Mißerfolge der Fußball-Nationalmannschaft, der schwankenden Leistungen in der Bundesliga und der damit verbundenen Unzufriedenheit der Zuschauer müßte es den Handballspielern leichter fallen als je zuvor, ihren Sport in der Zuschauergunst ganz nach vorn zu bringen. Ihr Spiel ist schnell, abwechslungsreich, dynamisch. Es lebt von ständigen Torchancen, hat leicht verständliche Regeln und ist wetterunabhängig. Ideale Voraussetzungen für einen Publikumssport.

Doch bereits zum Auftakt des Handball-Supercups hat die deutsche Mannschaft ihre Chance verschenkt. Mit der 22:23-Niederlage gegen Dänemark knüpfte sie nahtlos an die Mißerfolge von 1983 an, als sie bei ihrem eigenen Turnier nur den achten und damit letzten Platz belegte.

Der Supercup, das Freundschaftsturnier der Olympiasieger und Weltmeister, ist hinter den Olympischen Spielen und der Weltmeisterschaft die bedeutendste internationale Handball-Veranstaltung. Seit 1979 wird sie im zweijährigen Turnus vom DHB ausgerichtet. Sie bietet Gelegenheit zu Experimenten und erlaubt den Aktiven, ihre Spielfreude auszuleben. Gleich zum Auftakt demonstrierten Olympiasieger Jugoslawien (1972 und 1984) und Rekordweltmeister Rumänien (1961, 1964, 1970 und 1974) mit einem Weltklassespiel die Möglichkeiten, die dieser Wettbewerb bietet. Wenn Handball, wie beim 23:23-Unentschieden zwischen Rumänien und Jugoslawien, von Weltklasseleuten gespielt wird, die nicht unter absolutem Erfolgszwang stehen – dann gerät deren Spiel zu einem wahren Genuß.

Allein die deutsche Mannschaft konnte vor eigenem Publikum ihre eigenen Ansprüche nicht erfüllen. „Diesmal sind wir gut vorbereitet", hatte Bundestrainer Simon Schobel ausdrücklich betont. Immerhin versprach er sich vom Supercup Aufschlüsse über die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Doch drei Monate vor Beginn der Weltmeisterschaft ließen weder die Spieler noch Trainer Simon Schobel auch nur ansatzweise den Hauch von Weltklasse erkennen.

Das Fehlen von Thomas Happe, dem an einer Herzmuskel-Entzündung erkrankten Weltklasse-Abwehrspieler von TuSEM Essen, bietet eine Erklärung für die Unstimmigkeiten in der Abwehr. Die Unzulänglichkeiten im Angriff sind damit jedoch nicht zu entschuldigen.

Und gerade im Angriff lief gar nichts zusammen. Trainer Schobel verstärkte die Unsicherheit, indem er pausenlos ein- und auswechselte. Oft holte er die Spieler schon nach sekundenkurzen Einsätzen wieder auf die Bank zurück. Folge: Ein Durcheinander, das nicht den Gegner, sondern die eigenen Spieler verwirrte.

Es gab nur eine Ausnahme: Martin Schwalb, der seine Mannschaft mit zehn Toren vor einer durchaus möglichen höheren Niederlage bewahrte. Der 22 Jahre alte Linkshänder aus Großwallstadt ist Rückraumspieler wie Erhard Wunderlich und Rüdiger Neitzel, aber der einzig Beständige in diesem Trio. Bereits beim letzten Supercup-Turnier 1983 war er der beste deutsche Torschütze, obwohl er damals nur B-Auswahl spielte. Er verkörpert den neuen Typ des Handballspielers nahezu ideal: 1,92 m groß, schmal, etwas schlaksig, körperlich und geistig beweglich, ballsicher, willensstark, reaktionsschnell. Er hat viel von der eleganten Leichtigkeit der dänischen und der jungen sowjetischen Spieler.

Die Dänen, die ohne ihren Kapitän Stig Christensen auskommen mußten, traten sehr selbstbewußt auf. Sie haben die jüngste Mannschaft und verfügen fast ausschließlich über Spieler vom Typ des Martin Schwalb. Auch die UdSSR präsentiert auf der neuformierten linken Seite zwei junge Spieler mit ähnlichen Eigenschaften: Linksaußen Walery Gopin (21) und im halblinken Rückraum Aleksandr Sokol (23). Sie alle haben eines gemeinsam: Hohe Flexibilität im Angriff, schwungvolles anstatt eines kraftvollen und harten Spiels. Solche Spieler machen den Handball international attraktiv, der deutschen Mannschaft fehlen sie.

FUSSBALL / Hannovers erster Auswärtssieg bei Eintracht Frankfurt

Trainer im Blickpunkt: Platzverweis für Biskup, Zweifel an Heinz Höher

sid/dpa, Bonn

Mit den Nerven der deutschen Fußball-Nationalspieler steht es offenbar weiterhin nicht zum besten. Wie sehr die schwachen Vorstellungen im Nationalteam auf die Gemütsverfassung bei Bundesligaspielen durchschlagen, zeigte sich am Beispiel des Uerdingers Mathias Herget. Der Libero des deutschen Pokalsiegers, sonst eher ein zurückhaltender und besonnener Typ, sah beim 2:1-Erfolg beim 1. FC Nürnberg die rote Karte.

Der Anlaß: Herget schlug zunächst den Ball nach einem Handspiel weg, als er dann erneut den Ball mit der Hand spielte, mußte er in der 73. Minute *vorzeitig in die Kabine.* Die Freude über den zweiten Uerdinger Auswärtssieg war damit getrübt, auch wenn Trainer Karl-Heinz Feldkamp hofft: „In vergleichbaren Fällen gab es auch schon Geldstrafen."

Herget müßte sich eigentlich doppelt ärgern, denn zum Zeitpunkt des Platzverweises lag seine Mannschaft schon in Führung, und es sah nie so aus, als würden sich die Nürnberger noch einmal aufbäumen können. Tatsächlich war es dann auch so, daß die Talfahrt des Aufsteigers selbst gegen zehn Uerdinger nicht gebremst werden konnte. Und ein Ende im freien Fall vom zweiten Platz hinter Bremen zum Saisonstart auf den vorletzten Rang vor Düsseldorf ist kaum in Sicht.

Dabei sollte die Verpflichtung der Norweger Jörn Andersen und Anders Giske die Negativ-Serie von 1:17 Punkten beenden und die Wende bringen. Doch 14 000 Besucher (Minus-Rekord) sahen erstmals nach dem Aufstieg eine völlig konfuse und spielerisch klar unterlegene Mannschaft, die zwei weitere Minuspunkte hinnehmen mußte. Im VIP-Raum des Stadions forderten einflußreiche Anhänger den Kopf von Trainer Heinz Höher. Davon will Präsident Gerd Schmelzer (noch) nichts wissen. Seine Anmerkung („Ich bin mit dem Trainer zwar nicht verheiratet, aber ich stehe zu ihm") läßt jedoch vermuten, daß Höher kaum mehr zu halten sein wird, folgt am Samstag gegen Düsseldorf noch eine Pleite.

Ob es Höher gelingen wird, aus dem Torso eine intakte Mannschaft zu formen, ist fraglich. Das Abweichen vom propagierten Durchhalte-Kurs durch den Gang auf den Transfermarkt, das Gerangel um das Ausleihen von Junioren-Nationalspieler Neun und die Torhüter-Schelte des Trainers („Der Freiburger Grüninger ist besser als unser Gespann") sorgten für Unruhe.

Bei Nürnbergs nächstem Gegner ist auch nicht alles im Lot. Die Düsseldorfer, so scheint es, verlassen sich nicht mehr auf sich selbst. „Vielleicht müssen wir in die Kirche gehen und ein paar Kerzen aufstellen", meinte Günter Thiele vom Tabellenletzten nach der 1:3-Niederlage gegen den 1. FC Köln.

Der junge Trainer Dieter Brei glaubt nach wie vor an die Rettung. *Doch selbst wenn das mit der völlig* verunsicherten Mannschaft gelingen sollte, ist der finanzielle Überlebenskampf fast aussichtslos. Nachdem die Hausbank den Kreditrahmen von zwei auf 1,5 Millionen Mark senkte, muß der Verein Jahresleistungsprämien und eventuell anfallende Prämien bis März 1986 stunden. Im Jahr des 90jährigen Bestehens trägt die Bilanz einen Trauerrand: Keine Leistung, keine Zuschauer (gegen Köln waren es nur 7200), kein Geld, keine Perspektive.

Der Kölner Klaus Allofs war über seine frühere Mannschaft erstaunt: „Sie haben uns den Sieg leicht gemacht. Die geringe Gegenwehr hat mich erstaunt. Allein mit spielerischen Mitteln kann man im Abstiegskampf nicht bestehen. Da muß man vor allem in Heimspielen mit Energie und Volldampf zur Sache gehen." Fortuna Düsseldorf, der erste Absteiger? *Die Fans flüchten sich längst in* Sarkasmus: „Ich würde den Präsidenten Peter Förster und den Brei einwechseln – zur Strafe."

Werner Biskup – Eskapaden und kein Ende. Das läßt sich über den ersten Auswärtssieg (3:1) von Aufsteiger Hannover 96 bei Eintracht Frankfurt schreiben. Für Gesprächsstoff und eine weitere skandalöse Vorstellung sorgte wieder einmal Hannovers Trainer Biskup. Offenbar stand er in Frankfurt erneut unter Alkohol-Einfluß. In der 20. Minute schickte Schiedsrichter Matheis (Rodalben) Biskup wegen „Linienrichter-Behinderung" *(Matheis) auf die Tribüne.* Hannovers Präsident fühlte sich gar nicht wohl in seiner Haut: „Das Ganze ist ein sehr peinlicher Zwischenfall. Aber leider ist es laufend so."

Der Vorsitzende, der für den Trainer auf der Bank Platz nahm, machte sich bis in die frühen Morgenstunden Gedanken über einen Rauswurf des schon mehrmals abgemahnten Trainers. Dann ließ er ihn aber doch im Amt. Dennoch scheinen die Tage von Biskup in Hannover gezählt.

Vom Abstieg reden die Hannoveraner nicht, die Frankfurter dagegen werden es immer mehr tun. Nach der 1:0-Führung durch Sarroca sah es zunächst nach dem dritten Saisonsieg für die ohne sechs Stammspieler spielenden Frankfurter aus. Doch selbst das reichte nicht. Da paßte es dann ins Bild, daß dem erstmals eingesetzten Amateur Caspary zwei Minuten vor Schluß ein Fehler unterlief, der die Niederlage besiegelte. Abstieg heißt nun endgültig das Thema für die mit so viel Ambitionen gestarteten Frankfurter.

Auszeichnung für FC Bayern

DW. Paris

„Es stimmt, daß wir Interesse an Andreas Brehme besitzen. Aber wir wollen ihn nicht um jeden Preis nach München holen." So reagierte Bayern Münchens Manager Uli Hoeneß auf die Ankündigung des 1. FC Kaiserslautern, der 25 Jahre alte Nationalspieler koste mindestens 2,5 Millionen Mark Ablöse. Hoeneß weiter: „Wenn andere Vereine glauben, den FC Bayern als Geld-Kuh betrachten zu können, werden wir uns wehren, indem wir die Verhandlungen abbrechen."

Hoeneß nahm in Paris die „Bronzene Palme" für seinen Verein in Empfang, der hinter dem FC Everton und Manchester United als drittbester Klub Europas ausgezeichnet wurde. Den „Goldenen Schuh" für den erfolgreichsten europäischen Torjäger erhielt der Portugiese Fernando Gomes vom FC Porto. Er hatte in der letzten Saison 39 Treffer erzielt, fünf mehr als McGaughey vom FC Belfast.

Bundesliga in Zahlen

Düsseldorf – 1. FC Köln	1:3 (0:2)
Nürnberg – Uerdingen	1:2 (1:0)
Frankfurt – Hannover 96	1:3 (1:0)
Bochum – Saarbrücken	3:1 (0:1)
Mannheim – Hamburger SV	0:1 (0:0)

DIE TABELLE

1.Bremen	14	9	3	2	41:23	21:7
2.M'gladbach	14	8	4	2	32:18	20:8
3.Hamburg	15	8	3	4	26:13	19:11
4.München	14	8	2	4	25:14	18:10
5.Leverkusen	14	6	5	3	29:19	17:11
6.Bochum	15	8	1	6	33:25	17:13
7.Stuttgart	14	7	2	5	28:20	16:12
8.Mannheim	15	6	4	5	27:22	16:14
9.Köln	15	5	6	4	25:24	16:14
10.Uerdingen	15	6	3	6	24:38	15:15
11.K'lautern	14	6	2	6	21:20	14:14
12.Schalke	14	5	3	6	20:22	13:15
13.Hannover	15	4	4	7	25:41	12:18
14.Saarbrücken	15	3	5	7	19:27	11:19
15.Frankfurt	15	2	7	6	13:25	11:19
16.Dortmund	14	3	4	7	21:32	10:18
17.Nürnberg	15	3	2	10	20:29	8:22
18.Düsseldorf	15	3	2	10	22:39	8:22

Die Torschützen: Düsseldorf – Köln: 0:1 Engels (12.), 0:2 Geilenkirchen (26.), 1:2 Holmquist (80.) 1:3 Littbarski (89.). – Nürnberg – Uerdingen: 1:0 Andersen (2.), 1:1 Gudmundsson (57.), 1:2 Gudmundsson (69.). – Frankfurt – Hannover: 1:0 Sarroca (34.), 1:1 Baier (66.), 1:2 Surmann (88.), 1:3 Reich (90.). – Mannheim – Hamburg: 0:1 Schröder (77.).

Der nächste Spieltag

Samstag *(alle 15.30 Uhr): München* – Bremen (4:2), Nürnberg – Düsseldorf, Köln – Mannheim (0:0), Hamburg – *Bochum (3:1). Saarbrücken* – Frankfurt. Hannover – Kaiserslautern, Schalke – Dortmund (3:1), Stuttgart – Leverkusen (4:1), Uerdingen – Mönchengladbach (3:2). – In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Zweite Liga

Wattenscheid – Braunschw.	2:2 (0:1)

SPD will nun über die Länder zum Tempolimit

Bonn dringt aber auf die Einhaltung von Bundesrecht

DW. AP. **Bonn**

Nach der Entscheidung des Kabinetts in Bonn gegen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen zeichnet sich ein Konflikt zwischen den sozialdemokratisch regierten Ländern und der Bundesregierung über die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen ab. Ankündigungen von Politikern aus dem Saarland, Hessen und Nordrhein-Westfalen, rechtliche Möglichkeiten zur Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf ihren Schnellstraßen zu prüfen, stießen in Bonn auf scharfe Kritik.

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger warnte die von der SPD regierten Länder vor solchen Maßnahmen. Er hoffe nicht, daß sie aus politischen Gründen die Einheitlichkeit auf den Straßen stören wollten. Regierungssprecher Friedhelm Ost sagte in einem Interview mit Radio Bremen, es sei den Ländern keineswegs möglich, „auf eigene Faust eine Geschwindigkeitsbegrenzung durchzusetzen". Schließlich könne ein Bundesland „nicht einfach tun, was es will".

Der saarländische Umweltminister Jo Leinen hatte am Dienstag mitgeteilt, die Landesregierung wolle aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Lärmschutzes für einen wesentlichen Teil des saarländischen Autobahnnetzes Geschwindigkeitsbegrenzungen erlassen. Das Kabinett habe ihn beauftragt, zusammen mit dem Innenminister konkrete Vorschläge hinsichtlich der betroffenen Strecken und der dort zulässigen Höchstgeschwindigkeiten zu erarbeiten. Leinen sagte, jetzt müßten die Länder in ihrer eigenen Zuständigkeit aktiv werden und alle Möglichkeiten ausschöpfen, die ihnen die Straßenverkehrsordnung biete.

Bundeskompetenz betont

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Straßmeir, sagte, die Bundesregierung werde eine Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen im Saarland überprüfen und darauf achten, „daß Bundesrecht auch eingehalten wird". In einem Interview der „Bonner Rundschau" sagte Straßmeir zu der Ankündigung aus Saarbrücken, ähnliche Versuche habe es auch in Hessen gegeben. Jetzt komme „derselbe Unsinn" aus dem Saarland. Hessen und das Saarland müßten sich daran gewöhnen, daß generelle Geschwindigkeitsbegrenzungen in die Bundeskompetenz fallen.

Der Grüne Karl Kerschgens, der in der rot-grünen Koalitionsregierung in Hessen als Staatssekretär im Umwelt- und Energieministerium vorgesehen ist, sprach sich in einem Schreiben an den hessischen Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) für eine möglichst weitreichende Einführung von Geschwindigkeitsbeschränkungen aus. Er forderte, „ab 1. Januar 1986 auf allen irgend möglichen hessischen Autobahnen und Landstraßen eine Tempobeschränkung einzuführen".

„Gebot der Vernunft"

Kerschgens unterstützte gleichzeitig die Forderung seiner Fraktion, *Hessen solle eine Bundesratsinitiative* zur Einführung von Tempo 100 starten. Die Grünen hofften dabei auf die Unterstützung der SPD-regierten Länder und Baden-Württembergs. Auch der hessische Landwirtschaftsminister Willi Görlach nannte ein Tempolimit „ein Gebot der Vernunft".

Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Christoph Zöpel kündigte an, nach Auswertung eines Großversuchs mit Tempo 100 auf dem Kölner Autobahnring werde geprüft, auf welchen weiteren stark belasteten Abschnitten das Tempo aus Sicherheitsgründen beschränkt werden müsse. Ohne aktuelles Zahlenmaterial hatte der Kölner Regierungspräsident Antwerpes im Dezember vergangenen Jahres auf den Teilstücken zwischen Köln und Leverkusen Tempo-100-Schilder aufstellen lassen. In einem Verfahren vor dem Kölner Oberverwaltungsgericht wird demnächst die Rechtmäßigkeit dieser Anordnung geprüft. In einem Zeitungsinterview sagte Zöpel, der Versuch habe bereits deutlich gemacht, daß die Zahl der Unfälle nach Einführung des Tempolimits um mehr als 20 Prozent zurückgegangen sei. Allerdings hatte Antwerpes Unfälle mit einem Sachschaden bis zu 3000 Mark in der Auswertung „vergessen". Die berichtigten Werte liegen im Bereich der allgemein gesunkenen Zahlen auf Bundesebene.

SDI: „Nagelprobe für die westliche Allianz"

Noch im Dezember ein Beschluß des Kabinetts zu erwarten

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

*Die Aussicht auf eine regierungs*amtliche Unterstützung für eine Beteiligung deutschen Unternehmen am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm zeichnet sich immer deutlicher ab. Nach dem Eingang aller Stellungnahmen der verschiedenen Ressorts zur Bewertung des SDI-Reiseberichts der Teltschik-Kommission ist aus Regierungskreisen zu erfahren, daß eine Reihe von Argumenten für eine deutsche Beteiligung sprechen. Ihnen will sich offenbar auch Bundesaußenminister Genscher nicht mehr verschließen, so daß noch im Dezember ein Beschluß des Kabinetts zu erwarten ist, in Verhandlungen mit Washington die Form der vertraglichen Vereinbarung für eine SDI-Zusammenarbeit festzulegen.

In Bonner Regierungskreisen hat augenscheinlich Gewicht gewonnen, was der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß kürzlich mit Bundeskanzler Helmut Kohl in der SDI-Frage besprach. Strauß warnte auf einer Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung in München davor, daß die Antwort Europas auf die amerikanische Einladung zur Beteiligung an der SDI-Forschung „sich in Bedenken, Vorbehalten, Vorbedingungen und Distanzierungen erschöpft". Beeinflußt würden davon die Forschungsarbeiten nicht, fuhr der bayerische Ministerpräsident fort, aber das Verhältnis zwischen den USA und ihren Verbündeten in Westeuropa. Im übrigen würde sich Europa in seinem weiteren ablehnenden Verhalten „von der Einflußnahme und der Teilhabe" an SDI entfernen und bei weiterem Aufschub der notwendigen Entscheidungen endgültig ausgeschlossen. „Eine europäische Verweigerung mit fadenscheinigen und unlogischen Argumenten muß dem Prozeß der schleichenden Entfremdung zwischen den USA und Europa neue Schubkraft verleihen", erläuterte Strauß. Deshalb ist SDI nach seinen Worten eine „Nagelprobe für die Belastbarkeit der amerikanisch-europäischen Beziehungen".

Ähnlich argumentierte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner auf derselben Veranstaltung. Es sei ein Irrtum zu glauben, Europa habe mehr Einfluß auf die Sowjetunion, wenn es von Amerika weiter abrücke. Der Minister plädierte auch deshalb für eine deutsche Beteiligung, weil Europa bei der möglichen Stationierung eines amerikanischen Systems zur strategischen Abwehr im Weltraum nicht abgekoppelt werden dürfe. „Das kann Europa besser durchsetzen, wenn es beteiligt ist und nicht nur Zuschauer", betonte Wörner.

Diese in München geäußerten Argumente haben wohl dazu geführt, daß in den nächsten Tagen in Bonn die Weichen für die offizielle deutsche Unterstützung an der SDI-Forschung gestellt werden. In Kreisen der Bundesregierung wurde auf einen Katalog von Erkenntnissen hingewiesen, die auch dem Außenminister die Verweigerung einer deutschen Beteiligung unmöglich machen sollten. Unter den genannten Argumenten sind die folgenden:

● Der Sowjetunion muß es durch die Geschlossenheit und Solidarität in der NATO unmöglich gemacht werden, die internationale Diskussion um SDI zu nutzen, um die Allianz zu spalten und in der westlichen Öffentlichkeit Mißtrauen zu säen.

● Auf den politischen Entscheidungsprozeß in den USA über SDI können *die Bundesregierung oder an*dere Regierungen Westeuropas nur Einfluß nehmen, wenn sie ständig in Washington politisch mitarbeiten. Abseitsstehen hat die gegenteilige Wirkung.

● Das Ziel der Bundesregierung ist nicht, daß sich die Bundesrepublik als Staat direkt in Gestalt einer finanziellen Forschungsförderung beteiligt. Vielmehr soll eine privatwirtschaftliche Beteiligung der deutschen Industrie ebenso wie beim Eureka-Projekt der Entwicklung von Spitzentechnologien nützlich sein.

● Allen am SDI-Projekt Beteiligten wird ein beachtlicher technologischer Schub zuteil werden. Und das auch dann, wenn es nicht oder nur teilweise gelingen sollte, eine strategische Raketenabwehr zu schaffen. Die interessierte deutsche Industrie sieht *neben dem kurzfristigen rein* wirtschaftlich-kommerziellen Aspekt in einer möglichen Kooperation vor allem den langfristigen technologischen Gewinn und darüber hinaus den Zuwachs an Prestige, sich auch für die USA als ein gewichtiger Partner zu erweisen.

Die Frage nach dem Wert des menschlichen Lebens

Abtreibung bleibt Diskussionsthema in der Koalition

PETER SCHMALZ, **München**

Die CSU übt weiter Druck auf die Schwesterpartei CDU sowie die Bundesregierung, die verfassungsrechtliche Problematik der Abtreibung auf Krankenschein vor dem Bundesverfassungsgericht klären zu lassen. Auf einer familienpolitischen Expertentagung der CDU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth bekräftigte Staatssekretär Stoiber die Entschlossenheit seiner Partei, in diesem Bereich weiter zu drängen. „Wir werden unsere politische Glaubwürdigkeit gerade in dieser Frage nicht durch politischen Opportunismus ruinieren lassen," erklärte der CSU-Politiker.

Er sehe mit Sorge, so fuhr Stoiber fort, daß es in der Union immer schwieriger werde, „in solchen Kernfragen unserer rechtsstaatlichen Ordnung einen glaubwürdigen und tragfähigen *gemeinsamen Nenner zu fin*den".

Stoiber sieht hierbei die grundsätzliche Frage nach dem Wert des menschlichen Lebens angesprochen. Nach seiner Auffassung dürfe die Entscheidung über Leben und Tod nicht zur beliebigen Disposition des Menschen stehen. Deshalb habe das Kind im Mutterleib ein Recht auf Leben, solange nicht höherrangige Rechte der Mutter gefährdet würden. Dies aber heiße auch, so Stoiber: „Die sozialen Gründe für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch müssen so gravierend sein, *daß sie die Mutter im* Falle einer auszutragenden Schwangerschaft so belasten, wie dies bei der eugenischen, genetischen oder gesundheitlichen Indikation der Fall sein muß."

Rechtsansprüche

Dem Staat wirft Stoiber eine „geradezu perverse Perfektion" der Rechts- und Sozialgesetze vor: Der schwangeren Frau, die sich gegen das Leben des Kindes entscheidet, gibt der Staat einen Rechtsanspruch auf *Übernahme der Abtreibungskosten*, der Frau, die sich für das ungeborene Leben entscheidet, hat keinen Rechtsanspruch, sondern lediglich freiwillige Angebote auf angemessene Hilfen. Hier gelte es, geistig-moralische Maßstäbe in der Politik wieder zurechtzurücken.

Dies bedeute aber auch, die SPD, die Grünen sowie die Friedens- und Naturfreunde, die „gerne einen Alleinvertretungsanspruch für die Solidarität reklamieren", nach ihrer Solidarität zu den Kindern im Mutterleib zu fragen. Warum, so Stoiber in gezielter Provokation, werden 200 000 Atomtote in Hiroshima und Nakasaki, nicht aber 200 000 jährlich getötete Kinder in unserer Wohlstandsgesellschaft beklagt? Warum engagieren sich so viele für den Tier- und Umweltschutz, aber so wenige für den wirklichen Schutz menschlichen Lebens?

„Unverständliches Übel"

Stoiber, der als Leiter der CSU-Familienkommission wesentlich die Haltung seiner Partei in diesen Fragen beeinflußte, warnte zugleich vor negativen Folgen des medizinisch-technischen Fortschritts, wie künstliche Befruchtung durch anonyme Samenspender, wie Leihmutterschaft und die Eingriffe in die menschliche Erbmasse.

Daß konkrete Festlegungen dieser Art nicht einmal in den Reihen der Union unumstritten sind, ist der CSU ein unverständliches Übel. „Viele Polittaktiker – auch in der Union – sehen diese Diskussion mit Unbehaben", sagte Stoiber. „Sie würden am liebsten mit Schweigen zur Tagesordnung übergehen. Diese Hoffnung wird sich nach meiner Überzeugung aber nicht erfüllen und ich füge hinzu: Sie darf sich nicht erfüllen, denn wenn es um Leben und Tod geht, dürfen Politiker aus christlicher Verantwortung nicht schweigen."

Die Abtreibung auf Krankenschein wird auch den CDU-Parteitag, der morgen, Freitag, in München beginnt, beschäftigen. Mehrere Anträge, darunter auch einer der Jungen Union, fordern eine baldige Neuregelung. Der Kreisverband Regen fordert sogar die Staatsregierung auf, für den Fall, das weder Bundestag noch Bun*desregierung tätig werden, eine eige*ne Klage in Karlsruhe einzubringen. Doch Ministerpräsident Franz Josef Strauß zögert noch. „Wir nehmen zunächst diese Arbeit der Bundesregierung nicht ab", erklärte er gegenüber der WELT. Man warte in München erst einmal die Diskussion ab.

Gewerkschafter von Amnestie ausgenommen

AP, **Warschau**

Drei führende Mitglieder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" fallen nicht unter die am 9. November in Polen verkündete Amnestie. Dies bestätigte jetzt der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban in Warschau. Bei den drei Inhaftierten handelt es sich um den ehemaligen „Solidarität"-Berater Adam Michnik sowie die früheren Gewerkschafter Bogdan Lis und Wladyslaw Frasyniuk. Urban erklärte, die drei würden nicht auf freien Fuß gesetzt, da sie entweder vorbestraft seien oder bereits von einer Amnestie im vergangenen Jahr profitiert hätten.

Ebenfalls nicht unter die Amnestie fallen die vier Sicherheitsbeamten, die wegen der Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Als Begründung gab Urban an, daß es sich dabei um einen Mordfall gehandelt habe.

Wie Urban in Warschau weiter mitteilte, sind bei der Amnestie, die er als „Initiative der Menschlichkeit" bezeichnete, bisher 75 politische Gefangene freigelassen worden.

Israelis schießen syrische MiGs ab

dpa/AP, **Tel Aviv/Beirut**

Israelische Kampfflugzeuge haben nach offizieller Darstellung aus Tel Aviv und Beirut am Dienstag über der libanesischen Bekaa-Ebene zwei syrische MiG-Düsenjäger abgeschossen. Die beiden syrischen Maschinen hätten versucht, israelische Flugzeuge während eines routinemäßigen Aufklärungsfluges über Libanon abzufangen. Es war der erste Luftkampf zwischen israelischen und syrischen Maschinen seit 1982. Die syrische Luftwaffe hatte israelische Flugzeuge seither unbehelligt gelassen.

Israels Ministerpräsident Peres verteidigte den Abschuß der beiden Flugzeuge und erklärte dazu, der Vor*fall zeige, daß die Luftwaffe das Land* zu schützen wisse. Die Vereinigten Staaten äußerten sich allerdings besorgt über den Abschuß. Der stellvertretende Sprecher des Außenministeriums, Charles Redman, appellierte an beide Seiten, „Zurückhaltung" zu üben.

Neue Treue

Wb. – Ein Novum: Bei der Vorstellung der weltweiten Investitionspläne seines Chemie-Imperiums für das Jahr 1986 wies Hoechst-Vorstandschef Wolfgang Hilger darauf hin, daß „40 bis 50 Prozent der Inlandsinvestitionen *auf das Rhein-Main-Gebiet* entfallen" werden. Die ungewohnt feine Untergliederung war natürlich nicht ohne Hintersinn. Denn unlängst, beim alljährlichen Familientreffen der Branche in Baden-Baden, hatte Hilger den Einzug der Grünen in die hessische Landespolitik noch in einer Weise kommentiert, die den Schwenk künftiger Investitionsströme in weniger unwirtlich-rot-grüne Gegenden assoziieren ließ.

Damit hatte der Neue auf dem Hoechster Chefsessel nicht nur „seine" Landesregierung beunruhigt, sondern auch die hessischen Unternehmer-Kollegen zu indigniertem Augenbrauen-Zucken veranlaßt – Konfrontation stand (vernünftigerweise) nicht in ihrem Strategie-Konzept. Ob Hilger nur seinem Amtsvorgänger Rolf Sammet nacheifern wollte, der verschiedentlich Zweifel am gesamten Standort Bundesrepublik angemeldet hatte, oder ob er dem (mit seinem Chemieunternehmen Merck ebenfalls in Hessen angesiedelten) BDI-Präsidenten Langmann Schützenhilfe geben wollte, sei dahingestellt.

Der Kurswechsel jedenfalls zeigt, daß auch Vorstandsvorsitzende in ihren Meinungsäußerungen nicht immer völlig frei sind. Doch die nachgeschobene Korrektur wird wenig daran ändern; von den Grünen in Hessen ist die Hoechst AG – größter Arbeitgeber hin, Steuerzahler her – schon längst zur Zielscheibe Nummer eins im Lande erkoren.

Durchleuchtet

hdt. – 66 Betriebe mit insgesamt 16 900 Mitarbeitern wurden vom Unternehmerverband der Metallindustrie Bielefeld zum Thema „Neueinstellungen und Arbeitskräfteangebot" gefragt. Wenn die Antworten, *auf das gesamte Bundesgebiet* projiziert, vielleicht auch nicht ganz repräsentativ sind, so lassen sie jedoch Aufschlüsse zu. Immerhin haben diese Unternehmen von Januar bis August dieses Jahres 1778 neue Mitarbeiter eingestellt, also deren Anzahl um 10,5 Prozent erhöht. Daß dies nicht sofort auf die Arbeitslosenstatistik durchschlug, hat seine Gründe. Nur 65 Prozent der neuen Mitarbeiter waren vorher arbeitslos, das restliche Drittel rekrutierte sich aus neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Stellensuchenden und aus der sogenannten stillen Reserve. Und noch zwei interessante Zahlen: 21,4 Prozent aller Arbeitnehmer, die neu eingestellt wurden, nahmen die Arbeit entweder gar nicht auf oder schieden schnell wieder aus, was sicher Rückschlüsse auf den Arbeitswillen zuläßt.

Falsche Alternative

Von CLAUS DERTINGER

Steht die Überwindung des „Chaos" flexibler Wechselkurse und die Etablierung eines irgendwie gearteten Systems stabilerer Wechselkurse, vielleicht mit „Zielzonen" ernsthaft zur Debatte? Diesen Eindruck konnten *Diskussionen* auf einer vom künftigen republikanischen US-Präsidentschaftskandidaten Jack Kemp und dem demokratischen Senator *Bill Bradley* initiierten „Währungskonferenz" in Washington erwecken.

Diese Tagung mit viel – auch internationaler – Fachprominenz, die nicht zuletzt durch Anwesenheit von US-Finanzminister Baker einen halboffiziellen Anstrich bekam und ein entsprechendes Echo in der Öffentlichkeit fand, war allerdings mit dem Ziel veranstaltet worden, eine Diskussion über eine Reform des Währungssystems ins Rollen zu bringen. So war es kein Wunder, daß mehr Gegner als Befürworter flexibler Wechselkurse die Chance nutzten, sich zu artikulieren.

Auffallend war die große Sympathie, die viele Teilnehmer einer Ablösung frei schwankender Wechselkurse durch „Zielzonen" entgegenbrachten, innerhalb derer sich der Dollar und auch andere große Währungen, kontrolliert von Notenbanken, bewegen sollen. Das ist eine Lieblingsidee der Franzosen, für die sich auch manche anderen Länder und Wissenschaftler von überall erwärmen. Und es war geradezu Wasser auf die Mühlen der Vorkämpfer für Zielzonen, daß die wichtigsten Zentralbanken nach dem September-Fünfergipfel in New York begonnen haben, den Dollarkurs nach unten zu dirigieren, und zwar auf Initiative der Amerikaner.

Es wäre jedoch mehr als voreilig, daraus zu schließen, daß die offizielle amerikanische Währungspolitik künftig ein Währungssystem mit Zielzonen unterstützt. Gewiß, Washington hat jetzt erstmals die Wechselkurspolitik entdeckt, weil die Auswirkungen des überhöhten Dollarkurses immer schmerzlicher werden. Aber die Vermutung drängt sich auf, daß hinter dieser augenfälligen Änderung der bis vor kurzem noch jeglichen Eingriffen abholden Politik der USA weniger theoretische Überlegungen zu einer Reform des Weltwährungssystems stehen als das Ziehen an einer Notbremse. Weil die US-Administration keine Chance sah, das zins- und damit dollarkurstreibende Haushaltsdefizit rasch und nachhaltig abzubauen, griff Washington zum früher verhaßten Instrument von Devisenmarktinterventionen.

Man wird freilich damit rechnen müssen, daß das Thema einer Reform des Weltwährungssystems in der Diskussion bleiben wird, nicht zuletzt, weil es im April nächsten Jahres im Rahmen einer Ausschußsitzung des Internationalen Währungsfonds in Washington ausführlich behandelt werden soll. Aber man *sollte* sich nicht der Illusion hingeben, daß es eine überzeugende Alternative zum derzeitigen System frei schwankender Kurse für die wichtigsten Währungen gibt.

Die oft übertrieben starken Ausschläge der Wechselkurse und ihre Bewegung in eine unerwünschte Richtung bringen ja zugegebenermaßen für Wirtschaft und Geldpolitik oft genug Unannehmlichkeiten mit sich. Doch darf man nicht vergessen, daß die Wechselkursbewegungen schließlich Reaktionen der Märkte auf falsche Weichenstellungen in der Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik sind. Die USA mit ihrem riesigen zinstreibenden Haushaltsdefizit, das dem Land eine außenwirtschaftliche Schieflage ohnegleichen beschert hat, sind ein schlagendes Beispiel dafür.

Das Festkurssystem von Bretton Woods ist schließlich vor nahezu 15 Jahren nicht leichtsinnig zerschlagen worden; es ist vielmehr an der Unfähigkeit der Regierungen und Notenbanken zerbrochen, die Finanz- und Geldpolitik wechselkurspolitischen Zwängen unterzuordnen. Weil die Welt trotz vieler Erfahrungen nicht besser geworden *ist*, hat die Rückkehr zu festen Wechselkursen – und sei es auch nur im Rahmen von Zielzonen – keine realistische Chance, die aus inneren *Ungleichgewichten* resultierenden Währungsspannungen nachhaltig zu reduzieren. Im Gegenteil, an die Leine gelegte Wechselkurse *können* zumal bei dem Umfang der immensen weltweiten Kapitalbewegungen nur zu einem neuen Gefahrenherd werden. Das Drehen an den Wechselkursen, vor allem an dem des Dollar, bleibt ein Kurieren an Symptomen. Also: Hände weg von untauglichen Experimenten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Skepsis vor Reform-Gipfel am 2. Dezember

Bonn setzt weiter auf die Schaffung eines Binnenmarktes bis 1992

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Ein Stück näher gekommen sind sich die EG-Regierungen bei ihren Verhandlungen über eine Revision der Römischen Verträge. Trotzdem herrscht in Brüssel Skepsis, ob der bisherige Konsens ausreichen wird, *der Gemeinschaft die erhofften neuen Impulse zu geben. Die Außenminister* treffen sich bereits in der kommenden Woche wieder. Letzte Kompromißanstrengungen wollen sie in einem „Konklave" unternehmen, das dem am 2. Dezember beginnenden EG-Gipfel vorausgehen soll.

Die Kernfrage ist, ob die Regierungschefs sich auf ein zwar begrenztes aber von allen Partnern mitgetragenes Reformpaket verständigen oder beschließen werden, die Reformdiskussion in der Hoffnung auf umfassendere Verbesserungen noch weiter zu vertagen. Die Regierungskonferenz war im *Juni* in *Mail*and gegen den Willen Großbritanniens, Dänemarks und Griechenlands beschlossen worden. Die Bundesregierung *sieht es daher* schon als einen Erfolg an, daß sich die drei zögernden Länder überhaupt voll an den Beratungen beteiligt haben.

Mit einigen anderen Partnerländern tritt Bonn für ein auf wenige wichtige Punkte konzentriertes Paket ein. Dazu gehören vor allem die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes bis 1992, die Übertragung neuer Kompetenzen im Bereich von Umweltpolitik und Technologie auf die Gemeinschaft, die Verbesserung des Brüsseler Beschlußverfahrens im Hinblick auf den Beitritt Spaniens und Portugals sowie der Ausbau der Mitspracherechte des Europäischen Parlaments.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Beratungen sind Minimalkompromisse bei den meisten dieser Verhandlungsthemen in Sicht. Sie treffen jedoch bei der EG-Kommission und vor allem beim Straßburger Parlament auf heftigen Widerstand. So ist der Versuch, in allen für den Binnenmarkt relevanten Fragen die *Mehrheitsabstimmung einzuführen*, nur teilweise geglückt. Auch behält sich der Rat gegenüber Änderungswünschen des Parlaments das letzte *Wort vor.*

Für die Steuerharmonisierung beispielsweise soll weiterhin das Einstimmigkeitsprinzip gelten. Bei der Dienstleistungsfreiheit will die Bundesregierung Mehrheitsvoten nur dann akzeptieren, wenn durch die EG-Regelung nicht die Grundregeln der Berufs- und Wirtschaftsordnung berührt werden. Bei der Rechtsharmonisierung schließlich sollen sowohl den Ländern mit besonders hohen Gesundheits- oder Umweltstandards wie den europäischen „Nachzüglern" Ausnahmeregeln eingeräumt werden.

Ungeklärt ist, ob entgegen dem Widerspruch Großbritanniens, der Bundesrepublik und Hollands doch noch *ein Währungskapitel* in die Vertragsergänzungen aufgenommen wird. Mehrere andere Länder wollen es offenbar nicht mit dem Meinungsaus*tausch der Finanzminister* bewenden lassen, bei dem am vergangenen Montag eine unentschiedene Position entstanden war.

*Auf jeden Fall werden die Außen*minister am kommenden Montag das Thema noch einmal in ihrem Kreis anschneiden. Umstritten ist auch *noch, wie weit* bei der *Vertragsrevi*sion das Ziel eines stärkeren „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts" in der Gemeinschaft betont wird, was nach dem Willen der ärmeren EG-Partner auf eine Verpflichtung zu größerem Ressourcentransfer hinauslaufen soll.

Den größten politischen Zündstoff birgt jedoch das Problem, wie die (auf den Römischen Verträgen beruhende) wirtschaftliche Integration und die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit (EPZ) künftig besser koordiniert werden können. Frankreich hat vorgeschlagen, die bisherigen Europäischen Verträge und den geplanten neuen Vertrag über die politische Kooperation durch eine „Schlußakte" zu „überwölben". Darin soll der Europäische Rat institutionalisiert und ein politisches Sekretariat geschaffen werden, das direkt den Regierungschefs unterstellt wird. In der Praxis würde dieser Plan eine Entmachtung der Brüsseler Kommission bedeuten.

SPD

Programm noch überdenken

PETER JENTSCH, **Bonn**

Die SPD will den von ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Roth vor drei Wochen vorgelegten Entwurf eines neuen Wirtschaftsprogramms noch einmal überarbeiten und mit Gewerkschaften, Verbänden und anderen Institutionen diskutieren. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt begrüßte bei der Entgegennahme durch den Parteivorstand das Programm als „geeignete Grundlage für eine breite Diskussion". Der Vorstand hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis April 1986 eine ergänzende Fassung des Roth-Entwurfs mit dem Titel „Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern" vorlegen soll. Im Mai soll dann ein eigens nach Hamburg *einberufe*ner Kongreß die Beschlußfassung durch den Bundesparteitag im August in Nürnberg vorbereiten.

Roth nannte als notwendige Ergänzung seines Programms ein Steuer- und ein sozialpolitisches Konzept. Nach seinen Worten spricht sich die SPD im Rahmen eines sozialen Bündnisses „Arbeit für alle" für die Einführung einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende aus, um mit diesen Mitteln 300 000 Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber hinaus fordert er kurzfristig ein Beschäftigungsprogramm für jugendliche Arbeitslose.

Er plädiert für die Einführung neuer Techniken unter der Prämisse einer qualifizierten Mitbestimmung. Darüber hinaus müsse die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft durch Strukturanpassung und eine ökologische Erneuerung erhöht werden.

AUTOZULASSUNGEN

Oktober-Rekord knapp verfehlt

DW. **Flensburg/Frankfurt**

Im Oktober 1985 wurde der Oktober-Rekord der Neuzulassungen von Kraftwagen aus dem Jahre 1978 nur knapp unterschritten. Wie das Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, mitteilte, wurden im vergangenen Monat 245 714 Fahrzeuge in den Verkehr gebracht, 20,3 Prozent mehr als im September und 3,9 Prozent mehr als im Oktober 1984. Der Oktober-Rekord von 254 756 Neuzulassungen aus dem Jahr 1978 sei nur um 3,5 Prozent verfehlt worden. Mit 22,6 Prozent besonders deutlich gestiegen sei gegenüber September die Zahl der neuzugelassenen Personenwagen.

In der Zeit von Januar bis Oktober wurden nach des Amtes 2,312 Millionen *Kraftfahrzeuge, davon 2,046 Mil*lionen Personenautos, neu auf die Straßen im Bundesgebiet geschickt. Das seien 3,7 Prozent – für Personenwagen 1,8 Prozent – weniger als in den vergleichbaren Monaten des Jahres 1984.

Die Inlandsnachfrage nach Personen- und Kombifahrzeugen ist im Oktober nach der urlaubsbedingten Pause im August und September wieder deutlich gestiegen. Auf den ausländischen Märkten hat sich dagegen die Nachfrageberuhigung weiter fortgesetzt, berichtet der Verband der Automobilindustrie (VDA).

Von Januar bis Oktober rollten insgesamt 3,49 Millionen Pkw/Kombi von den Bändern deutscher Hersteller, 13 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das Exportvolumen fiel mit 2,14 Millionen um 20 Prozent höher aus.

AUF EIN WORT

„Es wäre nicht gut, wenn wir mit dem Gefühl, der Etat habe noch Manövrier-Spielraum, in den nächsten Bundestagswahlkampf gingen. Eine vorgezogene Steuerkorrektur wäre für den Bundesfinanzminister das beste Argument gegen das Liebäugeln der Koalition mit Zusatzausgaben. Auch sind knappe Kassen das beste Druckmittel in Richtung Subventionsabbau und Privatisierung, zwei Bereiche, in denen die Bundesregierung ihre Versprechen noch nicht eingelöst hat"

Dr. Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG, Frankfurt
FOTO: JUPP DARCHINGER

EG-GETREIDEPOLITIK

Vorschläge der Kommission werden differenziert beurteilt

Ha. **Brüssel**

Schwierige Verhandlungen stehen den Landwirtschaftsministern der EG bei der Neuformulierung der eu*ropäischen Getreidepolitik ins Haus.* Dies hat ein erster Meinungsaustausch über das kürzlich von der Brüsseler Kommission vorgelegte *Memorandum deutlich gemacht.*

Die meisten Minister äußerten sich zwar vorsichtig und ohne den Reformansatz von vornherein in Frage *zu stellen, dennoch wurde klar, daß* von den einzelnen Regierungen recht unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden.

Am reserviertesten zeigten sich die Briten und Italiener. Großbritannien tritt für drastische Preissenkungen ein, widersetzt sich aber dem Vorschlag, Futterweizen durch einen Preisabschlag gegenüber dem hochwertigeren Mahlweizen geringer einzustufen. Italien hält wenig von der geplanten Mitverantwortungsabgabe für die Erzeuger. Es möchte auf jeden Fall sicherstellen, daß die nicht überschüssigen Getreidearten (Reis und Mais) davon ausgenommen werden.

Bundesminister Kiechle begrüßte, daß die Kommission „mehr Wirk*lichkeitssinn" gezeigt habe als in der* Vergangenheit. Er bezog diesen Hinweis vor allem darauf, daß die EG-Behörde nicht länger politisch nicht durchsetzbare Einkommensminderungen bei den bäuerlichen Kleinbetrieben verlangt.

Zwar bedeutet die Erzeugerabgabe ebenfalls eine *indirekte* Preissenkung, doch sollen je Betrieb die ersten 25 Tonnen von der Produktionssteuer ausgenommen werden. In der Bundesrepublik *bräuchte deshalb* rund die Hälfte der Erzeuger die Abgabe nicht zu zahlen.

WIRTSCHAFTSLAGE

Das DIW rechnet weiter mit gutem Konjunkturverlauf

dpa/VWD, **Berlin**

Das reale Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik wird bis zum Jahresende um 2,2 Prozent zugenommen haben. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht. Der *Verlauf der Auftragseingänge bei der* Industrie weise darauf hin, daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum auch in den kommenden Monaten vor *allem von der Inlandsnachfrage* getragen werde.

Auch bei der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern setzte sich der *positive* Trend *fort*, so *daß im* Jahresendquartal wieder von einer nennenswerten Expansion der Ausrüstungsinvestitionen ausgegangen werden könne. Bei den Bauinvestitionen werde es wohl zu einem saisonbereinigten Rückgang kommen.

Die Exporte werden bei der weiter aufwärtsgerichteten konjunkturellen Tendenz in den wichtigsten Partnerländern wieder zunehmen, schätzen die Wirtschaftsforscher. Der Anstieg falle allerdings etwas schwächer aus als in der ersten Jahreshälfte, da deutsche Waren durch die Abwertung des Dollar im Ausland teurer *geworden seien. Die Steigerung der* Importe werde vermutlich mehr als bisher mit der gesamtwirtschaftlichen Produktionsentwicklung übereinstimmen, also schwächer ausfallen als bisher. Der reale Außenbeitrag wird im vierten Quartal somit wieder etwas zunehmen.

Zwar steige die reale Kaufkraft der privaten Haushalte auch aufgrund der stabil bleibenden Preise weiter. Da aber die Zunahme der Haushaltseinkommen etwas geringer ausfalle, werde der reale private Verbrauch im 4. Quartal nicht noch einmal so stark expandieren wie im Vorquartal.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehr Bausparverträge abgeschlossen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Rund 8,1 *Prozent mehr Bausparverträge als* ein Jahr zuvor haben die Bundesbürger 1984 bei den 18 privaten und 13 öffentlichen Bausparkassen neu abgeschlossen. *Wie das Statistische Bun*desamt in Wiesbaden mitteilte, lag die vereinbarte Bausparsumme mit 74,8 Mrd. DM bei den insgesamt 2,35 Mill. Verträgen *jedoch nur um* 0,4 Prozent über dem Stand von 1983. Ende 1984 haben die Bausparer nach den Angaben 124,9 Mrd. DM an Bauspareinlagen angelegt und Baudarlehen in Höhe von insgesamt 145,9 Mrd. DM beansprucht.

Bangemann in Rumänien

Bukarest (dpa/VWD) – Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) ist gestern zu einem eintägigen Besuch Rumäniens in Bukarest eingetroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche mit verschiedenen rumänischen Ministern wird der Abbau des stetig an*wachsenden deutschen Defizits* im Handel mit Rumänien stehen. Der Fehlbetrag lag nach den ersten Monaten 1985 bei 630 Mill. DM. Rumänien *hatte wegen Devisenmangels den* Export aus der Bundesrepublik drastisch eingeschränkt.

EG-Milchüberschüsse

Bonn (AP) – Die Milchüberschüsse in der EG wachsen wieder schneller. Wie das Bundesernährungsministerium in Bonn gestern mitteilte, wird aufgrund der bisherigen Entwicklung im laufenden Wirtschaftsjahr die von der EG festgelegte Milch-Garantiemenge voraussichtlich überschritten. So habe die Milchanlieferung im Juli den Stand des Vorjahres um 1,5 Prozent überschritten, im August um 2,8 *Prozent und im September bereits* um 4,0 Prozent.

Kein Vermittlungsmonopol

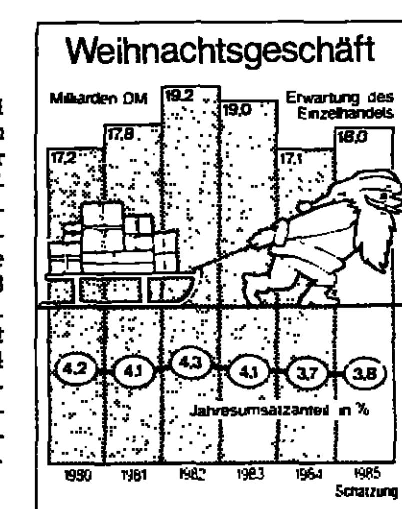
Bonn (dpa/VWD) – Die Bundesregierung hält daran fest, daß nicht nur Kredtinstitute Wertpapiere an den künftigen „geregelten" Börsenmarkt bringen können. *Nach einem Kabi*nettsbeschluß vom Dienstag muß die Börsenordnung Bestimmungen enthalten, nach denen auch Nicht-Kre*ditinstitute zusammen mit* den Emittenten der Wertpapiere die Zulassung zur Börse beantragen dürfen. Dabei wird an Vermögensverwaltungen, Versicherungsfirmen und Unternehmensbeteiligungen gedacht.

Neues Erdölpreissystem

London (AFP) – Nigeria wird in Kürze wie Saudi-Arabien mit mehreren Erdölgesellschaften Kontrakte mit einer Ausrichtung der Rohölpreise auf die Tarife der Spotmärkte abschließen und damit das System der offiziellen Preise der Opec aufgeben. Dies geht aus einem Bericht der Financial Times hervor. Nigeria versuche mit dieser Maßnahme den Absatz in den USA gegen die saudische Konkurrenz zu verteidigen.

Leichte Zinssenkung

Paris (J.Sch.) – Die französischen Banken haben gestern ihren Basiszins (Prime Rate) von *10,85* auf *10,60* Prozent gesenkt. Sie folgen damit der Verbilligung der Geldmarktsätze, bleiben aber hinter den Wünschen der Regierung zurück, die eine Herabsetzung des seit dem 22. Juli unveränderten Basiszinses um einen halben Punkt erwartet hatte. Ihre Zurückhaltung erklären sie damit, daß gestern die Pflichtreserven erhöht wurden und die Notenbank jetzt eine Verschärfung der Kreditrestriktionen für 1986 ankündigte.



Die Weihnachtszeit weckt im Einzelhandel jedes Jahr wieder Hoffnungen auf ein besonders gutes Schlußgeschäft. 1985 rechnet die Branche mit einem Weihnachtsumsatz von 18 Milliarden DM. Das wären 3,8 Prozent des erwarteten Jahresumsatzes in diesem Jahr. Damit ergäbe sich ein etwas besseres Geschäft als 1984. QUELLE: IMU

Stahlsterben in den USA

Washington (Sbt.) – Die US-Stahlindustrie *hat seit 1974 durch Ratio*nalisierung und Pleiten mehr als 600 Produktionsanlagen verloren, teilte das Amerikanische Einsen- und Stahlinstitut in Washington mit. 15 Gesellschaften gaben auf, andere schlossen 30 komplette Werke und 560 Produktionsfazilitäten. Stillgelegt *wurden von den Stahlfirmen* außerdem 31 Betriebe, die Kohle und Eisenerz förderten und verarbeiteten, sowie 53 Anlagen zur Weiterverarbeitung von Stahl. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in der US-Stahlindustrie von 512 000 auf 211 000. Mit konsolidierten Umsätzen in Höhe von 53,6 (reiner Stahlsektor: 30,1) Mrd. Dollar nahm die Branche 1984 aber immer noch den vierten Rang unter den amerikanischen Industriezweigen ein.

Ein Jahr Aufschub

Brüssel (DPA) – Die EG-Kommission wird dem Wunsch der griechischen Regierung entgegenkommen und die Übergangsfrist für die Einführung der Mehrwertsteuer verlängern. Wie am Dienstag in Brüssel aus EG-Kreisen verlautete, wird Athen die Erlaubnis erhalten, die Einführung der Mehrwertsteuer um ein Jahr, auf den 1. Januar 1987, zu verschieben. Ein entsprechender formeller Vorschlag der EG-Kommission, der vom Ministerrat verabschiedet werden muß, soll in den nächsten Tagen vorgelegt werden.

KfW begibt Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) begibt eine Anleihe über 600 Mill. DM, die vom 22. November an zum Verkauf steht. Die Anleihe kommt mit einem Nominalzins von 6,75 Prozent bei 99,25 Prozent Auszahlung mit einer Laufzeit von acht Jahren auf den Markt. Die Effektivverzinsung beträgt 6,87 Prozent. Der kleinste Zeichnungsbetrag ist 100 DM.

VEREINIGTE STAATEN

Höhere Importe vergrößern die ungenutzten Kapazitäten

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In den USA ist im Oktober die Kapazitätsauslastung zum fünften Mal in den vergangenen sechs Monaten gesunken. Im verarbeitenden Gewerbe Bergbau und bei den Versorgungsgesellschaften fiel sie auf 80,2 Prozent, verglichen mit 80,4 Prozent im September und 81 Prozent im März, dem Jahreshoch. Während des nun 36 Monate alten Konjunkturaufschwungs stieg die Auslastung nicht höher als 82 Prozent. In wirklich guten Zeiten sind mehr als 85 Prozent die Norm.

Das ist eine enttäuschende Entwicklung, die auch erklärt, warum die US-Unternehmen 1986 ihre Investitionen kürzen. Nach einer Umfrage von McGraw-Hill sinken sie gegenüber 1985 nominal um ein und real um 5,4 Prozent. Die reduzierte Auslastung deckt sich mit der im ersten Halbjahr stark geschrumpften wirtschaftlichen Wachstumsrate und spricht für eine nur bescheidene Beschleunigung im laufenden Quartal.

Die nicht genutzten Kapazitäten gehen auf das Konto der Importe, die im September mit 33,3 Mrd. Dollar einen neuen Rekord aufstellten. Ausländische Waren machen inzwischen netto mehr als drei Prozent des US-Bruttosozialprodukts aus. Auf Jahresbasis erhöhte sich die Nachfrage in Amerika in den letzten 15 Monaten beispielsweise um 3,25 Prozent, während der Ausstoß nur um 2,25 Prozent zunahm. Die Endverkäufe an Verbraucher und staatliche Stellen sowie für Investitionen und den Wohnungsbau wuchsen sogar um 4,5 Prozent. Die Lücke wird von den Einfuhren gefüllt, die die Inflationsrate niedrig halten.

WERFTEN / Flurbereinigung an der Elbe sorgt für Erleichterung in der Politik

Blohm & Voss übernimmt HDW-Hamburg

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Die traditionsreiche Hamburger Großwerft Blohm & Voss geht auf Expansionskurs. Das Unternehmen wird zum 1. Januar 1986 die Hamburger Tochter der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), die „HDW-Hamburg Werft und Maschinenbau GmbH", übernehmen. Die beiden Aufsichtsräte werden morgen in der Hansestadt zusammentreten, um ihre Zustimmung zu dem Geschäft zu erteilen.

Der Kaufpreis liegt nach zuverlässigen Informationen, die bislang jedoch offiziell nicht bestätigt wurden, bei 54 Millionen Mark. Wie es heißt, haben beide Seiten vereinbart, daß die Übernahme rückwirkend ab 1. Oktober dieses Jahres gelten soll. HDW-Hamburg soll künftig als hundertprozentige B&V-Tochter mit einem Kapital von 30 Millionen Mark unter dem Namen „Ross GmbH" weitergeführt werden.

Blohm & Voss, zu 57,5 Prozent im Besitz der Thyssen AG, hat sich in den *letzten Jahren* aus dem Handelsschiffsneubau weitgehend zurückgezogen und sich im Verlauf einer erfolgreichen Umstrukturierung vor allem in der Wehrtechnik und dem Offshore-Geschäft, ferner in der Schiffsreparatur, im Maschinenbau sowie im Handel und Consulting engagiert. Mit dem Zukauf von HDW-Hamburg stockt Blohm & Voss (derzeit rund 5600 Mitarbeiter) insbesondere das Reparatur- und Maschinenbaupotential auf. Die Werft wird damit zum führenden deutschen Schiffsreparaturunternehmen.

Für die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG bedeutet der Verkauf von HDW-Hamburg die Realisierung eines von der Unternehmensleitung seit Jahren beharrlich angestrebten Ziels. Auftragsmangel und die Gefahr steigender Verluste hatten mehrfach zu spektakulären Reduzierungen der Belegschaft vor allem im Hamburger HDW-Bereich geführt. Massive Proteste der IG Metall und eine zeitweilige Betriebsbesetzung waren die Folge.

Das Thema HDW hatte auch den Hamburger Senat immer wieder in politische Schwierigkeiten gebracht, weil die Landesregierung von der IG Metall gedrängt worden war, die Arbeitsplätze bei HDW-Hamburg unter Einsatz staatlicher Mittel zu sichern. Angesichts der Tatsache, daß an der HDW-AG die bundeseigene Salzgitter AG zu 74,9 Prozent und das Land Schleswig-Holstein zu 25,1 Prozent beteiligt sind, waren die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten des Senats jedoch minimal. Das Problem HDW-Hamburg war infolgedessen permanent ein Politikum. Die Übernahme durch Blohm & Voss wurde im Senat mit Erleichterung zur Kenntnis genommen – auch wenn nicht sicher ist, daß alle 2000 Arbeitsplätze erhalten bleiben.

TEXACO · Nachspiel der Getty-Übernahme

Schadenersatz für Pennzoil

rtr. Houston

Die Übernahme der Getty Oil Co. Anfang 1984 kann der US-Ölgesellschaft Texaco Inc. teuer zu stehen kommen. Ein Distriktgericht verurteilte Texaco am Dienstag zur Zahlung des Rekordbetrages von 10,5 Mrd. Dollar (etwa 28 Mrd. DM) an Schadenersatz und Bußgeldern an ihren Widersacher, die Pennzoil Co.

In ihrer Klage hatte Pennzoil, die ebenfalls an einer Übernahme der zu den Großen im Ölgeschäft zählenden Getty Oil interessiert war, aber von Texaco ausgestochen wurde, angegeben, Texaco habe Getty zu einem Vertragsbruch mit Pennzoil veranlaßt. Pennzoil berief sich auf eine Vereinbarung mit Getty, nach der Pennzoil eine Beteiligung von 43 Prozent an Getty für 2,6 Mrd. Dollar erwerben sollte. Dem Abschluß dieser geplanten Übernahme kam Texaco jedoch zuvor, indem sie den Kauf von zunächst 11,8 Prozent der Getty-Aktien aus dem Besitz des J.-Getty-Museums für 125 Dollar je Aktie und bald darauf die Übernahme der ganzen Firma für rund 10,2 Mrd. Dollar bekanntgab.

Die Strafe gliedert sich in 7,5 Mrd. Dollar Schadenersatz sowie Bußgelder von 3 Milliarden Dollar. Dies ist die höchste Summe, die jemals in den USA einem Unternehmen bei Streitigkeiten mit einer anderen Firma zugesprochen wurde.

Gleich nach der Verkündung des Urteils kündigte Texaco an, Berufung gegen den Spruch einlegen zu wollen. An der New Yorker Aktienbörse sanken Texaco-Aktien nach Bekanntwerden des Urteils um 2,75 Dollar auf 36,5 Dollar, während Pennzoil um 6,52 Dollar auf 56,5 stiegen.

Richter Solomon Casseb setzte den Gütetermin zwischen den Anwälten der beiden Firmen auf den 5. und 6. Dezember fest. Er werde im übrigen seinen Spruch, der mit dem der Jury nicht gleichlauten muß, zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgeben.

Texacos Getty-Kauf war die zweitgrößte Übernahme in der US-Geschichte. Sie wurde nur durch den Erwerb der Gulf Corp. durch Standard Oil of California (jetzt Chevron) im Volumen von 13,4 Mrd. im April 1984 übertroffen.

FRANKREICH Regierung warnt vor Reprivatisierung

Verstaatlichung verteidigt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

In sehr rosigem Licht hat die französische Regierung die Entwicklung der von ihr 1982 verstaatlichten Industriekonzerne und Banken vor der Nationalversammlung dargestellt. In schwarzen Farben malte sie dagegen die angeblichen Gefahren der von den bürgerlichen Oppositionsparteien für den Fall ihres Wahlsiegs im kommenden März versprochenen Reprivatisierung aus.

Industrieministerin Edith Cresson warnte vor allem vor einer „Defranzösisierung". Verschiedene ausländische Konzerne, darunter deutsche, würden sich schon darauf vorbereiten, das eine oder andere Staatsunternehmen zu kontrollieren. Dies könnte sich für Frankreich als schädlich erweisen, weil es dabei zum Unterschied zu den bestehenden internationalen Kooperationsabkommen um einseitige, von den Verwaltungen der nationalen Konzerne ungewollte Beteiligungen ginge.

Dieser Überfremdungsgefahr will die Opposition durch die Begrenzung der ausländischen Beteiligungen auf höchstens 20 Prozent des Kapitals entgegenwirken. Nach europäischen Recht sei dies aber nur gegenüber Unternehmen aus Nicht-EG-Ländern möglich, meint die Regierung. Im übrigen könne niemand kontrollieren, an wen die von den Franzosen übernommenen Aktien weiterverkauft werden. Dazu erklärte der Vertreter der Gaullisten, daß das Problem durch eine Ausfuhrbeschränkung (Vinkulierung der Aktien) gelöst werden kann.

Die Oppositionsparteien sind sich darüber einig, daß sie alle sozialistischen Verstaatlichungen im Laufe der nächsten fünfjährigen Legislaturperiode rückgängig machen wollen. Jedoch gehen ihre Meinungen noch darüber auseinander, welche weiteren Staatsunternehmen reprivatisiert werden müßten. Doch bereits ohne diese weiteren Verstaatlichungen könnten durch die Privatisierung jährlich 20 bis 25 Mrd. Franc der Staatskasse zugeführt werden.

LADENSCHLUSS / London plant neues Gesetz – Offnungszeiten werden liberalisiert

Alte Regelung war widersprüchlich

WILHELM FURLER, London

Die Regierung Thatcher hat jetzt ein Gesetz eingebracht, das alle Beschränkungen der Ladenschlußzeiten werktags wie auch sonntags aufhebt. Noch vor Weihnachten soll es verabschiedet werden.

Während in der Bundesrepublik noch darum gestritten wird, ob mit einem Großversuch flexiblere Ladenöffnungszeiten getestet werden sollen, ist London davon überzeugt, daß die Aufhebung des gegenwärtigen Ladenschlußgesetzes aus dem Jahre 1950 – die „Shop Acts" – bereits im Frühsommer Gesetzeskraft erhalten haben wird.

Einer Umfrage zufolge sind 72 Prozent aller Parlamentarier im Unterhaus für eine komplette Abschaffung der bisherigen Ladenschlußgesetze in England und Wales – in Schottland wurde das Verkaufsverbot an Sonntagen bereits vor gut fünf Jahren aufgehoben. Doch das heißt nicht, daß bei der Verabschiedung dieses Gesetzesvorhabens keine Probleme zu erwarten seien, und zwar sowohl aus den Reihen der Opposition wie auch der Regierungspartei sowie deren beider Lobbies.

So waren die bisherigen Reformversuche insbesondere daran gescheitert, daß es der Verkäufergewerkschaft *gelungen war, gemeinsam* mit der für den kleinen Einzelhandel sprechenden Kammer sowie einigen Vertretern der kirchlichen Organisationen eine einflußreiche Gegenbewegung zu formieren. Nachdem die Regierung Thatcher im Rahmen ihrer allgemeinen Liberalisierungspolitik im Juli 1983 eine Untersuchungskommission einsetzte, die die Aufhebung aller Beschränkungen der Ladenöffnungszeiten empfahl, bröckelte diese Lobby zusehends ab.

Doch in den letzten Wochen haben sich führende Geistliche sowohl der englischen Staatskirche als auch der katholischen Kirche wieder für die Beibehaltung des Verkaufsverbots an Sonntagen stark gemacht. Auch eine wachsende Zahl von Parlamentariern schließt sich dem Ruf an.

Doch trotz des gewachsenen Widerstandes rechnet in Regierungskreisen niemand damit, daß die Gesetzesinitiative zu Fall gebracht werden könnte, weil ihr immer noch eine deutliche Mehrheit sowohl im Unterhaus als auch im House of Lords sicher sei. Als Erklärung werden vor allem zwei Gründe angeführt:

- Das Verkaufsverbot an Sonntagen ist ohnehin durchlöchert. Immer mehr Einzelhandelsgeschäfte und Warenhäuser verstoßen gegen das Verbot und nehmen dabei das Risiko niedriger Strafen bewußt in Kauf.
- Die fünfjährigen Erfahrungen in Schottland haben gezeigt, daß die Verbraucher die 52 offenen Sonntage schätzen und davon regen Gebrauch machen. *Die Geschäfte haben von einer* Ausweitung der Umsätze profitiert. Im übrigen wird kein Verkäufer gezwungen, gegen seinen Willen an Sonntagen zu arbeiten.

Die britische Öffentlichkeit hat in Meinungsumfragen wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie eine Reform will.

Niemand hat den Sinn der bisherigen „Shop Acts" verstanden. Nicht nur ist es etlichen Einzelhändlern (etwa jüdischen, die den Sabbat einhalten) gestattet, ihre Geschäfte sonntags zu öffnen. Auch die Bestimmungen, was an Sonntagen verkauft werden darf und was nicht, sind mehr als verwirrend.

Rechtmäßig verkauft werden dürfen zum Beispiel Whisky und Gin, aber keine Packungen mit Milchpulver für Babyflaschen; Romane, aber keine Bibeln; Postkarten, aber keine Glückwunschkarten; Klingen zur Entfernung von Hühneraugen, aber keine Rasierklingen; frisches Gemüse, aber kein Dosengemüse.

Die Regierung Thatcher will zwar die Verbraucherwünsche erfüllen, gleichzeitig aber auch die Stellung jener Verkäufer schützen, die nicht an Sonntagen oder bis spät in den Abend hinein arbeiten wollen. Sie will sich eng an das schottische Modell halten. Dort hat sich eingebürgert, daß die Masse der Verkäufer unverändert zu den normalen Ladenöffnungszeiten arbeitet. Für verlängerte Ladenschlußzeiten werden Schichtdienste eingerichtet. An *Sonnabenden und Sonntagen arbeiten* Verkäufer, die für diesen Dienst auf eigenen Wunsch abgestellt oder neu eingestellt wurden. Jugendlichen unter 18 Jahren wird der Verkauf am Abend und Sonntags untersagt.

MEDIOBANCA / In dem halbstaatlichen Kreditinstitut wird Privateinfluß gestärkt

Schlüsselrolle bei Kooperationen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Im Falle des halbstaatlichen Mailänder Kreditinstituts Mediobanca zeichnet sich eine Erhöhung des privaten Kapitalanteils ab. Die privaten Hauptaktionäre haben einen Plan ausgearbeitet, der die Ausdehnung des von den privaten Hauptaktionären bisher gehaltenen Sechs-Prozent-Anteils auf 18 Prozent vorsieht. Gleichzeitig soll der Anteil der von den staatlichen Großbanken Banca Commerciale Italiana, Credito Italiano und Banco di Roma gehaltene Anteil von 56 auf 45 Prozent zurückgehen. Der Rest der Anteile bleibt in den Händen privater Kleinaktionäre. Zu den privaten Hauptaktionären gehören neben Fiat und dem Gummikonzern Pirelli unter anderem eine Reihe von Versicherungskonzernen. Als neuer Hauptaktionär soll zu der Gruppe der Privaten auch die Finanzholding der De-Benedetti-Gruppe, *Cofide stoßen.*

Gegenwärtig sind 37 Prozent des Mediobanca-Kapitals im Besitz privater Kleinaktionäre und jeweils etwa 1,9 Prozent in den Händen der Versicherungskonzerne Assicurazioni Generali und Fondiaria. Zusammen etwas über zwei Prozent werden von der Fiat-Finanzgesellschaft Fidis, von dem Versicherungskonzern Sai und der Familienholding des Pirelli-Konzerns, Pirelli & C, verwaltet.

Auf Grund eines 1958 abgeschlossenen und bis Ende 1987 befristeten Abkommens liegen alle gesellschaftspolitischen und -rechtlichen Fragen in den Händen eines Kontrollsyndikats, an dem die privaten Hauptaktionäre mit 1,8 Prozent und die staatlichen IRI-Banken mit 51,2 Prozent beteiligt sind. Repräsentiert werden die Anteile der Privaten durch zwei Gesellschaften der Lazard-Gruppe, die Berliner Bank und Pirelli & C. Das Syndikat besteht aus sechs Mitgliedern und ist paritätisch zusammengesetzt, so daß die privaten Anteilseigner trotz ihres geringen Kapitalanteils die gleichen Stimmen *haben wie die drei IRI-Banken.*

Diese Konstruktion ist dem jetzt pensionierten langjährigen Mediobanca-Präsidenten Enrico Cuccia zu verdanken, der damit seiner Bank völlige Unparteilichkeit garantieren wollte. Um diese Konstruktion auch noch eigentumsrechtlich abzusichern, plante Cuccia, den Kapitalanteil von Lazard auf 20 Prozent zu vergrößern. Dieser Plan scheiterte an dem Widerstand der Regierung und der Staatsholding IRI.

Seit Jahren spielt Mediobanca in der italienischen Hochfinanz das Zünglein an der Waage. Im Portefeuille der Bank befinden sich Aktienpakete zahlreicher privater Gesellschaften, deren Gründerfamilien und Kontrollaktionäre damit vor Übernahmeaktionen sicher waren. Außerdem werden Mediobanca-Minderheitsbeteiligungen gerne dann herangezogen, wenn private und staatliche Unternehmen Joint Ventures eingehen. Das ist auch der Fall bei der jüngsten Joint Venture zwischen der Fiat-Tochter Telettra und dem staatlichen Nachrichtentechnik-Konzern Italtel. Hier haben sich die beiden Partner auf paritätische Quoten von 48 Prozent geeinigt, während die restlichen vier Prozent Mediobanca halten wird.

PHILIPPINEN / Keine Besserung auf dem Agrarsektor

Aussichten bleiben ungünstig

FRED de LA TROBE, Manila

Nach einem Schrumpfen der philippinischen Wirtschaft um 5,5 Prozent 1984 ist das Bruttosozialprodukt des Inselstaats im ersten Halbjahr 1985 real um weitere 4,6 Prozent (auf Jahresbasis) gesunken. Ein vom Internationalen Währungsfonds gefordertes und von der Regierung in Manila abgewickeltes Antiinflations-Programm trug zur langsamen wirtschaftlichen Fahrt bei, führte aber auch zu Kreditverknappung und einer Stabilisierung der Preise.

Die Inflationsrate stand im September bei 12,7 Prozent gegenüber massiven 62 Prozent im Oktober letzten Jahres. Die Arbeitslosenrate liegt mit 15 Prozent und die Rate der Unterbeschäftigung mit fast 30 Prozent noch sehr hoch. Das Einkommensniveau, das seit 20 Jahren eine sinkende Tendenz aufweist, fiel 1984 um 9,8 Prozent und verzeichnete in diesem Jahr eine ähnliche Abnahme. Die Erhöhung der Mindestlöhne konnte mit der Rate der Preissteigerungen bei weitem nicht Schritt halten. Damit sinkt der Privatkonsum stetig ab.

Die Lage der Landwirtschaft, des wichtigsten Sektors, ist auch 1985 ungünstig, und eine Besserung zeichnet sich nicht ab. Dabei wirkte sich der Preisverfall auf dem Weltmarkt für Zucker und Kopra, auf die etwa die Hälfte der philippinischen Agrarerzeugung entfällt, besonders negativ aus. Die Regierung Marcos ist aber auch nicht bereit, die ungesunden Verhältnisse in der Landwirtschaft – einschließlich Korruption und Mißwirtschaft der Günstlinge des Präsidenten – durch Reformen zu bessern.

Auch die Industrieproduktion entwickelte sich in diesem Jahr rückläufig. In den ersten neun Monaten nahm sie im Vergleich zur Vorjahresperiode durchschnittlich um 18 Prozent ab.

Die meisten Niederlassungen deutscher Firmen – es handelt sich überwiegend um chemische, pharmazeutische und stark exportorientierte Unternehmen – konnten trotz der Krise noch einigermaßen befriedigende Ergebnisse erwirtschaften. Das lag an dem fast gleichbleibenden Absatz und an der Möglichkeit, auf die Finanzierung der Stammhäuser zurückgreifen zu können.

Einem Regierungsbericht vom Oktober zufolge ließ sich mit dem vom IWF veranlaßten Programm die Außenwirtschaftslage verbessern. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres schloß die Zahlungsbilanz mit einem Überschuß von 7,1 Mrd. DM ab. Die Exporte sanken allerdings in den ersten acht Monaten um 13 Prozent auf 8,1 Mrd. DM, die Importe nahmen um 16 Prozent auf 8,8 Mrd. ab. Die philippinischen Auslandsschulden haben 65,5 Mrd. DM erreicht. Davon entfallen 40 Prozent auf kurzfristige Kredite. Da Manila praktisch zahlungsunfähig wurde, ist ein Umschuldungsprogramm eingeleitet worden, das größtenteils abgeschlossen ist. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Ausschuß gegen EWS-Beitritt

Pfund schwierig zu bewerten

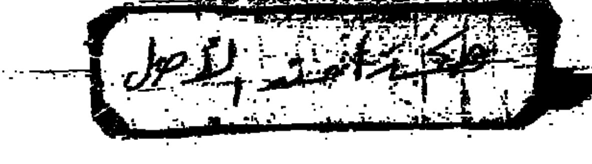
fu. London

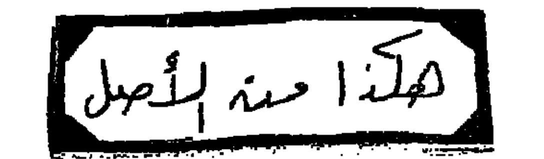
Der britische Parlamentsausschuß für Staatsfinanzen hat mit knapper Mehrheit eine Vollmitgliedschaft Großbritanniens im Europäischen Währungssystem EWS als unangebracht zurückgewiesen. In seinem Bericht, der nach monatelangen Beratungen der Ausschuß-Mitglieder aus allen Parteien jetzt vorgelegt wurde, vertreten die Parlamentarier die Auffassung, daß ein voller Beitritt des Pfundes zum Wechselkursmechanismus für Großbritannien immer noch mehr Nachteile als mögliche Vorteile bringen wird. Insbesondere würde die Handlungsfreiheit der britischen Regierung eingeengt. Im übrigen sei das Pfund gegenüber anderen europäischen Währungen überbewertet.

In dem Bericht heißt es, im nationalen Interesse müßten die Optionen offengehalten werden, innenpolitisch wie bisher ohne Einfluß von außen, agieren zu können. Deshalb werde die Beibehaltung des Status quo auf kurz- bis mittelfristige Sicht empfohlen. Darüber hinaus sei es schwierig, für das Pfund einen angemessenen Einstiegswert zu finden. Der gegenwärtige Pfundwert würde bei einer britischen EWS-Mitgliedschaft nur dazu führen, daß sich das Defizit Großbritanniens im Handel mit Gütern der verarbeitenden Industrie erheblich ausweitet.

Die dem Ausschuß angehörenden Abgeordneten der oppositionellen Labour-Partei weisen darüber hinaus ausdrücklich darauf hin, daß die Anbindung des Pfundwertes an die D-Mark im EWS einer künftigen Labour-Regierung Fesseln anlegen würde; dies könne nicht akzeptiert werden.

Im Gegensatz zu dem Parlamentsausschuß haben sich die britischen Unternehmer auf ihrer Jahreskonferenz in Harrogate für eine Vollmitgliedschaft Großbritanniens im EWS stark gemacht. Zum Abschluß der Konferenz forderte der Präsident des Industrieverbandes, Sir James Cleminson, die Regierung auf, bis Mitte nächsten Jahres das Zinsniveau von gegenwärtig 11,5 Prozent (Basis-Ausleihesatz) auf sieben Prozent zu kürzen. Er wurde dabei von führenden Vertretern der Industrie unterstützt.





IRLAND / Erfolgreiche Ansiedlungspolitik der IDA

Mehr deutsche Unternehmen

adh. Frankfurt

Als „besonderen Erfolg" wertet die irische Industrie-Entwicklungsbehörde IDA, daß sich in diesem Jahr 18 deutsche, bereits in Irland vertretene Unternehmen zu Erweiterungsprojekten entschlossen haben. Dies zeige, so IDA-Sprecher in Frankfurt, daß man der zentralen Zielsetzung, ein Umfeld zu schaffen, das es den Unternehmen erlaubt, Gewinne zu erwirtschaften und zu reinvestieren, wieder ein Stück näher gerückt sei. Die Iren versprechen sich von einer derartigen Entwicklung, daß allmählich ein Netz von Zulieferbetrieben entsteht. Das würde nicht nur weitere Investitionsentscheidungen von deutschen Unternehmen erleichtern, sondern auch die Struktur der irischen Wirtschaft weiter verbessern.

Bisher freilich kaufen die in Irland ansässigen deutschen Firmen 60 Prozent der benötigten Vormaterialien in der Bundesrepublik ein. Nur 18 Prozent des Bedarfs werden in Irland gedeckt, so das Ergebnis einer Befragung von 120 produzierenden Unternehmen durch Prof. Rudolf Sinschek (Fachhochschule Emden). Allerdings wird mit einem steigenden Anteil irischer Einkäufe gerechnet.

Die Frage, würden sie einer deutschen Firma den Rat geben, in Irland zu investieren, beantworteten übrigens 15 Prozent der befragten Manger mit „Ja, unbedingt", 74 Prozent meinten „Ja, mit Einschränkungen". Diese sind wohl vor allem in bestehenden Infrastrukturproblemen, mangelnder Kommunikationstechnik und der Inflationsentwicklung zu sehen; als Vorteile wurden demgegenüber vor allem genannt: Steuerbegünstigungen, Investitionsanreize und die Arbeitskosten, die unter denen der Bundesrepublik liegen.

Insgesamt gehen in diesem Jahr nach Angaben der IDA 33 deutsche Unternehmen nach Irland, darunter drei Joint-Venture-Projekte mit irischen Partnern. Mit geplanten Investitionen von rund 130 Mill. DM werden gut 2500 neue Arbeitsplätze entstehen, heißt es. Die größte Einzelinvestition plant mit 46 Mill. DM die seit elf Jahren in Irland produzierende Braun AG, die damit ihr irisches Werk zur größten Produktionsstätte des Unternehmens ausbaut.

HUCKE / Im Verdrängungswettbewerb gut gehalten

In den Export ausgewichen

hdt. Lübbecke

Auf einem stagnierenden Markt hat die im Bekleidungsbereich tätige Hucke-Gruppe, Lübbecke, ihre Position ausbauen können. Das nach eigenen Angaben zweitgrößte Unternehmen der Branche hat seinen Umsatz im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 4.) um acht Prozent auf 431 Mill. DM gesteigert und spricht wieder von Gewinnen im Gesamtbereich. Die im Vorjahr eingeleiteten Rationalisierungen hätten die vorübergehende Verlustperiode beendet.

Vom Gesamtumsatz der Gruppe wurden 245 (247) Mill. DM mit Damenoberbekleidung erzielt, ein Markt, den Alexander Popowec, Sprecher der Geschäftsführung, als sehr anfällig bezeichnet. Zuwachs sei hier nur noch durch Verdrängung oder durch Exportausweitung möglich. Das gelte grundsätzlich auch für die Bereiche Kinderbekleidung und Herrenbekleidung, in denen die Gruppe zuletzt 74 (55) und 112 (101) Mill. DM Umsatz erzielte. Keine gute Note wird in diesem Zusammenhang dem deutschen Mann erteilt. Er sei in seinem Kaufverhalten insgesamt konservativ, und sein modisches Interesse bewege sich „auf niedrigem Niveau".

Bei Hucke liegt der Schwerpunkt des Absatzes mit mehr als 90 Prozent nach wie vor beim Fachhandel. Der Exportanteil liegt bei knapp 30 Prozent. In jüngster Zeit entwickelten sich der britische und der kanadische Markt sehr positiv.

Das laufende Geschäftsjahr steht ganz im Zeichen der Modernisierung, wofür in den nächsten fünf Jahren insgesamt 15 Mill. DM vorgesehen sind. Die weitere Verbesserung der Gewinnsituation hat dabei Vorrang. Das liegt auch im Interesse der drei Hausbanken, die über die gemeinsame Beteiligungsgesellschaft Futura GmbH als stille Teilhaber „kräftig" bei der Konsolidierung mitwirkten. Auf lange Sicht wird die Umwandlung der Gruppe mit ihren derzeit 2525 (2800) Beschäftigten in eine Aktiengesellschaft nicht ausgeschlossen.

SIEMENS / Kräftiges Plus beim Auftragseingang – Zahl der Mitarbeiter nahm um 20 000 zu

Dividende wird erneut aufgestockt

D. SEITZ, München

Eine Erhöhung der Dividende auf 12 (10) DM je 50-DM-Aktie wird die Siemens-AG, Berlin/München, der Hauptversammlung am 20. März 1986 für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) vorschlagen. Dies teilte das Unternehmen nach der Aufsichtsratssitzung am Dienstag mit. Dividendenberechtigt ist nach der Kapitalerhöhung im März ein Grundkapital von 2,38 (2,21) Mrd. DM.

Diese neuerliche Dividendenaufstockung um 2 DM kommt insofern etwas überraschend, als man sich bei dem Elektrokonzern erst im vergangenen Jahr dazu durchgerungen hatte, die Ausschüttung stärker als bisher nach dem jeweiligen Jahresergebnis auszurichten. Von 1959/60 an hatte Siemens mit nur einer Unterbrechung (7 DM für 1970/71) immer eine Standarddividende von 8 DM ausgeschüttet.

Diese Nachricht legt nun den Schluß nahe, daß das Geschäftsjahr 1984/85 noch besser als erwartet gelaufen ist. Immerhin erfordert der Dividendenbeschluß einen Ausschüttungsbetrag von beachtlichen 573 (442) Mill. DM. Bei der vorsichtigen Politik des Hauses darf man wohl davon ausgehen, daß das zu erwartende Jahresergebnis auch noch Spielraum für eine angemessene (höhere) Rücklagendotierung bietet. Im vergangenen Jahr waren es 608 (392) Mill. DM.

Der Weltumsatz der AG konnte nach den ersten vorläufigen Zahlen, so Siemens, 1984/85 um 19 Prozent auf 54,7 Mrd. DM ausgeweitet werden. Auf das Ausland entfielen davon 25,5 Mrd. DM (plus 9 nach fünf Prozent). Im Inlandsgeschäft ergab sich ein Umsatzplus von 30 (31) Prozent auf 29,2 Mrd. DM. Dies ist vor allem, wie es heißt, auf die Abrechnung von drei Kernkraftwerken (Grohnde, Philippsburg 2 und Gundremmingen C) zurückzuführen. Aber auch ohne das Kraftwerksgeschäft lag der Umsatz im Inland noch um zwölf Prozent und weltweit um 13 Prozent über dem des Vorjahres von 45,8 Mrd. DM.

Gleiches gilt für den Auftragseingang, der 1984/85 erneut um sieben Prozent auf 51,7 Mrd. DM gestiegen ist. Im Inland nahmen die Bestellungen um zwei Prozent auf 23,9 Mrd. DM zu; ohne Kraftwerksgeschäft entspricht dies einem Plus von acht Prozent. Im Ausland wurde eine Steigerung von 12 Prozent auf 27,8 Mrd. DM erreicht. Überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielten dabei nach Siemens-Angaben die Unternehmensbereiche Energie- und Automatisierungstechnik, Kommunikations- und Datentechnik sowie die medizinische Technik.

Diese Belebung brachte an den meisten Siemens-Standorten im In- und Ausland auch eine erneute Verbesserung der Beschäftigungslage. Weltweit erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter um 20 000 auf 348 000 Personen. Am stärksten profitierte davon das Inland, wo die Beschäftigtenzahl um sieben Prozent auf 240 000 stieg; im Ausland waren es plus vier Prozent auf 108 000.

Kräftig zugelegt hat der Elektrokonzern auch, wie bereits im Sommer angekündigt, bei seinen Investitionen. Sie wurden um 1,8 Mrd. auf 4,2 Mrd. DM aufgestockt. Eine entscheidende Rolle kommt dabei den vier Wachstumsbereichen Kommunikationstechnik, Büro- und Automatisierungstechnik sowie Bauelemente zu. Unter anderem sind hier die Arbeiten für die Produktion des Megabit-Speichers in Regensburg inzwischen voll im Gange. Erneut gesteigert wurden auch die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, die nun 4,5 (3,8) Mrd. DM erreichen.

KARTOFFELSTÄRKE / In diesem Jahr werden Über 900 000 Tonnen verarbeitet

Die Betriebe sind voll ausgelastet

dos, Hannover

Keine Versorgungsprobleme gibt es bei den beiden niedersächsischen Kartoffelstärkefabriken. Nach Angaben des Landvolkverbandes werden die Firmen allein aus dem Vertragsanbau in der diesjährigen Kampagne mehr als 900 000 Tonnen Kartoffeln verarbeiten. Derzeit bemühe man sich, zusätzlich Speisekartoffeln für die Verarbeitung zu Stärke anzudienen.

Allein die Emsland-Stärke GmbH, Emlichheim, habe mehr als 1800 Landwirte mit einer Kartoffelanbaufläche von mehr als 20 000 Hektar unter Vertrag. Während in Normaljahren etwa 30 Tonnen bis 35 Tonnen Kartoffeln je Hektar gerodet werden, reiche die diesjährige Ernte an 40 Tonnen heran.

Bei der Emsland-Stärke wurden im vergangenen Jahr 600 000 Tonnen Kartoffeln zu 100 000 Tonnen Kartoffelstärke verarbeitet. Das Unternehmen zählt damit zu den vier größten deutschen Kartoffelverarbeitern. Im laufenden Jahr, so heißt es, werde die Kampagne mit Sicherheit bis in den Januar hinein andauern. Alle Kartoffeln, die auf der vertarglich gebundenen Fläche reiften, werden abgenommen.

Die Kartoffelstärkefabrik Soltau-Walsrode GmbH, Wietzendorf, hat im Vertragsanbau 125 000 Tonnen Kartoffeln geordert. Insgesamt bauen 1250 Landwirte auf 4000 Hektar Stärkekartoffeln an. Der Überhang aus dem Vertragsanbau wird auf 15 000 Tonnen geschätzt. Falls die zusätzliche Verarbeitung des anfallenden Prozeßwassers genehmigt wird, soll auch diese Menge zur Produktion von Stärke verwendet werden.

Nahezu abgeschlossen sind die Vorbereitungen für den Bau einer weiteren Kartoffelstärke-Fabrik im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Dem Vernehmen nach wird das finnische Unternehmen Raisio in das Projekt einsteigen.

Die Probleme im Zusammenhang mit der Abwasserklärung seien weitgehend gelöst. Gegenüber früheren Planungen wird die Fabrik, die mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert wird, um rund 30 bis 35 Mill. DM teuer. Der neue Betrieb dürfte zunächst mit Verträgen über rund 8000 Hektar Stärkekartoffeln beginnen. Die Landesregierung will das Projekt unterstützen.

Stärkekartoffeln liefern neben Mais (60 Prozent) und Weizen (20 Prozent) rund 20 Prozent der in der Bundesrepublik benötigten Stärke. Die Bauern erhalten für ihre Stärkekartoffeln mit 17 Prozent Stärkegehalt einen Auszahlungspreis von 14 DM bis 15 DM je 100 Kilogramm.

KFZ-ÜBERWACHUNG / TÜV kämpft um sein Monopol

Weiteres Hearing geplant

HEINZ STÜWE, Bonn

Die freiberuflichen Kraftfahrzeugsachverständigen sind empört. Sie glauben, daß das lang erstrebte Gesetz, mit dem sie neben den Technischen Überwachungs-Vereinen zu den alle zwei Jahre fälligen Fahrzeuguntersuchungen zugelassen werden sollen, mit Verfahrenstricks verschleppt wird. Nach der ersten Lesung des Regierungsentwurfs im Bundestag im Juni wurde ein – wie die Sachverständigen meinen, völlig überflüssiges – weiteres Anhörungsverfahren im Verkehrsausschuß beschlossen. Dieses war zunächst auf Ende März 1986 angesetzt, soll jetzt aber im kommenden Januar stattfinden.

Diese großzügige Terminplanung ist für Henner Hörl, Geschäftsführer der Sachverständigenorganisation Gesellschaft für Technische Überwachung in Stuttgart, kein Zufall. „Wir befürchten, daß die Parteien die Anerkennung der selbständigen Sachverständigen auf den massiven Druck des TÜV am liebsten über diese Legislaturperiode hinaus verschieben möchten." Den Vorwurf der Verschleppung weist der CSU-Verkehrsexperte im Bundestag, Dionys Jobst, zurück. „Das Gesetz wird kommen", betonte Jobst auf Anfrage. Die abschließende zweite und dritte Lesung im Bundestag könne nach der Anhörung bereits im Frühjahr über die Bühne gehen.

Neue Wettbewerber

Die Technischen Überwachungsvereine müßten dann mit neuen Wettbewerbern rechnen, die ihren Teil an den konjunkturunabhängigen rund fünf Millionen Mark Prüfeinnahmen jährlich beanspruchen. Die technische Überwachung von Kraftfahrzeugen nach Paragraph 29 der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) wird heute von den Technischen Überwachungsvereinen (TÜV) und vom Deutschen Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein (Dekra) vorgenommen. Jährlich werden 13 Millionen Autos geprüft, 70 Prozent davon an den TÜV-Prüfstellen. Der Rest wird von amtlich anerkannten Überwachungsorganisationen außerhalb der Prüfstellen, vor allem in Kfz-Werkstätten, untersucht. Diese sogenannte freiwillige Überwachung bestreiten zwei Organisationen, die TÜV-Tochter Freiwillige Kraftfahrzeug-Überwachung (FKÜ) und die Dekra. Seit 1970 können nach einer Rechtsverordnung keine weiteren Überwachungsorganisationen staatlich anerkannt werden, was GTÜ-Geschäftsführer Hörl schlicht für verfassungswidrig hält.

Zweck der GTÜ, die 300 Sachverständigenbüros als Vertragspartner hat, ist es, als eine solche Überwachungsorganisation anerkannt zu werden, um dann neben TÜV und Dekra in den Werkstätten Autos prüfen zu können. Daß der Bedarf dafür vorhanden ist, zeigt nach Ansicht der GTÜ schon der hohe Anteil der Untersuchungen außerhalb von Prüfstellen, der seit 1972 von fünf auf 30 Prozent gestiegen ist.

Niedrigere Preise möglich

Den Einwand des TÜV, daß mit der Zulassung der Sachverständigen die flächendeckende Versorgung vor allem in ländlichen Gebieten gefährdet würde, läßt Hörl nicht gelten. Auch das Land Bayern befürchtet, durch den zusätzlichen Wettbewerb könne der TÜV sich gezwungen sehen, nicht ausgelastete Prüfstellen auf dem Land zu schließen. Hörl weist darauf hin, daß das Netz von 39 000 Kfz-Werkstätten auch die kleinsten Gemeinden erfasse. Zudem gibt der Gesetzentwurf dem Staat die Ermächtigung, bei Bedarf auch neue Überwachungsorganisationen zu verpflichten, in bestimmten Gebieten eine feste Prüfstelle einzurichten.

Mehr Wettbewerb würde sich für den Autofahrer in niedrigen Preisen niederschlagen, verspricht die GTÜ. Bei einer TÜV-Prüfstelle kostet eine Pkw-Abnahme heute 34 DM, für eine Untersuchung in der Werkstatt sind im Durchschnitt 60 DM zu bezahlen. Die Sachverständigen versprechen, daß ihre Preise „deutlich unter 50 DM" liegen würden.

„Die selbständigen Sachverständigen wollen keine Bevorzugung, sondern nur gleiche Rechte für einen chancengleichen Wettbewerb", betont Hörl. Heute kann davon seiner Ansicht nach auch auf den traditionellen Arbeitsgebieten der Freiberufler keine Rede mehr sein. „Die Monopolisten TÜV und Dekra nutzen ihre Präsenz in den Werkstätten zunehmend dazu, die Sachverständigen bei der Erstellung von Unfallgutachten und Kfz-Wertschätzungen zu verdrängen." Von den 1,5 Millionen Unfallschaden- und Gebrauchtwagengutachten wurden nach Angaben der GTÜ 1984 rund 90 000 vom TÜV und 430 000 von der Dekra angefertigt.

MAYER-HANDELSGRUPPE / Filialnetz im Norden

Schuhkooperation mit co op

W. NEITZEL, **Bad Ditzenbach**

An Ideen und unkonventionellen unternehmerischen Strategien hat es dem gelernten Schuhmachermeister Helmut Mayer (47) nie gefehlt. Der Inhaber einer in Baden-Württemberg und Bayern mit 145 Schuh- und 35 Sportfachgeschäften präsenten Filialkette motiviert beispielsweise sein Verkaufspersonal mit großzügiger Bereitstellung auch zur privaten Nutzung vorgesehener Firmenwagen, startete ein Programm zur Beschäftigung arbeitsloser Lehrer oder kaufte sich unlängst (zusammen mit dem Skiläufer-Ehepaar Rosi Mittermaier/Christian Neureuther) bei der Skifabrik Erbacher ein.

Neuester Coup dieses agilen Schwaben: Er kooperiert mit dem Handelsriesen co op. Der Konzern (10,3 Mrd. DM Nettoumsatz, 40 000 Beschäftigte) wird in seinen „plaza"-SB-Warenhäusern Schuhe von Mayer verkaufen. Darüber hinaus soll nördlich der Main-Linie rasch ein Filialnetz im Franchise-System für das Mayer'sche Schuhprogramm aufgezogen werden.

Abgesichert wird die Kooperation durch eine 20prozentige Beteiligung von co op am Stammkapital der Mayer-Schuh GmbH, Bad Ditzenbach, das derzeit 10 Mill. DM beträgt. Michael Werner, Generalbevollmächtigter der co op AG, begründet das Engagement mit den Diversifikationsbemühungen von co op im Nonfood-Sektor. Überdies wolle man am Wachstum und Ertrag eines erfolgreichen Unternehmens teilhaben.

Für Mayer geht es bei dieser Partnerschaft darum, auf diese Weise auch in der nördlichen Region der Bundesrepublik Fuß zu fassen. Das Filialunternehmen (1800 Beschäftigte), das eine Eigenkapitalquote von bislang 35 Prozent ausweist, rechnet für das laufende Jahr mit einer Steigerung des Umsatzes auf 300 (1984: 250) Mill. DM, wovon 220 Mill. DM auf die Schuh- und 80 Mill. DM auf die Sportfilialen entfallen.

Mayer will auch weiterhin im Süden durchschnittlich 20 neue Filialen pro Jahr eröffnen. Die Übernahme der österreichischen Skischuh-Fabrik Kastinger durch Mayer stehe kurz bevor.

HOECHST / Wachstumstempo nahezu gehalten – Gute Aussichten für die Aktionäre

Eine höhere Dividende ist in Sicht

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Erneut gute Aussichten für die Aktionäre der Hoechst AG, Frankfurt: Selbstverständlich werde man die Aktionäre an einer Gewinnsteigerung teilhaben lassen, kündigt Vorstandschef Wolfgang Hilger an, und Finanzvorstand Hans Reintges unterstreicht: „So, wie wir den Jahresabschluß heute sehen, denke ich, daß die Aktionäre mit unseren Vorschlägen durchaus zufrieden sein werden." Für das Jahr 1984 hatte Hoechst 9,50 (7) DM je Aktie ausgeschüttet.

Zumindest im Bereich der AG hat der Chemiekonzern das Wachstumstempo der ersten Jahreshälfte auch im dritten Quartal nahezu halten können. Ihr Umsatz stieg in den ersten neun Monaten um 9,4 (1. Halbjahr: 9,1) Prozent auf 11,7 (10,7) Mrd. DM, im Inland sogar noch etwas schneller als in der ersten Halbzeit. Mit einer Zunahme des Gewinns vor Steuern um 25,4 Prozent auf 1,21 (0,97) Mrd. DM fand die AG auch beim Ertrag den Anschluß an das 26,2prozentige Plus der ersten Halbzeit.

„Bemerkenswerterweise ist die Umsatzrendite (vor Steuern, d. Red.) seit dem dritten Quartal 1983, in dem sie 6,4 Prozent betrug, kontinuierlich gestiegen, bis jetzt in das dritte Quartal 1985, in dem sie 10,6 Prozent beträgt", freut sich Hilger. Nachdem auch der Oktober „recht befriedigend" ausgefallen ist, gebe es keinen Zweifel mehr an einem „guten Abschluß" für das Gesamtjahr.

Leicht getrübt wird die Freude darüber lediglich durch die Entwicklung im Auslandsgeschäft, insbesondere in den USA. Die American Hoechst Corporation hatte in den ersten neun Monaten – wie andere US-Firmen im Gefolge der Dollar-bedingt hohen Importe auch – einen Umsatzrückgang um sieben Prozent auf 1,35 Mrd. Dollar zu verkraften.

Besonders betroffen waren Petrochemikalien und Kunststoffe. Die Trennung vom Mono- und Polystyrolgeschäft – Jahresvolumen: etwa 300 Mill. Dollar – wird noch in diesem Jahr abgeschlossen. Noch sei das US-Geschäft in schwarzen Zahlen, so Reintges.

Auf den amerikanischen Einfluß ist es denn auch im wesentlichen zurückzuführen, daß die Ertragsentwicklung der Welt-Gruppe mit ihren 178 000 Mitarbeitern deutlich hinter der der AG zurückbleibt. Zwar ist auch hier der Gewinn vor Steuern um immer noch beachtliche 11,2 (1. Halbjahr: 11,5) Prozent auf 2,36 (2,12) Mrd. DM gestiegen. Doch in der quartalsweisen Betrachtung ist der Abwärtstrend nicht zu übersehen: 840 Mill. DM im ersten Quartal folgten 807 Mill. DM im zweiten und 710 Mill. DM im dritten Quartal. Daß auch der Weltumsatz bis Ende September nur um 5,4 Prozent auf 32,5 (30,8) Mrd. DM gestiegen ist, hat neben der US-Talfahrt weitere Gründe. So ist die Hoechst India (Umsatz 1983: knapp 200 Mill. DM) aus dem Konsolidierungskreis entlassen worden, und bei der Anlagenbau-Tochter Uhde kam es zu einer Abrechnungslücke.

Ungeachtet der kleinen Wermutstropfen zeigt sich der Konzern in unverdrossen-expansiver Stimmung: Nach 1,9 Mrd. im vergangenen und 2,4 Mrd. in diesem Jahr sollen 1986 neue Investitionen im Gesamtvolumen von 3 Mrd. DM abgestoßen werden. Mehr als zwei Drittel davon werden auf die Bundesrepublik entfallen.

DLG / Jubiläum beim „ältesten Test-Institut der Welt"

Prüfstelle für Agrartechnik

adh. **Frankfurt**

Als „ältestes Test-Institut der Welt" versteht sich die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Frankfurt, die in diesem Monat ihr hundertjähriges Bestehen feiert. Denn schon seit der Gründung 1885 durch den Schriftsteller und Ingenieur Max Eyth und eine Gruppe von Landwirten und Wissenschaftlern in Berlin, führt sie Gebrauchswertprüfungen von Landmaschinen durch. Daraus ist inzwischen in Groß-Umstadt bei Darmstadt eine Prüfstelle für Landmaschinen und Ackerschlepper geworden, die zu den modernsten in Europa zählt. Zu den Prüfungen gehört übrigens auch der OECD-Schleppertest, der in 12 Ländern nach einheitlichen Kriterien durchgeführt wird und ohne den im Landmaschinenexport nichts läuft.

Den Stand der Technik in der Landwirtschaft zeigt übrigens die erste von der DLG veranstaltete „Agritechnica" vom 25. bis 29. November in Frankfurt. Ausstellungen haben bei der DLG, dem „freiwilligen Zusammenschluß von Landwirten und Freunden des Landbaus", so Gründer Max Eyth, eine lange Tradition.

Schon zwei Jahre nach der Gründung fand in Frankfurt die erste Landwirtschaftsausstellung statt. Die Aufgabe des „Mekka der Bauern": den Landwirt mit neuen Entwicklungen bekanntzumachen und, so sieht es die DLG heute, „durch hautnahen Kontakt mit modernen Verfahren und Techniken Berührungsängste abzubauen". Berührungsängste wie vor hundert Jahren mit der „revolutionären" Dampfmaschine gibt es auch heute: An den Computer in der Landwirtschaft trauen sich die Bauern noch nicht recht heran.

Traditionelle Domäne der DLG sind auch die Prüfungen, mit denen die Qualität landwirtschaftlicher Produkte und damit ihr Absatz gefördert werden soll. Die Zahl der dazu eingereichten Proben steigt ständig, betont die DLG. Großen Wert legt die DLG auch heute noch auf ihre Unabhängigkeit und Neutralität, die in der Nazizeit übrigens zu ihrer Auflösung führte. „Gemeinnützig, unabhängig und unpolitisch", so der Grundsatz, paßte damals nicht ins Bild.

Bankhaus mit Millionenverlust

dpa/VWD, **München**

Die im Konkursverfahren des Münchener Bankhauses Schneider + Münzing ermittelten Verluste belaufen sich auf schätzungsweise 70 Mill. DM. Dies teilte der zur Abwicklung des Verfahrens beauftragte Konkursverwalter Rechtsanwalt Heinrich Müller-Feyen eine Woche vor dem Prüfungstermin der Gläubigerforderungen (26. November) dieser ältesten Münchner Privatbank mit.

Die Prüfung der Konkursmasse werde voraussichtlich zwei Monate in Anspruch nehmen. Die aufgelaufenen Verbindlichkeiten bei Schneider + Münzing, so hieß es weiter, dürften sich bis zum Abschluß der Untersuchung jedoch auf 340 bis 350 Mill. DM belaufen. Ihnen stehen Vermögenswerte von etwa 270 bis 280 Mill. DM gegenüber.

Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin hatte im Juni den Vergleichsantrag der Privatbank „im Interesse der Gläubiger" abgelehnt und den Konkurs über das Münchener Institut beantragt.

DG Bank übernimmt Geflügel-Lohmann

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt, übernimmt die Mehrheit der Lohmann + Co. AG, Cuxhaven. An das genossenschaftliche Spitzeninstitut gehen 71 Prozent des Grundkapitals in Höhe von 35 Mill. DM, die sich bisher im Besitz der Familie Lohmann befanden. Ein Viertel des Kapitals liegt bereits in den Händen der Agab AG für Anlagen und Beteiligungen, Frankfurt, die der DG Bank und der Landwirtschaftlichen Rentenbank nahesteht.

In Zusammenhang mit der Übernahme scheiden Bernd Lohmann und Klaus Lohmann aus dem Vorstand aus. Das Unternehmen hat im Geschäftsjahr 1983/84 im Konzern 742,5 (Vorjahr 664,8) Mill. DM umgesetzt und beschäftigte 1714 Mitarbeiter. In der AG wurde der Jahresüberschuß von fünf auf 2,1 Mill. DM mehr als halbiert. Die AG firmiert als Dachgesellschaft für eine Palette von fast 50 Firmen, deren Tätigkeit von der Geflügelzucht über Tierernährung bis hin zum Anlagebau reicht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Schutzgemeinschaft

Hannover (dpa/VWD) – Dreizehn freie Aktionäre der zum BASF-Konzern gehörenden Kali + Salz AG (K + S), Kassel, haben in Hannover eine „Schutzgemeinschaft freier Aktionäre der Kali + Salz AG" gegründet. Sie will unter anderem einen Schaden von „mindestens über 100 Mill. DM" bei der BASF einklagen, den K + S angeblich durch eine „bewußten Preisspaltung" für Kalisulfat zwischen dem niedrigen Niveau in der EG und dem höheren in Überseeländern erlitten haben soll.

Piepenbrock übernimmt

Osnabrück (dpa/VWD) – Die Piepenbrock-Gruppe, Osnabrück, die vor allem in der Gebäudereinigung tätig ist, erweitert den Geschäftsbereich Verpackungsmaschinenbau. Zum 1. Januar 1986 wird die Hans Stamm KG, Lahnau, übernommen, die sich auf Verpackungs-Systeme für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie spezialisiert hat. Stamm werde 1985 mit knapp 80 Mitarbeitern einen Umsatz von 9 Mill. DM erzielen. Die Piepenbrock-Gruppe erwartet für dieses Jahr einen Gesamtumsatz von 360 (1984: 330) Mill. DM.

Hotel-Kooperation

Frankfurt (dpa/VWD) – Die schweizerische Mövenpick Hotels International (MHI) und das US-Hotelunternehmen Radisson haben zum Ausbau ihrer internationalen Aktivitäten einen Kooperationsvertrag geschlossen. Mövenpick erwartet aus der Zusammenarbeit eine bessere Erschließung des nordamerikanischen Marktes. Radisson, eines der am schnellsten wachsenden US-Beherbergungsunternehmen, will im Gegenzug in Europa Fuß fassen. Für die Erschließung neuer Standorte wird eine gemeinsame Gesellschaft gegründet. MHI verfügt über 20 Hotels in vier Ländern mit zusammen etwa 4500 Betten. Neun Hotels davon stehen in der Bundesrepublik. Für das Geschäftsjahr 1985 erwartet die Gruppe einen Umsatz von mehr als 180 Mill. sfr (rund 225 Mill. DM) nach 164 Mill. sfr im Vorjahr. Die Radisson Hotel Corporation besteht derzeit aus 56 Hotels mit zusammen 15 500 Betten. Bis 1987 will die Gruppe bereits 115 Hotels betreiben. Der Umsatz soll in diesem Jahr 315 (194) Mill. Dollar (rund 819 Mill. DM) erreichen.

Neu organisiert

Düsseldorf (Py.) – Anfang Dezember faßt die Adam Opel AG Rüsselsheim, die Aufgabengebiete Design, Produktentwicklung und Konstruktion sowie Zentrale Werks- und Produktionsplanung in einem neuen Bereich „Technisches Entwicklungszentrum" zusammen. Es wird von Vorstandsmitglied Friedrich W. Lohr als Exekutivdirektor geleitet. Walter Pihan, bisher Werksdirektor in Bochum ist als Direktor für Fertigung zum Vorstandsmitglied der Adam Opel AG bestellt worden. Er ist Nachfolger von Michael D. Ross, der zu General Motors in die USA zurückkehrt. Nachfolger von Pihan wird Peter Enderle.

KSB / Auftragsbestand ist kräftig zurückgegangen

Es sind noch Wünsche offen

dpa/VWD, **Frankenthal**

Für die Klein, Schanzlin und Beker AG (KSB), Frankenthal, den nach eigenen Angaben führenden Pumpen- und Armaturenhersteller in Europa, ließ der Geschäftsverlauf im laufenden Jahr „noch Wünsche offen". Bei einem zu erwartenden etwa gleichen Umsatz wie 1984 von gut 860 Mill. DM lasse sich jedoch wieder ein „erfreulicher Jahresüberschuß" absehen, heißt es in einem Zwischenbericht von gestern. Für 1984 hatte das Unternehmen aus rund 11,8 (Vorjahr: 7,5) Mill. DM Überschuß 6,50 DM beziehungsweise 7,25 DM Dividende je Stamm- beziehungsweise Vorzugsaktie ausgeschüttet.

Der Auftragseingang des Unternehmen ging in den ersten zehn Monaten des Jahres um 5,8 Prozent auf 669 Mill. DM zurück, wofür die „Stille" im Kraftwerksbau, die schlechte Baukonjunktur und weltweit fehlende Mittel für Investitionen im Wasserbereich verantwortlich gemacht werden. Der Auslandanteil sank auf 46 (nach 54) Prozent, da in diesem Jahr keine neuen Großaufträge aus Nahost und Asien eingegangen seien, erklärt das Unternehmen.

Bis zum Jahresende wird ein Auftragszugang knapp unter Vorjahreshöhe erwartet, wozu weitere Bestellungen im Bereich Industrie- und Verfahrenstechnik einen entscheidenden Beitrag leisteten. Serienarmaturen verkauften sich „lebhaft". Auch bestehe eine rege Nachfrage der Chemie sowie für Rauchgasentschwefelungsanlagen. Bis auf Teilbereiche in Pegnitz und Homburg/Saar waren die Werke zufriedenstellend ausgelastet.

Bei einem Auftragsbestand von 488,4 Mill. DM (minus 19,7 Prozent) lag der um 7,4 Prozent auf 688,6 Mill. DM erhöhte Umsatz Ende Oktober noch deutlich über dem Vorjahresergebnis. Ende September waren bei KSB insgesamt 6293 Mitarbeiter und damit 3,7 Prozent weniger als vor Jahresfrist beschäftigt.

TRUMPF / Seit Jahren zweistellige Zuwachsraten

Mit Laser in neue Bereiche

WERNER NEITZEL, Ditzingen

Von dem durch die gestiegene Investitionsbereitschaft ausgelösten Aufwind im Werkzeugmaschinenbau, der nunmehr schon seit Mitte 1984 anhält, wird auch die Trumpf-Firmengruppe, Ditzingen bei Stuttgart, führender Hersteller von Maschinen zum Lochen und Trennen von Blechen, in neue Höhen getragen. Dieses sich durch seine Innovationskraft auszeichnende Familienunternehmen peilt für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) eine Steigerung *des konsolidierten* Gruppenumsatzes um etwa 30 Prozent auf 435 Mill. DM an. Nach Worten des geschäftsführenden Gesellschafters Berthold Leibinger erforderten der hohe Auftragsbestand (10 bis 12 Monate Reichweite) sowie der weiterhin sehr rege Auftragseingang eine überdurchschnittliche Steigerung der Produktion.

In diesem Zusammenhang ist eine Aufstockung der Belegschaft bei den inländischen Trumpf-Firmen um 12,5 Prozent auf 1400 Mitarbeiter vorgesehen; die ganze Gruppe wird dann Ende des laufenden Geschäftsjahres weltweit knapp 2000 Mitarbeiter beschäftigen. Zusätzliche Impulse verspricht sich Trumpf (Marktanteil in Europa bei 50 Prozent) durch einen aus Eigenentwicklung stammenden Laser, der nicht nur in Trumpf-Anlagen eingebaut wird, sondern auch separat am Markt angeboten werden soll. Das Unternehmen will mit diesem Produkt in drei bis fünf Jahren einen Umsatzanteil von 10 bis 15 Prozent erreichen.

Im Geschäftsjahr 1984/85 hat das Stammhaus, die Trumpf GmbH & Co., den Umsatz um 14,5 Prozent auf 280 Mill. DM gesteigert. Es sei ein „befriedigendes" Ergebnis *erzielt* worden. Die Kapazitäten der Werke waren voll ausgelastet. Der Exportanteil am Umsatz lag bei 60 Prozent.

Noch kräftiger stieg der Umsatz der Firmengruppe, nämlich um 18,5 Prozent auf 345 Mill. DM. Trumpf konnte in all den letzten Jahren jeweils deutlich zweistellige Zuwachsraten erzielen. *Dabei kommt dem Unternehmen* neben der guten Marktresonanz seiner technologisch hochstehenden Produkte auch der Vorteil zustatten, als Zielgruppe eine Vielzahl von Branchen (Elektroindustrie, Maschinenbau, Apparatebau, Fahrzeugbau usw.) anzusprechen und damit Schwankungen in Einzelbereichen ausgleichen zu können. Investiert wurden im Inland 11,4 (8,8) Mill. DM. Bis einschließlich 1988/89 sind Investitionen von insgesamt 75 Mill. DM eingeplant. *Bei den Auslandstöchtern* beliefen sich die Investitionen im Berichtsjahr auf fast 11 Mill. DM. Im Elsaß ist ein neues Werk für Schweißkonstruktionen errichtet worden.

Verbessert hat sich die Eigenkapitalquote (von 30 auf 31 Prozent der Bilanzsumme). Das Wachstum des Unternehmens lasse sich – so Leibinger – aus eigenen Mitteln finanzieren. Einen aktuellen Plan, an die Börse zu gehen, gebe es nicht.

BUNDESWEHR / Umfangreiche Aufträge für deutsche Wirtschaft – Großbestellungen auf mehrere Lose verteilt

Mittelstand partizipiert am Milliarden-Kuchen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Bundeswehr als Auftraggeber der Wirtschaft – ein weithin unbekanntes Wesen. „Abseits vom Feldgeschrei wegen der hohen Kosten für Tornado oder andere Waffensysteme", so der Präsident der Wehrbereichsverwaltung III in Düsseldorf, Hartmut Meyer-Truelsen, wirkt die Bundeswehr als Besteller von alltäglichen Produkten und Nutzer von normalen Dienstleistungen. Und dies in Milliardenbeträgen jährlich.

Allein die Wehrbereichsverwaltung III (der Wehrbereich deckt sich mit dem Bundesland Nordrhein-Westfalen), zuständig für die wirtschaftliche Versorgung von Tausenden von Soldaten und 26 000 zivilen Bediensteten vom Kfz-Meister bis zum Psychologen, aber auch für Teile der NATO-Streitkräfte, hat im letzten Jahr mehr als 9,2 Mrd. DM ausgegeben, *davon* 4 Mrd. DM an Löhnen, Gehältern, Besoldungs- und Vergütungszahlungen auch für den nördlichen Bereich der Bundeswehr.

Waffen, Munition und Fahrzeuge werden zentral über das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz beschafft. An diesen Aufträgen (insgesamt rund zwei Mill. Versorgungsartikel) haben fast alle Branchen von der Metallverarbeitung bis zur Schuhfabrik teil, darunter eine nicht unbeträchtliche Zahl von mittelständischen Unternehmen.

Als Mittelständler definiert die Bundeswehr Unternehmen mit bis zu 65 Mitarbeitern und *bis zu 10 Mill.* DM Umsatz. Sie alle erhalten die Chance, am großen Auftragskuchen zu partizipieren. Schließlich ist die Bundeswehr aus Kapazitätsgründen und Gründen der Termintreue an einer größeren Elastizität der Beschaffung und einer weiteren Streuung der Aufträge interessiert.

Großaufträge werden in mehrere Lose aufgeteilt. Das gelte nicht allein für Hosenknöpfe, sondern auch für Schreibmaschinen und Gerät. Hier *wird meist der Gesamtauftrag an die* zehn größten vom Preis her nahe beieinanderliegenden Firmen vergeben.

Die Wehrbereichsverwaltungen und die ihnen nachgeordneten Standortverwaltungen vergeben wesentliche Teile des Bedarfs dezentral an kleine und mittlere Betriebe, 1984 ging von Düsseldorf aus ein Auftragsvolumen von 137 Mill. DM an nordrhein-westfälische Unternehmen. Insgesamt wurden von BWB und Wehrbereichsverwaltung 1755 Aufträge für 1,07 Mrd. DM allein in den IHK-Bereich Düsseldorf vergeben.

Von den 5714 Aufträgen (142 Mill. DM), die von den sechs Wehrbereichsverwaltungen bundesweit gestreut wurden, blieben 1419 im Wert von 48 Mill. DM (also ein Drittel) in Nordrhein-Westfalen.

Für die Verpflegung der in Nordrhein-Westfalen stationierten Soldaten kaufen die 26 Standortverwaltungen jährlich Frischverpflegung für 61 Mill. DM. Zu dieser Summe kann sich auch ein Verpflegungssatz von 4,80 DM pro Mann und Tag addieren, meint der Befehlshaber im Wehrbereich III, Generalmajor Manfred Philip, *der militärische Gegenpart von* Meyer-Truelsen. An Tagen der offenen Tür seien die Mütter der Soldaten immer wieder überrascht, was die Köche aus diesem Tagessatz alles machen (können). Philipp: „Der Vergleich zum studentischen Mensa-Essen fällt eindeutig zu unseren *Gunsten aus.*" Neben der Verpflegung gibt der Bund auch 396 Mill. DM für Bekleidung aus, vom Stahlhelm bis zur Wollsocke 112 Teile im Wert von 2200 DM für jeden Rekruten.

Um die kleineren Unternehmen stärker an der Auftragsvergabe teilhaben zu lassen, hat die IHK Düsseldorf eine Beratungsstelle für öffentliches Auftragswesen eingerichtet. Dennoch weiß IHK-Hauptgeschäftsführer Joachim Kreplin von mancherlei Enttäuschungen, oft im Zusammenhang mit den Preisvorstellungen der Anbieter. Aber nach Meinung von Kreplin sind die großen Anbieter an der durchaus erwünschten Transparenz der Angebotsseite nicht interessiert.

Dennoch: So unvollkommen die zuständige Verdingungsordnung für *Leistungen (VOL), die für Tornados* ebenso wie für die Frühstücksbrötchen gilt, sein mag, 500 000 Aufträge im Wert von 2 Mrd. DM an mittelständische Unternehmen (1984) weisen die Bundeswehr als größten Auftraggeber der mittelständischen Wirtschaft aus.

PREUSSENELEKTRA

Eingliederung in Veba vollzogen

HB. Hannover

Nachdem die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) mit der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft verschmolzen worden ist, wurde jetzt die Eingliederung der Preußenelektra, so der neue Name des Unternehmens, in die Veba AG vollzogen. *Die außerordentlichen Haupt*versammlung der Preußenelektra in Hannover akzepierte den entsprechenden Antrag bei einer Präsenz von 99,9 Prozent des vertretenen Grundkapitals von 1,11 Mrd. DM.

Mit dem ersten Schritt, der Übernahme der NWK durch die Preußenelektra, sollte eine uneingeschränkte Nutzung der bei beiden Unternehmen bestehenden Kraftwerksanlagen sowie größere Flexibilität bei Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen und *eine Stärkung der Kapitalbasis* erreicht werden, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Preußenelektra, Hermann Krämer. Der zweite Schritt, die Eingliederung in den Veba-Konzern, soll die steuerliche Optimierung im Veba-Organverband in die Wege leiten.

Da beide Schritte nur mit den aktienrechtlichen Mehrheiten von 95 Prozent erreicht werden konnten, hatte die Veba den NWK- und Preußenelektra-Aktionären den Tausch ihrer Aktien im Verhältnis 1:1 bei einer Barauszahlung von 45 Mark je Aktie angeboten. Von dieser Offerte hätten mehr als 90 Prozent der NWK-Aktionäre und alle Preußenelektra-Aktionäre Gebrauch gemacht. Dadurch halte die Veba eine Mehrheit von 98,7 Prozent an den fusionierten Unternehmen, erklärte Krämer. *Durch die Zusammenschließung* der zwei Unternehmen würden Synenergieeffekte von jährlich 50 Mio. DM erwartet. Gleichzeitig werde eine erhebliche Straffung des gesamten Konzerns angestrebt.

Electrolux strafft Hausgerätebereich

dpa/VWD, Tübingen

Der schwedische Elektrokonzern AB Electrolux, Stockholm, wird vom 1. Januar 1986 an seinen Vertrieb im Hausgerätebereich in der Bundesrepublik straffen. *Damit* soll eine einheitliche Vertriebsorganisation für Electrolux Küchentechnik, Progress und Zanker geschaffen werden. Elektrolux hatte den Stuttgarter Hausgerätehersteller Progress 1981 und Zanker in Tübingen Anfang 1985 übernommen.

Außerdem werde die Zanker-Hausgeräte-Vertriebs-GmbH in Electrolux-Hausgeräte-GmbH umbenannt. Die neue Gesellschaft sei künftig für den Vertrieb der Kühl- und Gefriergeräte von Elektrolux, das Progress-Bodenpflege- sowie Kleingerätesortiment und die Zanker-Produkte (Wasch- und Wäschepflegegeräte, Geschirrspüler und Haustechnik) zuständig. Die Produktionsgesellschaft Zanker GmbH bleibe von dieser Änderung unberührt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Annamaria Valentin Bau GmbH, Alsdorf; **Amberg:** Heinrich Listl, Schwandorf; **Bayreuth:** BGB Bauges. Arz mbH, Betzendstein; **Beckum:** Wulle-Stahlhandel GmbH; **Düsseldorf:** SLG Spe*ditions- u. Lagerei GmbH;* **Essen:** *Hans* Peter Linck; **Hamburg:** Jürgen Siebler; **Köln:** F & T Finanzierungsvermittlung u. Treuhand GmbH; **München:** Nachl. d. Ingeburg Weiß; **Neuss:** Arnold Käther, Meerbusch; **Pforzheim:** Nachl. d. Julius Oskar Fischer, Ölbronn-Dürrn; **Pinneberg:** Renate Schulz, Hausfrau; **Stadthagen:** Walke Maschinenhandelsges. mbH, Bad Nenndorf; **Stuttgart:** Nachl. d. Wilhelm *Nikolaus Fischer, Stuttgart-Kaltental;* FARBO Ges. f. Hausrenovierung GmbH, Waiblingen; **Wolfhagen:** Wolfgang Schwedes, *Zierenberg.*

Anschlußkonkurs eröffnet: Gellenkirchen: Klaus Straßburg, Moderne Küche, Wassenberg; **Husum:** WRL Verlags-GmbH; 1. Pegasus Verwal*tungs-GmbH & Co. Beteiligungen KG.*

Vergleich beantragt: Gummersbach: Westdeutsche Glas-Handelsges. Strobl GmbH, Marienheide; **Heidenheim:** Walther Electronic AG, Gerstetten; **Köln:** COMTEX Vertriebsges. f. Kommunikationstechnik u. Neuheiten mbH; **Passau:** GIBA-Planungs- u. Baubetreuungsges. mbH; **Ravensburg:** Friedrich Miller, Leutkirch; **Tettnang:** Möbel Etzel GmbH; **Vechta:** Erzeugergemeinschaft *Dammer Frischei* GmbH, Damme.

NAMEN

Dr. **Jürgen Frese**, Mitinhaber des Bankhauses Delbrück & Co. ist aus Altersgründen aus Präsidium, Vorstand und Hauptausschuß des Bundesverbandes deutscher Banken ausgeschieden. *Sein Nachfolger im Verbandsvorstand* wurde Dr. **Hans Stracke**, Mitinhaber des Bankhauses M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Lord Richardson of Duntisbourne wurde als Nachfolger von **Bernard Clappier** zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gewählt.

IM BLICKPUNKT / Thyssenchef Dieter Spethmanns Mahnung zur Stahlpolitik

„Das sind Millionen Arbeitsplätze"

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Wer in der Bundesrepublik Deutschland mit seinem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ernst genommen werden will, muß zu allererst dafür sorgen, daß nicht fremde Regierungen durch ihre Subventionen der wettbewerbsfähigen deutschen Stahlindustrie den Garaus machen. Auch im Jahre 2000 werden in der Bundesrepublik Millionen Arbeitsplätze am Werkstoff Stahl hängen."

So sagt es Dieter Spethmann (59) im Gespräch mit der WELT. Der Vorstandsvorsitzende der Duisburger Thyssen AG, Führungsgesellschaft dieses größten privatwirtschaftlichen Stahlerzeugers in Europa, der in seinem jetzt rund 34 Mrd. DM Jahresumsatz schweren Weltgeschäft mit weniger als der Hälfte der Konzern-Wertschöpfung am Stahl hängt, kann es immer noch nicht lassen.

Das Schicksal dieser einst so stolzen und mächtigen Traditionsbranche der deutschen Industrie, die im letzten Vierteljahrhundert und zumal *in der nun elfjährigen Stahlkrise* die Hälfte ihrer Arbeitsplätze und mindestens 15 Mrd. DM ihres Vermögens verlor, treibt ihn weiterhin um.

Der promovierte Jurist, ob seiner zehnjährigen (1984 beendeten) Plakkerei in deutschen und europäischen Verbandsvorsitzen der krisengeschüttelten Branche vom Verein Deutscher *Eisenhüttenleute* nun beim 125jährigen Gründungsjubiläum dieser Techniker-Spitzenorganisation der deutschen Stahlindustrie zum Ehrenmitglied gekürt, könnte sich eigentlich in Gelassenheit zurücklehnen. Und den Blick von der problembeladenen Stahllandschaft auf erfreulichere Gefilde seines Weltkonzerns *lenken. Gründe dafür, das* räumt er ein, hätte er zuhauf.

Zunächst: Die im Frühjahr 1984 bis zur öffentlich heiß diskutierten „Führungskrise" schwelenden Querelen über den „richtigen" Vorsitzenden eines in unerwartet hohe Verluste geratenen Konzerns hat der seit drei Jahrzehnten in Thyssens Diensten stehende und seit 1973 im Vorstandsvorsitz amtierende Mann besonders nachdrücklich zu seinen Gunsten überstanden. „Das Mandat der Familie, *das ich erfüllen will, gilt* bis zu meinem 75. Geburtstag", sagt er heute zu seiner beruflichen Zukunft. Will sagen: bis 63 Jahre Vorsitz im Vorstand, danach im Aufsichtsrat.

„Familie" meint da zumal die neben 220 000 Streubesitzern mit etwa 20 Prozent am Thyssen-Kapital beteiligten, in Argentinien lebenden Gründererben, die zwei Grafen-Brüder Zichy-Thyssen, die ihre Aktien mit Allianz- und Commerzbank-Paketen in einem Interessenpool von etwa 30 Prozent des Kapitals zusammengeschnürt haben. Von „Familien-Gefühl" spricht der oberste Lenker über reichlich 180 Konzernunternehmen *mit 130 000 Beschäftigten, seitdem* er die Fessel auch konzernintern lähmender Irritationen über seine Führungskompetenz so eindrucksvoll vom Halse hat, aber auch gern zur Kennzeichnung der neuen Stimmung im eigenen Hause.

Da sei seit eineinhalb Jahren ein „gewaltiges Potential" an Leistungsmotivation auf allen Stufen der Konzernhierarchie mobil geworden. Dies insbesondere auch durch konsequente Fortsetzung eines Delegationsprinzips, das die „Stammesherzöge" der großen Konzernbereiche schon vor Jahren in den Thyssen-Vorstand beförderte. Nach gleichem Prinzip zogen in diesem Jahr schon die großen „Bereichsfürsten" aus der Verarbeitungsindustrie in den Vorstand der Essener Thyssen Industrie AG (vormals Rheinstahl) ein. Ebenso ist es



Dieter Spethmann

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

bei der großen Handels-/Dienstleistungstochter Thyssen Handels*union* AG, Düsseldorf, in Vorbereitung. „Darauf sind wir ein bißchen stolz", meint Spethmann zum nach seinem Urteil schon jetzt meßbaren Erfolg solcher nicht alltäglichen Führungsstruktur.

Läuft der Börsenkurs der Thyssen-Aktie solchem Erfolg parallel? Immerhin hat sich der Kurswert für den treuen Aktionär, der auch die „sehr billige" Kapitalerhöhung vom Frühjahr 1985 (Stückpreis 90 DM) auf 1,56 (1,3) Mrd. DM Aktienkapital mitmachte, gegenüber *dem 1984er* Tiefststand bislang (und Kapitaleinzahlung abgerechnet) verdreifacht.

Spethmanns erste Antwort wiederholt nur die Prognose aus der *letzten* Hauptversammlung: Nach zwei dividendenlosen Jahren (davor zwei Jahre mit nur je 2 DM „Pflegedividende") werde man für 1984/85 (30. 9.) „mindestens" 4 DM zahlen. Erst die zweite Antwort dreht der so gern im Grundsätzlichen argumentierende Konzernchef ins grundsätzlich Positive:

Das letzte Thyssen-Jahrzehnt habe unter kostspieliger Dreifach-Hypothek gestanden: Reduzierung des Stahlpotentials auf fast die Hälfte, Sanierung des „faktisch konkursreif" zugekauften und zukunftsträchtigen Rheinstahl-Bereichs, Genesung der durch Konjunktur und hausgemachte Fehler der Management-Besetzung in Riesenverluste geratenen großen US-Verarbeitungstochter Budd. Das alles sei geschafft, jeder große Konzernbereich arbeite nun mit Gewinn, der Abbau restlicher Schwachstellen schreite voran.

Was nun folgt, ist der gezielte Ausbau ertragsstarker Glieder in Investitionsgüter- und Verarbeitungsindustrie sowie bei Handel und Dienstleistungen, dies auch mit „kleineren" Firmenzukäufen (Schwerpunkt Spezialmaschinenbau und Kunststoffverarbeitung für Autoindustrie). Immer mehr (wie schon jetzt) folgt für Spethmann daraus: „Die Thyssen-Aktie ist keine Aktie der Schwerindustrie." Aus den Quellen des künftigen Ertrages werde Vergleichbares entstehen „mit anderen Unternehmen, die ihren Ertrag aus verschiedensten Quellen ziehen".

Ein erfolgreicher Stahlproduzent jedoch, betont Spethmann, werde Thyssen auch in weiter Zukunft bleiben. Ob mit den 11,7 Mill. t Rohstahl, die im guten Konjunkturjahr 1984 zu *Massen- und* Edelstahl (1985 ein bißchen mehr) verarbeitet wurden, oder ob mit deutlich kleinerer Tonnage, das ist für den an deutscher wie europäischer Stahlpolitik Leidgeprüften auch künftig eine vorrangig politische Frage.

Schaut er da auf die bisherige Praxis in der EG zurück, so fällt dem Hobby-Historiker *mit Blick* auf die in Deutschland besonders drastische Vernichtung eigentlich gesunder Kapazitäten etwas aus der Geschichte der Pygmäen ein: Als die Zwergwüchsigen in der Fehde mit „normalwüchsigen" Nachbarn siegten, hackten sie den Unterlegenen nicht die Köpfe ab, sondern die Unterschenkel, um sie mit ihrer Vorstellung von „Normalmaß" in Einklang zu bringen …

Ernster: Wer den Subventionswahnsinn in Europas Stahl ab 1986 für beendet halte, unterschätze die Macht der Staatskonzerne zumal in England, Frankreich und Italien (allesamt größer als Thyssens Stahl). Wer aus den dank EG-Krisenmanagement und Konjunktur zu erwartenden 1985er Gewinnabschlüssen der deutschen Stahlunternehmen die gelun*gene Genesung folgere*, verwechsle Aussehen mit Gesundheit. Die Mahnungen gehen an die Bonner Adresse. Da wäre man gut beraten, meint Spethmann, wenn man die *noch* längst nicht ausgestandenen Beschwernisse des wichtigsten Zweiges der heimischen Grundstoffindustrie (noch) ernster nähme als bisher.

Aktien wieder im Aufwind

Kräftige Kursgewinne in den Standard- und Konsumwerten

DW. – An der Dienstagbörse wurde die Tendenz durch massive Kaufaufträge aus dem Ausland bestimmt. Sie sorgten in den international bekannten Standardaktien teilweise für zweistellige Kurssteigerungen. Einen weiteren Akzent bekam der Markt durch die gezielte Nachfrage nach Konsumwerten. Nach vorliegenden Untersuchungen sind die deutschen Verbraucher dabei, ihre Konsumzurückhaltung aufzugeben. Daneben wird offensichtlich auf eine Umsatzbelebung im Zusammenhang mit der bevorstehenden Steuersenkung gesetzt.

Besonders ausgeprägt war die Aufwärtsbewegung bei Daimler und Mercedes wo Kurssprünge zwischen 30 bis 40 DM die herrschende Marktenge sichtbar machen. Gezielt gekauft wurde auch bei Schering. Angeblich soll sich hier trotz der bestehenden Stimmrechtsbeschränkung eine Schachtelbildung vollziehen. Siemens-Aktien zogen um mehr als 30 DM an; eine Bewegung die mit der unmittelbar bevorstehenden Veröffentlichung erster Zahlen über das am 30.9. beendete Geschäftsjahr begründet wurde. Im Kaufhausbereich setzten Karstadt-Aktien ihre forsche Aufwartsbewegung fort; ebenso übrigens Salamander. In Bewegung geraten sind auch Kaufhof-Aktien. Der Bankenmarkt profitierte offensichtlich von der besseren Rentendendenz. Bei den Temming-Vorzugsaktien ist am dritten Notierungstag Normalität eingekehrt. Das Papier wurde zwischen 170 DM und 177 DM gehandelt.

Frankfurt: Mainkraft verteuerten sich um 22 *DM. Rosenthal* stiegen um 13 DM und Salamander um 10 DM. Rheinmetall zogen um 8 DM an. Holzmann büßten 10 DM. Metallgesellschaft 6,50 DM und Thüringer Gas 15 DM ein.

Düsseldorf: Heinrich stiegen um 5 DM, Hochtief befestigten sich um 3 DM und Leffers zogen um 6 *DM an. Aseag sanken um 3 DM und* Balcke Dürr verminderten sich um 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf befestigten sich um 5 DM. Phoenix Gummi gingen mit plus 7,10 DM und Bremer Vulkan mit plus 4 DM aus dem Markt. HEW lagen um 1 DM leichter. Bavaria stiegen um 10 DM und *Holsten um 5 DM an.*

Berlin: Schering verbeserten sich um 14 DM und Rheinmetall St. legten 10 DM zu. Orenstein büßten 7 DM ein. DTW rutschten um 5 DM ab und Bekula um 0,60 DM. Herlitz St. gewannen 4 DM und DUB-Schultheiss 2 *DM.*

München: Audi AG gaben um 5 DM nach, AKS sanken um 1,50 DM und Deckel verminderten sich um 5 DM. Bay. Lloyd befestigten sich um 8 DM. Electro 2000 kletterten um 12 DM und Gehe erhöhten sich um 1,50 DM.

***Stuttgart:** Daimler und Mercedes* verbuchten einen Gewinn von je 22 DM. Porsche gaben um 15 DM nach. Salamander verteuerten sich um 7,90 DM und Kolbenschmidt verteuerten sich um 4 DM. DLW stiegen um 3,50 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 248,26 (243,36)
WELT-Umsatzindex: 5629 (4079)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 19.11.	18.11.	Stücke	Frankfurt 19.11.	18.11.	Stücke	Hamburg 19.11.	18.11.	Stücke	München 19.11.	18.11.
AEG	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
BASF	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Bayer	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
BMW	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
DUB	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
GHH	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
KHD	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Linde	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
MAN	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Nixdorf	560,5-5-0,5-5G	558	5470	565-7-5-7	558,5	4843	560-5-0-5	556	871	–	–
Porsche	•	•		1315-15-1275-90	1300	•	•		*	1285-5-5-5	1725
Preussag*	240-0-39-48	241,5	15243	242,5-2,5-0-0	241,5	16310	241-1-39,5-40	243	5396	248-8-39,5-40	243,5
RWE St.	197-8-7-7,5	197	10595	195,5-7,5-7,5	197	12181	199-9-8-9	197	2370	199,8-9,8-7,5-8	197
RWE VA	195-6,5-4,5-6,5	195	7907	194-6,3-4-5	196	12050	195bG-5,5-5-5,5	195	2070	194-5-2-4	194,5
Schering	650-63-50-60G	647	212	654,5-63-1,5G	646	11513	650-62-50-62	648	4962	655-65-55-63	650
Siemens	661-80-61-77,5	651	74123	664,8-80-64-77G	650,5	20990	661-79-60-78	651	32412	661,5-79-78	652,5
Thyssen	171,5-2,7-1,5-2	169,5	3692	172-2,5-2-2,2	169,8	35506	171,1-3-1,1-3	169	11223	172-3-2-2,5	170
Veba	265,3-5,3-4-4,3	263	32517	264-4,5-3,2-4	263	26158	265-5-4-4	263	5428	265-5,5-4-5	263
VEW	141,5-1,5-1-0,5	142	601	—141-0,5-0,5	142	2127	142-2-1-1,1	142,5	4257	142-2-2-2bG	142,2bG
VW	407-8,5-6-7,5	401,5	49101	409-9-6,5-6,5	401	36889	407-8-6-6,5	402	21936	408bG-8-7-8	401
Philips**	49,4-9,4-9,5	49,5	133419	49,4-9,4-9,4bB	49,5	117611	49,5-9,5-9,5	49,2	46252	49,5-9,5-9,4	49,4
Royal D.**	164,8-4,8-4,8	165	1451	166-6-5-5	165,5	1477	164,5-5-4,5-5	165	530	165-5-5-5bG	165bG
Unilever**	327G-7-7-6G	328	1097	327-7,5-7-7,5	329	1420	–	328	465	325-5-5-5bG	328
DM-Total: in 1000 DM			312541			261087			110209		

Aktien-Umsätze

München	19.11.	
NWK	60	10
Phoenix	6661	965
Reichelt	10	65
Ackermann	247	660
Allianz Vers	903	352
Dierig	150	50
Dywidag	60	519
Energ. Ostb.	53	112
Isar-Amper	43	27
Münch. Rück	416	167
PWA	4207	1970
Salamander	1971	985
Südchemie	17	29
		122265

Inland

	19.11.	18.11.
H Aach M Betl. 10	1870	1900
H Aach. M. Vers 7	1300B	1300
D Aach. Rück. 9	3200bG	3100bG
D Aseag *4	407T	410T
M Ack-Gögg. 6	147,8	147,8bG
H Adca 3	173,5	160
D Adler 9	315G	315
F Adt 0	53bB	53bB
F AEG 0	234	227,7
D AEG KABEL 9	321,5	327,8
S Aesculap 9	468	478
F AGAB 5	125	125
D Agrippina *0	1801bG	1801bG
M Agrob *0	200bG	200
M dgl. Vz.* 0	156	155bG
M Aigner 9	200,5bG	201bG
M Akt. Kaufb *18	1080TG	1050TG
H Agiv 10	351	354G
H Albingia 8	1300	1280G
D Alexanderw. 0	111,2	112
Hn Allerthal*0	153,5	154
S Allg.Re.**6,3	4095	4005
S dgl.NA**6,3	3700	3700bG
S dgl.35%E.6,3	5250	5400
D Allianz Leb. 9	7100	6970
D Allianz V 11	1730	1705
S Allweiler St. 8	292G	292G
S dgl. Vz. 9	220	220G
F Akano 10	427	419bG
F Andreae-N.Z. 0	139	138,7
F Asko 10	1274	1250T
H Audi NSU 2	705	700
M Augsb. Kg. 1,5	128bB	129,5
S Badenwerk 6	165	160
F Bd.Württ.Bk. 11	566	551
D Balcke-Dürr 3	280T	290
F Bankg.v.1899 *14	649	649,5
D Banning ** 20	900G	900G
H *BASF 9*	261,5	258
H Bavaria 3	210	200
D Bayer 9	251,5	245
F B.Br.Sch.-J. 0	223G	223G
M Bayer. Hdlb. 11	395	395
M Bayer. Harist. 6	640G	640bG
M Bayer.Hypo10 +2,5	437bG	430bG
M Bayer. Lloyd 5	292TG	284G
H BMW 12,5	605	590
M Bayer. Vbk. 11	432bG	430bG
H Beiersdorf 9,5	553	540
F BHF-Bank 10,5	433	477
F Berl. Bank 3	191	185,5
B Berl. Kindl 4,5	124,8	124
B Bekula 5	112,5	113
B Berthold 0	205	203
S Bill.+ Berg. 10	223,5bG	232
F Binding 7+1	242	240
M Blattmetall 6	1020G	1020
D Boch.Gels. Str. 0	240G	240G
F Brau AG 0	284T	271T
M Bräu. Amb. *5	720G	720G
F Braun Vz. 15,2	564	560G
H Br.H.Hypo 10+1	370G	371
Hn Brsch.Jute *0	128B	128
H Breitenb.-C. *28	580G	580
H Br. Straßb. *0	415G	510G
H Br. Vulkan 0	125	121
H Br. Wollk. 7	193	193
F BBC 6	287,5	286bG
S BSU Textil 0	1320G	1320G
D Buckau-W. 4,1	135	136bB
D Buderus *12,6	420	425
M Bgl.Br.Ing. *12+1	900G	900
S *Bgl.Brit.Rav. *0*	*380TG*	*380TG*
S Calw D. **18	780bB	785TB
F Cassella *15	650,5	650,5
F Ceag 0	221,5	224
F Chem. Vw. *16	552bG	532,1
D Colonia 5	645	630
D Commerzb. 6	264	256
D Cobk.Reste ¼0 RM	22,4	23,5
F Cobk.Genußsch.	113,8	113,8
D Conc. Chem. 4,5+3	325G	325G
B Conc. Spinne ¼ 0	410	390T
D Contigas 7,5	335	330
D Conti Gummi 3	159	158
D Dahlb. St. 7,65	273	273
D dgl. Vz. 14,55	420G	430
S Daimler 10,5	1237	1185
M Deckel AG 0	210	215bB
D Dt. Atl. Tel.10+1	580G	570
H Doag 5	385	390rpG
D Dt. Babcock St. 3	227	219
D dgl. Vz. 3,5	215	208
F Dt. Bank 12	702,5	688
D Dt. Centrboden 12	630	625
D Dt. Conti Rück 0	3700G	3700G
D dgl. NA 0	1102bG	1090
F Dt. Eff.+Wbk. 10	629,5	631
F *Degussa 9,5*	430	431
H Dt. Hyp. H.-Bln. 9	272	268G
H Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	540	530G
S DLW 11	354,5	351
Hn Dt. Spezialgl. 9	435	450
F Dt. Steinz. *6	285	281
H DeTeWe 9	523G	523bG
F Dt. Texaco 2,7	215	210
B Dt. Eisenh. *6	–	–
D Didier 7	256	248
F D.bl. Quellen 7,5	380T	391T
D Dierig Holding 4	181	182
D Dttm. & N **60	7700G	7700G
D DAB 0	104,8	104,8
D Dm. Ritter 7,7	340TG	340TG
D DUB-Schulth. 7	259	259,5
D Duewag 4	215	214
D Dresdn. Bank 7,5	334	324
D Dyckerh. Z 6	205	205T
D dgl. Vz. 6	186	186bB
F Dywidag 7	195	195
D Edelst. Witten *0	350T	335G
F Eichbaum-Br. 5	178	173bB
D *Esb. Verk. 10*	270T	265bG
H Elbschloß 0	283G	283G
M ELECTRO. 2000 25	457	445bG
M En. Oberfr. 6	320bG	325G
M En. Ostb. 6	239,5	240bG
H Elikraft 0	83,5	82,5
B Engelhardt 7	250T	230T
D Enka 7,5	352	–
M Erlus 10	335bG	338bG
M Erste Kulmb. 9	1250G	1250G
S esbi *0	7,2	7,5bB
S Essl. Masch. *6	437	435G
M Esterer **10	600B	605
D Farb Liqu. ¼RM 0	10	9,5
F FAG Kugelfischer	422	415
F Flachglas 9	317bB	311
D Ford *0	860T	850T
B Forst. Ebn. *4 %	4200T	4200T
M Fr. Oberf. Wk. 5	245bB	245B
F Frankf. Hypo 12	760	770
F Frankona R. 5	710	700
F dgl. NA 5	530	532
F dgl.50 % E. 2,5	450	460
F Fuchs Petrol Vz. 0	150bB	150
H Geestm. Bk. 3	169	169
M Gehe *5	162,5bB	161G
D Gels.wasser 6,5	164,5	168
D Gerresh. Gl. 5	ausg.	ausg.
F Gestra 7	278,2	230
D Gildem. 0	109	109
D Girmes 0	164,5	165
D Glas & Sp. *11	268G	268G
D Goldschm. 8	226	221
M Gew. Frk. *9	260bG	260G
F *Grünzw. H. 0*	112,2	116,5
H Guano *8	480B	480B
D GHH St. 3	220	219
D GHH Vz. 3	194	191
M Hacker-Psch. 23,3	1300bG	1300G
H Hageda 0	105G	105G
D Hagen Batt. 5+1	168,5	168,5
H Hail-Meurer *0	161	164,8
D Hamb. Berg 5	260G	259,5
H Hb.Hochb.*4+0,64	103bG	103bB
H HEW 5	113,5	115
H Hal. Lüb. 9	440	425
Hn Hann. Papier 5,5	138,5	135,5
H Harmstorf 0	110	109
D Harpener 11	346	344
F Hartm. & B.St. 4	875G	–
F dgl. Vz. 4	790T	775T
M Hasen-Bräu 9	1035bG	1060G
S Heidelb. Zem. 7	392	–
M Heilit & W. 5	290G	290G
D Hein. Lehm. *0	280T	275T
D Heinr. Ind. *14+4	591bG	586bG
H Hemmoor 12,3	240B	–B
D Henkel	405	404,5
F Henninger 2	158,8	156
B Herlitz 7	207	203
B dgl. Vz. 7,8	196	192,8
B Hermes 7	580G	580G
S Hesser *14,5	570TB	580TB
D Hindr. Aufl. *7	217G	217
D Hochtief 10+2	755	752bG
D Hoechst 9	250,5	246,5
D Hoesch 0	165	164
M Hofbr. Cbg. 2	503B	510B
D Hoffm. St. 0	258G	259G
S Hohner *6	176TG	171bB
H Holsten-Br. 6	246	241
F Holzmann 10	470	480
D Horten 4	210	205,5
B Hw. Kayser *12	300G	300
D Hussel 8	400	378
M Hutschenr. 9+1	390	388bG
H Hypo Hbg. 10+2,5	482	478G
D IKB 7,5	258	254
S IWKA 5	376	322,8
M Isar-Amper 7,5	357bG	356bG
D Isenbeck 4,75	180G	180G
H Jacobsen *8	630G	631
H Jute Bremen 4	–	–
D Kabelmetal 5	160	153
D Kali Chemie 12	438	440
D Kali u. Salz 8	328	327
D Karstadt 7	319,5	306
D Kaufhof 6,5	324	317
B Kempinski 5	335	335
D Keramag 2,5	164	163
F KSB 6,5	239	235
F dgl. Vz. 7,25	217	215,5
Hn KWS 7,5	510	513,5
D KHD 9	322,5	319
D Klöckner-Wk. 0	96,5	94
D Kochs-*Adler 8+2*	305	300
D Köln-Düssd. *16	480T	480T
D Köln. Rück. *18	1815	1815
B Kötitzer *0	1950G	1950G
S Kolb & Sch. 4+1	162,1	162,1
S Kolbenschmidt 6	221	217
F Kr. Rheinf. 6,5	313,8	314,8
S Kraft Altw. *14+2	560bG	570
M Krauss-Maffei *15	1550bG	1570
D Kromschr. 11	295bB	295T
M Krones 5	615	615
D Krupp-Stahl *0	165	166
H Kühltr. *8	–B	–B
D Küppersb. *0	235G	235G
D KKB 10	560	570G
F Kupferberg *18	890bG	900bB
F Lahmeyer 10	496	490
D Langenbr. 10+5	980bG	990T
D dgl. Vz. 10,5+5	950	930bG
F Lech Elektr. 7,5	336	330
D Leffers 7,5	298	292
B Lehmann 0	111	110
F Leifheit 3	452	444
M *Leon. Drahtw. 10+2*	530bG	550
F Linde 10	582	568
Hn Lind.Gildebr. *13	444	444
M Löwenbräu 8+1,5	1410	1410G
D Lufthansa St. 3,5+1	224	220,5
D dgl. Vz. 3,5+1	221,5	217
D Magd. Feuer 7,5	885	860T
H Maihak 4	316	316G
F Mainkraft *15	780bG	758
F MAB 6,5+1	360T	355bB
F dgl. Vz. 6,5+1	363T	360T
D Mannesmann 4	260	256,5
F Mannh. Vers. 8	860	860
H Markt & K. 7	214B	214bB
F MAN St. 0	197	196
F dgl. Vz. 0	184,8	182,9
F MAN-Rol. 20,2	546	574T
S M.Mühl.Weing. *0	345bG	330
D Mauser 0	107	109,8
F Mercedes 10,5	1111	1064,5
F Metallges. 0	302	308,5
S Met. u. Lack 0	124,8	123G
S Müag 6,5	414	420G
F Moenus 0	102,8	101,5
F Monachia 5	2600	2495
Hn Mühl. Rün. 0	130G	130
M Mü. Rück. Inhab. 9	2175	2200TG
M dgl. 50% E *9	1995	1980bG
M MAK Stoffe 0	98,2bG	99
S Neckarw. Essl. 7	229	230G
M N. Bw. Hof 8	263bG	268
M Niedermeyr *0	182G	182G
D Nino 6	185	183
D Nixdorf 9	566,5	565,5
H Nordcemem 6+1,5	140bG	140bG
H Nord. Steing. 4+1	131	132
D Nordstern A. *10	2000T	2000
D dgl. NA *10	1940G	1948
B Nordst. Leb. *18	9100	9220
H *NWK St. 7,50*	270bB	270G
H dgl. Vz. 7,50	260	262,5
H Old. Ldbk. 8	298	298G
D O & K *0	275	285T
H Otavi 4	136	133
F PWA 4	158	156
F Parkbräu *0	371T	373T
M Patrizier-Br. 0	336	336
M Paulaner 34	1700bG	1710
D Pegulan 7	210T	210G
D dgl. Vz. 8	218T	218T
F Pfälz. Hypo 10+7,5	568	556
F Pfaff 6	224	221,5
D Philips Kom. 9+6	700	695
H Phoenix G. 3,5	150	145,8
F Pittler Masch. 0	102,1	103
S Porsche 16	1280	1295
M Porz. Walds. 0	173,5G	173G
H Preussag 9	240	243
S Progress. 8	244	244G
M Rathgeber *8	435bG	445G
D Rav. Sp. *4	312	312G
F *Reichelbräu 6*	390bG	390G
H Reichelt 0	87	85,1
S Rheinel. 10+1	840G	835G
F Rhein. Hypo 10	442	421
D Rhein. Textil *6	360B	360B
D Rhein. Boden 6+0,5	210	214
D RWE St. 8	197	196,5
D dgl. Vz. 8	194,5	191
D RWK 0	385	385
D Rheinmetall 7,5	485	481
D Rheinmetall Vz.4,25	453	454
D Rhenag 7,5	270	270
Hn Ried. d. H. *19	733	730
H Rim. Sth.A **0	1650B	1650B
H dgl. Ut. B **0	900T	900T
F Rosenthal 7,5	318	305
H Ruberoid 5,5	900G	900
D Rütgers 8,5	410	390
S Salamander 7,5+1	279,5	268,1
H Scheidem. *5,1	1988	1988
D Schering 12	661	649
D Schiess 0	134,5	133
M Schlenk 5+1	260G	260G
F Schiqu.H. *14	740T	750B
F Schmal.-Lub.7,5	156,2	155,5
D Schub. & Salz 0	165	165,5
S Schw. Zellst. *0	240,1	245
H Securitas *0	1070bB	1050bG
F Seitz Enz. N. 6	186,1	189
S SEL 10,5	350	349
S Sekt. Wach. *8	775	779,9
H Siemens 10	666	650
F Sinalco *13	510G	510G
D Sim 0	281	280bG
F Sinner *12	330G	330G
H Sloman Nept. *0	958	958
M Sp. Kolben. *0	810bG	835
S Sp. Pfersee *20+5	810G	800bG
B Springer Verlag	513	523
D St. Bochum *6	250G	250G
H P & S *0	185G	186G
F Stempel 4,5	240T	252T
D Stern-Br. 2	259	250bB
D Stinnes *18	635T	635T
B Stock 1,92	730T	730T
D Stöhr 6	172	172
D Stolb. Zink 12,5	770T	780T
D Stollwerck 7	425	430
D Strabag 7	201	198bB
M Stumpf 0	173bG	173bG
M dgl. Vz. 0	142G	142G
M Stürtz **80	8000G	8000G
S St. Bäckerm. *0	260TB	260TB
S St.Hofbräu 9+5,5	750bB	746
S dgl. Vz. 10+5,5	455	455
M Süd-Chemie 12,5	600bB	600bB
M Südboden 11	440	440bG
S Südz. 10	300bB	290bG
B Temp. Feld.*4+2	790	785T
B Terr. Rud. **9	3000B	3000B
D Terrex Rumpus 0	111	120
Hn Teut. Z. Vz. 6	142B	142
D *Thür. Gas. 8*	410bB	410T
F Thuringia 10	1300	1300
D Thyssen 0	172,5	169,8
D Thyssen Ind. 0	156	156
D Trinkaus u.Burkh.	325	324
H Triton-Belco 3	119,2	119,5
M Triumph-Adler 0	371	320G
M Überl. Ufr. 6	318G	318bG
H Üstra Hann. V. 1	141G	141G
F Varta 7,5	280	280
D Veba 9	264	262,5
F Veith-Pirelli 7,5	276	290
M Ver. Aach.-Bln. *15	3900	3950
M dgl. N.A. 7,5	3050	3100
S V. Alt.u. Str. *0	150G	150G
F VDM *6,666	315G	316
D V. Dt. Nickel *0	202	202
D VEW 6	141	142,2
S Ver. Filz *0	213G	213
F VGT 5	259,8	250
H V. Kammgarn 0	43,8	43
M V. Kunstm. 5	180bG	180G
D *V. Seidenw. St. 2,5*	179	176
H V. Werkst. 0	166T	166T
H Vereins-Westb. 10	353	351
M Vbk.-Nürnbg. 11	458bG	453bG
D Vict. Leben *18	6650	6700
D dgl. 50% E. *9	5800	5800
F Vogele 5	114bG	114G
M Vogtl. Bwsp. 8	230bG	226G
D VW 5	407	400,3
M Wanderer *8+1	539	522
D Wedag 3	142,6bG	143
F Wella 9	644	635
D Westag & Get. 0	77bG	77
F Wickrath *6	380G	382G
Hn Wilke *0	9	9
S Wolld. Weil 0	150G	150G
S Württ. Cattun 10+2	622	612bG
S Württ. El. 8	289G	289G
S Württ. Feuer 9+1	1566	1560
S Württ. Hypo 11+1	670bB	670G
S Württ. Lein *16	1570G	1570G
S WMF 4	168	165
S dgl. Vz. 4	144,5	144bG
S Württ. Bd. *18	2150	2100G
M Würzb. Hofb. *0	295G	295bG
F Ymos 6	200bG	202,5
M Zahnr. Renk. 7	270bG	270bB
D Zanders Feinp. 6	228	225
S Zeag Zement 10	425TB	430TB
S Zeiss Ikon *10	320TG	315TG
M Zucker & Co. *0	475B	475B
S ZWL Gr. & Bet. 8	400	396

Freiverkehr

Br ADV	333	329
Hn Allbank 3	310G	310G
F Alldephi G.7,875%	146,5	146
H Autania 10	400T	400T
F Bad. Salzschl. *0	550B	550B
Br Blv. Bremen 5	245G	245G
D Bw. Gronau **3	280G	280G
H Bau-V.Hbg *2,56	565T	565T
H Behrens J.F. 0	161,5	160
H Bergmann 8	440G	440
B Berl. El. Bet 6,211	315	305
S Br. Cluss 5	320G	320G
Hn Br. Feldschl. **66	3700G	3700T
F Br. Moninger 0	149,9B	145G
Hn Brschw.M. 0	128B	128B
Br Brem. Lager 4	87G	86G
Br Brem. H.Eis. **0	3100G	3100G
D Babcock BSH *6	685T	680bGrt
Hn Ch. Oker *16	–G	–G
B Chem. Brockh. 8	340G	340G
H Delmo 5	170T	170T
S Dinkelacker 9,5	1150G	1160
D Dol.-Basalt *10	570T	595T
D Dorst. Masch. *0	450	450B
H Drögerw. Vz. 8	334	333
H dgl. Gen. 8	195	195
Hn Einb. Br. 10+1,5	406	405
D *Eisen u. Hütt. *30*	412	402
Br Bvll. Werft 3	101	103,5
B Eschweil. Berg *0	119B	119B
F Gamy 7,5	178	178,5
D Gema.AG *4	620T	610bB
M Gemn. B.W.*3,84%	193,5	195,5
B GFC 6	305	310
B dgl. VA 7	285	286
B Gruschwitz *4	580T	580T
B Günther *0	440T	440T
H Hako-B. 11	1005	1050
Br HAG GF 0	200T	200T
H Hbg. Getr. 0	95G	95
H dgl. Vz. 0	86bG	86bG
H Hapag-Lloyd 3	154	155,5
F Hartmann P. 4,5+1	320G	320G
F Hilgers 0	130G	130G
Br Hochsee Nordst. 0	910T	870rG
Hn Holb. Woll. *12	490B	490
F Hornschuch 5	123,8	119,9
F Katz Werke 0	127	127
S Knoeckel 6	177	170,5
M Knürr-Mech. 4,5	220,5	223
F Koepp 3,5	175G	170G
D Koenig & B. 5+3	360T	360T
D dgl. NA 5+3	300G	300G
M Kraftw. Haag *19	1060G	1060G
H Kühlhaus *12	540B	540B
F KKK St. 8+2	610	610
F dgl. Vz. 8,5+2	500	495
D Lehnkering 7	230T	225T
F Maingasw.5+0,5	173G	173G
M Markt & Technik 10	440TG	440TG
F MCS Modul 6,5	450	455
Hn Meinecke *24+6	810G	810G
S Moto Meter 6+1	214,5	212,5
H NY H. Gummi 0	92,5	95
H Nordd. Hypo 3	180T	174T
H Oelmühle 10	265	265
Hn Phywe *0	89,8	89,5
B Pom.Zuck 37,5	1250G	1250G
D Rösler 4	340T	340T
D Rückforth 17	ausg.	ausg.
H Schichau Uw.0	130bG	150bG
S Schloßg. St. *24	1440G	1440G
D Schumag	391	391
D Schuechlag *16	470T	470T
S Schwabenverl. *0	390B	400B
Br Seebeckwerft 0	85bB	85,9bB
F Selfwolff 0	40	39,1
M Solenhofer *19	1790G	1790G
B Spinne Z. **78,3	2100	2070
S Swd. Salzw. 10	470bB	469,5
H Temming AG	177	174
F Tonw. Wiesl. 3	620	620
M Triumph Int. 7,5	147G	147G
M dgl. Gen. 3,75	55G	55G
M Triumph-Inv. *10	209G	209G
D VA Verm. *0	970	960
M VFS Verm. *0	700TB	700TB
Hn V. Schmirgel *16+48	1480	1480
D Vict. Feuer *18	2900G	2900G
B Vogel Draht 20	640G	640G
D Walther 13,5	380	380T
D Wasag *16	750bB	750bG
D Wf. Kupfer *7	305	305
D dgl. Vz. *9	230	230
D W. Zellstoff 0	145,1	149bGB
Br Wilkens 4,5	175T	178

Ungeregelt. Freiverkehr

M Alpenmilch 12,5%	396G	396G
F Allgussa *19	1970G	1960G
F Alte Leipz.8**7	990B	990B
F dgl.50% NA*5	740B	748B
F Berl. AG Ind*0	221G	221G
D Berl. Leben 9	3820T	3810
M Bernard **35	4010G	4010G
F Beta 0	ausg.	ausg.
F Bibl. Institut 4	490B	500B
F Bürst. Kränzl *0	260G	260G
D *Dachz. Idunah.*8*	700T	700T
F Deere Lanz *6	160B	160B
F Diskusw. 0	80G	80G
F Dm. Hansa 0	210B	210B
D Garbe, Lahm. 0	161bB	160bG
F Gas K'laut. 6	285G	285G
F Georg A. 4	125G	125G
F Gerling **70	4700G	4500G
F dgl. NA 7	510	510B
F dgl. Vz. 5	406	395
D Germ. Epe 0	100	102
F Grossm. * 0	250B	250
F *Hanfw. Obera. *0*	250rG	–
F dgl. Vz. 0	200G	200G
M Hag.+Glas.11+1	205bGrt	205bG
D Köln Verw. 3,5	635bGrt	650T
F Korf Stahl 0	6G	6,85
F Langbein-Pfann. 0	108	107
F M. Fahr *12	470G	470G
S Mineralbr. Überk.8	393	392G
Hn Nwd. Hefe *12	433B	433B
Hn Osn. Sierb. *6	390B	390B
F Papier Weiss 0	97G	97,8
F Rieb.Mont **1,13	–	–
F Sarona V. 8	–	–
F Schwab 6+1	315G	315G
M SM Software 0	190bGrt	190bG
F Veritas G. 4	370G	370G
F Westafr. Vict. 0	76	78,6G
F Wibau 4	9,6	9

Unnotierte Werte

M BCT Computer	9,5bB	9,5bB
F Global Nat **0	10,02	10,18
F H. O. Financial**0	2,19	2,19
M Inv. Propert Int.	33G	33G
M Uac **0	0,6bBrt	0,6bBrt
M Tewidata	10bGrt	10bGrt
M Treuwo	6,75	6,75

Ausland in DM

	19.11.	18.11.
M Abbott Labor	161,1	162,3
F L'Air Liquide	187	190
D Akzo	121	120,5
F Alcan	66	66
F Alcoa	89	87,5
F Alg. Bk. Nedld.	486	483
F *All Nippon Air*	7,9G	7,9G
F Allied Corp.	123	120
M ALPS El.	19	19,1
F Amax	30,5bB	31,8
F Am. Cyanamid	150	151
F *Ameritech*	252,1	254,8
M AMR	110,6	111,4
F American Brands	159	158,5
D American Expr.	125,5G	126
D Am Motors	7,3	6,8
F *Am. T & T*	59,5	58
F Amro Bank	88,8	87
F Anglo Am. Corp.	28,4	28,5
M Anglo Am. Gold	15,7	16,8
F Arbed	140,5	142
F *ARICO*	247	247
D Armco	21,3	22,5
F Asahi Chem.	9,7	10
M *ASEA*	105	104,5
F ASICS	5,2G	5,2G
M *Atl. Richfield*	170,9	173,9
H Atlas Copco	44,4G	44,4G
M Avon	71	71,2
D *Baker Int.*	43G	44G
F *Bell Canada*	27,1	28bB
F Banco de Bilbao	34	33,5
F Banco Central	28,9	28,9
F Banco Hisp. Americ.	13,3	13,5
F Banco de Sant.	27,9	27,9
F Banco de Vizcaya	46,5	45,4
F Barlow Rand	10	10G
F BAT Industries	11,1	10,7
M Baxter Trav. Lab.	36,9	37,3
D Beatrice Foods	120	122G
F *Bell Atlantic*	255,3	256,5
D Bell Canada	80,5G	81G
F *Bell South*	115	115,7
D Bethlehem Steel	36	36,5
F Black & Decker	52	51bG
F *Boeing*	124	125,5
M Bougainville C.	3,3bG	3,4
F Bowater	11,75	11,25
D BP	21,5	21,5
F *British Telecom*	6,6	6,55G
F *Broken Hill*	14,9	15G
M *Broken Hill ADR's*	30,3	30,4
F Bull	16,6	16,9
F *Can. Pacific*	33	33,8
F Canon	13,7	13,6
F Casio Comp.	22,5G	22,5
F Caterpillar	100	100
D Ch. Manhattan	159	158
F Chrysler	119	117
M Citicorp.	118,3	116,7
F Coca-Cola	210	209
D Colgate	80	80G
M Commodore Int.	26,3	25,5
M Comm. Satellite	78,2	81,1
F Cons. Gold F.	18,5	18,5
F Control Data	48,8	47
H Courtaulds	5,9bB	5,5G
M CRA	9,3	9,6
M *CSR*	5,8bG	6
F Daiei	9G	9G
M Daiwa Sec.	9,2	9,6
F Dart & Kraft	105	103G
M De Beers Cons.	11,3	11,4
F Deere Comp.	72	73
F Delta Air Lines	101,5	100,1
F *Diam. Shamrock*	40,5	40,5
M Digital Equipm.	308,5	306
M Disney Prod.	249,6	253,7
H Distillers	–	–
M Dome Petroleum	5,8	6,2
D Dow Chemical	100,5	101
M Dresser	49,5	48,5
M Driefontein Cons.	43,2	45,7
D DuPont	163	164,5
H Dunlop	2,3G	2,3G
D Eastern Air Lines	16,5	17,55
F *Eastman Kodak*	119,5	121,5
F *Eaton*	152T	152T
F Elf Aquitaine	65,5	65
F Elkem	33G	33,5
F Emhart	75	75G
D Ericsson	67	69
M *Esselte Business*	57xD	57G
D Exxon	141	141
M Fed. Nat. Mortg.	61	61
D Fiat St.	7,1	7
D dgl. Vz.	6,1	5,95
F Finsider	0,1G	0,1
D Fisons	17bG	19,6G
M Fluor	41,3	41,6
D Ford	143	142
F Fujitsu	12,55	12,5
F *General Electric*	172,5	169
F General Food	–	–
F General Mining	24,5	24
D General Motors	188,5	187
D Gen. Shopping	97T	96T
D Gevaert	237T	237T
F *Gölster Br.*	71G	–
F Goodyear	72	72,5
H Grace	105	105
F *Greyhound*	80,5	80
D GKN	9,4G	9,3G
F Gulf Canada	38,1	38,2
D Halliburton	67,1	67,2
F *HCA Hospital*	89	90
M Hewlett Packard	87,1	86,6
F Highveld Steel	4,9	4,9
F dgl. o. O.	4,6	4,6G
F Hitachi	880	890
M Holiday Inns	145,2	147
F Homestake	61	60,1
M Hongkong Land	4,6	4,65
H *Hong.& Shang.Bk.*	2,6	2,6
D Hoogovens	68,2	67,9
D Hughes Tool	32,1G	32,1
M Hutchison Wh.	45,5	45,9
F IBM	364,8	361,5
F ICI	26,8	26,1
M *Impala Plat.Hold.*	20,5	21,3
M Imperial Oil	101,2	101
M Intern. Harvester	19,9	19,9
F *Inco*	31	31,4
F Int. T & T	89,2	89,9
D Istituto Fin. Ind.	18,5	18
F Italcementi	74	73
F Izumiya	16,7G	16,6
F Japan Line	1,2G	1,2G
M Jardine Math. Hold.	4,65bBr	4,6
D Jusco	11,3T	11,3T
F Kawasaki Kisen	2G	2G
F Kawasaki Steel	1,75	1,75
M Kloof Gold Min.	19bG	19,9
F Komatsu	6,55	6,5
D KLM	46,3	45,9
F Konishiroku Photo	9G	9
F Kubota	4,4G	4,4G
D Lafarge	200T	199T
D Litton Ind.	215	221
F Lone Star	81,5	82
D LTV	15,2	15,05
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	4,2G	4,3G
M Marudai Food	8G	7,8G
D Matsushita El.	14,6	14,6xD
M McDonald's	192	193
M Merill Lynch	85	84,9
F *McDonnell D.*	181	183G
M Medtronic	108,5	108,1
F *M.I.M. Hold.*	4,4	4,45
M *M.I.M. ADR's*	8,6	8,5
M Minerals & Res.	20,1	20,5
D Minnesota M.	208G	211xD
D Minolta Camera	13,5G	12,7G
F Mitsubishi Chem.	6,25	6,15
F Mitsubishi El.	4,4	4,4
F Mitsui Bk.	13,7G	13,7G
F Mitsui & Co.	5,2G	5,2G
F Mitsui Engin.	1,85G	1,8G
F Mitsui O. S. K.	2,75G	2,75G
F Mitsumi El.	10,5	9,5
H Mobil Corp.	81	82
F Monsanto	123	124
F *Montedison*	3,55	3,53
F Murata	25G	25,2
M Nat. Semicond.	31,1	31,1
M NCR	95,4	95,8
D Nat. Westminster	25,7T	25,8T
F NEC Corp.	14,3	14,8
F Pirelli	5,5	5,35bB
M Polaroid	97,1	98,7
M Prime Computer	50,2	50,2
F Procter & G	174	173
D Ramada Inns	19,2G	19,5
M Ranger Oil	10,8	11,5
F Reuter	112G	–
F Ricoh	14	15,6
F Rio Tinto NA-St.	19,75	20
F Rio Tinto Kumm.	–	–
H Robeco	70,5	70
F Rodamco	120	120
F Rockwell	93	93,5
H Rolinco	65,5	64
F Rorento	41	41
F Rothmans Int.	5	5
D Rowan Cos	20G	20,5
H Royal Dutch	165	165
M *Rustenb.Plat.Hold*	19,2bB	19
F *Saipem*	10G	10G
F Sanko Steamship	–	–
F Sanden Corp	6,5	6,5G
M *Sasol*	9,4	9,5
F Sanyo Elec.	4,95	5
F Sanwa Bk.	16T	16,75
M SASOL	6,7	6,6
F *Schering Plough*	147G	149,5
F Schlumberger	90	91,5
F Schw. Alum.	849,5	850bG
F Schw. Bankgesell.	6100	6000
F Schw. Bankv. PS	556	550
M Sears, Roebuck	97,6	94,8
F Seiyu Stores	9G	9,2G
F Sekisui House	11,5T	11,5T
F Selected Risk	52,5G	52,5G
F Shell Canada	45G	47
H *Shell T & T*	25,3	24,9
D Singer	97	98,5
F Snia Viscosa	7,1	6,95
D Solvay	–	296T
D Sony Corp.	48,2	47,6
F *Southwestern Bell*	208	208,1
D Sperry Corp.	147G	179,5
F Squibb	195	199
F Standard Oil	136G	136
F Stanley Elec.	10,5G	10,5G
F Steyr-Daimler-P	23,5	24,2
F Sumitomo	9G	9
F Sumitomo Heavy	2,7G	2,7G
D Sumitomo Metal	1,8G	1,8G
D Sun	152G	155G
M *Sunshine Mining*	16,2	16
F Swissair	1900T	1900G
F Tarsei Kens.	4,3G	4,5G
M Tandy	98bB	96,7
F Taiyo Yuden	11,5T	11G
F Telefonica	12	11,7
F Tenneco	104	103
D Texaco	105,5	104,5
F Texas Instruments	262,5	265
D Thomson-CSF	212	212
D Thorn Emi	14,1	14,5G
F Tokyo El.	15	14,5
D Tokyo Pac	360G	345G
F Tokyo Sanyo El.	7,8bB	7,7G
D Toray	6,5G	6,5
D Toshiba	4,6	4,6bG
M Toyota Motor	14	13,9
D Trans World Airl.	59	58T
F TRIO Kenwood	8,5G	8,5G
F *TRW*	200	208
F Tsumura Juteido	24T	24T
D UAL	128G	132T
H Unilever	325	328
F Union Carbide	154G	156
D Uniroyal	–	–
F United Techn.	109,4	108xD
F *US Steel*	69,9	70,4
M *US West*	210	211,7
M Vaal Reefs Expl.	16,4	16,5
F Veitscher Mag	–	–
D *Vmf-Stork*	211	215G
F Volvo A	84T	86
F dgl. Nam B	88,5	88,5
M Wang Labor	49,7	50bBrt
F Warner Commun.	89	89
F Warner Lambert	105,9	105G
F Wells Fargo	155	159
M Western Deep L.	79,8	80,4
M *Western Mining*	5,7	5,9bB
M Westinghouse El.	116	114,3
F Westl.-Utrecht H.	82	85
M Weyerhaeuser	75,2	75,3
D Xerox Corp	148	148

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM. **abweichende Stückelung. Kursive Pos.= aus Freiverkehr. Ohne Gewähr

WIE WÄR'S MAL WIEDER MIT EINER GUTEN MELDUNG?



Daß sich Träume und Hoffnungen auch heute noch lohnen. Daß man das Unmögliche möglich machen kann, beweist BUNTE jede Woche aufs neue. Lesen Sie heute die Geschichte des Mannes, der für seine physikalische Entdeckung des Jahrhunderts soeben den Nobelpreis bekam: Klaus von Klitzing. Jetzt in BUNTE.

Ausland

Amsterdam

	20.11.	19.11.
ACF Holding	247,5	244,8
Aegon	113,2	111,8
Akzo	138	136
Alg. Bk. Nederl.	543	543
Amev	79,5	80
Amro Bank	98	98,1
Berkel's Patent	40,3	40,5
Bijenkorf	78,5	80
Bols Lucas	103,5	104
Bredero	139	135
Buehrmann	155,5	117
Dessaux	115	115
Fokker	79	79,3
Gist Brocades	241	239,5
Oce-v. d. Grinten	372	372,2
Hagemeijer	54,9	54
Heineken Bierbr.	194,8	193
KLM	51,8	51,3
Hoogoven Kon.	76,2	76
Nationale Ned.	81	81,4
Ned. Lloyd Groep	198	194
Ommeren van	30,5	30,8
Pakhoed	79,1	80,2
Philips	55,6	55,3
Rijn-Schelde	11	11,5
Robeco	80,6	80,3
Rolinco	73	72,6
Royal Dutch	185,7	185,9
Credit Lyonnais BLN	96	95
Unilever	369,2	368
Ver. Masch.	245	245
Volker Stevin	30,7	29,8
Westland Utr. Hyp.	92,1	90
Index: ANP/CBS	232,90	235,50

Brüssel

Arbed	2765	2766
Brux. Lambert	2690	2620
Cockerill Ougree	211	210
Ebes	3900	3950
Gevaert	5010	4900
Kredietbank	12000	12000
Petrofina	7030	6950
Soc. Gen. d. Belg.	2380	2375
Sofina	8300	8380
Solvay	6010	5950
UCB	5580	5510
Index	2947,28	2919,09

Hongkong

	20.11.	19.11.
China Light + P	18,3	18,1
Hongkong Land	6,8	6,9
Hongk. - Sh. Bk.	7,95	7,75
Hongk. Teleph.	9,85	9,8
Hutch. Whampoa	27,9	27,5
Jard. Matheson	13,7	13,7
Swire Pac. »A«	30,25	29,6

Kopenhagen

	20.11.	19.11.
Den Danske Bank	383	386
Jyske Bank	750	755
Kopenh. Handelsbk.	333	336
Novo Industri	248	247
Privatbanken	333	336
Ostasiat. Komp.	240	241
Dan. Sukkerfabr.	480	475
For. Bryggerier St.	–	1090
Kgl. Porc. Fabr.	350	355

London

	19.11.	18.11.
Alt. Lyons	288	286
Anglo Am. Corp. $	10,75	10,875
Anglo Am. Gold $	60,5	59,5
Babcock Int.	174	172
Barclays Bank	457	452
Beecham Group	284	280
Bowater	315	311
B.A.T. Industries	293	295
BL	–	30
BLOC Int.	299	293
British Petroleum	593	585
British Aerospace	440	440
British Telcom	194	193
Britoil	228	225
BTR	378	376
Burmah Oil	297	298
Cable Wireless	640	633
Cadbury Schweppes	144	146
Charter Cons.	215	215
Cons. Gold. Fields $	5,07	5,09
Cons. Murchison	237,5	225
Courtaulds	179	162
De Beers $	4,33	4,3
Distillers	475	473
Driefontein $	16,375	16,375
Free St. Geduld $	21,375	21,375
General Electric	170	170
Guinness	311	315
Hawker Siddeley	435	429
ICI	697	699
Imperial Group	217	217
Lloyds Bank	502	499
Lonrho	171	171
Marks & Spencer	187	186
Midland Bank	447	449
Nat. Westminster	702	699
Plessey	126	126
Reckitt & Colman	595	590
Rio Tinto-Zinc	527	532
Rustenburg Plat. $	7,23	–
Shell Transp.	685	683
Thorn Emi	396	397
TI Group	415	416
Trusthouse Forte	160	153
Unilever	1720	1730
Vickers	305	306
Woolworth	583	583
Financial Times	1092,00	1083,70

Luxemburg

	20.11.	19.11.
ARBED	2800	2820
Arico	94	94
Audiofina	6400	6650
Bque. Gen. du Lux.	8900	8850
Bque. Int. du Lux.	8100	8100
Belgo Minière St.	0,18	0,18
Cegedel	2600	3630
Kredietbank Lux.	8900	8850
PAN Holding	9750	–
SCI Techn.	590	590
SEO	870	870

Madrid

Banco de Bilbao	413	410
Banco Central	340	340
Banco Popular	430	425
Banco de Santander	389	389
Banco de Vizcaya	551	548
Const. Aux. Ferro	–	114
Cros	–	–
Dragados	141,5	145
El Aguila	262	265
Esp. del Zink	–	350
Fasa Renault	–	–
Esp. Petroleos	141,5	143
Union Fenix	1500	1550
Fecsa	62	62,5
Hidroelectr. Esp.	88,25	86,5
Huarte	–	–
Iberduero	108	106
Macosa	–	58
Papalera	48	49,25
Seda de Barcelona	–	270
Sevillana de El.	83	83
Telefonica	144	141
Union Electrica	62,75	62
Explosivos RT	66	64,5
Urbis	72	75
Vallehermoso	74	76
Index	156,73	135,85

Mailand

Bastogi	470	470
Centrale Risp	–	–
Dalmine	760	758
Farmitalia C. Erba	14800	14999
Fiat	4975	5000
Fiat Vz.	4180	4230
Fin. Breda	6150	6030
Finsider A	–	–
Generali	67700	67300
IFI Vz.	13000	12770
Italcementi	50450	50500
Italgas	2100	2100
Magneti Marelli	2470	2470
Mediobanca	138000	138000
Mondadori A.	3540	3540
Montedison	2405	2415
Mira Lanza	38510	38510
Olivetti Vz.	5890	5820
dgl. St.	7800	7720
Pirelli SpA	3450	3500
La Rinascente	1040	1039
RAS	128000	125500
SAI Risp	26000	25800
SIP	2685	2685
Snia Viscosa	4700	4430
STET	3640	3640
Index	423,62	419,48

New York

	20.11.E	19.11.
Adv. Micro Dev	27	27,75
Aetna Life	51	50,375
Alcan Aluminium	25,375	25,125
Alcoa	33,75	33,625
Allied Chemical	47,875	47,5
Allis-Chalmers	3,375	3,375
AMR Corp.	41,625	42,25
Amax	11,625	11,5
Amerada Hess Corp	29,25	29,125
Am. Brands	59,75	59,75
Am. Broadcasting	119,375	119,25
Am. Can	62,125	62,375
Am. Cyanamid	57,75	58,125
Am. Express	48	48,5
Am. Home Prod.	59,75	59,625
Am. Motors	2,75	2,875
Am. Tel. & Telegr.	22,875	22,625
Ameritech	–	–
Amoco Corp.	66,125	66,25
Anchor Hocking	25,5	25,875
Armco Inc.	8,875	8,375
Asarco	17,125	17,125
Atlantic Richfield	66,125	66,25
Avon Products	27,5	27,375
Bally	16,125	16,125
Bk. of America	14,75	14,75
Bell Atlantic	97,5	97,5
Bell Howell	30,75	30,5
Bethlehem Steel	14,625	13,75
Black & Decker	19,5	19,5
Boeing	47,125	47
Borg-Warner	22,875	23,125
Bristol-Myers	62,125	62,25
Brunswick	40,125	40,125
Burlington Ind.	31,5	31,625
Burroughs	58,75	59,125
Campbell Soup	45,25	45,375
Caterpillar	38,75	39
CBS	115,5	116,5
Celanese	133,25	133,5
Centronics	4,5	4,5
Chase Manhattan	61,375	61,375
Chevron	37,75	38,125
Chrysler	43,625	44,125
Citicorp	45,5	45,5
Clorox	45,5	45,875
Coca-Cola	79,625	79,75
Colgate	30,375	30,25
Commodore	10,375	10,5
Comwth. Edison	29	29,125
Comm. Satellite	29,75	29,625
Control Data	18	18,125
CPC Int.	51	51
Curtiss Wright	37,75	37,875
CSX	28	28,25
Deere	27,25	27,125
Delta Airlines	39,125	39
Digital Equipm.	116,75	116
Dow Chemical	38,375	38,5
Du Pont	62,75	62,625
Eastern Gas-Fuel	23,75	23,875
Eastman Kodak	46,25	46,75
Exxon Corp	52,875	52,875
First Chicago	25,375	25,125
Firestone	19,5	19,5
Fluor Corp	15,875	15,875
Ford Motor	54,625	55
Foster Wheeler	11,625	11,75
Fruehauf	22,5	22,75
GAF Corp.	46,625	46,5
General Dynamics	68,625	68,125
General Electric	65,125	65,25
General Foods	–	119,875
General Instrument	16,5	16,5
General Motors	70,75	70,625
Gillette	69,5	69,25
Global Nat. Res.	3,875	4
Gen. T. & E.	42	41,875
Goodrich	32	32,125
Goodyear Tire	27,25	27,25
Gould	33,125	33
Grace	39,75	39,75
Greyhound	30,5	30,625
Grumman	31	30,875
Halliburton	25,5	25,625
Heinz	32	31,75
Hercules	37,625	37,5
Hewlett Packard	34,5	34,75
Homestake Mining	23,875	23,5
Honeywell	65,5	65,375
IBM	138,125	138,25
Inco Ltd	12,125	11,875
Inland Steel	22,5	21,625
Insp. Resources Corp	4,5	4,5
Int. Tel. & Tel.	33,25	33,5
Int. Harvester	7,625	7,5
Int. Paper	47,25	47,5
Int. North. Inc.	47,75	47,75
Jim Walter	38,25	38,25
Kaiser Aluminium	16	16
Kerr McGee	34,875	34,875
Lehmann	14,875	14,875
Litton Industries	81,75	82,125
Lockheed Corp.	48	48
Loew's Corp	48,875	48,75
Lone Star	33	32,25
Louisiana Land	36,25	36,25
LTV Corp.	5,875	5,75
Mc Dermott	19	19,5
Mc Donnel Doug.	68,75	68,875
Merck & Co.	121,625	121,5
Merrill Lynch	32,625	32,5
Mesa Petroleum	17,125	16,75
MGM (Film)	25,875	26
Minnesota M.	80,125	79,875
Mobil Oil	30,875	30,625
Monsanto	45,875	45,75
Morgan J.P.	55,875	55,875
Nat. Distillers	37,875	32,25
Nat. Semiconductor	12,575	12,75
Nat. Intergroup	26,125	25,5
NCR	36,75	36,625
Newmont	44,75	44,75
PanAm World	7,875	8
Pfizer	50,25	50,125
Phibro	42,875	42,625
Philip Morris	76,125	75,625
Philips Petroleum	13,125	13
Pittston	12,75	12,75
Polaroid	37,625	36,875
Prime Computer	19,75	19,625
Procter & Gamble	66,125	66
RCA	48,75	48,5
Revlon	57,375	57,375
Reynolds Ind.	27,625	27,625
Rockwell Int.	34,25	34,125
Rorer Group	36,125	36,375
Schlumberger	33,625	33,875
Sears, Roebuck	37,125	37,25
Singer	38	37,75
Sperry Corp.	49,5	49,25
Stand. Oil Calif.	37,75	38,125
Storage Techn.	1,875	1,875
Tandem	18,375	–
Tandy	37,375	37
Teledyne	279	280,25
Telex Corp.	51,625	51,875
Tesoro	10,625	10,625
Texaco	35,25	36,375
Texas Instrum.	103,5	104,625
Tosco	4,125	4
Trans World Corp	39,375	39,875
Transamerica	33,625	33,5
Travellers	46,5	46
UAL	49,625	49,5
Uccel Corp.	14,25	14,25
Union Carbide	60,125	58,875
Union Oil of Calif.	29,875	29,875
US Gypsum	43,125	42,75
US Steel	26	25,875
United Technologies	41,625	41,75
Walt Disney	95	95,625
Warner Comm.	34,5	34,625
Westinghouse El.	44	44
Weyerhaeuser	28,625	28,875
Whittaker	20,625	20
Woolworth	57,875	57,75
Wrigley	88,875	88,75
Xerox	56,5	56,5
Zenith Radio	18	18
Dow Jones Index am 20.11. 09.30 h NY	1441,40	1438,99
Stand. & Poors	198,69	198,67

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	19.11.	18.11.
Bergen Bank	172,55	171,5
Borregaard	456	453
Den Norske Cred.	182	180,5
Elkem	98,5	97,5
Kreditkassen	181,5	180
Norsk Data	440	439
Norsk Hydro	163,5	162,5
Storebrand	295	294
OSE Ind. Index	405,41	405,41

Paris

	20.11.	19.11.
Air Liquide	584	580
Alsthom Atlant.	390	382,5
Beghin-Say	269	276
BSN-Gerv.-Danone	2575	2585
Carrefour	2622	2616
Club Méditerranée	480	470
CSF Thomson	623	631
Bl-Aquitaine	208	204
France Petrol B	279	275
Hachette	1460	1460
Imetal	74	75
Lafarge	633	625
Lafayette	741	735
Locafrance	452	448
L'Oréal	2530	2525
Machines Bull	49	49,5
Michelin	1400	1354
Moët-Hennessy	2110	2085
Moulinex	58	58,7
Penarroya	55	56
Pernod-Ricard	721	725
Perrier (Source)	432	439
Peugeot-Citroën	440	429
Printemps	325	327
Radio Techn.	395	398
Redoute à Roubaix	1840	1839
Schneider	3625	3625
Sommer Allibert	656	635
Usinor	6,25	–
Index: INSEE	125,40	124,80

Singapur

	20.11.	19.11.
Cycle + Car.	3,1	3,14
Cold Storage	3,2	3,32
Dev. Bk. of Sing.	6	6
Fraser + Neave	6,6	6,7
Kl. Kepong	2,11	–
Mal. Banking	5,3	5,4
Nat. Iron	2,75	2,3
OCBC	8,6	8,7
Sime Darby	1,52	1,6
Singapur Land	2,59	2,64
Un. Overs. Bank	3,6	3,68

Sydney

	20.11.	19.11.
ACI	2,75	2,7
Ampol. Explor.	2,6	2,5
Westpacific Banking	4,5	4,48
Bridge Oil	2,5	2,3
Bougainville Copper	–	–
Brok. Hill. Prop.	8,56	8,58
Coles	4	3,95
CRA	5,5	5,42
CSR (Theiss)	3,34	3,32
Metals Expl.	0,38	0,4
MIM-Holdings	2,45	2,4
Myer Emporium	3,55	3,55
North Broken Hill	2,25	2,25
Oakbridge	1,33	1,4
Peko Wallsend	4,95	4,88
Poseidon	3,5	3,5
Thomas Nat. Tr.	2,38	2,3
Waltons Bond	0,32	0,32
Western Mining	3,17	3,22
Woodside Petr.	1,26	1,28
Index	986,40	983,90

Johannesburg

	19.11.	18.11.
Abercom Inv.	195	177
AE & Co Ltd.	8,75	–
Barlow Rand	12,65	12,8
DeBeers	14,9	14,5
Gold Fields	37,75	37,5
Highveld Steel	6	6,1
Kloof Gold Min.	25,25	26
Rembrandt	43	44
Rustenburg P.	25,5	24,5
Sasol	8,55	–
Vaal Reef	214	211
RDM Gold Index	971,50	950,20
RDM Ind. Index	–	–

Stockholm

	20.11.	19.11.
AGA A	153	160
Alfa-Laval A	260	233
Alfa-Laval B	–	–
ASEA Fria	309	307
Atlas Copco A	145	142
Electrolux B	240	181
Ericsson A	220	–
Saab-Scania	480	500
Sandvik A	495	–
SKF B	240	254
Volvo A	245	265
J & P Ind. Index	519,72	–

Tokio

	20.11.	19.11.
Alps.	1590	1460
Bank of Tokyo	734	730
Banyo Pharma	700	692
Bridgestone Tire	529	529
Canon	1120	1080
Daikin Kogyo	628	624
Daiwa Sec.	751	765
Daiwa House	859	857
Eisai	1250	1270
Fuji Bank	1430	1450
Fuji Photo	2050	2030
Hitachi	721	694
Honda	1170	1120
Ikegai Iron	349	340
Kansai El. P.	1850	1820
Kao Soap	968	970
Kirin Brewery	737	743
Komatsu	513	512
Kubota Iron	340	345
Matsushita El. Ind.	1170	1140
Matsushita El. Wks.	891	891
Mitsubishi El.	350	336
Mitsubishi H. I.	360	365
Nikko Sec.	756	757
Nippon El.	1250	1250
Nippon St.	154	155
Nomura Sec.	1050	1010
Pioneer	1620	1580
Ricoh	1150	1120
Sankyo	1100	1070
Sanyo Electric	400	405
Sharp	860	830
Sony	3890	3820
Sumitomo Bank	1580	1580
Sumitomo Marine	685	684
Takeda Chem.	879	888
Teijin	478	480
Tokio Marine	898	937
Tokyo El. Power	2500	2290
Toray	515	517
Toyota Motor	1140	1110
Index	996,83	991,63

Toronto

	20.11.E	19.11.
Abitibi Price	–	17,25
Alcan Alu.	34,875	34,5
Bk. of Montreal	33,375	33,25
Bk. of Nova Scotia	14,375	14,25
Bell Can Enterprises	42,875	42,875
Bluesky Oil	–	3,7
Bow Valley Ind.	16,5	16,25
Brenda Mines	–	8,375
Brunswick M & Sm.	–	12,125
Can. Imperial Bk.	41	40,75
Can. Pacific E.	28,625	28,25
Can. Pacific	17,25	17,25
Conelco Res.	2,75	2,84
Denison Mines	13,75	13,75
Dome Petroleum	3,35	3,25
Domtar	19,5	19,125
Falconbridge Ltd.	16,875	17
Great Lakes Forest	17,25	17,625
Gulf Canada	20,375	20,375
Gulfstream Res.	–	1,16
Hiram Walker Res.	34,125	34,125
Hudson Bay Mng.	6	6,125
Husky Oil	9,875	9,875
Imperial Oil »A«	53,25	53,25
Inco	16,625	16,25
Inter City Gas Ltd.	17,5	17,25
Interprov. Pipeline	–	44,75
Kerr Addison	–	15,75
Lac Minerals	35,25	34,875
Massey Ferguson	3,2	3,25
Moore Corp.	28	27,875
Noranda Mines	13,625	13,875
Norcen Energy Res.	–	15,375
Northgate Expl.	4,4	4,3
Northern Telecom.	44,5	44,375
Nova An Alberta »A«	6,5	6,5
Nu West Group	43	40
Oakwood Petrol	8,375	8,5
Placer Development	23,25	23,25
Provigo Inc.	13,5	13,5
Ranger Oil	5,75	5,625
Revenue Properties	–	1,95
Rio Algom	21,75	21,75
Royal Bk. of Can.	34	33,75
Seagram	60	59,875
Shell Canada	23,375	23,375
Sherritt Gordon	7,375	7,375
Stelco »A«	21,875	21,75
TransCan. Pipelines	22,125	22,375
Westcoast Transm.	16,875	[illegible]
Index: TSE 300	2803,00	2793,00

Wien

	20.11.	19.11.
Creditanst.-Bankv. Vz.	405	397
Gösser-Brauerei	519	512
Länderbank Vz.	380	370
Österr. Brau	530	515
Perlmooser Zement	690	665
Reininghaus	830	800
Schwechater Br.	340	325
Semperit	–	75
Steyr-Daimler-P.	163	145
Steyrermühl Papier	330	327
Universale Hoch.	280	275
Veitscher Magnesit	840	811
Index	110,09	107,92

Zürich

Alusuisse	665	690
dgl. NA	239	244
Aare-Tessin	–	–
Bank Leu	4250	4280
Brown Boveri	1940	1900
Ciba Geigy Inh.	3760	3750
Ciba Geigy Part.	3010	3070
Elektr. Watt	3580	3400
Georg Fischer Inh.	1170	1180
Mag.z.Globus Part.	1115	1135
H. La Roche 1/10	11750	11500
Holderbank	615	605
Italo-Suisse	310	325
Jacobs Suchard Inh.	7600	7550
Jelmoli	3500	3500
Landis Gyr	2250	2250
Mövenpick Inh.	5170	5140
Motor Columbus	1110	1110
Nestlé Inh.	8100	8160
Oerlikon-Bührle	1375	1350
Sandoz NA	3975	3950
Sandoz Inh.	10075	10075
Sandoz Part.	1705	1700
Art. A. Saurer	211	205
Schw. Bankges.	4960	4930
Schw. Bankverein	524	574
Schw. Kredit. A. Ind	–	–
Schw. Kredit. A. Inh	3430	3470
Schw. Ruckv. Inh.	13300	13300
Schw. Volksb. Inh.	2420	2440
Sika -B-	4150	4150
Gebr. Sulzer Part.	518	515
Swissair	1565	1560
dgl. NA	1270	1270
Winterthur Inh.	5750	5800
Winterthur Part.	4930	4975
Zür. Vers. Inh.	5575	5550
Index: Schw. Kred.	461,70	461,50

Inlandszertifikate

	Ausg. 19./20.	Rückn. 19./20.	Rückn. 18./19.
AAR-UNIV.F I	137,54	129,75x	129,75
Adilands	60,42	57,54	56,63
Adirenta	23,75	23,06	23,03
Adirewa	91,12	88,47	88,13
Aditec	92,45	88,05	87,52
Adiverba	146,21	139,25	138,11
Aegis Eink.-Fds.	41,50	39,51	39,26
Aegis Wachst.-Fds.	59,65	56,80	56,59
AGI Fonds	171,50	163,14	163,14
Akkumula	175,95	167,54	166,30
Alla Kapital Fds	33,73	31,36	30,93
Allianz-Rentenfonds	126,77	123,63	123,63
Analytik Fonds	32,01	29,76	29,41
Ara-Rendit.	55,31	53,39	53,42
AriDeka	50,79	48,76	48,25
Assecura I	74,50	74,13	74,13
Austr. Pazifik	46,97	45,55	45,71
Berenberg-U-Fonds	377,87	366,86	360,96
Berenberg-U-Renten	116,37	113,55	113,25
BW-Renta-Univ	52,16	50,89	50,89
BW-Wartberg-Univ.	114,17	110,04x	110,04
Colonia Rentenfonds	52,31	50,53	50,24
Concentra	34,22	33,39	32,93
dbi-Fonds V I	–	60,68	60,68
DekaFonds	47,28	44,97	44,28
DekaRent	34,37	33,37	33,16
DekaSpezial	209,53	199,06	196,69
DekaTresor	58,91	57,47	57,47
DespaFonds	84,96	80,71	80,71
DEVIF-Invest	89,00	84,74	83,74
DEVIF-Rent	53,40	51,85	51,78
DIFA-Fonds	180,80	171,70	171,70
DIFA GRUND	104,06	98,86	98,86
DIT Fonds f. Verm.	63,55	61,79	61,13
DIT Rohstoffonds	79,02	76,72	76,92
DIT Pazifikfonds	89,27	86,67	86,95
DIT Technologiefonds	76,23	74,01	74,13
DIT Fds.f.Wdl.u.Opt.A	111,53	108,81	107,95
Dt. Rentenfonds	85,61	83,93	83,95
Dt. Vermögensb. Fds. A	34,81	33,16	32,65
dgl. I	50,20	47,81	47,16
dgl. R	26,96	25,91	25,92
DWS Bayern Spezial	83,25	79,25	79,04
DWS Energiefonds	95,15	90,87	90,70
DWS Provesta	70,25	66,89	66,57
DWS Rohstoff Fds.	77,65	75,73	75,85
DWS Technologie Fds.	85,25	85,13	82,07
Fondak	64,84	61,75	60,89
Fondirent	83,89	81,45	81,15
Fondis	49,57	47,16	46,56
Fondra	103,04	98,13	96,96
FT Accuzins	152,72	128,85	128,46
FT Am Dynamik	23,83	21,80	21,77
FT Frankf. Eff. F	120,64	114,61	115,79
FT Interspezial I	25,48	23,31	23,15
FT Interspezial II	29,64	27,12	26,97
FT Interzins	42,78	41,53	41,55
FT Nippon Dynamik	72,37	66,22	66,13
FT Re-Spezial	179,66	170,68	170,61
Gerling Dynamik	63,04	60,37	59,97
Gerling Rendite	58,15	56,45	56,43
GKD-Fonds	71,90	69,13	68,46
Gothaer	94,92	91,62	91,55
Grundbesitz-Invest.	74,70	71,08	71,08
Grundwert-Fonds	134,48	127,47	127,33
Hbg.-M. Rentenfonds	55,56	53,42	53,43
Hansainternational	64,50	62,32	62,19
Hansaprofit	32,21	30,68	30,47
Hansarenta	50,06	48,37	48,37
Hansasecur	64,00	60,95	60,07
Hansazins	52,24	50,47	50,45
Haus-Invest	69,50	66,13	66,13
II-Fonds Nr. 1	117,00	111,30	111,30
dgl. Nr. 2	75,90	72,20	72,20
Industria	53,88	52,31	51,91
INKA-Global	73,50	69,90	69,50
INKA-Rent	52,70	50,50	50,50
INKA-Re-Invest	128,40	124,50	124,60
Inrenta	69,55	67,81	67,85
Interglobal	131,74	127,90	127,75
Inter-Renta	38,55	37,40	37,35
Intervest	91,00	86,64	85,85
Interkapital	25,50	25,60	25,60
Int. Rentenfonds	93,13	90,86	90,98
Investa	62,65	59,66	58,63
Investors Fds.	15,14	14,07	13,87
Japan-Pazifik-Fds.	65,67	63,76	62,65
Kapitalf. Spezial	123,95	114,63	113,98
Medico-Invest	110,13	102,90	102,10
Merkur I	76,06	76,06	76,06
NB Rent	58,79	57,07	57,00
Nordcumula	65,24	63,34	62,98
Nordrenta Int.	59,59	57,86	57,83
Nordstern-F. RK	52,97	51,17	51,05
Nürnberger Rentenfds.	52,20	49,82	49,81
Oppenh. Int. Rent.	103,81	100,78	100,73
Oppenh. Priva-Rent	113,75	110,43	110,12
Oppenheim-Privat	52,43	49,92	49,49
Oppenheim-Spez. I	122,01	118,45	118,44
Plusfonds	66,53	63,36	62,58
Privatfonds	61,70	58,75	58,51
Re-Inrenta	157,40	153,56	153,26
Regent-U-Fonds	124,22	118,38	118,55
Readkdeka	35,57	34,55	34,55
Rentak	154,38	146,64	146,67
Rentex	110,90	107,57	107,58
Rentensparfonds	57,79	56,11	56,11
Ring Aktien-Fds. DWS	46,25	44,14	43,67
Ring Renten-Fds. DWS	49,85	47,60	47,95
Säkular-U-Fonds	143,11	138,94	139,81
SMH-Rentenfonds	49,88	48,73	48,46
Südinvest 1	61,77	58,78	58,73
dgl. II	72,31	68,87	68,27
dgl. III	25,54	24,80	24,80
dgl. IV	78,81	75,78	75,24
Thesaurent	70,27	68,51	68,33
Thesaurus	204,57	199,58	197,09
Transatlanta	31,60	30,68	30,95
Unifonds	unerh.	unerh.	27,58
Uniglobal	91,40	87,02	86,58
Unirak	83,20	79,24	78,90
Unirenta	40,60	39,42	39,26
Unispezial I	72,20	68,68	68,70
Universal-Eff.-F.	81,93	80,32	80,19
Unizins	107,40	104,27	104,27
Verm-Aufbau-F.	118,46	112,82	111,93
Verm.-Ertrag-F.	104,55	100,53	100,43

Auslandszertifikate (DM)

Austro-Inv.	31,80	29,55	29,55
Bond Valor	105,79	102,99	102,90
Convert Fund A	31,00	29,50	29,40
Convert Fund B	89,30	84,90	84,70
Eurinvest	81,30	77,90	77,80
Euronion	163,17	150,39	148,27
Formular Sel.	85,13	79,60	79,60
GT Inv. Fund	56,40	53,40	53,30
Interspar	76,61	75,28	unerh.
Japan Sel	366,60	342,75	342,75
Unico	74,20	71,99	71,86

Fremde Währungen

Amerika-Valor sfr	499,75	473,25	476,50
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	193,71
Automation sfr	118,50	110,00	109,50
Bond-Invest sfr	67,75	66,25	66,25
Bond Valor Yen	9985,00	9704,00	9696,00
Bond Valor $	108,69	105,80	105,58
Bond Valor sfr.	104,08	101,15	101,10
Canasec	685,00	636,00	636,00
CSF-Bonds sfr.	79,00	75,25	75,25
Convert Valor sfr.	121,10	118,10	117,45
Convert Valor $	123,43	120,05	119,00
Dreyfus $*	14,49	13,26	13,28
Dreyfus Int. $*	43,05	40,47	40,48
Dreyfus Intercont. $*	37,15	34,92	34,97
Dreyfus Leverage $*	18,79	17,19	17,16
Energie-Valor DM	180,65	168,44	168,51
Europa Valor sfr.	186,75	175,00	171,50
Fonsa sfr.	174,50	170,50	168,00
Founders Growth $*	7,82	7,82	7,87
Founders Mutual $*	9,02	9,02	9,00
Goldmines hfl.	–	219,00	219,00
Intercont. Tr. sfr.	–	339,50	339,75
Intermiss sfr.	169,00	168,00	168,00
Intervalor sfr	87,25	82,00	82,00
Japan Portfolio sfr.	894,25	842,00	847,75
Kemper Growth $*	12,71	11,63	11,58
Noraminvest $*	–	2,22	2,22
Pacific-Valor sfr	158,75	145,25	146,00
Pharmafonds sfr.	280,50	261,00	260,00
Pioneer Fund $*	23,87	21,84	21,80
dgl. II $*	18,00	16,47	16,40
Schweizeraktien sfr.	469,00	438,75	433,75
Siat-Imm. sfr	1690,00B	1680,00G	1680,00G
Siat 63 sfr	1320,00B	1310,00G	1310,00G
Swissimmob. N.S. sfr	2670,00	2455,00	2455,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1365,00	1255,00	1255,00
Swissvalor sfr.	581,50	365,75	367,00
Technology $*	12,56	11,49	11,45
Technogrowth Fd.	104,36	98,47	98,47
Templeton Growth $*	11,78	10,78	unerh.
Universal B.S sfr	83,50	79,75	80,00
Universal Fund sfr.	122,15	117,79	117,51
Ussec	821,00	767,00	768,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Frankfurt: 19. 11. 1985

3985 Optionen = 218 800 (2222 Aktien), davon 665 Verkaufsoptionen = 34 280 Aktien

Kaufoptionen: AEG 1-200/46, 230/16, 270/ 108, 300/5, 4-170/70G, 180/58, 250/21G, 260/16, 270/14, 280/12, 290/10G, 300/8,1, 7-240/32B, 250/30G, BASF 1-210/56G, 227/40, 240/28,8, 250/19,1, 260/13, 270/10, 280/7,6, 300/4, 4-250/28G, 260/25, 270/24, 280/18, 290/14, 300/10,6, 310/10, 55, 320-7, 330/6, 7-270/33, 290/21,2, 300/20, Bayer 1-220/36, 230/26, 231/ 25, 240/15, 250/12,5, 260/7, 270/4,4, 280/4, 290/3,1G, 4-250/24, 260/19, 270/17, 280/15, 300/9,7, 310/6,4, 320/ 6, 7-260/31, 270/25,5, 290/20, BBC 1-250/41G, 4-320/21,2G, BHF 1-370/70B, 4-380/70, 400/40, 410/ 30, 7-390/85G, 440/45G, Bay. Hypo 1-370/70B, 400/53,75G, 4-390/73B, 420/46B, 430/ 41G, 7-430/56G, Bekula 1-100/15,1B, 110/6,8G, 120/1,2, 4-100/19,6B, 120/5,5B, 7-120/ 7G, BMW 1-520/100B, 550/55, 560/51, 570/ 50, 600/27,2, 620/22, 630/19, 640/12, 5G, 4-530/100, 570/75, 600/70, 610/50G, 640/35, 700/30, 7-800/22G, 900/19, Bay. Vereinsbk. 1-375/59, 400/55B, 4-440/39, 58, 450/30, Commerzbk. 1-210/60G, 217,75/ 68, 220/45, 230/44, 240/36, 250/24, 260/21, 270/18, 290/9, 300/8, 380/11, 5, 4-220/64,25B, 230/55, 240/46, 7-250/50G, 260/45, 270/40, 280/34, Conti 1-150/18B, 160/10, 170/6,4, 180/4,5G, 4-150/29,9G, 160/22,5, 170/16G, 180/14,4, 190/10,4, 7-170/30, 180/23,6G, Daimler 1-1000/235, 1100/147, 1150/100, 1300/53, 4-1000/300, 1100/200, 1400/142, 1500/ 64, 7-1200/210G, 1300/150, 1500/100B, Dt. Babcock St. 1-180/50, 190/45B, 200/40B, 230/11G, 240/10,5, 4-220/40G, 240/30,5, 260/15, 7-200/65B, 250/28, Dt. Babcock Vz. 1-170/51,25B, 180/42,9B, 190/35B, 210/19,3G, 220/13G, 4-180/45G, 190/41B, 240/14,4G, 7-200/50B, Deutsche Bk. 1-600/120B, 620/70B, 650/80, 700/35, 720/30, 730/16,9, 700/80B, 4-720/70, 740/65B, 7-750/89G, 760/70G, Degussa 7- 500/29,2G, Dresdner Bk. 1-260/77, 270/70G, 290/47, 300/27, 310/34, 330/30, 340/ 19, 360/10B, 4-280/75, 290/70, 300/65, 310/55, 320/50, 330/49B, 340/42B, 360/31, 370/24B, 380/22, 400/15,4, 7- 370/30, 390/25B, 400/22, GHH St. 1-180/46, 210/30G, 4-210/39B, 220/30G, 7-220/35B, 230/25G, GHH Vz. 1-160/45B, 170/30G, 4-200/ 23B, 210/20G, 220/10G, Harpener 4-380/15, 6B, Hoechst 1-240/25,3, 250/10,5, 260/6, 270/5, 290/3, 4-260/20, 270/17, 280/13,5, 290/10, 7-270/27B, 280/21B, 300/ 14, 320/10, Hoesch 1-110/55, 120/45G, 130/35, 140/29, 150/17, 160/15, 170/8, 6, 180/5,6, 190/3,8, 4-110/60G, 120/50, 130/43, 140/35, 150/30, 160/25, 170/19,5, 180/17, 190/13, 200/10, 210/8, 7-140/42G, 150/37, 160/30, 170/28, Karstadt 1-270/50, 280/40G, 300/24B, 310/18,6, 320/15, 550/6,5, 4-310/56, 330/30B, 340/23, 350/15,4, 3270/6,4G, 7-340/35G, Kaufhof 1-300/ 29,2G, 4-320/55G, 330/29,2G, 340/25,5B, 3580/20,4G, 7-320/49G, KHD 1-320/ 21,2G, 330/10G, 4-350/25, Klöckner 1-60/35, 5, 70/25,8, 75/21B, 80/17, 85/13, 90/11,1, 95/8,5, 100/6, 110/3, 4-70/ 34B, 75/30, 85/25,5, 90/19,4, 95/13, 100/10, 110/7,5, 120/5,5, 7-85/28B, 95/20B, 110/12, 120/11, Lufthansa St. 1-230/10G, 240/6G, 4-240/18,6B, 250/16, 7-250/23G, Lufthansa Vz. 1-225,5/21B, 240/6, 4-240/ 15,9, 7-240/19,4G, Linde 4-620/17G, 7-630/ 30G, MAN 1-200/15G, 4-170/40B, 500/35B, 7-200/42B, Mercedes 4-1100/200B, 1200/142B, 1350/82B, 1400/40B, 7-1400/90, 1600/34, Metallges. 1-300/46B, 310/26,2G, 330/9,8B, 340/9G, 4-310/40G, 360/17, Mannesmann 1-200/61, 210/51, 220/45B, 230/32, 240/ 25,6, 250/22, 260/19, 270/13, 280/7, 290/4,4, 4-200/75B, 210/65B, 220/53,75, 230/44, 240/39, 250/34B, 260/30B, 270/25, 280/20, 290/18, 300/16,4, 7-260/ 43B, 270/38, Nixdorf 1-600/18B, 4-600/39, 630/25 7-650/30G, Preussag 1-250/18B, 260/15, 270/10, 280/9,4G, 290/8B, 300/5, 4-250/27B, 260/24, 2G, 270/2, 280/20B, 290/18, 300/15, 7-300/26,2, 320/14, RWE St. 1-190/16B, 200/10, 210/7,5, 220/5, 230/3B, 240/7B, 4-200/20, 210/15G, 220/10G, 230/8,5, 240/7, 7-210/24,6B, 230/12, RWE Vz. 1-170/33B, 180/23B, 200/8B, 210/5, 4-190/23, 200/17B, 230/9, 240/6, 7-240/ 84, Schering 1-500/167,2, 540/125, 4-720/ 42G, 750/30G, 780/25, 7-750/47, Kali + Salz 4-330/40, 7-360/ 40, Siemens 1-610/72G, 620/62, 630/55, 640/50, 650/45, 660/40, 670/35, 680/ 30, 690/22G, 700/15, 710/11, 4-600/116, 6, 610/105, 620/100, 640/83G, 650/73, 660/70G, 670/65G, 680/57, 690/55, 700/45, 720/39,5, 730/35, 7-720/58,75, 750/48, Thyssen 1-110/62G, 120/55B, 130/ 45B, 140/34, 160/17,4, 170/12, 180/6, 5, 190/6, 200/3,6, 4-120/65B, 130/50G, 140/45B, 150/33, 160/29,9, 170/22,8, 180/17,9, 200/14, 210/8, 220/7, 7-170/32, Veba 1-221/45, 241/50B, 260/17,4, 270/ 11G, 280/8B, 290/6, 4-221/56, 231/50, 240/44, 250/37G, 251/36G, 260/26, 261/24,8, 270/22B, 280/20, 290/16, 7-240/28G, VEW 1-123/20,8B, 140/6,6B, 150/3,4G, 4-123/27B, 153/18,4G, 140/13G, 150/6,8, 7-150/14,6, 160/10, VW 1-360/55,5, 370/51, 390/32, 400/31, 410/30, 420/21B, 430/20, 450/12,9, 470/9, 490/7, 500/5,5, 510/4, 4-410/55, 450/35G, 480/32B, 520/20B, 530/17, 7-420/63,75, 460/63, 480/49, 500/39G, Alcan 1-65/5,9G, 70/3,3B, 75/2, 4-65/ 10,5G, 70/7G, 75/5,3, 7-65/11,3G, 70/9, 5G, 75/7,5, Chrysler 1-100/22, 110/12,1, 120/8, 4-110/24G, 120/19, 130/15, 7-110/ 28,2G, 120/27, 130/22, General Motors 1-180/20G, 190/15G, 200/8G, 4-190/29,2G, 200/25G, 210/18, 220/16G, 230/10G, 7-200/35G, 210/30, IBM 1-340/25, 370/23G, 380/15, 390/13, 400/10,5, 4-350/72,25B, 370/53,75, 380/45B, 390/39, 400/31, 7-300/110G, 370/ 60, 380/54, 390/49,9, 400/44,5, Litton 1-720/21,2G, 4-220/24,2G, 7-230/18,5G, Norsk Hydro 1-40/15, 45/10,6, 50/9B, 55/5, 60/3, 4-35/24, 40/19G, 50/12,5, 55/10, 60/7,5, 65/5,6, 7-40/24,8, 45/19,3, 50/17, 60/11, Philips 1-40/11,5, 45/7, 50/4, 55/2, 4-40/14G, 45/11, 50/7,9, 55/6, 60/3,8, 65/3,48, 7-40/19,6, 45/ 13, 50/10, 55/7,6, 60/6,6, 65/5, Sony 1-45/7,5B, 4-50/5,6, 55/2G, 7-50/7, 55/4, 6G, Sperry 1-130/10, 4-140/13G, Xerox 1-15/7, 4, 140/16,5G, 4-140/24,8, 150/17,7, 7-150/ 27,

Verkaufsoptionen: AEG 1-200/4,5, 210/6, 4, 220/8,6, 230/10,4G, 4-200/4,9, 210/ 7, 220/10, 230/14, 7-200/8B, 210/12,5G, BASF 230/0,85, 240/ 1, 250/1,4, 260/5, 4-230/1, 240/2,7, 250/5,6, 260/12,9, 7-220/1, 230/2, 240/ 5, 250/7,75, 260/14, Bayer 1-230/2,4, 240/3, 250/5, 7-240/5,4, Bay. Hypo 4-420/ 10G, 7-420/15, Bekula 1-110/1,4G, 4-110/2,9B, BMW 1-580/8, 4-540/17, 550/19, 580/22,5G, Bay. Vereinsbk. 1-420/8, 4-420/10G, 7-420/18B, Commerzbk. 1-250/3,7, 260/4, 270/8,1, 4- 240/3B, 250/8,5, 260/10, 270/21, 7-230/ 4, 260/15, Conti 1-168/4G, 170/15B, 4-160/6, 7-160/8B, Daimler 7-1200/100, Dt. Babcock St. 1-200/3,1B, 4-200/6B, Deutsche Bk. 1-680/5, 5, 690/14, 700/16,6B, 4-660/3, 670/6, 9G, 680/11G, 690/20,8, 7-660/8G, 670/15, 680/20, 690/31, 700/ 40, Dresdner Bk. 1-310/3G, 320/4, 330/7,6, 340/10G, 4-320/6,1, 330/12,1, 340/19,5, 7-310/4G, 320/13, 330/15, GHH St. 1-210/ 2B, 220/4G, 4-210/6,7, 230/10,5G, 7-220/10G, Harpener 1-340/6G, Hoechst 1-240/3, 250/6, 4-240/4,5, Hoesch 1-150/1,5B, 160/3B, 4-140/1,9, 150/2, 160/5, 7-150/3,5, 160/8, Karstadt 4-290/2G, 300/4G, 310/7G, Kaufhof 4-310/9G, KHD 1-320/10B, Klöckner 1-85/2, 95/2,8G, 4-85/2B, 90/3,6, 95/6, 100/6,9G, 7-85/2,5B, 95/7, Lufthansa St. 4-220/9, Lufthansa Vz. 4-210/7,2G, MAN 1-190/3G, Mannesmann 1-240/1,5B, 250/2,9, 260/6, 4-240/2, 250/6, 260/9, 7-260/14, Preussag 1-250/11, 270/30, 4-240/8G, 250/16, 260/ 24,2G, 7-260/29,8, RWE St. 1-200/4,4G, 4-200/6, 9, 7-190/5B, Schering 1-630/9, 7-650/20G, Kali + Salz 1-350/25B, Siemens 1-640/8,2, 650/15B, 4-630/7, 7-630/15, Thyssen 1-150/1B, 160/1,4, 170/4, 4-170/8,1, 7-140/2, 160/ 5, 170/10, Veba 1-260/4,5, 270/15B, 4-260/ 7B, 270/20,8B, 7-260/9, 270/25G, VW 1-380/ 3, 390/6, 400/7, 400/12, 7-400/15G, Alcan 4-60/2B, 65/3,8B, 70/5B, 7-65/4,4B, 70/5,8, Chrysler 1-120/3,6B, 7-100/3,1, 120/8B, General Motors 7-170/4, IBM 1-350/3, 9, 4-320/2, 330/2,5, 350/5,4G, 7-320/4, 350/11, Litton 4-200/5G, Philips 45/1,4, Sperry 4-120/3,2G

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 159,96 (147,54); Elektrowerte: 304,07 (297,11); Autowerte: 613,66 (592,81); Maschinenbau: 168,66 (166,74); Versorgungsaktien: 148,05 (147,65); Banken: 334,30 (327,27); Warenhäuser: 123,22 (119,49); Bauwirtschaft: 379,88 (379,22); Konsumgüterindustrie: 129,94 (128,84); Versicherung: 1240,50 (1227,18); Stahlpapiere: 168,67 (166,76)

Kursgewinner:

Hartw. Obera. St.	250,00	+35,00	+16,2%
Phoenix	153,00	+13,00	+9,2%
Wibau	9,60	+0,60	+6,6%
Bremer Vulkan	128,50	+6,50	+5,3%
Triumph Int.	61,00	+3,00	+5,1%
Rhein. Hypo	442,00	+21,00	+4,9%
Colonia	655,00	+30,00	+4,8%
Brau AG	284,00	+13,00	+4,7%
Allweiler Vz.	226,00	+10,00	+4,6%
Magdeburger Feuer	950,00	+40,00	+4,5%

Kursverlierer:

Hemmor	230,00	-20,00	-8,0%
MAN Roland	446,00	-28,80	-4,8%
Stumpf St.	117,00	-6,00	-4,8%
Veith-Pirelli	276,00	-14,00	-4,8%
Stempel	240,00	-12,00	-4,7%
WMF Vz.	142,00	-7,00	-4,6%
Deckel	211,00	-9,00	-4,0%
Grünzw. Hartm.	112,20	-4,30	-3,6%
Thür. Gas	405,00	-15,00	-3,5%
Westafr. Vict.	76,00	-2,60	-3,3%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 560,00 T, Kötitzer 1950,00 bB, VAB 3000,00 G
Düsseldorf: BASF 251,50, Contigas 325,00 G, IWK –, Linde 555,00, Metallges. 285,00 T, Nixdorf 552,00, Schering 645,00, VEW 136,00 T
Frankfurt: Allweiler St. 274,00 G, Allweiler Vz. 215,00 G, BASF 251,50, Contigas 320,00, Frankona 490,00 T, IWK 318,50, Linde 580,00, Magdeburger Feuer 490,00 G, Magdeburger Feuer NA 1350,00 G, Metallges. 285,50, Moto Meter 208,00, Nixdorf 553,00, Schering 646,00, VEW 134,00 bG, Wibau 7,70
Hamburg: Schering 645,00 G
München: BASF 252,00, Bremer Wolle 185,50 bG, Contigas 317,00, Isar Amper 340,00 bG, IWK 315,00 TG, Linde 540,00 G, Metallges. 290,00 T, Nixdorf 546,00 bG, Schering 630,00 bG, Stumpf 120,00 bG, VAB 3050,00 G, VEW 135,20, Wanderer 550,00bG
Bezugsrecht: Deutsche Bank Verhältnis 15:1:450 DM – Altaktie: 693,50 DM – Bezugsrecht: 15,90 DM

Devisenmärkte

Die überraschende Wende an den US-Bonds-Märkten, immerhin fiel die Rendite für 30jährige Papiere erstmals seit 5½ Jahren auf unter 10 Prozent, ließ am 19. November den US-Dollar in New York auf 2,6125 zurückfallen. Der Kurs wurde daraufhin in Europa nochmals zurückgenommen, und es entwickelte sich ein etwas lebhafterer Handel bis zu 2,6050. Der Druck nahm jedoch sehr schnell ab, so daß sich der Kurs ohne Mühe zwischen 2,6050 und 2,61 stabilisieren konnte. Die Bundesbank griff nicht ein und blieb auch bei der Notiz von 2,6078 abseits. Im Gegensatz zu gestern dominierten geringe Minuskorrekturen für die übrigen Währungen. US-Dollar in: Amsterdam 2,9330; Brüssel 52,675; Paris 7,9475; Mailand 1763,00; Wien 18,3250; Zürich 2,1363; Ir. Pfund/DM 3,095, Pfund/Dollar 1,4292; Pfund/DM 3,727.

Devisen und Sorten

19.11.85	Frankf. Devisen Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	2,6058	2,6118	2,5852	2,56	2,65
London[2]	3,720	3,734	3,662	3,65	3,80
Dublin[2]	3,088	3,102	3,051	3,01	3,16
Montreal[1]	1,8906	1,8986	1,8756	1,83	1,95
Amsterd.	88,885	89,025	88,57	87,75	89,50
Zürich	121,97	122,17	121,99	120,50	123,81
Brüssel	4,941	4,961	4,902	4,80	5,00
Paris	32,735	32,895	32,445	31,75	33,50
Kopenh.	27,615	27,735	27,37	26,50	28,25
Oslo	33,195	33,315	32,605	32,25	34,00
Stockh.**	33,215	33,375	32,59	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,4745	1,4845	1,447	1,43	1,55
Wien	14,205	14,245	14,185	14,13	14,35
Madrid**	1,621	1,631	1,582	1,53	1,65
Lissabon**	1,59	1,61	1,512	1,20	2,00
Tokio	1,2845	1,2875	–	1,23	1,30
Helsinki	46,48	46,68	45,705	45,50	47,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,673	1,727	–	1,00	1,80
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,755	1,774	–	1,70	1,80
Johannbg.*	0,9555	0,9895	–	0,75	1,10
Hongkong*	33,31	33,59	–	–	–

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Am 16. November 1985 starb nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann

Wilhelm Bosse

im Alter von 79 Jahren.

In großer Traurigkeit
Erna Bosse geb. Abramowski
und alle Angehörigen

Schellingstraße 3
2 Hamburg 76

Trauerfeier am Dienstag, dem 26. November 1985, um 13.00 Uhr in der Versöhnungskirche, Eilbecktal, Hamburg 76.
Anschließende Beisetzung auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf im Grabgarten des Rauhen Haus.

In Liebe und Dankbarkeit müssen wir Abschied nehmen von unserer lieben Cousine

Erna Köpke

Oberstudienrätin i. R.

* 5. November 1905 † 17. November 1985

In stiller Trauer
Walter Wilmerstädt und Frau Ursula
zugleich im Namen aller Angehörigen

Buschblick 124, 2300 Kiel 17

Trauerfeier am Montag, dem 25. November 1985, um 13.00 Uhr in der Halle B des Krematoriums Hamburg-Ohlsdorf.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

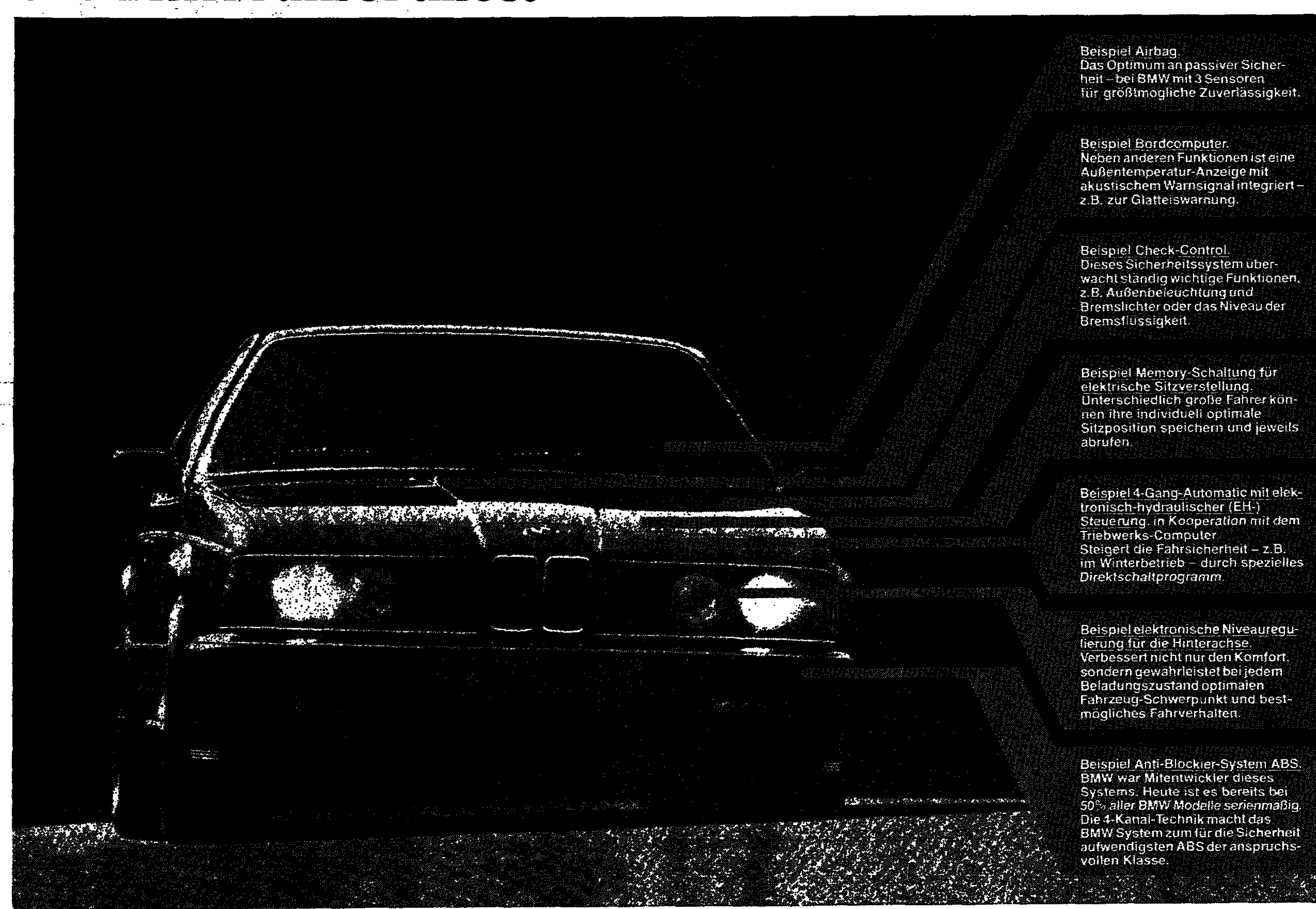
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

10 Jahre BMW Sicherheits-Elektronik.

Ein Vorsprung, von dem heute alle etwas haben. Und BMW Fahrer alles.



**»Elektronik treibt die Auto-Entwicklung« und »Der Fortschritt auf der IAA kommt weitgehend aus dem Computer« – zwei Beispiele (Süddeutsche Zeitung Nr. 212/85) für typische Presse-Kommentare zur diesjährigen Automobil-Ausstellung in Frankfurt.
Und neue Belege dafür, daß BMW als Elektronik-Pionier beim Automobil dem Fortschritt für alle entscheidende Impulse gegeben hat.**

**Wer sich über den Fortschritt bei der Automobil-Sicherheit informiert, wird feststellen:
Zu mehr Sicherheit führt mehr Automobil-Elektronik. Und bei Automobil-Elektronik führt BMW.**

**BMW hat nicht nur früher die grundlegende Bedeutung der Elektronik für die Zukunft des anspruchsvollen Automobils erkannt.
BMW hat sie schon seit 1975 konsequent zur Lösung komplexer Probleme eingesetzt.
Und dieser Vorsprung an Know-how zahlt sich nicht nur bei der Triebwerks-Elektronik oder bei Prüf-, Warn- und Informationssystemen aus.
BMW Fahrer profitieren davon ganz besonders auch bei der Sicherheits-Elektronik.**

**Mit der längsten Erfahrung in diesem Bereich ist es BMW auch möglich, neue Probleme schneller und zuverlässiger zu lösen.
Ein Beispiel dafür ist die Sensortechnik, die der Elektronik die nötigen Informationen über vielfältige mechanische und thermische Funktionsabläufe vermittelt. Ohne höchste Zuverlässigkeit bei dieser Sensortechnik wären *viele wichtige Sicherheits-Einrichtungen* überhaupt nicht denkbar.
BMW hat durch den konsequenten Einsatz von Elektronik im eigenen Modell-Programm dieser zukunftweisenden Automobil-Technologie zum Durchbruch verholfen.
Mit dem Erfolg, daß jetzt nach und nach auch Fahrer anderer Marken bei neuen Automobilen den einen oder anderen Vorteil der Automobil-Elektronik geboten bekommen.
Wenn Sie aber all das, was für viele heute noch Zukunftsmusik ist, jetzt schon haben wollen, heißt die klare Entscheidung BMW.**

Coupon

**Bitte ausfüllen und absenden an
BMW AG,
Kundeninformation CHC,
Leuchtenbergring 20, 8000 München 80.**

**☐ *Ich möchte mehr über die BMW* Sicherheits-Elektronik wissen.
Bitte schicken Sie mir die BMW Technologie-Broschüre.**

**Ich interessiere mich für einen BMW der
☐ 3er Reihe ☐ 5er Reihe ☐ 6er Reihe
☐ 7er Reihe
speziell den ____________**

Name ____________

Vorname ____________

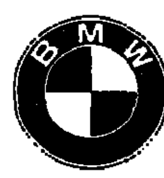
Straße ____________

PLZ ______ Ort ____________

Telefon ____________

Z0040130

BMW in Btx * 20900 #



**BMW –
aus Freude am Fahren**

Öffentliche Langläufer gesucht

Angeregt durch die vorangegangene feste Tendenz des US-Bonds-Marktes verstärkte sich bei den öffentlichen Anleihen die Nachfrage. Einzelne Emissionen mit langen Laufzeiten wurden bis 0,60 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die freundlichere Tendenz hatte sich schon vorbörslich abgezeichnet. Nur bestand Unsicherheit darüber, ob sie sich bis zum Börsenbeginn halten würde. Bei den DM-Auslandsanleihen gab es nur geringe Bewegungen. Ähnlich stand es mit den Pfandbriefen wo die Stimmung zur Zeit besser als die Lage ist.

Warenpreise – Termine

Meist gut behauptet schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kupfer lag deutlich schwächer. Während Kaffee kräftig zulegen konnte, mußte Kakao Abschläge hinnehmen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	19.11.	18.11.
Dez.	344,75	338,75
März	340,25	337,00
Mai	316,50	314,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	277,50	276,90
Am. Durum	274,44	273,84

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	118,40	118,30
März	124,00	123,80
Mai	127,70	126,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	102,00	101,50
März	102,40	102,00
Mai	103,50	–

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	124,50	122,50
März	132,00	130,25
Mai	136,25	135,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	241,75	239,00
März	242,00	242,50
Mai	244,00	244,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	106,70	106,00
März	112,50	111,60
Mai	115,10	114,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	19.11.	18.11.
Dez.	156,75	155,50
März	160,90	159,25
Mai	163,35	161,60

KAKAO New York ($/t)	19.11.	18.11.
Dez.	2048	2060
März	2138	2150
Mai	2195	2205
Umsatz	1423	1849

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,15	5,02
März	5,82	5,73
Mai	5,99	5,90
Juli	6,16	6,09
Sept.	6,32	6,23
Umsatz	6420	10747

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,15	5,38

KAFFEE London (£/t) Robusta	19.11.	18.11.
Nov.	1840-1844	1855-1845
Jan.	1880-1886	1885-1890
März	1901-–	1888-1889
Umsatz	2577	2641

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1623-1625	1646-1647
März	1670-1671	1687-1688
Mai	1695-1696	1710-1714
Umsatz	2120	1428

ZUCKER London (£/t) Nr.6	19.11.	18.11.
Dez.	136,80-–	134,80-139,00
März	152,80-153,20	150,60-150,80
Mai	156,80-157,40	154,80-155,00
Umsatz	2387	2450

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg) schw.	20.11.	19.11.
Saraw.spez.	895,00	895,00
weiß.Saraw.	1057,50	1057,50
weiß.Munt.	1067,50	1067,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	19.11.	18.11.
Jan.	112,70	113,00
März	113,20	113,55
Mai	113,70	114,10
Juli	114,00	114,10
Sept.	111,75	111,70
Umsatz	400	400

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUßÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	19.11.	18.11.
	43,00	43,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,00	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	20,06	20,07
Jan.	20,16	20,16
März	20,35	20,45
Mai	20,55	20,70
Juli	20,70	20,80
Aug.	20,65	20,80
Sept.	20,50	20,65

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	18,00	18,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	21,00	21,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,75	12,75

TALG New York (c/lb)		
top white	14,75	14,75
fancy	14,25	14,25
bleichf.	14,00	14,00
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	47,05	46,45
Feb.	47,65	44,70
April	40,95	40,15

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	60,25	59,30
März	60,60	59,80
Mai	61,80	60,85

HÄUTE Chicago (c/lb)	19.11.	18.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	65,00	65,00
Kühe einh. schwere River Northern	65,00	65,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	491,00	490,00
Jan.	499,25	492,50
März	508,00	501,50
Mai	515,50	509,00
Juli	520,75	514,00
Aug.	520,00	513,00
Sept.	508,00	502,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	139,30	135,50
Jan.	139,50	135,70
März	140,30	137,00
Mai	141,50	138,50
Juli	142,00	139,00
Aug.	142,00	139,00
Sept.	140,00	138,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	19.11.	18.11.
Dez.	294,10	291,00
März	302,90	299,50
Mai	308,50	305,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	19.11.	18.11.
	17,75	17,75

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	20.11.	19.11.
cif	930,00	950,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	520,00	520,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	362,50	355,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	136,00	135,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	395,00	400,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	235,50	235,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	19.11.	18.11.
Dez.	61,38	60,75
März	61,85	61,50
Mai	62,27	61,92
Juli	61,40	61,17
Okt.	54,80	54,18
Dez.	52,50	52,40

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,00	42,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	20.11.	19.11.
Dez.	449-450	448-451
Jan.	461-466	466-470
März	466-469	475-476
Umsatz	55	105

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	19.11.	18.11.
Dez.	51,15	51,15
März	51,15	51,15
Mai	51,50	51,50
Juli	51,50	51,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	19.11.	18.11.
Dez.	593,50-594,00	593,00-596,00
März	615,00-618,00	616,00-618,00
Mai	624,00-629,00	634,00-639,00
Umsatz	23	15

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	20.11.	19.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	19.11.	18.11.
Nov.	12364	12401
Dez.	12366	12386

KAUTSCHUK London (p/kg)	19.11.	18.11.
Nr.1 loco	56,00-59,00	56,00-59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Febr.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	19.11.	18.11.
Dez.	178,50-179,50	179,00-180,00
Jan.	179,50-180,50	180,00-181,00
Nr. 2 Nov.	172,00-173,00	172,50-173,50
Nr. 3 Nov.	169,50-170,50	170,00-171,00
Nr. 4 Nov.	164,50-165,50	165,00-166,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	20.11.	19.11.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		20.11.	19.11.
ALUMINIUM: Basis London lfd. Mon.	geschl.		247,94-248,12
dritt. M.			256,71-256,90
BLEI: Basis London lfd. Mon.	geschl.		102,69-103,06
dritt. M.			103,81-103,99
NICKEL: Basis London lfd. Mon.	geschl.		1047,39-1051,12
dritt. M.			1064,19-1067,92
ZINK: Basis London lfd. Mon.	geschl.		149,73-150,48
Prod.-Pr.			174,99
REINZINN 99,9 %		ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	20.11.	19.11.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)		20.11.	19.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*		geschl.	364,25-367,42
BLEI in Kabeln		geschl.	110,50-111,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.		geschl.	455,00-458,50
Vorz.dr.			464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	20.11.	19.11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe		322-325
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	geschl.	354
MS 63		345-347

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	20.11.	19.11.
Leg. 225		315
Leg. 226	geschl.	317
Leg. 231		350-352
Leg. 233		360-362

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	20.11.	19.11.
PLATIN (DM/g)	geschl.	30,20
GOLD (DM/kg Feingold) Bank-Vkfpr.	geschl.	27680
Rückn.-Pr.		26930
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.		27740
Rückn.-Pr.	geschl.	27020
verarbeitet		29100
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	geschl.	27220
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.		524,30
Rückn.-Pr.	geschl.	508,60
verarbeitet		547,30

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	20.11.	19.11.
10.30	325,05	324,10
15.00	325,65	324,35
Zürich mit.	325,80-326,30	324,10-324,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	83450	83450
SILBER (p/Feinunze) London Kasse	428,90	426,05
3 Mon.	440,90	437,85
6 Mon.	454,35	449,15
12 Mon.	475,65	472,35
PLATIN (£/Feinunze) London	19.11.	18.11.
fr. Markt	233,95	233,55
PALLADIUM (£/Feinunze) London	19.11.	18.11.
f. Händl.-Pr.	70,05	70,05

New Yorker Metallbörse

	19.11.	18.11.
GOLD H & H Ankauf	324,60	323,75
SILBER H & H Ankauf	611,50	608,50
PLATIN f.Händl.-Pr.	336,00-341,00	336,00-341,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	100,50-101,50	100,00-101,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	609,40	608,70
Dez.	610,50	618,00
Jan.	615,40	614,90
März	623,00	625,00
Mai	631,90	631,50
Juli	640,50	639,50
Sept.	649,50	649,30
Umsatz	15000	10000

KUPFER (c/lb)	19.11.	18.11.
Nov.	59,60	60,50
Dez.	59,70	60,70
Jan.	60,10	61,05
März	60,65	61,79
Mai	60,95	62,05
Juli	61,20	62,30
Sept.	61,65	62,60
Umsatz	13000	6500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	20.11.	19.11.
mitt. Kasse	659,00-659,50	664,50-665,50
3 Mon.	682,50-683,00	688,00-688,50
BLEI (£/t) mitt. Kasse	272,00-272,50	274,00-275,00
3 Mon.	277,00-277,50	278,00-278,50
KUPFER Highergrade (£/t) mitt. Kasse	946,50-947,00	954,50-955,50
3 Monate	966,00-966,50	975,50-976,00
ab. Kasse	–	955,00-956,00
3 Monate	–	976,00-977,00
KUPFER-Standard mitt. Kasse	926,00-927,00	933,00-935,00
3 Monate	948,00-949,00	958,00-960,00
ZINK (£/t) mitt. Kasse	401,80-402,00	397,00-399,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t) mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/FL)	–	–
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	–

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	19.11.	18.11.
Dez.	86,70-86,85	86,40-86,50
Jan.	87,10-87,30	86,60-86,90
Febr.	86,55-86,70	85,95-86,15
März	82,55-82,75	81,70-81,80

GASÖL – London ($/t)	19.11.	18.11.
Dez.	271,50-271,75	267,75-268,00
Jan.	267,75-268,00	264,25-264,50
Febr.	263,00-263,25	260,50-260,75
März	254,75	250,75-251,00
April	244,50-245,00	241,25
Mai	235,25-235,75	231,50-232,50
Juni	232,50-233,75	230,00-231,00
Juli	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)	19.11.	18.11.
Dez.	79,15	78,45-78,55
Jan.	78,00-78,05	77,20-77,40
Febr.	76,80-76,90	76,10-76,30
März	75,95-76,05	75,40-75,55
April	75,95-76,05	75,40

ROHÖL – New York ($/Barrel)	19.11.	18.11.
Dez.	31,28-31,32	30,92-30,95
Jan.	30,24-30,26	29,82-29,90
Febr.	29,37-29,40	28,94-29,01
März	28,61	28,17-28,20
April	27,97	27,61-27,65

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	19.11.	18.11.
Arabian Lg.	Werte	28,00
Arabian Hv.	lagen	25,80
Iran Lt.	nicht	26,85N
Forties	vor	29,90
N.Sea Brent		30,00
Bonny Light		30,25N

Kartoffeln

London (£/t)	19.11.	18.11.
Febr.	78,10	80,80
April	87,10	88,20
Mai	95,00	94,70
Nov.	73,30	75,00

New York (c/lb)	19.11.	18.11.
März	2,16-2,25	2,17
April	2,18-2,30	2,20-2,24
Mai	2,33-2,34	2,31
Juni	3,40	3,38-3,39

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	19.11.	18.11.
Jan.	143,60-143,80	148,00-148,30
März	149,50-149,30	153,40-153,50
Mai	155,00	158,30-158,80
Juli	159,50	162,70

Devisenterminmarkt

Rückläufige Dollarzinssätze ergaben am 19. 11. deutlich niedrigere Dollar-Deports gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,82-0,72	2,25-2,15	4,17-3,97
Pfund/Dollar	0,41-0,40	1,20-1,17	2,25-2,20
Pfund/DM	2,90-1,50	[illegible]	[illegible]
FF/DM	28-4	45-29	90-74

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19.11.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19.11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 18.11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19.11.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 19.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19.11. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1255,00	1613,10
5 US-Dollar (Indiana)**	825,00	989,75
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	198,75	249,38
1 £ Sovereign Elizabeth II.	196,25	246,53
20 belgische Franken	151,50	201,21
10 Rubel Tscherwonez	200,50	255,95
2 südafrikanische Rand	188,25	236,27
Krüger Rand, neu	840,50	998,07
Maple Leaf	856,75	1016,60
Platin Noble Man	908,00	1052,22

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13(Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 19.11.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,417	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	100,728	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,59	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,96	6,85
Commerzbank	100,00	22.5.95	54,80	6,53
Commerzbank	100,00	4.8.00	57,25	6,94
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	114,00	10,59
DSL-Bank R.264	957,01	2.7.90	102,17	6,55
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,57	6,55
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,77	7,02
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,17	7,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,50	6,96
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,20	6,84
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	36,89	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,73	6,94
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,46	7,22
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,35	7,12
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,60	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,45	6,86
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,35	7,04
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,05	7,22

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Jahre	Laufzeit Rendite* ca.%(Vortag)	6%
1	5,08 (4,98)	100,0
2	5,54 (5,60)	99,0
3	6,05 (6,05)	97,0
4	6,45 (6,50)	94,7
5	6,72 (6,72)	92,5
6	6,80 (6,77)	90,9
7	6,95 (6,98)	89,0
8	7,10 (7,10)	87,0
9	7,15 (7,15)	85,5
10	7,22 (7,22)	84,0
15	7,35 (7,35)	78,3

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds

Commercial Paper (Direktplazierung)

Commercial Paper (Händlerplazierung)

Dollar-Anleihen

Euro-Yen

Lux. Franc Bonds

ECU

ECU-Tageswerte

SIEMENS

Der neue Mehrplatz-PC von Siemens. Für den Anfang. Und für später.

Normalerweise kann ein PC nur wachsen, wenn Sie einen zweiten, dritten oder vierten hinzukaufen. Einschließlich Software, versteht sich. Beim Mehrplatz-PC von Siemens verläuft das Wachstum ein bißchen anders. Er hat einen Prozessor, der einen kontinuierlichen Ausbau der Computer-Arbeitsplätze zuläßt.
Beim MX2 auf 6, beim MX4 auf 16 Plätze.

SINIX, das Mehrplatz-Betriebssystem für Siemens PC sorgt dafür, daß die Software für alle angeschlossenen Geräte gleich ist. Das bedeutet: Alle vorhandenen Programme können von allen Mitarbeitern genutzt werden. Und zwar gleichzeitig.

Auch umfangreiche Programme sind kein Problem. Der 32-bit-Prozessor hat genügend Verarbeitungsleistung, um damit fertig zu werden.

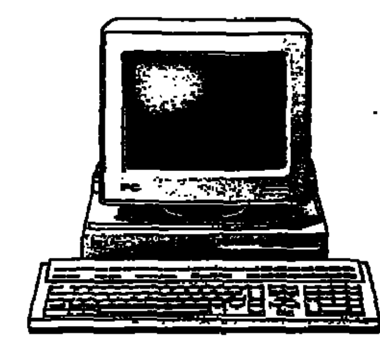
Das Software-Angebot für die Mehrplatz-PC ist äußerst vielseitig, denn SINIX ist UNIX-* kompatibel. Dadurch haben Sie Zugang zu über 1.000 Programmen. Sie reichen von der Standard- und Branchen-Software bis hin zu speziellen Programmen für die Software-Entwicklung.

Damit Ihre Mitarbeiter mit dieser Software besonders gut umgehen können, haben diese PC eine Reihe von Bedienhilfen. Zum Beispiel Masken, Benutzerführung, Tasten für Direktbefehle und »Help«. Und damit Ihre Mitarbeiter bei der Arbeit immer die neuesten Daten haben, können die Mehrplatz-PC an alle großen Siemens-Computer angeschlossen werden und die dort gespeicherten Daten abrufen.

Von Ihrem MX4-Arbeitsplatz aus können Sie sogar verschicken, was Sie ausgearbeitet haben: Per Teletex.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 13/1298 Postfach 156, 8510 Fürth.

Lieber gleich die Richtigen. Die Siemens PC



A 19100-D-Z-108

*UNIX ist ein Warenzeichen der Bell Laboratories

Wie G. Grosz in New York zum Romantiker wurde

Die alles fein analysieren

George Grosz hat es seinen Zeitgenossen nicht leicht gemacht. Und heute bürdet er seinen Anhängern erst recht Probleme auf. Das machen uns jene Editoren in Siegen bewußt, die ihr Unternehmen hämisch „Machwerk Verlag" benannt haben. Unter dessen Novitäten ist auch der kleine, sehr liebevoll ausgestattete Band „George Grosz – New York" mit bislang unveröffentlichten Skizzenblättern aus der amerikanischen Emigration des Künstlers.

Man wußte natürlich von der Amerikabegeisterung. In seiner Autobiographie hat Grosz ausführlich geschildert, wie er sich bei seinem ersten Besuch 1932 und kaum ein Jahr



später als Emigrant von der für ihn wirklich neuen Welt angezogen fühlte. „Herrlich", schrieb er seinerzeit an Max Pechstein, „hier ist Aktion – bin manchmal noch ein bißchen schwindlig, habe den gewaltigen ersten Eindruck, Du siehst's ja, noch nicht recht verdaut, werde mich später ‚gesitteter', ‚europäischer' benehmen müssen, wenn ich wieder drüben bin – sonst steigen mir die Intellektuellen, die ja alles so fein analysieren, aufs Dach und schelten mich einen unkritischen dummen Malersmann." Wie recht er damit hatte.

Wenn man in der Grosz-Literatur blättert, so lassen die „Intellektuellen" nur den sarkastischen Zeichner der zwanziger Jahre gelten, die bösen Blätter über die Kriegs- und Nachkriegszeit, die Karikaturen des Spießers als Inkarnation des „homo weimarensis". Die amerikanische Wahrheit, die Grosz nicht im Zerrspiegel sah, muß sich dagegen abfällige Bemerkungen gefallen lassen. So schreibt der Schriftsteller Hans Sahl: „Was nun folgt, ist eine Verhöhnung der eigenen Vergangenheit und eine Liebeserklärung an die Trivialitäten der amerikanischen Massenkultur." Und bei Hans Hess liest man: „George Grosz als einen Renegaten im politischen Sinn der Parteitreue oder Loyalität zu betrachten, würde nur die Oberfläche des Problems streifen. Die Wahrheit war komplexer und destruktiver. Die Verleugnung seiner Vergangenheit war für Grosz Selbstverleugnung, die viel tiefer als politische Passivität geht – sie grenzte an Selbstzerstörung." Und so geht es Buch für Buch weiter.

Dieser Haß ist verständlich. Schließlich hatte Grosz sich bereits 1928 in einer biographischen Skizze geweigert, „die Forderungen eines ‚Hurra-Bolschewismus' zu erfüllen". Aus Amerika schrieb er später an Wieland Herzfelde vom kommunistischen Malik-Verlag: „Kein kluger Mann widmet sich hier dem Kommunismus." Und dem McCarthy-Ausschuß gegenüber erklärte er, daß er in den Vereinigten Staaten „keine Zeichnungen mit politischem Charakter gemacht und ebenso alle Aufforderungen dazu abgelehnt" habe. Worauf Hans Hess bitter anmerkt, „das stimmt durchaus, aber es ist bedauerlich, daß er darauf auch noch stolz ist".

Ist es wirklich bedauerlich? Das New Yorker Skizzenbuch verrät jedenfalls *einen unbefangenen* Beobachter, einen Künstler, der von der Wirklichkeit ausgeht und nicht die Wirklichkeit seinem Vorurteil anpaßt. Es sind Straßenszenen, manchmal nur mit wenigen Strichen im Umriß festgehalten, manchmal mit ein paar Schraffuren vertieft. Grosz zeichnet Leute, notiert sich Reklameschilder, skizziert Auslagen oder den Krimskrams, der auf der Straße herumsteht. Solche Skizzen gab es auch aus früherer Zeit. 1978 waren sie in Bremen (bei Rolf Ohse), Anfang dieses Jahres in München (bei Ilse Schweinsteiger) zu sehen. Doch im und nach dem Ersten Weltkrieg geraten selbst auf diesen gezeichneten Notizen die Menschen meist zu Karikaturen.

In Amerika hat sich das geändert. Sein Ideal sind nun nicht mehr die Propaganda und die Polemiken im Stil des Malik-Verlages, sondern der Optimismus und die Unkompliziertheit der amerikanischen Zeitschriftenillustratoren. Darauf weist dieses Skizzenbuch unzweideutig hin, und das macht es so wichtig als Ergänzung zu all den anderen George-Grosz-Büchern, die seine amerikanischen Jahre und seine Wandlung aus Überzeugung nicht ernstnehmen wollen. PETER DITTMAR

George Grosz, „New York", Machwerk Verlag, Siegen, 160 S., 25 Mark



Liebe zwischen den feindlichen Lagern: Maometto (Ferruccio Furlanetto) und Palmira (Katia Ricciarelli) in Rossinis „Le Siège de Corinthe" FOTO: BERNAND

Rossini an der Pariser Oper: Kein Sieg bei der „Belagerung von Korinth"

Den Feldherrn Balbo sang eine Frau

Obwohl es derzeit leichter zu sein scheint, eine der raren Rossini-Opern angemessen zu besetzen als eine der gängigen Verdi-Opern, griff die Pariser Opéra mit „Le Siège de Corinthe" in einigen Fällen eklatant daneben. Wüstes Buh-Gebrüll rief jedesmal das Erscheinen Arnold Östmanns am Pult hervor, weil der musikalische Chef des Schloßtheaters Drottningholm einen behäbigen ungelenken in den Details verwaschenen Rossini dirigierte. Er verwechselte große Oper mit Lautstärke und wurde in allen negativen Aspekten vom Pariser Orchester nach Kräften unterstützt.

Mahomet II., der als einzige Figur nach Rossinis Umarbeitung der neapolitanischen Seria „Maometto II." zur französischen Grand-Opera „Die Belagerung von Korinth" ungeschoren davonkam, wurde durch Ferruccio Furlanetto einfach falsch vertreten. Furlanetto verfügt weder über den nötigen Rossini-Stil, noch besitzt seine Stimme genügend strahlende Tragfähigkeit und brillante Höhen. Verzweifelt rennt er seinen Koloraturen hinterher.

Merklich unwohl fühlte sich auch Curtis Rayam in der Episodenrolle des Cléomène, der wie viele der Vaterfiguren in Rossinis ernsten Werken einen höhengestählten wenig charakteristischen Tenor verlangt. Die größte Umänderung erfuhr die Mezzorolle des Feldherrn Balbo, dem als Néoclès in Paris nicht nur die brillantesten Szenen beschnitten wurden, sondern der sich den Forderungen der Opernreformer entsprechend einer Geschlechtsumwandlung unterziehen mußte, um als Tenor an der Pariser Opéra zu reüssieren.

Aller musikphilologischen Akkuratesse zum Trotz zog man nun in Paris wiederum einen Mezzo vor, so daß nun endlich Frankreichs wohl bedeutendste junge Sängerin Martine Dupuy zu ihrem Opéra-Debüt kam. Auch in der noch relativ kleinen Partie nutzte sie die Gelegenheit ihren schlanken, in allen Lagen ebenmäßigen ausdrucksstarken Koloraturmezzo vorzustellen. Einen unverdient großen Erfolg verzeichnete Katia Ricciarelli als Pamira, die wie immer verhauchende Pianoköstlichkeiten kredenzte, mit dem exquisiten Timbre bestach, deren Stimme aber schlecht saß und deshalb nur eine vage Treffsicherheit bei den Koloraturen erzielte.

Nach dem sensationellen Erfolg des „Maometto" bei den Rossini-Festspielen in Pesaro wurde nun in Paris die einst in der italienischen Rückübersetzung weitaus erfolgreiche Zweitversion zu Grabe getragen. Zu deutlich wurde, in welch starkem Maße Rossini gewaltsam den französischen Stil auf seine italienische Oper pappte, wie die Erweiterung auf die drei Akte die Dimensionen des Werkes zerstörte.

Aufgehoben wurden die edlen Linien des weitläufig sich entwickelnden Terzetts aus dem „Maometto", zerdehnt durch ein überflüssiges Ballett. Die divergierenden ästhetischen Stile gelang es Rossini erst in seiner zweiten Pariser Arbeit in „Moses" zu verbinden. Kaum ins Gewicht fällt bei der Umarbeitung dagegen die Verlagerung der Handlung von Venedig nach Korinth aus dem Jahre 1470 in das Jahr 1458, denn geblieben sind der Kampf zwischen Türken und Griechen und die gefährliche Liebe Pamiras zu Mahomet.

Offenbar hatte man in Paris von vornherein wenig Zutrauen zu dem Werk. Man ließ sich kurzerhand aus Florenz Pier Luigi Pizzis drei Jahre alte Dekors, die er für die italienische Variante entworfen hatte, kommen. Das Aufeinanderprallen der Kulturen wurde in dem goldglänzenden Ambiente durch neugotische Elemente angedeutet. Als Regisseur prunkte Pizzi dagegen mit weit weniger Phantasie. ROLF FATH

Erfolg mit Heiner Müller: Theaterbrief aus Mailand

Voll Gefühl und Pathos

Sophokles und Plautus, Shakespeare und Molière füllen wie gehabt die Mailänder Theater. Pirandellos Denkspiele sind stets Kassenmagneten. Und nur die Ausnahmen von der Regel tun sich schwer. Nicht jedoch Heiner Müller, der zur Zeit der meistgespielte deutsche Autor in Italien ist. Regisseur Flavio Ambrosini inszenierte als „Trilogie der Politik" die Stücke „Philoktet", „Horatier" und „Mauser" in einer Aufführung voll heilloser Trauer.

„Bent" von Martin Sherman wurde, *längst bevor Aids das Thema Homosexualität schrecklich aktuell gemacht hat*, vom Broadway bis Tokio begeistert von einem Publikum aufgenommen, das mit den Tabus auch das Bedürfnis nach leiseren Tönen abgelegt hat. Denn „Bent" ist mit Gefühl und Pathos geladen wie die „Traviata" und dürfte schwer zu ertragen sein, wenn es nicht provozierend und ohne Scham (nicht schamlos!) gespielt würde, wie jetzt bei der italienischen Erstaufführung in Marco Mattolinos Regie im Teatro di Porta Romana.

„Bent" ist die Geschichte des Berliners Max, der 1936 mit seinem Freund nach Dachau deportiert wird und sich als Jude ausgibt, um der Schande des rosa Dreiecks der „Perversen" zu entgehen. Er verleugnet den Freund, der vor seinen Augen mißhandelt und umgebracht wird. Erst die Liebe zu einem kranken Leidensgefährten, der neben ihm sinnlose Schwerstarbeit leistet und der erschossen wird, als die Wachen ihr Verhältnis entdecken, gibt Max Mut und Würde. Er zieht die Jacke des Toten mit dem rosa Dreieck an und geht erhobenen Hauptes zum geladenen Lagerzaun in den Tod.

Thematisch verwandt, aber ohne Melodramatik ist „Die Insel" des Südafrikaners Athol Fugard, der seit der Uraufführung in Kapstadt vor zwölf Jahren zwischen London und New York im Exil lebt. Das Programm nennt als Mitautoren die schwarzen Schauspieler, die damals die Gefangenen John und Winston dargestellt haben. Das geschieht nicht ohne Grund, denn dieses Stück lebt und verwandelt sich mit seinen Akteuren.

Im Teatro del Elfo sind es Elio di Capitani und Ferdinando Bruni. Hinter *einem* Metallnetz schaufeln sie Sandberge von einer Seite zur anderen, bevor das Stück beginnt. Vor ihrer Zelle aus aufgerichteten Drahtbetten im Vordergrund sehen wir sie gleichzeitig auf Videoschirmen sich schwarz anmalen und wieder abschminken. Denn nicht als Schwarze sondern als Menschen spielen sie die Parabel vom Leben als Gefängnis, von der Arbeit ohne Sinn und dem Einander-Ertragen-müssen in trostloser Enge. Wie die Paare im alten bürgerlichen Theater leben sie die ganze Gefühlsskala von Liebe und Freundschaft bis zu Wutausbrüchen und Überdruß aus.

Gegen die Langeweile erfinden sie kindische Spiele. Dann proben sie ein Theaterstück: den Prozeß der Antigone. Das ist so absurd und komisch, wird so glänzend von den beiden gespielt, daß man ausgiebig und herzlich lachen muß. Bis zur vorletzten Szene. Danach spricht John-Kreon vom Recht des Tyrannenstaates und Winston-Antigone vom Recht des Einzelnen auf Freiheit und von der Pflicht, nur seinem Gewissen zu gehorchen. Da kippt das Stück um. Das Gelächter ist verstummt. Da versteht man plötzlich, warum Fugard im Exil lebt. MONIKA von ZITZEWITZ

KULTURNOTIZEN

„Das Geheimnis des Moments" heißt die erste Photoausstellung der Albertina. Wiens Graphische Sammlung ehrt damit Lothar Rübelt.

Bonns Oper muß mit 35 Millionen Mark auskommen. Stadtrat und Verwaltung lehnten die vom Intendanten Ribér geforderte Aufstockung des Etats um 5,6 Mio Mark ab.

Glanzstücke der Hohenzollern-Sammlung aus Gold und Silber vom 16. Jahrhundert bis zum frühen 20. Jahrhundert, zeigt das Deutsche Goldschmiedehaus in Hanau bis zum 23. Februar.

Zum Museum für die Weser-Renaissance wird das Schloß Brake bei Lemgo für rund 4,6 Millionen Mark umgebaut.

„Alte und neue Mythen" sind das Thema der Jahrestagung der Kleist-Gesellschaft, die bis zum 23. November in der Berliner Staatsbibliothek stattfindet.

Lange galt sie als spießbürgerlich, jetzt ist sie wieder „in": Die Volksmusik

Bollwerk gegen Katastrophensound

Das Alphorn einträchtig mit Nena im Chore. Hackbrett und Zupfgeige gleichauf mit Peter Maffay, die Schwarz-Braune Haselnuß und Hohe Tanne im fairen Wettstreit mit Modern Talking?

Vision muß das, geht es nach Kennern der Szene, keinesfalls bleiben. Denn noch nie seit Kriegsende war das, was man gemeinhin unter „Volksmusik" zu summieren pflegt, so gefragt wie heute. Innerlichkeit greift längst wieder Platz, und heute heißen die deutschen Idole eben nicht mehr Peter, Paul and Mary, sondern Pat & und Paul, nicht Pete Seeger oder Hank Williams, sondern Gitti und Erica, Marianne & Michael und, vor allem und stets unvermeidlich, Maria und Tochter Margot Hellwig.

Sie alle und weitere Stars und Ensembles haben der Volksmusikbranche im letzten Jahr einen Umsatz von rund 70 Millionen Mark eingeschunkelt – im Westen die Westfälischen Nachtigallen wie im Süden die Original Schneethaler, im Osten die Böhmerländer oder im Norden die Finkenwarder Speeldeel. Anläßlich ihrer Tourneen versammeln sich pro Jahr nicht weniger als eine halbe Million glücklicher deutscher Zuhörer: junge und alte!

Und die bringen der Branche (die mittlerweile auch mit Hellwig-T-Shirts und -Kerzen um sich wirft) vor allem deshalb so viel Spaß, weil sie, wie ein Plattenmann weiß, „sich nicht zu schade sind, 30 Mark für eine Eintrittskarte hinzulegen" und „im allgemeinen nichts auf Band kopieren wie in den anderen Musikgenres". Klartext: der treueste Plattenkäufer ist der Volksmusikfreund, der „ein Purist wie ein Jazzer" sei.

Anzeichen für die Unaufhaltsamkeit des Volksmusik-Booms gibt es

Die Super-Hitparade der Volksmusik – 19.30 Uhr, ZDF

massenhaft. Da ist nicht nur die diesjährige Novellierung des Urheberrechts in Sachen Volksmusik, peinsam für die GEMA, da sind auch allerlei Zahlen. So fördert zum Beispiel das Land Bayern seine außerschulische Volksmusikerziehung mit einer guten halben Million Mark, die Münchener Volksmusikschule bekommt im Jahr 100 000 Mark vom Staat, 374 000 Mark spendiert der blau-weiße Kultusminister Hans Maier dazu.

Oder: In mehr als 15 000 Chören setzten sich anderthalb Millionen Deutsche hoch auf den gelben Wagen, und das berühmte kleine Fahrtenbüchlein „Die Mundorgel" verkaufte sich in den 30 Jahren seiner Existenz glatte 12 Millionen Mal.

1984 zählte die „Volksmusik-Hitparade" des ZDF zwischen satten 44 und 50 Prozent Sehbeteiligung. Im selben Jahr sprachen sich demoskopierte Deutsche zu 60 Prozent für Volksmusik im Fernsehen aus, speziell für Geblasenes, und wenn die „Lustigen Musikanten" im ZDF angesagt sind, versammeln sich bis zu 42 Prozent der Deutschen (in Ost und West) vollkommen gleichgesinnt vor den Bildschirmen.

Zufall ist das nicht, sondern Ausdruck eines Zeitgeistes, der nach Feierabend heile Welt fordert gegen Bombenangst und Wassergift, Baumsterben und System-Zweifel. Andererseits *ist, 40 Jahre nach Kriegsende*, das deutsche Selbstbewußtsein kräftig genug geworden, sich des eigenen Liedguts zu entsinnen. Mundartdeutsch ist plötzlich wieder in: Fredl Fesi im Süden, die Black Fööss im Westen schufen neues Repertoire, andere belegten alte Weisen mit neuen Texten, und nach und nach brach sich das Interesse an den alten Originalen mehr und mehr Bahn: ein nagelneuer Markt, bisher aus politisch-psychologischen Gründen umgangen, tat sich auf – was Amerikas WASP's in ihrer Countrymusik, das *durften Deutsche nun endlich auch:* Künden vom großen Glück in heiler Natur und heiler Familie.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Auf der Spur eines Romans

Der alte Hafen, die steinerne Mauer aus der Römerzeit, das blaue Mittelmeer. Sie sind die zuletzt wahrgenommenen Bilder des Erzählers – „hier ist das Ende Europas". Seit uralten Zeiten ist dieser Hafen Anlandeplatz und Fluchtpunkt zugleich. Durch das Fenster, hoch über der Küste gelegen, blickt ein deutscher Emigrant, Schriftsteller, von den Nazis verfolgt und bedroht auf die Rettung verheißende Wasserfläche. Er kämpft um sein Leben. Marseille, menschenüberflutete Straßen, mittelalterliche Stiegen, Kirchenportale, Cafés, heruntergekommene Hotels und vor allem: die Konsulate der erträumten Exilländer. **Schauplätze der Literatur** (ZDF) führte diesmal in die südfranzösische Hafenstadt. Textvorlage zu höchst einprägsamen Bildern war Anna Seghers' Emigrantenroman „Transit". Harte Schnitte unterbrechen nur scheinbar die bewegende Geschichte. Nie wird die Szene jenes Fluchtjahres 1940 zur Postkartenidylle. Frankreich ist geschlagen. Mit den Franzosen drängen Emigranten aus Deutschland nach Süden, um die rettende Küste zu erreichen. Norbert Beilharz schrieb das Buch und führte Regie. Bedauerlich nur, warum das angekündigte Interview mit dem Sohn der Autorin, dem in Paris lebenden Peter Radvanyi, ausfiel.

DIETER BORKOWSKI

Verstrickungen eines Neutralen

Schweizer Vergangenheitsbewältigung? Traumatische Erinnerungen an nationale Schuldverstrickungen und ausgebliebene persönliche Sühne? Dem Fernsehspiel **Glut** (ZDF) von Thomas Koirfer liegen diese beiden thematischen Aspekte zu Grunde. Fraglos ein schöner, aber auch ein unheimlicher Film – das einzelne, allernorts anzutreffende Individuum ebenso schonungslos entlarvend wie die Gesellschaft, in der sich Geschichten und Schicksale wie die des Waffenfabrikanten François Korb (Armin Mueller-Stahl) und seines Sohnes Andres (Thomas Lücking) regelmäßig abspulen. So stand spätestens nach fünf Minuten Spieldauer endgültig fest, daß Autor und Regisseur Thomas Koirfer (Jahrgang 1944, geborener Berner) das Nachahmer-Gleis (Buñuel, Fassbinder) verlassen und offensichtlich seinen eigenen Weg gefunden hat. Mit Hilfe von zwei Zeitebenen gelang es Koirfer, seine Geschichte ebenso phantastisch wie realistisch zu erzählen. Doch die Vermischung von einst und heute, das Nebeneinander von Realität und Irrationalität, die minutiöse Nachzeichnung von Innenwelt und Außenhaut einer Gesellschaft, die sich eigentlich kaum gewandelt hat (und wenn, dann nur formal, nicht prinzipiell), wäre ihm gewiß nicht so schaurig-schön gelungen, hätte er nicht ein so – vom *Kleindarsteller bis zu den Stars* (im Zentrum der Ausnahmedarsteller Armin Mueller-Stahl) – hochkarätiges, stimmiges Ensemble einspannen können.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.05 Backfischliebe
Fernsehspiel
11.45 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sweet Substitute im Pumpwerk
Mit der NDR-Bigband
Leitung: Dieter Glawischnig
Ausschnitte aus einem Konzert im Pumpwerk Wilhelmshaven
16.55 Mission Terra (2)
Expedition zum blauen Planeten
17.25 Herr Rossi sucht das Glück (2)
Zeichentrickfilm von Bruno Bozzetto
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Weichenstellung
Geschichten um die Eisenbahn
Film von Reinhard Koch
Über die Eisenbahn nachzudenken heißt, auf Erlebnisse und Schicksale zu stoßen. Das pünktlich-zuverlässige Transportmittel hat – immer rein zufällig – nachhaltige Spuren in manchen Lebensläufen hinterlassen.
21.00 Mensch Meier
Spiele und Musik mit Alfred Biolek
Weitere Attraktionen in der Kölner Meier-Halle:
Die Popsängerin Twiggy, in den sechziger Jahren als „Bohnenstange" Symbol für ein neues Schönheitsideal, mittlerweile 36 Jahre alt und durchaus wohlproportioniert
Ausschnitte aus dem Broadway-Musical „La Cage aux Folles" (Ein Käfig voller Narren), das am 27. Oktober im Berliner Theater des Westens Deutschland-Premiere hatte
22.30 Tagesthemen
23.00 Deutschland, bleiche Mutter
Deutscher Spielfilm (1980)
von Helma Sanders-Brahms
Mit Eva Mattes, Ernst Jacobi u. a.
Deutschland im Jahre 1939, während Hitlers Kriegsvorbereitungen. Zwei junge Menschen, Lene und Hans, verlieben sich ineinander und heiraten kurz darauf. Als der Polenfeldzug beginnt, muß Hans an die Front. Lene ist zum ersten Mal allein, ohne Beistand, aber auch ohne Bevormundung.
1.10 Tagesschau
1.15 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
Themen:
Olaf Bauer, Schüler und Jungunternehmer: Mit 16 Marktlücke entdeckt
Verschuldung – Was tun? Schuldnerhelfer beantwortet im Anschluß an die Sendung telefonische Zuschauerfragen
Arbeitsvermittler im Schwarzwald unterwegs: Saisonplätze '86 in Gaststätten und Hotels
In Essen: Chancenverbesserung durch Kurse für zukunftssichere Technik
Moderation: Franz Zink
14.15 Martin Luther (1)
Die Lorenzkirche in Nürnberg stellt die Kulisse für den zweiteiligen Fernsehfilm über Martin Luther.
16.00 heute
16.04 Bild(n)er der Chemie
Strickmuster für Molekülfäden
Hermann Staudinger
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ein Fall für TKKG
3. Folge: Die Jagd nach den Millionendieben
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Ein geschenkter Gaul
Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. Das hätte Willi bei seiner neuesten Errungenschaft allerdings doch tun sollen, denn der Vierbeiner, mit dem Nervensäge Böck viel Geld verdienen will, hat etwas zu tief ins Glas geschaut . . .
19.00 heute
19.30 Die Super-Hitparade der Volksmusik
Moderieren werden Marianne und Michael.
21.00 Telemotor
Das Automagazin mit Harry Valérien
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Tempo 100 – ja oder nein?
Moderation: Harry Valerien und Horst Wünsche
Anschl. heute



Während eines Bombenangriffes bringt Lene (Eva Mattes) ihre Tochter zur Welt: „Deutschland, bleiche Mutter", 23.00 Uhr, ARD FOTO: U. RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Killer
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Burt Lancaster, Edmond O'Brien, Ava Gardner u. a.
Regie: Robert Siodmak
21.50 Landesspiegel
Tod in der Emscher
22.20 Fremd, fern, farbig
Kultur der Gastarbeiter
23.05 Kino '85
Filmmagazin
23.50 Tips für Leser
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Illegaler Greifvogelhandel
20.00 Tagesschau
20.15 Die Vier im Jeep
Schweizer Spielfilm (1950/1951)
Regie: Leopold Lindtberg
22.00 Bücherjournal
22.50 Szenen aus dem Leben des Johann Sebastian Bach
23.50 Das musikalische Opfer
von Johann Sebastian Bach
0.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 WDR-Computerclub
19.05 L – wie Lastwagen (1)
19.20 Um neun kommt Harald
Deutscher Spielfilm (1943)
Mit Irene von Meyendorff
20.40 Kulturkalender
21.10 Bild der Woche
21.20 Drei aktuell
21.35 Notizen vom Nachbarn
22.20 Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen . . . (1)
Schicksale musikliebender Menschen

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Des Teufels General
Deutscher Spielfilm (1955)
Mit Curd Jürgens u. a.
21.30 Atelierbesuch
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Hollywood in Sindelfingen
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Steinreiches Idar-Oberstein
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Entdeckung einer Landschaft

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Sie werden sterben, Sire
Fernsehspiel von Leopold Ahlsen
20.25 Z. E. N.
20.30 Spiegelbilder
20.45 Zeichen in der Finsternis
Die Höhlenkirchen von Apulien
21.30 Rundschau
21.45 Brutale Schatten
Ein kaltblütiger Killer wird selbst zum Gejagten.
Franz.-ital. Spielfilm (1972)
Mit Jean-Louis Trintignant u. a.
23.25 Rundschau
23.30 Actualités

SAT 1

13.30 Kum Kum
Die Geschichte von der Schneefliege
14.00 Kung Fu
Caine und die Schlangengrube
15.00 Quips
Igor, der Pferdepfleger
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
Der Sieger
17.00 Kobra, übernehmen Sie
Der Superdiamant
18.00 Abenteuer Wildnis
Waschbär auf Abwegen
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Der träumende Mund
Deutscher Spielfilm (1952)
Mit Maria Schell, O. W. Fischer, Fritz van Dongen u. a.
Regie: Josef von Baky
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 Rick Springfield
Live-Mitschnitt einer Konzertshow
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
Ein Fernseh-Foto-Roman
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Krieg und Frieden
Sowjetischer Spielfilm (1965)
Regie: Sergej Bondartschuk
Teil 2
23.30 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
U. a. Grenzstation Helmstedt
Transit zwischen Ost und West
Reportage von Dieter Schütze
19.00 heute
19.30 Derrick
Abitur
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Materie der 4. Art
Ist „Plasma" der „Stein der Weisen"?
Film von Helga Staffler und Erich Steinitz
22.45 Tagesbefehl: Weitermachen!
Die Bundeswehr nach 30 Jahren
Bericht von Trutz Beckert
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
Heute: Gesunde Wildgerichte
Mit Friedrun Köhnen und Horst Tempel
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 RTL-Spiel
19.30 Delvecchio
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Leg ihn um, Django!
Italienischer Spielfilm (1967)
22.10 RTL-Spiel
22.18 7 vor 7
Blick hinter die Kulissen
22.45 Stellenmarkt
23.18 Wetter
23.20 Horoskop
23.25 Betthupferl

Selbst ist der Mann

P. Jo. – „Zitate sind besser als Argumente. Mit Zitaten kann man einen Meinungsstreit gewinnen, ohne den Gegner zu überzeugen." Gabriel Laub hat diese Gebrauchsanweisung geliefert. Offenbar nicht vergeblich. Denn der Bedarf an Zitatensammlungen, *die das rechte* Wort, das sich zur rechten Zeit nicht einstellen will, anbieten, scheint groß zu sein.

Deshalb haben nicht nur der selige Büchmann und der längst dahingegangene Lipperheide *eine* fortdauernde Konjunktur und immer neue Auflagen, es gibt auch Verlage, die uns stets mit neuen „treffenden" Worten, Versen, Pointen versorgen. Das neueste Produkt sind „Treffende Pointen ums liebe Geld", von Markus M. Ronner zusammengetragen und vom Ott-Verlag in Thun ediert.

Da kann man dann beispielsweise unter „Beruf" lesen: „Es gibt zwei Arten, aus der Politik einen Beruf zu machen. Entweder man lebt für die Politik oder von der Politik." Max Weber hat das gesagt.

Und von dem Bankier Carl Fürstenberg wird der Satz überliefert (hier unter „Dividende" verzeichnet): „Aktionäre sind dumm und frech. Dumm, weil sie Aktien kaufen, und frech, weil sie dann auch noch Dividende haben wollen." So geht es witzig, pointiert, besserwisserisch, oder kalauernd über 199 Seiten.

Manche dieser „treffenden Pointen" treffen wirklich. Und manche kann man auch zitieren, weil sie von einem Mann – und nur selten von einer Frau – stammen, die einen Namen haben. Gabriel Laub z. B. ist einer von Ronners Hauptlieferanten. Aber da der Kapazität der Aphorismenproduzenten – selbst wenn man die Sammlungen von Stanislav Jercy Lec, Hans Kaspar und einigen anderen Könnern der geistvollen Kurzform ausgiebig *plündert – Grenzen gesetzt sind*, begegnet man hier vielen Namen, die keine Namen sind.

Da ist man richtig glücklich, wenn man auf eine Sentenz wie „Wenn der Computer wirklich alles *kann, dann kann er mich mal* Kreuzweise" stößt. Solche und ähnlicher Qualitäten sind in diesem Band *allenthalben* zu finden. Ihr Autor ist der berühmte Markus M. Ronner – Herausgeber der „Treffenden Pointen ums liebe Geld."

Berlin: Radikale Änderung bei den Museumsbauten

Neue Architekten gesucht

In der Villa von der Heydt, dem Sitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz konnte man es nicht zu überhören: Stiftungs-Präsident Professor Werner Knopp und Kultursenator Volker Hassemer, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Stiftungsrates, waren Steine vom Herzen gefallen. Allseitig bescheinigte man sich „Mut" und „Größe". Die Sensation ist perfekt: Nachdem eine Welle der Kritik über den „Grundstein" der fünf Museumsneubauten am Tiergarten, das Kunstgewerbemuseum des Architekten Rolf Gutbrod, hinweggerollt ist, werden nun Konsequenzen gezogen.

Die „neue Museuminsel" drohte *zwischen den internationalen Architekturen* von Mies van der Rohe und von Scharoun zu einem Faktum kolossaler *Bedeutungslosigkeit* zu werden. Das Kunstgewerbemuseum, eine sich gegen den Tiergarten verriegelnde Festung, ist im Innern unübersichtlich, für viele Objekte eher befremdlich als hilfreich und kaum als wichtige *Architektur* zu betrachten.

Der schon weitgend durchgeplante Bauabschnitt für Kunstbibliothek und Kupferstichkabinett wird neuen Erkenntnissen im Bibliothekswesen angepaßt. Diese Änderungen wird Gutbrod noch vornehmen. Für das Herzstück der Neubauten, die Gemäldegalerie, soll jedoch in einem Gutachterverfahren ein neuer Architekt gefunden werden. Von ihm werden außerdem Vorschläge für die Gestaltung des neben dem Kunstgewerbemuseums zum Kulturforum hin vorgesehenen Restaurantsflügels, der Fassaden von Kunstbibliothek und Kupferstichkabinett sowie der zentralen Eingangshalle erwartet.

Zu diesem Gutachterverfahren wird, laut Hassemer, eine „gelungene Mischung" von acht Architekten und Architekten-Gemeinschaften eingeladen, darunter auch der Wiener Hans Hollein, der Kölner Joachim von Schürmann sowie Andreas Brandt und Halfmann & Zillich aus Berlin. Gerade die Planung der Gemäldegalerie ist an besonders feste Vorgaben gebunden, weil sie zwei Altbauten einbeziehen muß, das Palais Gontard und das Parey-Haus. Für die Neuplanungen der Gemäldegalerien nennen die „Korrektoren" gleich noch einen weiteren triftigen Grund: Endlich hat man erkannt, daß die bisher vorgesehene Lichtführung höchst problematisch wäre. Jetzt sieht jeder die Notwendigkeit von Oberlicht für die Gemälde ein.

Einen radikalen Neubeginn setzt der Stiftungsrat jedoch mit seinem Korrektur-Beschluß für den letzten Bauabschnitt, die zum Tiergarten hin gelegene Skulpturengalerie. Dazu soll ein neuer Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden. Hier ist nämlich der Spielraum für architektonische Gestaltung und sogar für räumliche Veränderungen am größten.

Durch diese neue Planungen wird sich die Fertigstellung der Museenlandschaft am Tiergarten erheblich verzögern. Mit einer Entscheidung des Stiftungsrates im Anschluß an



Änderte angesichts der Kritik die Planung: Stiftungspräsident Werner Knopp FOTO: K. MEHNER

das Gutachterverfahren kann man wohl frühestens im September 1986 rechnen. Die Gemäldegalerie dürfte dann erst 1996 komplett sein. Und natürlich kostet die späte gute Einsicht ihren Preis. Siebenstellige Summen.

Wie Knopp berichtet, hat Rolf Gutbrod „mit Souveränität und großer Noblesse" den Weg für die Änderungen freigemacht. Was allerdings diese Tugenden letztlich kosten, das hängt von Verhandlungen ab, die erst noch stattfinden müssen. Hassemer hat bereits die Entscheidung des Stiftungsrates Preußischer Kulturbesitz dem Senat vorgetragen und dort, laut eigenem Bekunden, „lückenlose Zustimmung" gefunden.

PETER HANS GÖPFERT

Sensation in Basel: Eva Lind als Donizettis Lucia

Koloraturen wie Perlen

Die Basler wissen offenbar, was sie an *ihr* haben. *Am Ende dieses* „Lucia di Lammermoor"-Abends geben sie alle schweizerische Zurückhaltung auf, der *Beifall* erreicht Orkanstärke. Er gilt einem 19jährigen Gesangswunder namens Eva Lind.

Wenn es auch kaum *zu glauben* ist: Die Lucia, eine der Paraderollen jeder Koloratursopranistin, war Eva Linds *erste Opernpremiere. Anzumerken* ist ihr das nicht. Sie bewegt sich auf der Bühne mit derselben natürlichen Selbstverständlichkeit, die das Hauptmerkmal ihrer Stimme ist: Sie öffnet einfach nur den Mund – und heraus kommt der makellose, mit purem Silber überzogene Wohlklang. Sie singt ganz und gar ohne Anstrengung, ihre Koloraturen haben die Perfektion einer lupenreinen Perlenkette. Sie verfügt über ihre Spitzentöne mit einer Mühelosigkeit, die so mancher Schallplatten-Lucia überlegen ist. Bei aller Vorsicht, die ein Musikkritiker im Umgang mit Superlativen *pflegen sollte*: Eva Lind ist eine Sensation.

Das blieb natürlich auch den Opernmanagern *nicht verborgen*. Eva Lind, die vor dieser Basler Lucia nur ein paarmal eingesprungen war – als *Königin der Nacht* in *Ost-Berlin* und Wien beispielsweise –, wird 1986 bei den Salzburger Festspielen und an der Staatsoper ihrer Heimatstadt *Wien bei der Eröffnungspremiere* der Ära Drese/Abbado singen. Auch die Basler haben sie für 1986 wieder verpflichtet: als Königin der Nacht.

Über dem Stimmwunder Eva Lind gerät der Rest dieses Opernabends *zwangsläufig*, aber sicher nicht ganz zu Recht ins Hintertreffen: zum Beispiel Emile Faths schlank und präsent geführter Enrico oder Eduardo Villas eindringlicher und stimmlich souveräner Edgardo. Vor allem aber Jean-Claude Auvrays Inszenierung, deren Phantasiereichtum und deren Suggestionskraft deutlich über dem Niveau einer Durchschnitts-Regie lag. Neben Eva Linds enormem Talent ist es wohl auch Jean-Claude Auvray zu verdanken, daß die 19jährige so *problemlos auf der Bühne* zurechtkam.

Die berühmte Wahnsinnsszene *zum Beispiel* wurde von der Lind so überzeugend zwischen ekstatischen, unberechenbaren Ausbrüchen und trügerisch-naiver Freundlichkeit angesiedelt, daß schon die darstellerische Leistung bewundernden Respekt abnötigt. Und das alles in Verbindung mit einer solchen Stimme: Wenn es nichts gäbe in Basel außer dieser Arie – sie allein würde die Reise rechtfertigen.

STEPHAN HOFFMANN

Der Abriß der Carnegie-Hall ist nun verhindert: Die berühmteste Konzerthalle der Welt wird restauriert

Wenn Wasser um die Logen schwappt

Ein Foto zeigt den Violinisten Itzhak Perlman, wie er im abgeblätterten Treppenhaus der New Yorker Carnegie *Hall* auf einem Stühlchen hockt und übt. Warum muß Perlman, ein Weltstar unter den *Violin-Solisten, im schäbigen* Treppenhaus proben?

Die Carnegie Hall, so lautet die Antwort – zum Zeitpunkt ihrer Eröffnung nicht nur ein Wunder der Akkustik, sondern auch der Ingenieurkunst – ist in den 94 Jahren ihres Bestehens arg heruntergekommen. Der Bau im Neo-Renaissancestil, die ehrwürdigste und größte unter Amerikas Konzerthallen, wies Anfang der 80er Jahre so deutliche Spuren von Verfall und Altersschwäche auf, daß sogleich ein umfangreiches Renovierungsprogramm angekurbelt wurde, um das gefährdete Gebäude zu retten.

50 Mill. Dollar sollen nun helfen, es im neuen Gewand wieder aufleben zu lassen: Im *Dezember 1986 soll* mit einer Gala-Vorstellung das Renovierungsprogramm abgeschlossen werden. *Zu ihrem 100. Geburtstag 1991* wird die Carnegie Hall zweifellos in hellem Glanz erstrahlen, denn mehr als die *Hälfte des erforderlichen* Renovierungsbetrages ist bereits durch Spenden und Schenkungen zusam*mengekommen. Überdies hat sich*, geschürt von Bürgermeister Koch, ein leichtes Carnegie-Hall-Fieber aus*gebreitet*, das gar zur *Proklamation* eines „Carnegie-Hall-Tages" geführt hat.

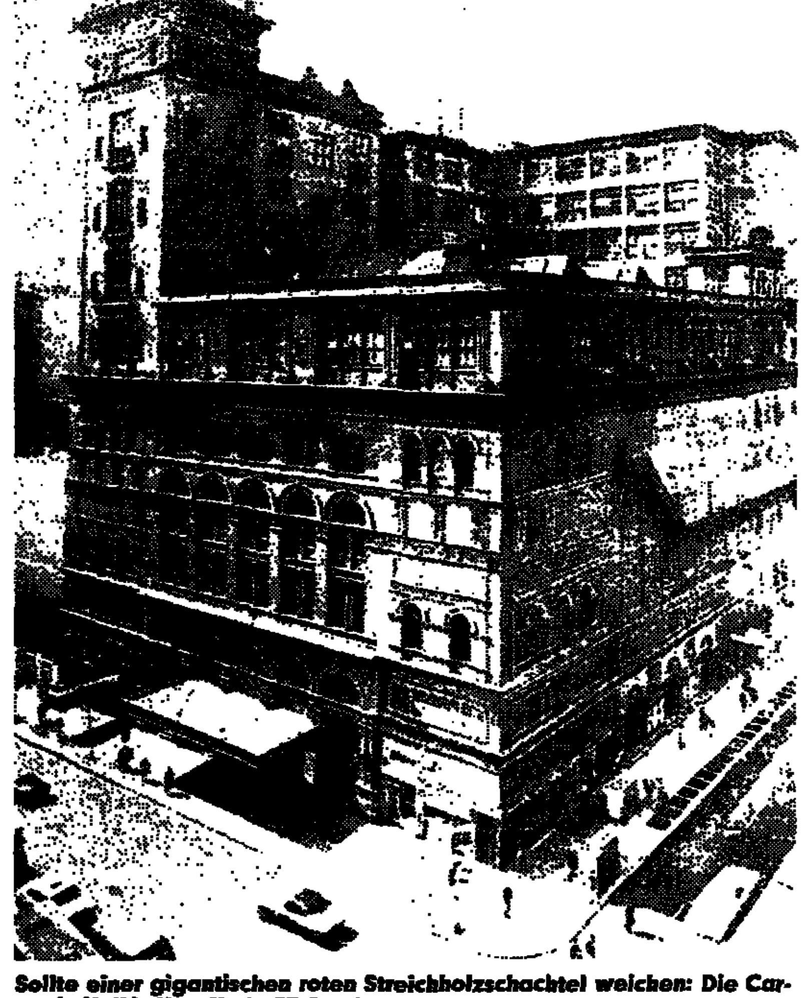
Die Renovierungsarbeiten sind bereits in vollem Schwung. Man wird nicht nur Fassaden-Kosmetik betreiben, *sondern hat* bereits mit durchgreifenden strukturellen Veränderungen begonnen. So werden die Foyers *erheblich* erweitert. Außerdem errichtet man einen neuen Trakt hinter der Bühne. Er wird Fahrstühle *aufnehmen, damit künftig nicht mehr* jeder Konzertflügel mit der Hand auf die Bühne gewuchtet werden muß. Neben den elektrischen Installationen sind auch die Sanitäranlagen dringend überholungsbedürftig: So *mußten kürzlich* die Besucher eines Wohltätigkeitskonzerts, die 500 Dollar pro Loge bezahlt hatten, durch knietiefe Wasserströme waten, *die* sich aus einer undichten Damentoilette ergossen.

*Welch' weiter Weg ist das vom il*lustren Auftakt der Carnegie Hall, der am 5. Mai 1891 mit viel Pomp und *noch mehr Prominenz gefeiert wur*de! „Ein nobler Bau", hieß es in der Zeitung „The churchman", und „ein Triumph für musikalisches und architektonisches Können" in der New York „Tribune". „Die 57. Straße war schon früh mit Kutschen dicht besetzt" berichte die New Yorker „Sun", und als Gastdirigent Peter Tschaikowsky den Taktstock hob, um mit Beethovens „Leonoren Ouvertüre" zu beginnen, senkte sich atemloses Schweigen über das Konzertpublikum. Am nächsten Tag war sich die Presse einig: „New York hat nun eine passende Konzerthalle, die es einem seiner wohlhabensten Bürger verdankt", hieß es beispielsweise in „Harper's Weekly".

Andrew Carnegie, der Stahl-Millionär und Spender der Konzerthalle, *war nicht nur wohlhabend, er* war schlicht steinreich. Gemessen an den 350 Millionen Dollar, die der spendenfrohe Schotte im Laufe seines Lebens verschenkt haben soll, nehmen sich die zwei Millionen für Carnegie Hall recht bescheiden aus. Wie viele der schnell zu Geld gekommenen sogenannten „Robber Barons" des amerikanischen Frühkapitalismus, so sah auch Andrew Carnegie solche Schenkungen weniger als großzügige oder gar frivole Geste, sondern eher als Pflicht des Reichen an. „Der Mann, der so reich stirbt", soll er gesagt haben, „der stirbt entehrt."

Was in den folgenden Jahren in Carnegie Hall passierte, würde den *alten Millionär gewiß mit Stolz* erfüllt haben. Denn die Halle wurde schnell zum Mittelpunkt musikalischen Le*bens in der Neuen Welt. Auf* ihrer Bühne standen Solisten wie Paderewski, Rachmaninow, die Melba und Horowitz. Mahlers 9. Symphonie hatte hier Premiere, ebenso wie Dvoraks Symphonie „Aus der Neuen Welt". *Neben klassischen Klängen* war auch der Jazz vertreten: Bereits 1912 unterhielt Eubie Black ein *durchweg weißes Publikum mit* Jazz-Klängen; Bessie Smith, Fats Waller, Count Basie, Billie Holiday und Ella Fitzgerald folgten in späteren Jahren. Benny Goodmans Carnegie-Hall-Concert, auf Platten bewahrt, gehört inzwischen längst zu den ganz großen Ereignissen des Jazz. Auch Rock'n Roll und Pop-Musik fanden Eingang in die hehre Halle. Hier sangen Bob Dylan und die Rolling Stones, ebenso wie Frank Sinatra und Liza Minnelli.

Daß eine so bewegte Geschichte nicht ohne Krisen abläuft, versteht sich von selbst. Während der abbruchfreudigen 50er Jahre ging es auch der Carnegie Hall an den Kragen. 1960 sollte sie abgerissen werden *und einem 44stöckigen Hochhaus* weichen. „A new development of flamboyance", jubelte damals „Life Magazine" *und* brachte *neben ein* paar mitleidigen Worten für „die alte viktorianische Halle" das Bild eines *feuerroten Wolkenkratzers* der, *ganz* im unternehmungslustigen Stil der 50er Jahre, wie eine gigantische vergitterte Streichholzschachtel auf dem Carnegie-Gelände aufragen sollte. Konzerte, so hieß es kühl im „Life"-Artikel, würden von nun an eben im nahegelegenen Lincoln Center stattfinden.



Sollte einer gigantischen roten Streichholzschachtel weichen: Die Carnegie Hall in New Yorks 57. Straße FOTO: STEVE SHERMAN

Doch zu vorschnell jubelten die Planer, der alten Halle war nicht so ohne weiteres beizukommen. Es war weniger ihre Architektur – eine zweifelhafte Mischung aus Terrakotta und Backstein – als vielmehr ihre überragende Akustik, die der Carnegie Hall „ihren schönen Hals rettete", so „Times"-Kritiker Donald Henahan, der mit „hübsch" hier eindeutig die wunderbare Klangtiefe der Halle umschreibt. Für deren Erhaltung wurde denn auch gekämpft. Einer energischen Bürgerinitiative unter Leitung des Violinisten Isaac Stern gelang es, daß die Carnegie Hall unter Denkmalschutz gestellt wurde und der rote Wolkenkratzer auf Nimmerwiedersehen in der Schublade verschwand.

In den 60er Jahren gerettet, in den 80ern überholt und in den 90ern hundert Jahre alt, sieht es so aus, als habe die Carnegie Hall „obwohl sie alt und in vieler Hinsicht höchst exzentrisch ist" („New York Times") noch viele Lebensjahre vor sich.

VERA GRAAF

Große Matta-Retrospektive im Centre Pompidou

Wer hat den Schlüssel?

Roberto Sebastian Antonio Matta Echaurren, baskischer Herkunft, wurde 1911 in Chile geboren. Seit den fünfziger Jahren hat er ein Haus in Italien und lebt einen Teil des Jahres dort, den anderen in Paris, in St. Germain des Prés. 1928 gründet er in Santiago de Chile ein Innenarchitekturbüro, mit dem er sich schnell einen Namen macht. Doch schon nach zwei Jahren war er des Erfolgs überdrüssig. Er bereiste die Mittelmeerländer, die Sowjetunion, besuchte London. 1934/35 arbeitet er bei Le Corbusier, der sich für seine Möbel, seine Ideen interessiert. 1937 entschließt er sich, nachdem er den Engländer Gordon Onslow Ford kennengelernt hat, sich nur mehr der Malerei zu widmen.

Er schließt sich den Surrealisten an, wird aber aus der Gruppe wieder ausgeschlossen. Den Krieg verbringt er in den USA. Hier wird er rasch *bekannt*, im Gegensatz zu anderen, die aufgrund ihrer mangelnden Sprachkenntnisse isoliert leben. Er verkauft mehrere Bilder an amerikanische Museen, in den Nachkriegsjahren gelangen sie auch in europäische Museen. *1949 kehrt* er nach Europa zurück und setzt sich langsam durch. 1957 und 1959 hat er zwei *große Ausstellungen in New York* und Stockholm, 1963 eine in Deutschland und nun im Pariser Centre *Pompidou*.

Leicht macht er es dem Betrachter jedoch nicht. Die Organisatoren der *Ausstellung haben auf das* Titelblatt des Katalogs als eine Art Interpretation das Gemälde „Le Pôète (un pôète de notre connaissance)" gesetzt, was etwa: „ein uns bekannter Dichter" oder „ein Dichter aus unserer Bekanntschaft" heißen kann. Dargestellt ist ein Wesen, halb Mensch, halb Tier, Augen und Mund fest geschlossen, mit faunischen Hörnern auf der Stirn, in der linken krallenartigen Hand ein Schloß haltend. Aber wer besitzt den Schlüssel dazu?

Matta ist ein schwieriger *Maler* mit einem schwierigen, nicht gefälligen Werk. Mit einer neuen Formen*sprache bringt er, der sich selbst ei*nen „Eronauten" genannt hat, eine Thematik in sein Werk, die allzu leicht und allzu oberflächlich als „besessen" bezeichnet wird. Er selbst, der 1938 auf Bitten Bretons einen Text über seine Theorien der „psychologischen Morphologien" schrieb, sieht sich weder als Maler noch als Dichter oder Philosoph. Der Surrealismus ist für ihn nur eine seiner Ausdrucksformen.

Der polyglotte Matta liebt es, Worte oder Silben von Begriffen so umzuformen, daß man den Sinn seiner Bildtitel nur ahnen, selten übersetzen kann. Aber man kann sich der Magie seiner malerischen Sprache schwer entziehen. Eine Beklemmung bleibt jedoch beim Rundgang durch die chronologisch gehängte Ausstellung mit vielen großen Formaten, die bisher noch nie zu sehen waren. Dabei spielt eine Rolle, wie Matta seine Arbeit selbst interpretiert und damit den Betrachter konfrontiert. „Ich arbeite mit dem Verb ‚sehen'", schreibt er. „Das Verb ‚sehen' ist der Anfang, von dem man ausgehen muß, wenn man auch nur ein kleines bißchen verstehen will." Man kann nicht einfach „vorbeigucken", denn dekorativ sind diese Bilder nicht. „Man kann sie nicht einfach zwischen die Möbel hängen", ironisiert der ehemalige Innenarchitekt.

Aus dem Museum of Modern Art kam „Le Vertige d'Eros" (vielleicht mit „der Traum des Eros" zu übersetzen). Die visionären Bilder „The Years of Fear" (1941) stammen aus dem Guggenheim Museum, das „Jahr 1944" (1942) gehört der Nationalgalerie in Berlin. Viele Exponate wurden aus *Privatsammlungen ausgeliehen*. „Letzte Splitter des Surrealismus" sähe man in seinen Arbeiten, meint ein *Kritiker, aber das hilft bei Matta auch* nicht weiter. Denn, so erklärt er gern, „auf der Welt sein, bedeutet in sich selbst *sich ständig zu verändern*."

Diese Veränderung, Entwicklung ist abzulesen, wenn man zwei der Hauptwerke „Le Vitreur" (unübersetzbare Wortkomposition), d. h. „Science Concience und patience du Vitreur" (1944) und „Le Vitreur, 40 Jahre danach" (1983) gegenüberstellt: erkennbare Wesensformen, visualisiertes Bewußtsein sind nicht mehr zu auszumachen. Der Vitreur ist zu einer Komposition geworden, in der die einzelnen Formen und Schichten verschwunden sind zugunsten einer räumlichen Transparenz voller Dynamik und Ausdruckskraft.

In den Arbeiten der späten dreißiger Jahre sieht man den ganzen Hundertwasser vorweggenommen, allerdings einen ganz *unfriedlichen*, gespannten Hundertwasser. Sein Werk wirkt, das mag paradox klingen, zerebral und sinnlich zugleich. In der Themenwahl geht Matta bis auf den Grund der Dinge. „Die Frage" (1957) die er stellt, bedarf keiner weiteren Erläuterung, die Aggressivität, die Kreatürlichkeit die ihn treibt, wird von einer meisterhaft beherrschten Stilistik in eine Form gebracht.

Es ist eine Ausstellung, die nicht gleichgültig lassen kann. (Bis zum 16. Dez.; Katalog 160 Franc.)

ADELHEID de BRÖONS

Western verkehrt: Louis Malles Film „Alamo Bay"

Kanaken-Furcht geht um

Der Konflikt ist grausam und schier unausweichlich. Boat-*People*, Flüchtlinge aus dem *kriegs*zerrissenen Vietnam, waren an der Küste von Texas angesiedelt worden. Sie wollten heimisch werden. Die meisten von ihnen waren Fischersleute gewesen. Sie wurden es wieder. Sie gehen, genau wie die Einheimischen der Alamo Bay, auf See, auf Krabbenfang.

Sie hoffen, sich in der Fremde einzufügen. Ihr mühsam erworbenes, bestes Boot nennen sie „Der amerikanische Traum". Sie sind erfolgreich mit ihrem heftigen, asiatischen Fleiß. Sie werden, so unterwürfig sie sich in ihrer neuen Heimat einzuleben versuchen unter ihren neuen Texashüten, den Küstentexanern höchst lästig.

Den Fischern der Alamo Bay geht es in ihrem Seeberuf ohnehin nicht gut. Das Krabbengeschäft lahmt. Viele der texanischen Fischer stehen deutlich vor dem Bankrott. Die zugewanderten „Kanaken" sind lästig, sie werden zuerst verachtet, werden bald vom ungerechten Volkswillen der Einheimischen verfolgt, werden bedroht. Sie werden im Jargon der sich wehrenden Ureinwohner schnell zu „Commies", groteskerweise zu *„Kommunistengesocks". Ausgerech*net sie, die vor den Kommunisten um ihr Leben geflohen waren. Unter den *Alteinwohnern und den Flüchtigen* sind Mord und Totschlag bald unausweichlich.

Louis Malle, der *französische* Filmemacher, hat sich zu „Alamo Bay", seinem fünften Film in Amerika, an faktische Vorgänge solcher blutigen Unausweichlichkeit gehalten. Was hier geschieht, ist tatsächlich passiert. Der alte amerikanische Traum von der Freiheit aller wurde böse verletzt. Der schlimme, der irrige Krieg von Vietnam ging im eigenen Lande weiter, wenn jetzt auch mit grausamer Umkehrung.

Louis Malle ist darob in Amerika von der Kritik gereizt und bösartig gescholten worden. Von einem sozusagen zugereisten Regisseur wollte man nicht gescholten sein. Dabei hat er den alten Freiheitsgeist seiner Einwohner nur gegen einige böse Irrtümer gewarnt. Der Film, so reißerisch er anmutet, so heftig er in seiner Stellungnahme sicher ist, ist eine Art Verteidigung der alten Prinzipien Amerikas selber. Er ist ergreifend. Er spielt das alte Western-Ethos (diesmal allerdings mit umgekehrtem Pathos) aktuell uns neu vor Augen.

Anwendbar ist er schlimmerweise überall. Die „Kanaken"-Furcht geht allenorts um, wo fremdartig Verfolgte in eine neue Lebensgemeinschaft eindringen und dort mitleben wollen. Unleidlichkeit gibt es überall. Mord und Totschlag können unverkennbar die Folgen sein.

Der Film ist lebensheiß. Malle hat *ihn mit schöner Heftigkeit inszeniert.* Er läßt (besonders mit der wunderbaren Amy Madigan, mit Ed Harry und *dem zauberisch bemühten Ho* Nguyen) vorzüglich spielen, auch wo der Konflikt zwischen Privilegierten und bemühten Neuamerikanern bis aufs Messer gehen muß.

Das Recht steht immer noch bei den alten Tugenden. Amerikas Ehre ist hier nicht angetastet. Louis Malle hat seinen schönen und idealistischen Film denn auch untertitelt als eine „Hommage auf Amerika". Damit hat er recht behalten.

FRIEDRICH LUFT



Privatkrieg gegen die vietnamesischen Flüchtlinge: Ed Harris in Louis Malles „Alamo Bay" FOTO: Warner Columbia

JOURNAL

Nun Verhandlungen mit Albrecht und Ruzicka

war. **Hamburg**

Der Dirigent Gerd Albrecht und der derzeitige Intendant des Berliner Radio-Symphonie-Orchesters, Peter Ruzicka, sind jetzt offiziell vom Aufsichtsrat der Hamburgi*schen Saatsoper als Kandidaten* für die Nachfolge Rolf Liebermanns 1988 bestätigt worden. In einer Sondersitzung wurde Kultursenatorin Helga Schuchardt beauftragt, mit Ruzicka und Albrecht entsprechende Verhandlungen zu führen. Dabei wird vor allem die Frage im Vordergrund stehen, wie die Kompetenzen zwischen Ruzicka und Albrecht, der sich offensichtlich nicht mit verwaltungstechnischen Aufgaben belasten will, verteilt werden sollen und welche Rolle der jetztige mitgeschäftsführende Staatsoperndirektor Rolf Mares spielen soll, dessen Vertrag noch bis 1989 läuft und auf den vornehmlich die Fraktionsspitze der regierenden SPD nicht verzichten möchte.

Quadriga Verlag wird an Beltz verkauft

dpa. **Berlin**

Der 1984 gegründete Berliner Quadriga Verlag Jochen Severin wird an den Beltz Verlag in Weinheim an der Bergstraße verkauft, von dem der Verlag vom 1. Januar 1986 an fortgeführt werden soll. Der Verleger Jochen Severin gab für den überraschenden Schritt gesundheitliche Gründe an. Ökonomische Überlegungen hätten nicht im Vordergrund gestanden. Das vom Quadriga Verlag entwickelte Programm mit Themen aus den Bereichen Kunst und Kultur, Musik und Architektur soll wie bisher weitergeführt werden, um das Sachbuchprogramm von Beltz zu ergänzen.

Anonyme Spende beendet Opern-Streik

dpa. **London**

Der einwöchige Streik von 120 Orchester-Mitgliedern des königlichen Opernhauses Covent Garden in London ist am Dienstag nachmittag durch eine anonyme Spende in Höhe von 10 000 Pfund (39 000 Mark) beendet worden. Die Musiker waren in den Ausstand getreten, nachdem die Opernhausverwaltung die geforderten Lohnerhöhungen von zehn Prozent abgelehnt und stattdessen zunächst eine Gehaltssteigerung von fünf Prozent angeboten hatte. Durch die Spende erhalten die Musiker jetzt neun Prozent mehr Lohn, weil die Opernhausleitung bereits am Wochenende eine Erhöhung von 8,5 Prozent als Kompromiß angeboten hatte.

Bestandsaufnahme für ein Industriemuseum

DW. **Münster**

Sieben historisch bedeutsame Fabrikanlagen soll das Westfälische Industriemuseum umfassen. Das wurde 1979 von der westfälischen Landschaftsversammlung beschlossen. Dafür stehen 60 Millionen Mark bereit. Bevor die Restaurierung und Wiederherstellung der Textilfabrik in Bocholt, der Zechen in Witten, Bochum, Dortmund, der Glashütte in Petershagen, der Dampfziegelei Lage und des Schiffshebewerkes Henrichenburg beganmen hat Berthold Socha die stillgelegten und oft verfallenen Gebäude fotografiert. Die Ergebnisse dokumentiert die „Bestandsaufnahme" von Berthold Socha (v.d. Linnepe Verlagsgesellschaft, Hagen, 138 S. mit zahlr. Abb., 22 Mark), die jetzt als zweiter Band in der Schriftenreihe des Museums erschien.

Der Afrikaner im deutschen Jugendbuch

DW. **Oldenburg**

An 250 Beispielen von der Aufklärung bis in die nationalsozialistische Zeit zeigt das Stadtmuseum in Oldenburg, wie das Bild des „Afrikaners im deutschen Kinder- und Jugendbuch bis 1945" aussah. Ziel dieseer Ausstellung ist es, die Stereotypen zwischen den „edlen" und dem „unheimlichen" Wilden zu analysieren. Zur Ausstellung, die im Rahmen der 11. Oldenburger Kinder- und Jugendbuchmesse noch bis zum 1. Dezember zu sehen ist, erschien bei der Universitätsbibliothek Oldenburg der gleichnamige Katalog mit zahlreichen Bildern für 18 Mark während der Ausstellung und 24 Mark danach.

Postgraduales Studium der deutschen Literatur

J.G.G. **Danzig**

An der Universität Danzig wurde das erste postgraduale „Studium der deutschen Kultur, Literatur und Sprache" eröffnet. Wie die Warschauer Kulturzeitschrift „Radar" berichtet, haben sich fürs erste Semester 45 Hochschulabsolventen, vornehmlich der Germanistik, im*matrikuliert. In Warschau gibt es* bereits ein interdisziplinäres Deutschlandkunde-Institut aller dortigen akademischen Hochschulen. Außerdem besitzen acht polnische Universitäten und zwei pädagogische Hochschulen germanistische Lehrstühle.





Außen gefärbtes Leder, innen zum Persianer-Effekt gekräuseltes langhaariges Wicking-Lamm





Extravagantes für Mutige: Zu Mänteln aus russischem Wolf Rucksäcke aus skandinavischem Blaufuchs (oben links); Griesfüchse von der amerikanischen Nordwestküste färbt Dieter Zoern in dezentes Blau, Lachs und Grün (rechts) FOTOS: DIETER ZOERN (2)/ELKE KROGMANN (2)



Pelz-Avantgarde schon für 2000 Mark: Ein weitgeschnittener Kapuzenmantel aus geschorenem Kaninchen in aufregendem Lachsrot

Seit jeher ist er ein Attribut der Macht. Sich darin einzuhüllen bedeutet auch heute noch Ansehen, Prestige und Genuß zugleich. Genuß vor allem, denn kaum ein anderes Material vermittelt seiner Trägerin soviel Geborgenheit und zärtliche Empfindungen wie der Pelz. Wohl niemand hat den Reiz edler Felle besser beschrieben als die französische Schriftstellerin Simone de Beauvoir in ihrem Bestseller „Das andere Geschlecht": Die echte Eva „liebt die wohltuende Wärme, die Zärtlichkeit eines Pelzes geradezu sinnlich. Unter kostbaren Pelzen liebt sie ihr eigenes verwandeltes Ich."

Wer bei diesen Worten bisher nur an knöchellange Nerze, naturfarbenen russischen Edelzobel oder an schwingende Chinchillas dachte, wird in diesem Winter eines anderen belehrt. Der Trend im Pelzgeschäft signalisiert nun erstmals auch rasche modische Veränderung. Zielgruppe sind vor allem jüngere Semester. Mit Buntem soll ihnen über die Hemmschwelle geholfen werden. Und noch etwas erklärt den Zug der Designer zur Farbe: Wildkatzen, seien sie gestreift, getupft oder getigert, sind tabu geworden. Auf der Suche nach Ersatz geriet man an die Farbtöpfe.

Besonders deutsche Pelzcouturiers sind in einen wahren Verfremdungsrausch verfallen: Mit Rot, Gelb, Blau und Mix geht es den Pelzen ans Fell: sei es ein geschorener kanadischer Biber in „Electric-Blau" für einen Trenchcoat – Teddy-Look de Luxe – oder ein gerupfter Nutriamantel in Tintenblau, passend zum lässigen Blazer-Schnitt. Kreationen fürs Asphalttreten am Nachmittag. Doch auch weniger edlen Fellen wie Kaninchen steht die Kolorierung gut. Viel Mut von seiner Trägerin hingegen verlangt ein raubkatzenartig gesprenkelter, giftgrün eingefärbter Nerz.

Für jede Saum- und Fell-Länge haben die Pelzkünstler Farben parat. Voluminöse Ärmel erinnern beim ersten Hinsehen frappierend an Bademäntel. Dieser neue Stil scheint geradezu ideal für gefärbte Pelzmodelle. Doch auch für Abendpelze verspricht er funktionale Vorteile: Die ausladenden Roben haben darunter Platz. R. Z.

Mit dem Originalschlüssel geknackt

5,9 Millionen Mark bei Geldtransportfirma erbeutet / Von Tätern fehlt jede Spur

PETER ZERBE, Hamburg

Als „bodenlosen Leichtsinn" hat gestern ein Polizeibeamter die Verwahrung eines Tresorschlüssels bei dem Hamburger Geldtransportunternehmen Borchert GmbH bezeichnet. Mit dem im Büro liegenden Schlüssel war der Geldschrank geöffnet worden, aus dem noch unbekannte Täter 5,9 Millionen Mark stahlen. Es ist dies der bisher größte Diebstahl bei einer deutschen Geldtransportfirma.

Bis gestern gab es auf die oder den Täter keinerlei Hinweise. Am Montag war Angestellten aufgefallen, daß ein größerer Geldbetrag fehlte. Nach einer internen Überprüfung aller Firmenfahrzeuge wurde am Montag um 13.15 Uhr die Polizei alarmiert. Die Beamten stellten fest, daß der Tresor mit einem Originalschlüssel geöffnet worden ist. Ein solcher Schlüssel befand sich in einem Umschlag in den Firmenräumen.

Ungeklärt ist noch, zu welchem Zeitpunkt der Diebstahl begangen worden ist. In dem ausgeraubten Tresor lagerten Geldbeträge, die von verschiedenen Firmen stammten. Die gestohlenen 5,9 Millionen Mark waren in mehreren Behältern verstaut. Die Transportkisten sind 40 mal 30 mal 12 Zentimeter groß.

Die Firma des 37jährigen Dieter Borchert hatte, wie gestern bekannt wurde, erst vor kurzem ein neues Sicherungssystem installiert. Das Unternehmen beschäftigt etwa 180 Mitarbeiter und ist im Großraum Hamburg und im nördlichen Niedersachsen tätig. Kunden sind vor allem Verbraucher- und Supermärkte. Der Firmeninhaber lehnte gestern gegenüber der WELT jede Stellungnahme zu dem Vorfall ab.

Es ist innerhalb weniger Wochen der zweite Fall in Hamburg, bei dem Summen in dieser Größenordnung verschwanden. Anfang November war durch Zufall aufgedeckt worden, daß ein Finanzbeamter binnen sechs Wochen 6,9 Millionen Mark Steuergelder auf sein Konto gebucht hatte. Bei Überfällen auf Geldtransporte sind in den vergangenen Jahren mehrmals Millionenbeträge erbeutet worden, so 1980 bei einem vorgetäuschten Überfall auf ein Fahrzeug der Firma Securicor in Mönchengladbach. Die Beute: 4,3 Millionen Mark.

„Sie rauben den Toten den Schmuck"

Schießbefehl gegen skrupellose Plünderer / Waisenkinder für 1000 Mark verkauft

DW. Bogotá

Sechs Tage nach dem verheerenden Vulkanausbruch haben die Rettungsmannschaften am Dienstag 13 weitere Überlebende aus den im Schlamm versunkenen Trümmern Armeros geborgen. In den höher gelegenen Außenbezirken waren noch immer schwache Hilferufe halb im Morast versunkener oder eingeklemmter Menschen zu hören. Gestern wurden die Rettungsarbeiten dadurch erschwert, daß der Schlamm bei den hohen Temperaturen steinhart geworden ist.

Der Vulkan Nevado del Ruiz wurde am Dienstag von mehreren Erdstößen erschüttert. Forscher, die Beobachtungsgerät am Hang des Berges anbringen wollten, wurden über Funk aus der Gefahrenzone gerufen. Eine weitere mörderische Schlammlawine sei jederzeit möglich, sagte der französische Vulkanologe Haroun Tazieff. Es sei darum nötig, eine mit Sprechfunk ausgerüstete Beobachtungsstation in 4000 Metern Höhe einzurichten. Denn die Wassermassen brauchten für ihren Weg in das Tal mindestens eine Stunde.

Die Regierung erteilte am Montag Schießbefehl gegen Plünderer und Leichenfledderer. Der Bügermeister von Lerida sagte: „Diese dreckigen Plünderer treten auf die im Schlamm um ihr Leben kämpfenden Verletzten, um sich Dinge anzueignen, die nicht vom Schlamm bedeckt sind. Sie reißen den Toten sogar Ketten und Ringe vom Körper." Manche Plünderer verkleiden sich als Feuerwehrmänner und verkaufen das Diebesgut anschließend in Nachbarorten.

Nach Angaben des Direktors des kolumbianischen Instituts für Familienwohlfahrt, Jaime Benitez, sollen Banden elternlose Kinder im Unglücksgebiet entführen, um sie in der Hauptstadt „für 60 000 Pesos (knapp 1000 Mark) zu verkaufen".

Nach neuesten Schätzungen forderte die Naturkatastrophe 25 000 Menschenleben. Wie die Gesundheitsbehörde mitteilte, sind inzwischen Fälle von Typhus aufgetreten. Das Katastrophengebiet solle deswegen schnellstens desinfiziert werden. Unter den Verletzten in den Krankenhäusern von Bogotá hat der Gasbrand bedrohlich um sich gegriffen.

Minister lenkt ein: Kein Sex mit Zwölfjährigen

Hetz. Den Haag

Der liberale niederländische Justizminister Korthals Altes ist bereit, seinen heftig umstrittenen Gesetzentwurf, in dem sexuelle Kontakte von Jugendlichen ab zwölf Jahren nicht mehr unter Strafe gestellt werden sollten (WELT v. 18. 11.), zu ändern und die bisher gültige Altersgrenze von 16 Jahren auch weiterhin zu handhaben. „Ich bin bereit, den Passus zu überarbeiten. Es bleibt bei 16 Jahren", sagte der Minister am Dienstagabend in einem Fernsehinterview. Die umstrittene Gesetzesvorlage war von dem konservativ-liberalen Kabinett am 1. November, als die Haager Regierung den mit Spannung erwarteten Nachrüstungsbeschluß faßte, offensichtlich „ganz nebenbei" gutgeheißen worden.

Abul Abbas unter Anklage

rtr, Genua

Die Staatsanwaltschaft in Genua teilte am Dienstag mit, daß der Palästinenser-Führer Abul Abbas wegen Beteiligung an der Entführung des italienischen Kreuzschiffes „Achille Lauro" zusammen mit 15 anderen mutmaßlichen Tätern unter Anklage gestellt wurde. Die Beschuldigungen reichen von Entführung und Mord bis zur Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande und Paßfälschung. Voraussichtlich wird der Prozeß nicht vor dem nächsten Frühjahr eröffnet.

WETTER: Gefrierender Regen

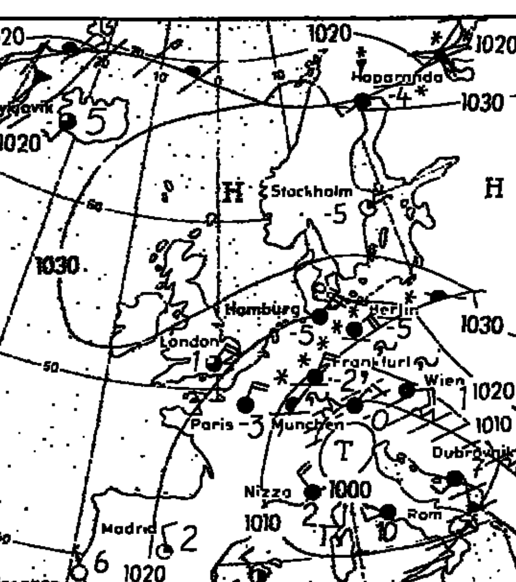
Lage: Ein Tief über Oberitalien weitet seinen Einfluß nach Norden aus und beeinflußt mit seinem Niederschlagsgebiet ganz Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag: Meist stark bewölkt bis bedeckt. In der Mitte und im Süden Schneefall oder gefrierender Regen mit Glatteisbildung auf den Straßen. Im Norden nur leichter Schneefall. Höchsttemperaturen im Süden und in der Mitte um null Grad, im Norden bei minus 2 Grad. Tiefsttemperaturen plus 1 bis minus 4 Grad. Mäßiger, im Norden frischer und böiger Nordostwind.

Weitere Aussichten: Vorübergehend abnehmende Niederschlagsneigung, Temperaturen wenig geändert.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.51 Uhr*, Untergang: 16.25 Uhr; **Mondaufgang:** 14.45 Uhr, Untergang: 2.08 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 21. Nov., 7 Uhr



H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	-3	bd
Bielefeld	-4	Sr
Braunlage	-7	Sr
Bremen	-3	bd
Dortmund	-3	bd
Dresden	-2	bd
Düsseldorf	-3	bd
Erfurt	-5	Sp
Essen	-4	S
Feldberg/S.	-9	S
Flensburg	0	bd
Frankfurt/M.	-2	bd
Freiburg	-2	Sr
Garmisch	-2	bw
Greifswald	-3	bd
Hamburg	-3	S
Hannover	-4	bd
Kahler Asten	-8	Ne
Kassel	-5	bd
Kempten	-4	bd
Kiel	-1	S
Koblenz	-1	bd
Köln-Bonn	-2	bd
Konstanz	-1	Sr
Leipzig	-4	bd
List/Sylt	1	S
Lübeck	-3	bd
Mannheim	-2	S
München	-2	bd
Münster	-3	bd
Norderney	-2	bd
Nürnberg	1	bd
Oberstdorf	-4	bw
Passau	4	bw
Saarbrücken	-2	Sp
Stuttgart	-2	Sp
Trier	-3	S
Zugspitze	-5	bw

Ausland:

Alger	15	bw
Amsterdam	-2	bd
Athen	14	R
Barcelona	7	wl
Belgrad	1	R
Bordeaux	-1	bw
Bozen	7	bw
Brüssel	-2	bd
Budapest	1	Sr
Bukarest	-2	bd
Casablanca	18	bw
Dublin	6	bd
Dubrovnik	13	bd
Edinburgh	4	bd
Faro	17	he
Florenz	7	R
Genf	-1	bd
Helsinki	-3	Sr
Hongkong	23	he
Innsbruck	-1	bw
Istanbul	–	–
Kairo	–	–
Klagenfurt	-1	bd
Konstanza	1	bd
Kopenhagen	0	S
Korfu	18	bd
Las Palmas	22	bw
Leningrad	-6	Ne
Lissabon	10	he
Locarno	3	bd
London	2	bd
Los Angeles	13	wl
Luxemburg	-4	bd
Madrid	6	he
Mailand	4	R
Malaga	14	bw
Mallorca	8	Sp
Moskau	-9	bw
Neapel	12	bd
New York	14	bd
Nizza	5	R
Oslo	-3	bw
Ostende	0	bw
Palermo	14	bw
Paris	-2	S
Peking	9	wl
Prag	0	bd
Rhodos	22	he
Rom	9	R
Salzburg	0	bw
Singapur	30	bw
Split	16	bw
Stockholm	-1	bd
Straßburg	-1	Sr
Tel Aviv	26	he
Tokio	13	Gw
Tunis	–	–
Valencia	10	he
Varna	6	bd
Venedig	5	bw
Warschau	-3	bd
Wien	1	Sr
Zürich	-2	Sp

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, iW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos

„Hartnäckige Liebe" als Delikt

MARIA GROHME, Euskirchen

„Sie waren dabei, eine Tragödie zu inszenieren." Das sagte gegen Ende der Urteilsbegründung Richter Heinrich Granow. Er war sichtlich erleichtert, die auf zwei Tage ausgedehnte Hauptverhandlung gegen die Studentin Wilma S. (28) und ihre Mutter Maria (58) nun endlich zum Abschluß gebracht zu haben. Denn im Saal 16 des Amtsgerichts Euskirchen in der Eifel stand ein Fall zur Verhandlung, dessen „Fakten" im schwer faßbaren Bereich der Gefühle angesiedelt sind. Es ging um eine Liebesgeschichte, eine einseitige freilich. Sie drohte die in ihr verstrickten Personen in fast elf Jahren psychisch zu ruinieren.

Wilma aus Mechernich in der Eifel hatte sich 1974 in ihren Nachhilfelehrer, Studienrat Hans-Peter K. (45), verliebt. Sie stellte ihm seither nach, auch dann noch, als der Angebetete heiratete. Das alles jedoch focht Wilma und ihre Mutter nicht an. Die junge Frau, die Englisch, Theologie und Pädagogik studiert hatte, ließ sich in ihren Gefühlen auch durch die ablehnende Haltung des Pädagogen nicht beirren. Sie wollte, so stellte das Gericht dann als erwiesen fest, die Ehe des Lehres zerstören und ihn dazu bringen, sich ihr zuzuwenden.

Der Angebetete mußte vor Gericht allerdings zugeben, daß er den Ernst der Lage viel zu spät begriffen hatte. So mußte er hinnehmen, daß er von Wilma zusammen mit ihrer Mutter Maria jahrelang geradezu belagert wurde: Bis weit nach Mitternacht harrten die beiden Frauen bei jedem Wetter am Zaun des Grundstücks aus und starrten in die erleuchteten Fenster des Lehrerhauses. Briefe, Einladungen, teure Geschenke – mal wertvolle Manschettenknöpfe, mal eine Uhr, mal ein lederner Aktenkoffer –, alles das kam in das Haus des entnervten Mannes, der seither, wie seine Ehefrau Rita (42), unter schweren psychosomatischen Störungen leidet, die seine Leistungsfähigkeit schwer beeinträchtigen.

Als die Geschichte dann vor Gericht ausgebreitet wurde, zeigte sich, daß sich dort Parteien gegenüberstanden, die sich nicht verstehen konnten, argumentierten sie doch mit unterschiedlichen Wertvorstellungen. Maria S., die auf einen Verteidiger verzichtet hatte, sprach in eigener Sache und oft genug auch für ihre Tochter. Denn Wilma hatte es vorgezogen, von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch zu machen. „Wahre Herzensliebe" führte die Mutter ins Feld. Und: „Was zählt ein bürgerliches Gesetz gegen soviel Liebe." Das ist der Wortlaut eines Briefes, den die Mutter 1980 an die Ehefrau des Lehrers geschrieben hatte.

Betroffenheit im Gerichtssaal, als die Briefe verlesen wurden, denn spätestens da wurde klar, daß der Fall, der sich oft wie eine üble Posse darstellte, eine – wenn man so will – tragische Dimension hatte. Die beiden Angeklagten hatten, wie der Richter feststellte, übersehen, daß sie den straffreien Raum des vom Grundgesetz zugebilligten Rechts auf freie Entfaltung verlassen hatten. Sie hatten die „goldene Brücke" zur Einsicht in die Unrechtmäßigkeit ihres Tuns nicht wahrgenommen.

Denn schon 1981 stand der Fall in einem zivilen Verfahren zur Sprache, im vergangenen Jahr lag ein Strafverfahren an, das allerdings abgebrochen wurde, weil sich Wilma und Maria S. bereit fanden, die vom Gericht vorgeschlagene „absolute Kontaktsperre" einzuhalten. Noch am gleichen Abend waren sie wieder vor dem Haus des Lehrers anzutreffen.

Die Frage, ob soviel Hartnäckigkeit denn noch „normal" ist, stand unbeantwortet im Raum. Wilma hatte sich geweigert, sich von einem Facharzt für Psychiatrie untersuchen zu lassen. „Deshalb müssen Sie sich auch so behandeln lassen, als wären Sie völlig normal", meinte der Vertreter der Nebenklage in seinem Plädoyer.

Das Schöffengericht verurteilte darum am vergangenen Dienstag die beiden Angeklagten wegen versuchter Nötigung, fortgesetzter Körperverletzung und Beleidigung zu je sechs Monaten Haft, ausgesetzt auf fünf Jahre Bewährung. Das ist die höchstmögliche Bewährungsfrist, die das deutsche Recht vorsieht. Dem Lehrer solle damit ein angemessener „Schutz" gewährt werden. Ob die beiden Frauen die Frist allerdings zur Besinnung nutzen werden, zog der Richter in der Urteilsbegründung expressis verbis in Zweifel.

ZU GUTER LETZT

„Was trifft einen Lehrer am härtesten? Wenn er nach der Pensionierung keine Ferien mehr hat." (Aus dem Pressedienst der Barmer Ersatzkasse)